

Bonn:

Los Angeles kann sich in Deutschland wiederholen

Das Ende der Bundesbank: Bundeskanzler Kohls kalter Staatsstreich gegen die Deutsche Mark

Vatikan:

War der CIA Auftraggeber für Papst-Attentat?

Europa:

Der Vertrag von Maastricht

Irak:

Die Lügen des Establishments

Bundesbank:

Die Konjunktur im Würgegriff

USA:

Neue Weltordnung als Vorwand für Kriege, Revolutionen und Diktatur



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland

Finanzen



Bundeskanzler Helmut Kohls kalter Staatsstreich zur Entmachtung der Deutschen Bundesbank war von langer Hand geplant.



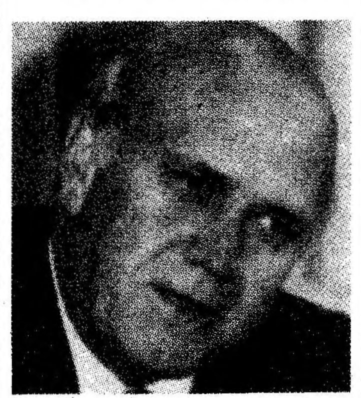
US-Präsident George Bush und seine Familie ist in die dunklen Machenschaften der BBCI-Bank verwickelt.

6. Jahrgang Nr. 7 Juli 1992

Internationales



Der US-Bürger John Demjanjuk ist an Israel ausgeliefert und dort zum Tode verurteilt worden wegen angeblicher Verbrechen im Zweiten Weltkrieg.



Staatspräsident F. W. de Klerk hat von den Ereignissen in Zimbabwe nichts gelernt. Er steuert Südafrika auf eine ähnliche Machtübernahme der Schwarzen hin.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Zeichen britischer Freundschaft

Wie es um die »Freundschaft« zwischen England und Deutschland wirklich aussieht, zeigte das letzte Mai-Wochenende. Dort wurde nämlich in London auf der Straße »Strand« eine 2,70 Meter große und 300000 Mark teure Bronzestatue des Oberkommandierenden der Britischen Bomberflotte im Zweiten Weltkrieg, Sir Arthur Harris, feierlich von der Königinmutter enthüllt. Während einige wenige Engländer massiv gegen dieses Standbild protestierten, befürwortete der Großteil des englischen Volkes dieses eigene Schmachmal.

Besonders peinlich war der Auftritt der Königinmutter Elizabeth. Die 91jährige forderte ihr Volk auf, Harris »mit Stolz und Dankbarkeit zu gedenken«. Er habe drei Jahre lang eine schwere Verantwortung getragen. Doch solle man auch die Opfer des Krieges nicht vergessen, forderte Queen-Mummy auf. Die ebenfalls anwesende frühere Premierministerin Margaret Thatcher fügte hinzu, sie »wollte hier sein, um all denen eine Ehre zu erweisen, die halfen, den Sieg für die Freiheit zu erringen. Ohne diesen Sieg würde Deutschland heute nicht frei sein«.

Nicht weniger peinlich, was der höchste Geistliche der Royal Air Force (RAF), Brian Lucas, in seiner Ansprache äußerte: Zu behaupten, diese Statue sei eine Verherrlichung des Krieges im allgemeinen und der Bombardierung Dresdens im besonderen, käme der Behauptung gleich, das Denkmal für Churchill sei eine Verherrlichung der Dardanellenschlacht. Zudem habe Harris, dessen Spitzname übrigens »Butcher« (Schlächter) lautete, Dresden nicht zerstören wollen, weil es an der Leistungsgrenze seiner Bomber gelegen habe, damit bei Churchill jedoch kein Gehör gefunden.
Damit wird der untaugliche Versuch gemacht, einen der schlimmsten Massenmörder der Geschichte wahrheitswidrig reinzuwaschen. Nach Ansicht vieler Mitglieder seiner Bombertruppe war Harris jedoch ein rücksichtsloser Krieger gewesen, der selbst auf seine eigenen Leute wenig Rücksicht genommen habe, wodurch sich auch die hohe Zahl eigener Opfer (55573 von insgesamt rund 125000) erklären lasse. Der heute 72jährige Jeffrey Chapman, der wegen seines zerstörten Flugzeugs den Massenmord in Dresden nicht mitmachte, aber weiterhin die Einsatzbesprechungen besuchte, berichtete folgendes über die Einsatzbesprechung vor der Bombardierung Dresdens: »Dies ist eine sehr alte Stadt mit sehr vielen Holzhäusern. Das brennt gut. Ihr habt die maximale Ladung Brandbomben an Bord. Außerdem soll die Stadt voll von Flüchtlingen von der Rußlandfront sein.« Aus Kriegsprotokollen gehe außerdem hervor, daß Harris statt Brandbomben eigentlich mehr Sprengbomben mitnehmen wollte, weil »Leute den Flammen entkommen können, wir wollen aber die Gebäude zum Einsturz bringen, damit sie auf die ›Boches‹ (Deutschen) fallen, sie töten und in Angst versetzen«.

Mindestens 135000 Personen, hauptsächlich Alte, Frauen und Kinder sollen dabei in Dresden gestorben sein, in einer Stadt, in der kein Militär war. Insgesamt starben bei dem von Harris befohlenen Bombardements deutscher Städte mehr als 600000 Deutsche, in erster Linie Zivilisten. Harris war derjenige, der als erster überhaupt die Flächenbombardierung von Städten und damit den Tod von Zivilpersonen befohlen hatte. Hitler hatte dies der deutschen Luftwaffe ausdrücklich verboten.

Doch nicht nur das, auch andere Geschichten über ihn zeigen das wahre Gesicht dieses Menschenschlächters. Als ein Bobby den mit seinem Auto viel zu schnell fahrenden Harris stoppte, soll dieser gesagt haben: »Hören Sie, ich bringe jede Nacht Tausende um. Was soll da ein Strafmandat?« Kurz vor seinem Tod hatte Harris keinerlei Reue über sein Tun gezeigt: »Ich beweine meine Feinde nicht.«

Umso schlimmer, daß viele Engländer den Mann, dem sie selber den Spitznamen »Lustmörder in Uniform« gaben, heute zujubeln. Als einige der rund 300 Gegendemonstranten während der Rede der Königinmutter »Massenmörder« riefen, wurden diese mit brutaler Polizeigewalt unter dem zustimmenden Gejohle des Großteils der Anwesenden verhaftet. Gleichzeitig wurde von diesen das Lied »He was a jolly good fellow« angestimmt.

Auch Teile der britischen Presse machen bei der Deutschenhetze tüchtig mit. Während nach einem Harris-kritischen Artikel beim »Independent on Sunday« englische Bürger spontan nach dem Spendenkonto für die Dresdner Frauenkirche, deren Ruinen heute noch als Mahnmal für diesen Massenmord stehen, anriefen, beschritt die als besonders seriös angesehene »Sunday Times« einen anderen Weg: »Gedenkstätte für Nazi-V2 verärgert ›Blitz-Überlebende‹« hieß es in einem Artikel. Gemeint war damit der geplante Weltraum-Park in Peenemünde, der mit Nazi-Verherrlichung nun wirklich nicht das allermindeste zu tun hat. □

Deutsche Bank mit eigenem Sicherheitsdienst

Schwere Vorwürfe werden derzeit gegen die Deutsche Bank erhoben: Danach soll Deutschlands größtes Geldhaus massiv mit seinem hauseigenen Sicherheitsdienst gegen den Datenschutz verstoßen. Laut einem Pressebericht sollen Mitglieder einer Initiative, die am Nikolaustag 1990 gegen die angebliche Ausbeutung der Armen durch die Deutsche Bank demonstrierten, im Computer der Bank als potentielle Sicherheitsgefahr gespeichert sein, mit Fotos von ihnen und Kennzeichen ihrer Autos.

Darüber hinaus soll der Sicherheitsdienst der Deutschen Bank auch über zwei »Observationsfahrzeuge« verfügen, die nahezu rund um die Uhr im Einsatz seien. In dem einen Observationsfahrzeug sollen zwei Kameras für Tages- und Nachtaufnahmen »auf der Hutablage schwenkbar montiert und durch große Lautsprecherboxen getarnt« sein. Die Kameras seien fernbedienbar und könnten »im Einsatzraum« ihre Bilder bis zu 500 Meter weit zu einem Aufnahmeauto übertragen.

Mit der massiven Überwachung gefährdeter Bankmanager sei dabei nach der Ermordung Herrhausens begonnen worden. So stünden die Wagen stundenlang in den Wohngebieten gefährdeter Manager und filmten dort das öffentliche Leben in allen Bereichen, mal vor einem Lebensmittelgeschäft, mal vor Kreuzungen. Verdächtig seien dabei nach einem internen Papier, so heißt es in dem Bericht weiter, alle Personen, die sich etwa an einer Kreuzung »längerfristig aufhalten«.
Da würden dann schon einmal Autos, bloß weil sie dem Überwachenden verdächtig erscheinen, mit Kennzeichen auf Bildplatte gespeichert. Einmal sei einem ohne nähere Begründung eine Frau verdächtig erschienen. Im Arbeitsbericht habe es dann lapidar geheißen: »Joggerin, weißes Hemd, kurze weiße Hose, blond, vollbusig!« Ein andermal heißt es in dem Tätigkeitsbericht: »HG-T 438, Ford Fiesta weiß/ Frau mit Walkman steigt unvermittelt ein.« Dies habe für den Eintrag in die Datei gereicht.

Dabei soll es auch ohne jede gesetzliche Handhabe eine Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bank, der Politik und der Polizei geben. So heißt es in einem Tagesbericht: »E 106/ Kennzeichen durchgegeben und um Überprüfung gebeten.« E 106 ist aber nichts anderes als die Amtsbezeichnung einer Polizeidienststelle in Königsstein, die dem hessischen Innenministerium direkt untersteht und im Hochtaunus, Wohnort zahlreicher Wirtschaftsführer, für den amtlichen Schutz der Prominenz zuständig ist.

Wörtlich heißt es in dem Bericht: »Sicherheitsdienstler der Bank beschreiben die Zusammenarbeit mit der Polizei so: Da würden verdächtige Kennzeichen an die Polizei in Frankfurt oder Königsstein weitergegeben. Oft genug komme die dann ›mit den Namen und Daten rüber‹, die in der Bank gleich mitgespeichert würden.
Die Frankfurter Polizei bestreitet eine derartige Auskunftspraxis.

Der Dienststellenleiter von E 106, Peter Ossig, dementiert vorsichtiger: ›So weit gehen wir meistens nicht.‹

Ahnungslos gibt sich dagegen Heinz Bohrmann, Chef des Sicherheitsdienstes der Deutschen Bank, ehemals Offizier bei den Bundeswehr-Feldjägern und nach Angaben aus der Bank der Erfinder der Schnüffel- und Speicherpraxis: ›Videoüberwachung? Bildplatte? Ich weiß gar nicht, wovon sie reden.‹«

Wenn Banken etwa die Eingänge zu ihren Hauptverwaltungen mit Kameras überwachen oder auch die nähere Umgebung der Wohnhäuser ihrer Spitzenmanager ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn dies aber so weit geht, dann ist dies mehr als bedenklich. Besonders dann, wenn man bedenkt, daß die Deutsche Bank sicherlich nicht das einzige Unternehmen sein dürfte, das derartiges macht. Von allen anderen großen Konzernen muß dies ebenfalls befürchtet werden – und hier besteht keinerlei Auskunftsrecht, wie etwa bei der Schufa oder Wirtschaftsauskunfteien. Ausgeschlossen werden kann auch nicht, daß, wer im Bank-Sicherheitscomputer mit »Negativmerkmalen« gespeichert ist, auch Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe erhalten könnte. Denn die Gerüchte verstummen nicht, daß es entgegen den gesetzlichen Vorschriften sehr wohl eine bankeninterne »Schwarze Liste« mit Personen geben soll, an die keine Kredite vergeben würden. □

Heiße Gerüchte zu Genschers Rücktritt

Über den Rücktritt von Bundesaußenminister Genscher von seinem Amt machen heiße Gerüchte in Bonn die Runde. Hierzu hat ein Bonner Hintergrundinformationsdienst folgendes geschrieben:

»Spekuliert wird noch immer über die Motive Genschers.« Hier gibt es mehrere Versionen:

Version Nr. 1: Genschers Rücktritt war eine deutliche Absatzbewegung von Kanzler Kohl. Ebenso wie die Koalition mit und durch Genscher begann, könnte sie mit Genscher enden. Die Beiläufigkeit, mit der Genscher dies verneinte, spricht für diese These.

Version Nr. 2: Genschers Rücktritt ist der Schritt zur Übernahme des Amtes als Bundeskanzler einer Übergangskoalition aus Union, FDP und SPD.

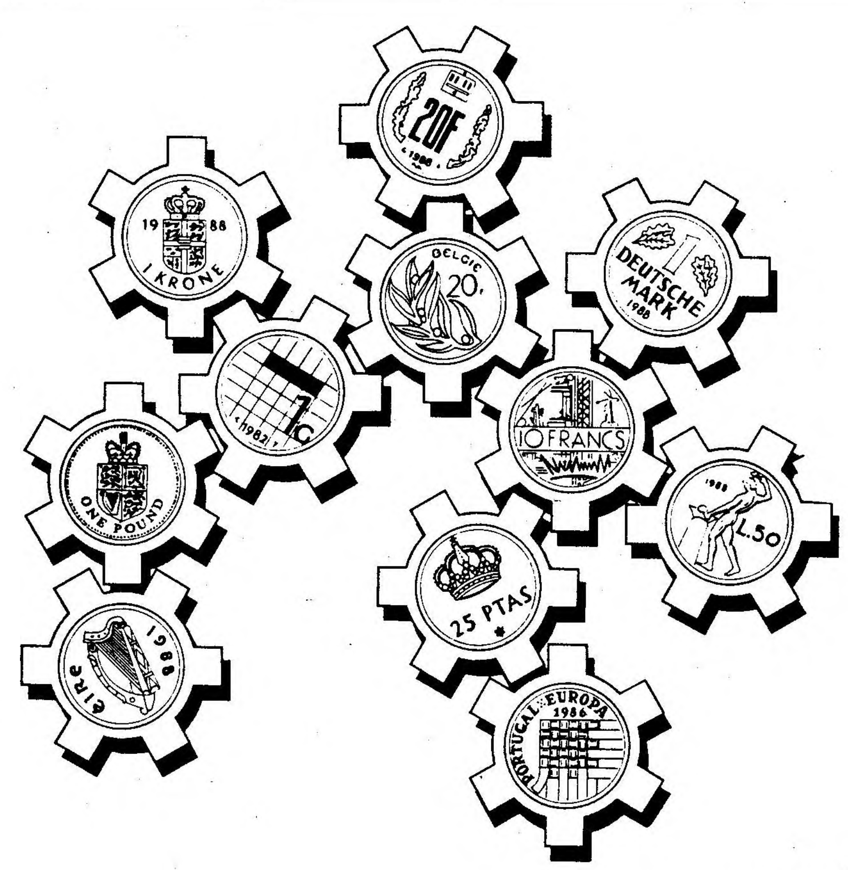
Version Nr. 1 kann hier einbezogen sein. Daß Genscher seine Stimme nunmehr als Abgeordneter erheben will, spricht für diese These. Genscher als der große Wächter und Richter über die weitere Entwicklung, zunächst mit gelegentlich freundlicher Unterstützung für Kohl, noch deutlicher aber mit ›Anmahnungen‹ aus übergeordneter nationaler Verantwortung mit dem Ziel der Übergangskanzlerschaft.

Version Nr. 3: Genscher wollte mit seinem vorzeitigen Rückzug Kohls ›große Kabinettsreform‹ als demonstrative Führungstat des Kanzlers die Wirkung nehmen und verhindern, selbst in diese Reform miteinbezogen zu werden. Version 1 und 2 sind mit dieser Version mühelos zu verknüpfen.

Version Nr. 4: Genscher bereitet für die FDP, die es noch gar nicht weiß (Möllemann ausgenommen?), einen erneuten Koalitionswechsel vor. Diese Version gilt vielen in Bonn als langweilig und wird weniger diskutiert, da sich derzeit kaum jemand ernsthaft eine SPD in der Regierungsrolle vorstellen kann.

Version Nr. 5: Die Art und Weise, wie der Wechsel inszeniert wurde, zielte auf die CSU. Das von der CSU mehrfach reklamierte Mitspracherecht bei der Besetzung des Außenministerpostens sollte von vorneherein unterlaufen werden. Daß Möllemann fast auf die Minute zeitgleich dem Finanzminister – und der Öffentlichkeit – schriftlich gab, wie die Staatsfinanzen zu konsolidieren seien, liegt exakt auf dieser Linie. Daß die CDU dem attackierten Finanzminister nicht beisprang, konnte Möllemann wohl schon vorher in Rechnung stellen. Diese Version ist mit allen anderen kombinierbar.
Für die Öffentlichkeit wurde wieder einmal deutlich: Es geht weniger darum, welche geeignete Person die beste Politik für unser Land machen soll, es geht primär um Postenjagd und Postenschacher. Daß selbst ein Kanzler Kohl bei der Frage, wer sein Außenminister werden soll, letztlich nicht einmal gehört wird, versteht keiner.«
Es gibt aber noch eine Version 5, die in Bonn die Runde macht und die bereits vor einigen Monaten von CODE exclusiv abgedruckt wurde: Daß Genscher nämlich allen Dementis zum Trotz neuer Bundespräsident werden, sich dafür aber selber nicht offiziell bewerben, sondern darum gebeten werden will. Und so kam es auch! Die »Bild am Sonntag« und »Welt am Sonntag« (beide ja zum Genscher-freundlichen Springer-Verlag gehörend) erschienen dann auch ganz groß mit der (sinngemäßen) Schlagzeile: »Die Mehrheit des deutschen Volkes will Genscher als Bundespräsident«. Eine deutliche Mehrheit soll sich danach bei einer repräsentativen Umfrage für »Wendelin« als Nachfolger von Weizsäckers ausgesprochen haben!

Wie dem auch sei, eines kann als sicher gelten: Ganz ohne Hintergedanken wird Genscher diesen Schritt mit Sicherheit nicht gemacht haben. Sein ganzer Lebenslauf spricht dagegen. Der Bürger sollte sich auf einige Überraschungen in der FDP in den nächsten Monaten gefaßt machen. □



Bonn

Los Angeles kann sich auch in Deutschland wiederholen

Klaus Waldner

Die Rassenunruhen in Los Angeles, die vor wenigen Wochen die Welt erschreckten, können sich auch in Deutschland wiederholen. Die Fundamente hierfür sind jedenfalls durch eine falsche Asylpolitik der Bundesregierung gelegt. So steigt etwa die Kriminalitätsrate bei diesem Personenkreis immer stärker an.

Die Unruhen in Los Angeles und anderen Städten der USA und Kanada zeigen jedenfalls, daß das Experiment der multikulturellen Gesellschaft gescheitert ist. Gerade in den Vereinigten Staaten beweist sich nämlich, daß es nicht zu einer »Vermischung« der einzelnen Rassen in den Städten kommt, sich vielmehr jede Nationalität in bestimmten Stadtteilen konzentriert. So leben die Neger in eigenen Stadtteilen, die Juden in ihrem und die Latinos ebenfalls. Was sich »vermischt« sind die westlichen Rassen also etwa weiße Amerikaner sowie in die USA kommenden West- und Nordeuropäer sowie Australier oder Neuseeländer. Dadurch müssen aber zwangsläufig Spannungen entstehen, die dann bloß einen Auslöser, in diesem Fall das Gerichtsurteil, brauchen, um zu einer Explosion der Gewalt zu führen.

Die Tendenz der Berichterstattung

Ohne das Urteil gegen die vier weißen Polizisten, die den Farbigen King zusammenschlugen, in jedem Punkt gutheißen zu wollen, ist aber doch die Berichterstattung hierzulande erschrekkend. Es wurden immer nur die Bilder gezeigt, in den die Polizisten auf den am Boden liegenden King knüppelten, das Vorspiel hierzu wurde aber ganz vergessen zu erwähnen, so daß man sich die Mühe machen mußte, dieses aus vielen Quellen zusammenzutragen.

Danach hatte der stark angetrunkene King nicht bei einer Polizeikontrolle gestoppt, hatte diese vielmehr durchfahren. Bei der anschließenden 13 Meilen langen Verfolgungsfahrt hatte er mit hoher Geschwindigkeit mehrere Polizeibarrieren durchbrochen. Mehrere Polizisten waren dabei in akute Lebensgefahr geraten. Als der Wagen dann endlich gestoppt werden konnte, folgten die beiden anderen im Wagen sitzenden Neger sofort den Anweisungen der Polizei, legten ihre Hände hinter den Kopf und stellten sich breitbeinig mit dem Rükken zu den Polizisten vor den Wagen. Lediglich King leistete Widerstand und weigerte sich, den Anweisungen der Gesetzeshüter zu folgen. Da es nicht das erste Mal gewesen wäre, daß ein Farbiger auf einmal eine Waffe zieht und einen Polizisten erschießt, griffen die Polizisten dann zur Gewalt. Daß dabei weit übertrieben wurde und die Schläge und Tritte am Ende nicht mehr zu rechtfertigen waren, zumindest einige der Polizisten hierfür eine Verwarnung erhalten hätten müssen, ist allerdings genauso richtig. Auf jeden Fall war der mehrfach vorbestrafte King aber nicht das Unschuldslamm, als daß er hierzulande gerne hingestellt wurde. Folge des Freispruchs waren dann die Krawalle, hauptsächlich von Schwarzen und Latinos – wobei nicht verschwiegen werden soll, daß sehr viele dieser Bevölkerungsgruppen aber auch zum Teil unter Lebensgefahr Weiße vor dem asozialen Mob retteten –.

Der Freispruch der Polizisten wurde dann sofort als Beweis des ewig währenden Rassismus gegen die Neger aufgeführt, obwohl dies, so undifferenziert betrachtet, natürlich nicht stimmt. Richtig ist sicherlich, daß die Armut in der schwarzen Bevölkerung ungleich größer ist als bei den Weißen. Dies liegt aber auch an der fehlenden Bereitschaft, notfalls für seinen Erfolg hart zu arbeiten, beziehungsweise sich anzustrengen sowie auch an der oftmals mangelnden Begabung, dann der steigende Anteil des schwarzen Mittelstands zeigt, daß der soziale Aufstieg sehr wohl möglich ist.

Chancen werden nicht immer genutzt

Selbst der linke »Spiegel« mußte in seiner Ausgabe 20/1992 zugeben: »Selbst in integrierten Schulen trennen sich die Wege, nachdem die Schüler gemeinsam das Gelände betreten haben. Das landesweit akzeptierte Prinzip der Förderung nach Begabung schafft separate Parallelklassen – überwiegend weiße für die Talentierten, dunkle für den Rest.« Das sagt aber doch nichts anderes, als daß trotz Gleichberechtigung sich eine natürliche Auswahl durchsetzt.

Auch gibt es in den USA viele Förderprogramme gerade für schwarze Kinder und Jugendliche, die aber nur zu einem Teil genutzt werden, von den angesprochenen Kreisen also selber auf Aufstiegsmöglichkeiten verzichtet wird. Ebenfalls erhalten gerade farbige Kinder und Jugendliche aus Ghettos vor Jugendgerichten oftmals vergleichsweise geringe Strafen, eben wegen dem Verweis auf ihre Herkunft.

Besonders interessant sind dabei Äußerungen von Staranwalt Alan M. Dershowitz, der Professor an der Harvard-Universität ist und den wegen Vergewaltigung einsitzenden Ex-Boxweltmeister Mike Tyson vertritt. Dershowitz sagte in einem Interview: »Das Ergebnis (des Rodney King-Verfahrens) ist vielleicht rassistisch, der Prozeß war es nicht . . . Aber ich glaube, die Jury hat eher für die Polizei votiert als gegen die Schwarzen. Möglicherweise hätte sie genauso entschieden, wenn der Mißhandelte ein Weißer mit langem Vorstrafenregister gewesen wäre . . . Das funktioniert auch umgekehrt. Denken Sie an den Reagan-Attentäter Hinckley. Den hat eine schwarze Jury wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen – Reagan ist nicht sonderlich populär unter der schwarzen Bevölkerung. Oder der schwarze Bürgermeister von Washington, Mario Barry: Das FBI filmte ihn beim Kokainkonsum, aber er kam in den allermeisten Anklagepunkten davon. Es gibt rassistische Untertöne auf beiden Seiten.«

Dershowitz' letzter Satz trifft *vielleicht genau den Kern der Sache*. Viele weiße Amerikaner und Kanadier, mit denen man sich unterhält, und die mit Schwarzen zusammenarbeiten weisen darauf hin, daß die Ablehnung in den meisten Fällen von diesen selber ausgeht, nach dem Motto:

Ich bin schwarz, du bist ein Weißer, du hast etwas gegen mich. Und schon ist die Mauer aufgebaut, aber von der falschen Seite. So gut wie keine Probleme, auch von Weißen akzeptiert zu werden, hätten Farbige, die sich gar nicht um ihre Hautfarbe kümmern und sich nicht als Neger, sondern ganz schlicht und einfach als Mensch geben. Dieses ist aber eine absolute Minderheit unter den Farbigen!

Dieses ist aber auch etwas, was hierzulande oft feststellbar ist. Wer hat es nicht selber schon erlebt, daß man, vielleicht total unbewußt und an etwas ganz anderes denkend, einen Ausländer oder einen Neger angeschaut hat und man plötzlich von diesem aggressiv angesprochen wurde? So sind doch auch nicht die schon lange hier lebenden Ausländer, die sich dem Leben in Deutschland angepaßt haben, Ziel der Ausländerfeindlichkeit, sondern in erster Linie diejenigen, die ihre fremden Sitten ohne Rücksicht auf ihr Gastland hier einführen wollen, wie etwa die Türken das Schächten unbetäubter Tiere.

Gerade dadurch, daß es Bund, Länder und Gemeinden zulassen, daß nicht integrierte Lebensräume zugelassen werden, baut sich aber ein immenses Gefahrenpotential für die innere Sicherheit Deutschlands auf. So warnen Sicherheitsexperten bereits, daß auch in Berlin, das stark von extremistischen Ausländern und Autonomen durchsetzt ist, ein Funke genügen könnte, und das Pulverfaß würde explodieren!

Besorgniserregend sind auch die Erkenntnisse des linken nordrhein-westfälischen Innenministeriums: Danach hat die Kriminalität von Asylbewerbern in den vergangenen Jahren einen dramatischen Höchststand erreicht.

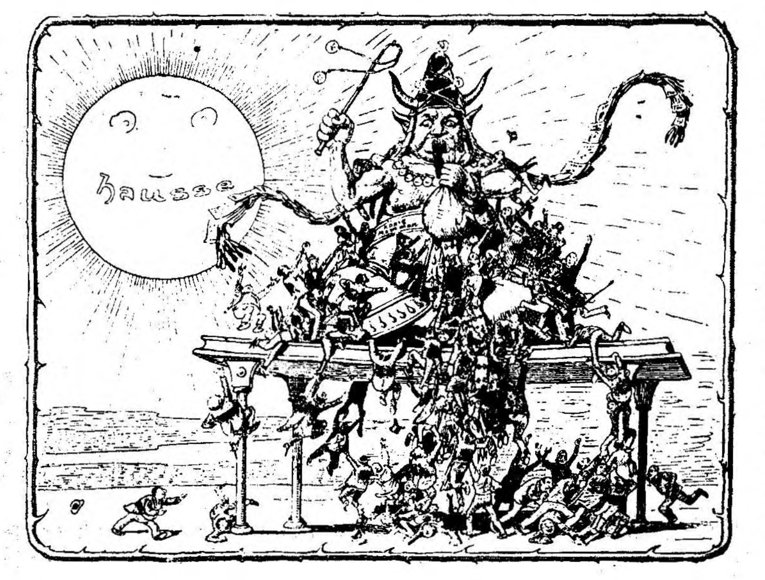
Während nur zwei Prozent der deutschen Einwohner in NRW straffällig wurde, sind es bei den Ausländern bereits fünf Prozent und bei den Asylbewerbern 1991 bereits 21,7 Prozent gewesen. Der Anteil der Asylbewerber bei von Ausländern begangenen Delikten stieg dem Innenministerium zufolge rasant an. 1991 betrug danach der Anteil von tatverdächtigen Asylbewerben bei Vergewaltigungen 35,1 Prozent, bei Urkundenfälschungen 45,3 Prozent, bei Ladendiebstählen 43,6 Prozent und bei Betrügereien durch nichtdeutsche Personen 36,8 Prozent.

Bonns Zögern verschärft die Probleme

Beim Anteil der einzelnen Nationalitäten an der Kriminalstatistik fallen insbesondere Asylbewerber aus Polen, Albanien, Rumänien und Zaire auf. So wurden 1991 genau 1802 oder 85,2 Prozent der insgesamt 2114 sich in NRW um Asyl bemühenden Polen straffällig. Bei den asylsuchenden Rumänen, zumeist Zigeunern, betrug der Anteil der Tatverdächtigen 39,2 Prozent, bei Asylbewerbern aus Zaire 35,7 Prozent und bei Asylsuchenden aus Albanien 58,9 Prozent. Bei Libanesen lag die Quote der Tatverdächtigen bei 33,1 Prozent und bei Jugoslawen bei 17,6 Prozent. Dagegen liegt die Kriminalitätsbelastung der Deutschen bei deutlich unter zwei Prozent.

Dieses stimmt doch augenfällig mit den Erkenntnissen in den USA überein und spricht der Rassismus-Theorie Hohn. Nicht die »Urbevölkerung« – wenn man die Weißen in den Vereinigten Staaten jetzt einmal fälschlicherweise so nennt, zumindest sind sie es aber aus Sicht der vergangenen 100 Jahren –, sondern die hinzugekommenen Fremden sind der Hauptquell der Kriminalität und von ihnen geht die größte Gefahr für die innere Sicherheit aus.

Berücksichtigt man dies, dann könnte das Ergebnis eigentlich nur sein, das jede Regierung versucht, die Ausländerquote verträglich gering zu halten. Von der Bundesregierung wird aber genau das Gegenteil getan. Es wird zwar viel in dieser Richtung geredet – nur Taten sind bislang keine gefolgt. Damit sind die jetzigen Politiker dafür verantwortlich, wenn wahrscheinlich schon in nahester Zukunft auch in Deutschland Rassenkrawalle zur Tagesordnung gehören werden. □



Deutschland

Die verratene Republik

Romulus Muehlenkamp

Gustav Sichelschmidt hat das sehr aufschlußreiche Buch »Wie im alten Rom« geschrieben, in dem er die Gründe und Erscheinungen darlegt, die zum Verfall und schließlich Untergang dieser damaligen republikanischen Großmacht führten – eine sprechende Parallele zu heutigen Verhältnissen. Als Ursache des inneren Zusammenbruchs einer Staatlichkeit erweist sich der Demokratieeffekt durch alle Zeiten der europäischen Geschichte – und darüber hinaus.

Am Anfang hatte das Ideal bestanden, bis dann die Realitäten sich durchsetzten. Aber Lehren sind bis zum heutigen Tag aus dem Anschauungsunterricht solcher historischen und kulturhistorischen Vorgänge aus zweieinhalbtausend Jahren nicht gezogen beziehungsweise auf Dauer abgeleitet worden, nicht zu reden von unbewußten oder bewußten Vernachlässigungen genealogischer Erkenntnisse.

Schiefe Ebene menschlicher Unzulänglichkeiten

Solon (um 600 vor der Zeitrechnung) gilt als Erfinder der Demokratie. Aber selbst die kleinen altgriechischen Stadtstaaten (Demos) mit ihrer relativen Übersichtlichkeit der Verhältnisse – von heute gesehen – hielten dem Ideal einer »Herrschaft des Volkes« nicht stand. Sie rutschten unweigerlich in neue Tyrannis ab. Sie erwiesen sich als schiefe Ebene menschlicher Unzulänglichkeiten. Trotzdem preist man bis heute in kleinen und großen Staaten mit hehren Worten die Demokratie auf ihre Ideale und versagt dann sofort im Versuch, sie im praktischen Leben in die Wirklichkeit umzusetzen. Man entschuldigt sich schamhaft mit der Ausrede, daß eben alles seine Zeit nimmt.

Im Lexikon »Knaur« steht: »Demokratie ist eine politische Ordnung, die, von unten nach oben aufgebaut, auf allen Stufen (Gemeinde, Land, Staat) durch das Volk selbst in Funktion gesetzt wird...« – Wer ist »das Volk selbst«? Der Demos (Alt-Athen)? Der spätere »Populus Romanus« (Alt-Rom)? Die »Population der modernen Staatsgebilde?

Das Arten- und Traditionsdurcheinander von heute wird mit der Bezeichnung »Bevölkerung« versehen, um gemäß unseres Zeitgeistes das Wesen des Völkischen zu meiden. Treffender noch ist die Ersatzformulierung »Gesellschaft«. Nicht das Verständnis der Grundwertungen, sondern gezielte Fehlformulierungen werden uns – von wem? fragt man – als Denkrichtung dargereicht.

Solon war adliger Herkunft. Seine Regierungsreformen, die den »niederen Ständen« Athens Zugeständnisse machten, galten bald als zweifelhaft. Er starb im Selbstexil. Seine Idee, zur Euphorie entfacht, zündete über zwei Jahrtausende – und immer wieder brachte das Leben in seiner Wirklichkeit die Ernüchterung. Denn eine Schwarzweiß-Lösung ist keine.

Demokratie – das schwierigste Staatssystem

Die Demokratie des Solon kam nicht von unten herauf – wie sogar unsere heutigen Lexika behaupten wollen –, sie wurde vielmehr dem populus von obenher angeboten. Damals wie heute spielt das Bildungsgefälle die entscheidende Rolle, besonders bei Revolutionen. Damit ist der Marxismus widerlegt, der behauptet, der Kommunismus sei eine origi-

Die verratene Republik



nale Aktion des »Volkes«. Es ist jedermann klar, daß das Volk als Einheitlichkeit der Legislative wie der Exekutive nicht regierungsfähig sein kann. So soll denn eine »Volksvertretung« dem Auftrag des Widerspruchs im »Volk« in staatspolitischen Entscheidungen Genüge tun.

Das Fazit ist damals wie jetzt zunehmende innere Verwirrung und am Ende wieder Tyrannis. Das »Geheimnis« zu diesem Fiasko ist im Verständnis der Vokabel »Volk« zu finden: Die altgermanischen Stämme, die die Demokratie gewiss nicht kannten, regierten sich auch reibungslos in den Entscheiden ihrer Stammesältesten, die genealogisch Teil des Ganzen waren. Eine Demokratie nährt sich von genealogischen Diskrepanzen und nährt den Keim zur Macht, die kein Recht vertritt, in sich.

Walter Lippmann – im Schwarzwald geboren –, Nestor des US-amerikanischen Journalismus, wie er genannt wird, und Liberaldemokrat laut eigener Aussage, schätzte die Demokratie als das schwierigste Staatssystem ein, weil in ihm jeder stimmberechtigte Bürger verpflichtet sei – soll die Herrschaft des Volkes Wirklichkeit werden –, aus eigener Initiative an allen Wahlgängen ausgerüstet mit dem vorausgesetzten staatspolitischen Wissen und im Bewußtsein höchster Verantwortung seine Stimme abzugeben. Wenn »nur« 90 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne schreiten, oder 70 Prozent, oder wie anläßlich der zwei letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen, wenig über 50 Prozent, und wenn in Kommunalwahlen die Beteiligungen nur 30 Prozent erreichen, dann kann niemand mehr von Demokratie reden. Denn dann regiert nicht mehr das Volk – weder direkt noch indirekt –, sondern ein bestimmter Sektor aus welchen Gründen auch immer.

Eliten negativistischer Provenienz pflegen sich in solch einem Klima durchzusetzen, die Tyrannis antiken Musters, zeitgemäß frisiert, übernimmt wieder die Regie. Es ist längst zur Gewißheit geworden, daß »Demokratie« kein zu verwirklichendes Staatssystem sein kann, da sie die eingebaute Eigenschaft an den Tag legt, bereits an der Basis dem latenten menschlichen Degenerationsprozeß den Weg zu bahnen und den Aspirationen einer emporkommenden exklusiven Prolitaristokratie zuzuwirken.

Die Folge ist ein »Neues Zeitalter«

Grundsätzlich ist der erst viel später entstandene Begriff des res publica wesensgleich mit »Demokratie«, als letztere noch nicht erfunden war. Beide haben ihre Wurzeln in der genetischen Homogenität des Volkes, die sich durchaus mit ähnlichen und sich ergänzenden (kompatiblen) Völkern und Volksgruppen vereinbaren. Beide Vorstellungen vom Wesen einer Volksvertretung fielen dem Einbruch wirklichkeitsfremder Illusionen zum Opfer.
Der Begriff des res publika sorgte später bis in die Neuzeit hinein für das Verständnis einer direkt wählbaren Volksvertretung. Res publica war das Staats- und Regierungsprinzip Alt-Roms und später im Mittelalter des bedeutenden Stadtstaates Venedig. Im 18. Jahrhundert besannen sich die »Gründerväter Amerikas« nach eingehendem geschichtlichem Studium auf die Werte des res publica und gaben den neugegründeten Vereinigten Staaten von Amerika eine republikanische Konstitution.

Sie alle verfielen dem Sog der Demokratie aus dem alleinigen Grund, daß die genetische Homogenität des Volkes zerstört und das angestammte Naturrecht auf Selbstbestimmung und -regierung verwässert und ideologisch zersetzt und schließlich kriminalisiert wurde. Die lebenspendende Faser der betroffenen Völker erhielt Schaden, der – weiter intensiviert – tötlich sein würde.

Grundsätzlich ist der erst viel später entstandene Begriff des res publica, lateinisch »Gemeinwesen«, sinngleich mit einer quasivor»demokratischen« Ordnung eines Gemein- und Staatswesens. Der dann emanzipierte Demokratiebegriff löste sich in der Geschichte alsbald vom »Gemeinwesen« – homogene Gemeinschaft eines Volkes –, indem er eine Vermischung mit kulturell und herkommensmäßig nicht kompatiblen Fremdvölkern einging. Der hierbei entstandene Verlust trifft beide Kontrahenten, denn auch die neu einbezogenen fremden Elemente gehen durch die Vermischung ihrer Eigenkultur und damit ihres Eigenwertes verloren. In der Nachfolge wird gewachsenes Seelen- und Geistesgut in seinem Ordnungsgefüge das Opfer einer unaufhaltsam um sich greifenden Dekadenz und der Massengelüste eines zum Populus abgesunkenen Volkes.

Und im Endeffekt folgt solchen Auflösungen ein unbestimmbares »Neues Zeitalter« von Menschen mit ganz anders geartetem Gesicht. Der Übergang ist immer ein gewaltsamer. Aber es gehört zur Unerforschbarkeit der Natur, daß zwar in kurzfristigen Zeitläufen der Hang zu Abbruch und Nivellierung Siege feiert, daß aber die Wurzeln und Keime des Lebens, dem Auge noch unsichtbar, ans Licht wachsen und eine neue Epoche ankündigen, souverän aus dem Nachlaß des Vergangenen das Lebensfördernde nutzend, Evolution und Revolution zurücklassend den Sprung in die Zukunft tun.

Die Wirtschafts- und Finanzkonferenz von Bretton Woods von 1. bis 22. Juli 1944 diente dazu, die Völker der Welt in den Griff zu bekommen.

Aber noch sind die Keime spärlich und zaghaft. Es ist lehrreich, die Auflösung der res publica in die Demokratie an einigen Beispielen zu verfolgen:

Eine Demokratie im letzten Stadium

Die altrömische Republik und der Stadtstaat Venedig im Mittelalter florierten gemäß des Staatsmaximes bis zur Infiltration »demokratischer« Kräfte, das heißt dem Einbruch kulturauflösender Viren. Die USA haben sehr bewußt ihre Konstitution nach den Prinzipien des res publica geschaffen, – um heute bereits fast völlig den Einflüsterungen und der Phraseologie der »Demokratie« erlegen zu sein.
Einer der Gründe für dieses »schmerzlose« Abgleiten ist in

der unzulänglichen Schulbildung in den USA zu suchen, besonders im Fehlen einer ausgewogenen kritischen und selbstkritischen Geschichtsbetrachtung. Dieses entstandene Vakuum ist vom propagierten Drang zur Selbstbereicherung und zur Selbstbefriedigung ausgefüllt worden und sucht Bestätigung in anderen »demokratisch« regierten Ländern der Welt, die Bundesrepublik Deutschland mit einbegriffen. Daß die USA sich immer noch eine Republik nennt – die Konstitution ist ja nicht amtlich abgeschafft –, und daß die Bundesrepublik sich als Republik versteht, obgleich sie gar keine solche ist, darf als Zeichen von Irreführung gelten. Der Bonner Staat ist heute tatsächlich das Musterbeispiel einer Demokratie im letzten Stadium.

Die Irreführung besteht darin, daß die historische Bedeutung des Wortes »vergessen« und mit der kolossalen Behauptung ersetzt ist, Republik sei die Alternative zur Monarchie. Alt-Rom war eine Republik mit ihren Cäsaren. Frankreich war eine Republik (Republique Francaise) unter den Napoleonen, England ist eine verfassungsmäßige Republik trotz ihres Königshauses. Sie wurden allesamt in Demokratien verwandelt, sobald das angestammte genealogisch kohärente Staatsvolk dem Einfluß der Zersetzung ausgesetzt wurde. Rom ging in fünfhundert Jahren zugrunde, in der Bundesrepublik, die laut Grundgesetz die Wiederherstellung Deutschlands erreichen muß, geschah dieses »Wunder« sozusagen über Nacht.

Mit der Abdankung Kaiser Wilhelm II. war das Deutsche Reich eine Republik insofern, als daß das deutsche Volk genealogisch als Einheit erhalten blieb. Nach 1945 erreichte die Sturmflut der biologischen Demokratisierung in steigendem Maße auch Westdeutschland und macht schon in dieser Hinsicht die Bezeichnung »Republik« zu einer Absurdität.

Die Diktatur der Finanzelite

In der republikanischen Verfassung der USA ist die Vokabel »Demokratie« kein einziges mal erwähnt. 1922 wurde das Wort »Demokratie« von Gouverneur Lehman (New York) gebraucht. 1935 nannte er dieses Wort zweimal in einer offiziellen Ansprache – die Emanzipation der Schwarzen war noch nicht erfolgt –, und 1939 bei einer ähnlichen Gelegenheit fünfundzwanzig mal. Und in seiner Rede am 3. Januar 1940 in der New Yorker Legislative gebrauchte er »Demokratie« dreiunddreißig mal. Dieses Beispiel ist symptomatisch für das Verständnis des Demokratisierungsprozesses, welches in den USA bewußt daran besonders zu erkennen ist, als daß heute völkische beziehungsweise rassische Kennzeichnungen als offensiv gelten und auf Antrag gerichtliche Folgen haben können.

Geburtsstunde der deutschen Republik. Philipp Scheidemann, führender Sozialdemokrat, ruft am 9. November 1918 von einem Balkon des Reichstags die Republik aus.

In der Dienstvorschrift der US-Army vom Jahr 1928 wird die »Demokratie« definiert als »eine Regierung der Massen…, die in Demagogie, Zügellosigkeit, Agitation, Unfrieden, Anarchie ausläuft«. Im »Soldier's Guide« (»Handbuch für Soldaten«), herausgegeben im Juni 1952, steht folgendes: »Weil die Vereinigten Staaten eine Demokratie sind, bedeutet ›Demokratie‹ soviel, daß der Mehrheit des Volkes aufgegeben ist zu entscheiden, wie unsere Regierung zusammengestellt und geführt werden soll. Die Army und die Air Force haben daran Anteil.«

Die Begriffe »Mehrheit«, »Rasse« und »Volk« werden unter neue Akzente gesetzt und mit den neuen emotionsgeladenen Vorstellungen von »Menschenrechten« auf internationaler Ebene mit dem Instrument eines einschlägig arbeitenden Medienapparates in alle Welt verbreitet. Auch nach Bonn, aber immer noch schämt man sich darob dort nicht.

Tatsächlich sind heutzutage Ausdrücke wie »Demokratie«, »Republik«, »Menschenrechte« und viele andere ihres Sinns beraubt und mithilfe der Methode der Gewöhnung aus Denkträgheit auf den Zeitgeist umfunktioniert worden. Das Erstaunliche hierbei ist die Erkenntnis, daß die bundesdeutsche Rechte – »Rechts« wie »Links« und »Mitte« sind inzwischen als Standortbestimmung weitgehend obsolet geworden – sich weiterhin als stramm-demokratisch orientiert versteht. Tut sie das aus Furcht, als anti-demokratisch angesehen zu werden und ... ergo als diktatorisch? Dies gemäß der bisher undisputierten Ansicht – wessen Ansicht? –, die Alternative zur »Demokratie« sei »Diktatur«! Und wenn schon – muß Diktatur in unserem Zeitalter ausschließlich physischer oder ideologischer Natur sein? Ist die Zins-Sklaverei einer exklusiven internationalen Finanzelite, die im Begriff ist, ihre Fänge über den ganzen Globus auszubreiten, keine Diktatur?
Die Gretchenfrage »wie hältst du es mit der Demokratie« bedarf nun endlich der Revision. Besonders vonseiten der betrogenen Deutschen! □

Gewerkschaften

Innenminister Seiters Verlierer des Streiks

Alfred König

Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) ist der große Verlierer im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes – der eigentliche Verlierer ist aber das deutsche Volk. Was sich bei diesen Tarifverhandlungen abgespielt hat – sowohl seitens der Arbeitgeber als auch der Gewerkschaften – war dazu angetan, die Politverdrossenheit in Deutschland noch größer werden zu lassen. Der eigentliche Skandal ist, daß die Annahme des Schlichtungsspruchs dem deutschen Steuerzahler ungleich billiger gekommen wäre, als der nun von den Arbeitgebern abgeschlossene Kompromiß.

Wie bekannt, sah der ursprüngliche Schlichtungsspruch Einkommenserhöhungen von 5,4 Prozent für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor. Dies wurde von den Arbeitgebern, speziell von deren Verhandlungsführer Seiters, als viel zu hoch und untragbar für Bund, Länder und Kommunen abgelehnt. Die Differenz zwischen dem Schlichtungsspruch und dem letzten Angebot der Arbeitgeber von 4,8 Prozent lag bei rund 2,25 Milliarden Mark.

Die Zeche zahlt der Bürger

Nach dem jetzt abgeschlossenen Kompromiß erhalten die Arbeitnehmer bekanntlich 5,4 Prozent mehr Lohn, außerdem wurde bei der Einmalzahlung eine soziale Komponente eingefügt. Während Seiters davon sprach, daß die Arbeitgeber durch den Abschluß gegenüber dem Schlichtungsspruch rund eine halbe Milliarde Mark einsparten, widersprach dem der Verhandlungsführer für die Kommunen, der Duisburger Oberstadtdirektor Klein. Ihm zufolge liegt der jetzige Abschluß um knapp eine halbe Milliarde Mark über dem Schlichtungsspruch.
Wie dem auch sei: Eine Annahme der Schlichtung wäre dem deutschen Steuerzahler viel billiger gekommen. So lag alleine der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Arbeitsausfälle infolge von Verspätungen entstand, nach Berechnung des Bundes der Steuerzahler bei rund 25 Millionen Mark pro Tag, bei rund 200 bis 250 Millionen Mark also, wenn man das Wochenende und den Maifeiertag berücksichtigt. Bundesbahn und Bundespost verloren jeweils mehr als 100 Millionen Mark und, und, und. Insgesamt wird der volkswirtschaftliche Schaden auf mindestens zwei Milliarden Mark, eher aber sogar mehr geschätzt. Damit hat der Streik und der danach erfolgte Abschluß dem Steuerzahler also weitaus mehr Geld gekostet als bei einer Annahme des Schlichtungsspruchs!

Eine schallende Ohrfeige für Bonn

Der eigentliche Verlierer war die Bevölkerung und hier speziell die Armen, Alten, Kranken und Kinder – und die Umwelt. Durch den unverständlichen Totalstreik im Nahverkehr während fast des gesamten Streiks wurde die Teilnahme am öffentlichen Nahverkehr für diese Bevölkerungsgruppen fast vollständig unmöglich gemacht. Dafür erreichte die Umweltbelastung nicht mehr hinnehmbare Werte. So stieg in der Luft der Großstädte der Benzolgehalt, der als besonders krebserregend gilt, bis auf das drei- und vierfache der sonst gemessenen Werte und überschritt die Grenzwerte zum Teil deutlich. Wo blieben dabei übrigens die Proteste der sogenannte Umweltschützer, die sich immer so vehement gegen den Autoverkehr aussprechen und eine Förderung des öffentlichen Nahverkehrs fordern? Es wurden keinerlei Proteste gegen das Verhalten der ÖTV bekannt! Da zeigt sich, wie ehrlich es diese Leute meinen; die Ideologie geht ihnen über den von ihnen stets so propagierten Umweltschutz!

Auch aus anderen Gründen war dieser Streik überflüssig wie ein Kropf. So war der Schlichtungsspruch von 5,4 Prozent durchaus vertretbar. Zwar lag er sicherlich am oberen Rand der Möglichkeiten, ging aber noch nicht darüber hinaus. Gleichzeitig wurde darüber hinaus bekanntgegeben, daß Bund, Länder und Gemeinden dieses Jahr etwa 10,3 Milliarden Mark mehr Steuern einnehmen werden als erwartet.

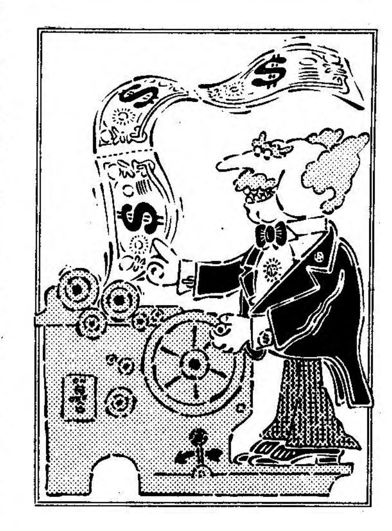
Die Rentner haben keine Lobby

Gleichzeitig war der Streik im öffentlichen Dienst eine schallende Ohrfeige für die Verschwendungspolitik der Bundesregierung. Immer weniger Bürger sahen und sehen ein, warum Milliarden und Abermilliarden etwa für den Golfkrieg, an die Polen, an die GUS, an Albanien, an Israel und an Scheinasylanten fließen, gleichzeitig aber kein Geld für die eigenen Bürger da sein soll. Daraus resultierte auch die wieder Erwarten breite Zustimmung der Bevölkerung, wenngleich die Kritik an den überharten Streiks in vielen Bereich, besonders im Nahverkehr, den Flughäfen und der Müllabfuhr, immer lauter wurde.
Traurig ist nur, daß die Proteste dort laut werden, wo eine starke Organisation dahintersteckt. Bei den Rentnern, die sich mit einer Erhöhung ihrer Bezüge von rund zwei Prozent abspeisen lassen mußten, war nichts von Solidarität in der Bevölkerung festzustellen. Dabei wird gerade dieser Personenkreis, der ohnehin trotz eines oft arbeitsintensiven und langen Arbeitslebens mit einer Minirente abgespeist wird, von der Minierhöhung besonders hart getroffen.

Der Rücktritt des Ministers wäre fällig

Allerdings hat der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst auch ein gutes: nämlich die Verweigerung der Zustimmung von 55,9 Prozent der ÖTV-Mitglieder. Diese haben dadurch nämlich den Weg zu mehr Vernunft in den anderen Tarifbereichen, speziell in der Metallindustrie geebnet. Allen anderslautenden Erklärungen des IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler zum Trotz, war diesem klar, daß ein Metall-Tarifabschluß irgendwo zwischen 5,4 und 5,8 Prozent angesiedelt sein muß. Dieser wäre aber von den ohnehin meist radikaleren IG Metall-Mitgliedern angesichts der zuerst radikalen Töne Steinkühlers in einer zweiten Urabstimmung aber niemals bestätigt worden. Also gab er die Parole aus: Einigung ohne vorherige Urabstimmung und Streik. Dieser hätte aber der deutschen Volkswirtschaft erheblichen Schaden zugefügt.

Dies ändert aber nichts daran, daß der Streik im öffentlichen Dienst vollkommen überflüssig war und volkswirtschaftlich mehr gekostet hat als es bei einer Annahme des Schlichtungsspruchs notwendig gewesen wäre. Die Konsequenz dessen hätte eigentlich der Rücktritt des Bundesinnenministers sein müssen. Daß es dazu nicht kam, zeigt nur, wie verkommen die politische Moral in diesem unserem Lande bereits ist. □



Kommunistische Verquickung zwischen FDGB und IG Druck

Gerhard Baader

Trotz aller harten harschen Töne muß man den Einzelgewerkschaften des DGB insgesamt doch eine Tarifpolitik mit Augenmaß bescheinigen – wenngleich es in manchen Punkten sicherlich zu Übertreibungen gekommen ist –. Dies ändert aber nichts daran, daß eine der Hauptpolitikpunkte des DGB noch immer der Klassenkampf und die Absicht ist, das politische Geschehen in Deutschland nach links zu treiben. Offiziell wurde aber immer eine gewisse Abgrenzungspolitik gegenüber dem realen Sozialismus in der DDR betrieben. Daß dies aber oftmals nur wegen der Öffentlichkeit geschah, es inoffiziell weit mehr als nur lose Kontakte zu den stalinistischen Kommunisten in der DDR gab, haben jetzt die Berliner Sozialwissenschaftler Manfred Wilke und Hans-Hermann Hertle in der Dokumentation »Das Genossenkartell« aufgedeckt, selbst wenn man jetzt berücksichtigen muß, daß die Akten, auf die die beiden zurückgriffen sicherlich nicht als Optimum an Objektivität gelten können.

Hauptstreiter für die DDR-Linken waren dabei der langjährige IG Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein, der bis 1952 offiziell Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands war sowie das Mitglied des Hauptvorstands der Gewerkschaft, Gisela Kessler, die auch als hauptamtliche Gewerkschafterin ihre Mitgliedschaft in der inzwischen umbenannten Kommunistischen Partei behielt.

Der Einfluß der DKP

Bei den 68er-Studentenunruhen mischten sowohl SED-Leute als auch Gewerkschafter nach Angaben der beiden Berliner Sozialwissenschaftler tüchtig mit. Mit dem Hinweis »Termin: spätestens 30. 10. 1967« ende ein streng vertraulicher »Maßnahmeplan« zur »Einbeziehung der westdeutschen IG Druck und Papier in die Aktion ›Enteignet den Springer-Konzern‹«. Hierzu sei eigens zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe beim Zentralvorstand des FDGB gegründet worden, der die Fäden im Hintergrund ziehen sollte. Unter dem Motto »Kampf gegen die Pressekonzentration« in der Bundesrepublik, die Arbeitsplätze vernichte, habe der FDGB die IG Druck in die Kampagne miteinbeziehen wollen. Auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck habe es dann auch wirklich einen dementsprechenden Antrag gegeben, »dessen Wortlaut auffällige Ähnlichkeit mit Formulierungen des FDGB-Maßnahmeplans hat«.

Daß sich der FDGB ausgerechnet die IG Druck aussuchte war kein Zufall. So hatte diese Gewerkschaft einen hohen Organisationsgrad aufzuweisen, und das Pressewesen ist bekanntlich eine der besten Manipulationsmöglichkeiten. Dazu habe die IG Druck zu den Gewerkschaften gehört, »bei denen in wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen Elemente einer konstruktiven eigenständigen Gewerkschaftspolitik am sichtbarsten werden«. Dazu gehöre vor allem »die faktische Ablehnung des Antikommunismus«, was laut Verständnis des FDGB einen linksextremen Standpunkt vonnöten macht.

»Wesentlichen Anteil« daran hätten »die seit langem bestehenden Verbindungen uns nahestender Kräfte (DKP; die Redaktion) mit einer Anzahl progressiver Sozialdemokraten dieser Industriegewerkschaft bis in den Hauptvorstand«. Inzwischen hat auch der weit links stehenden stellvertretende Vorsitzende der IG Medien – wie die IG Druck jetzt heißt – zugestanden, daß »der Einfluß von DKP-Mitgliedern auf die Politik der IG Medien unverkennbar« gewesen sei.

Der selbe Hensche soll laut Wilke und Hertle folgendes geäußert haben: »Wir haben die Mitbestimmung studiert. Das, was in der DDR gemacht wird, sei das Optimalste, was möglich ist. Dagegen ist die Mitbestimmung in der BRD schmalbrüstig.« In der IG Druck-Zeitung schrieb Hensche kurz nach Rückkehr vom einem DDR-Besuch 1976: »Man hat den Eindruck von einem Volk, das sich den Gürtel enger schnallt – oder schnallen läßt – zugunsten langfristiger Investitionen, die sich wahrscheinlich erst in der kommenden Generation auszahlen werden.«
Eine merkwürdige Rolle spielte die IG Druck auch 1981, als in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde. Damals beschlossen die internationalen Spartendachverbände, in Polen Veranstaltungen zu boykottieren, um damit die Solidarnosc zu unterstützen. Die Manager der IG Druck trafen sich aber dennoch mit dem Ständigen Komitee der Gewerkschaften der Grafischen Industrie. Mahlein nannte die Solidarnosc laut dem »Genossenkartell« sogar eine von »konterrevolutionären Kräften gelenkte Organisation, die auch aus dem Ausland gelenkt wird« – wobei letzteres zugegebenermaßen sehr wahrscheinlich ist –.
Nachdem der ARD-Korrespondent Lothar Loewe aus der DDR ausgewiesen war, soll Hensche an den FDGB den Wunsch herangetragen haben, »Dokumente und Fakten zu erhalten von Journalisten aus der BRD und anderen kapitalistischen Ländern über deren Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR«.

Der Kampf soll weiter gehen

Nach dem Vorsitzwechsel von Mahlein zu Ferlemann war der FDGB zuerst skeptisch, was sich jedoch bald änderte. Nach einem Treffen mit Ferlemann und Hensche vermerkte der FDGB-Sekretär für Westarbeit, Werner Heilemann: »Die guten Beziehungen zur IG Druck und Papier im FDGB müßten noch fester geknüpft werden.« Auch in den nächsten Jahren änderte sich nichts an der engen Zusammenarbeit zwischen FDGB und IG Druck.

Als die DDR 1989 ihr 40. Revolutionsjahr feierte, versicherte man sich der weiteren gedeihlichen Entwicklung der »Beziehungen zwischen dem FDGB und dem DGB auf der Grundlage der jüngsten Verhandlungen der Kollegen Tisch und Breit in der BRD... Die Delegation (der IG Medien; die Redaktion) war beeindruckt von ihrem Gesamtbesuch und verabschiedete sich am 7. Oktober mit besten Wünschen zu unserem 40. Jahrestag der Gründung der DDR und dem Wunsch nach weiterer konstruktiver Zusammenarbeit«, wie es in dem offiziellen Resümee des FDGB heißt.

Obwohl man an offizielle DDR-Akten immer mit einer gewissen Skepsis herantreten sollte, da sich dort jeder profilieren wollte, scheint aber das enge Verhältnis zwischen IG Druck und dem rein kommunistischen FDGB unzweifelhaft bewiesen zu sein. Daß es in dieser DGB-Einzelgewerkschaft noch keine Konsequenzen gegeben hat, vor allem Hensche noch immer an führender Stelle arbeitet, beweist die starke Ideologisierung dieser Leute und ihre Absicht, den kommunistischen Kampf weiterzuführen. □

Deutschland

Mit Bonn und ÖTV der Marsch in den Abgrund

Alfred König

Die Bundesregierung ist von ihrem Auftrag her verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. Die Gewerkschaften sind zwar in erster Linie dazu verpflichtet, dem Wohl ihrer Mitglieder zu dienen, grundsätzlich haben aber auch sie das Allgemeinwohl im Auge zu behalten. Was jetzt aber beim Streik im Öffentlichen Dienst geschah, ist mit dem gesunden Menschenverstand nicht zu begreifen. Wenngleich die Hauptschuld hier sicher bei den Arbeitgebern, also beim Bund, den Ländern und den Kommunen zu suchen ist, steht das Verhalten der ÖTV aber in keiner Relation mehr zu den Differenzen.

Wie sah die Ausgangsposition unmittelbar vor dem Streik aus? Der Schlichtungsspruch sah vor, die Einkommen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um 5,4 Prozent zu erhöhen. Dies wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, weil hierfür angeblich kein Geld in den leeren Staatskassen mehr gewesen sei. Ihr Angebot lautete zuletzt auf 4,8 Prozent. Die Differenz lag also bei durchschnittlich 25 Mark brutto pro Beschäftigten oder in einer Summe ausgedrückt, bei rund 2,25 Milliarden Mark. Dies entspricht etwa 0,1 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts!

Für das Ausland hat Bonn offene Taschen

Bundesinnenminister Seiters (CDU) fuhr dabei auf Geheiß seines Meisters, dem Herrn Bundeskanzler, einen absoluten Konfrontationskurs, zumal, wie die »Welt« am 27. April berichtete, während den Schlichtungsverhandlungen von den Arbeitgebern bereits einmal ein Angebot im Gesamtvolumen von 5,2 Prozent unterbreitet worden war. Wieso dies aber nun auf einmal von den selben Herren wieder zurückgenommen wurde, weiß wahrscheinlich nicht mal derjenige, der dies angeordnet hatte.

Der Streik der ÖTV war absehbar, vollkommen unnötig die Härte, mit der dieser von der Gewerkschaft geführt wurde.

Daß die ÖTV mit ihrer Vorsitzenden Wulf-Mathis darauf natürlich entsprechend sauer reagierte, ist verständlich. Dies ist aber keine Entschuldigung, daß der daran anschließende Streik weit über das Ziel hinausschoß.

Wie oben gesagt, lag die Differenz, ausgehend vom letzten offiziellen Angebot, bei 2,25 Milliarden Mark. So imposant diese Zahl dem Normalbürger erscheint, so klein und unbedeutend ist sie aber doch in der Relation des gesamten Bundeshaushalts.

Deswegen einen Streik zu riskieren, so wie es Seiters getan hat, ist in höchstem Maße unverantwortlich. Dies gilt besonders dann, wenn man bedenkt, wie die Bundesregierung zuvor das Geld mit offenen Händen herausgeworfen hat. Albanien wurde nur wenige Wochen vorher ein dreistelliger Millionenbeitrag für demokratische Reformen versprochen, Polen wurden fast fünf Milliarden Mark Schulden erlassen, für den Golfkrieg wurden zwei bis drei Milliarden Mark mehr bezahlt als notwendig gewesen wäre und wurde dieses Geld von den Amerikanern und den Franzosen bis heute nicht zurückgefordert.

Wenige Tage nach Ablehnung der Schlichtung seitens der Arbeitgeber wurde bekanntgegeben, daß der Bund Steuermehreinnahmen von rund drei Milliarden Mark hat; also weit mehr, als für eine Einigung notwendig gewesen wäre. Für monatlich rund 30000 Schein- und Wirtschaftsasylanten ist Geld in Masse vorhanden, aber nicht für den Müllmann, den Polizisten, die Krankenschwester und andere kleine Beschäftigte! Gleichzeitig wird seitens der Arbeitgeber in Kauf genommen, daß ein Streik wesentlich größeren volkswirtschaftlichen Schaden auslöst, als die 2,25 Milliarden Mark beziehungsweise die letztendlich wohl sogar nur 700 Millionen Mark. Denn diese Größenordnung war schon nach wenigen Tagen erreicht!

Der Feudalherr von Bonn

Der Streik war somit absehbar; vollkommen unnötig war allerdings die Härte, mit der dieser seitens der ÖTV geführt wurde. Bei allem Verständnis für ihre Enttäuschung, muß sich doch die Frage stellen, ob bei so geringen Differenzen nicht auch kleinere Schritte ausgereicht hätten. Dies gilt besonders für die lange Bestreikung des öffentlichen Nahverkehrs, die die schwächsten der Schwachen, nämlich die Rentner, traf. Gerade diese oftmals gesundheitlich Angeschlagenen waren durch die Aktionen der ÖTV quasi an ihr Haus oder ihre Wohnung gebunden. Wer keine Familie oder Nachbarn hatte, der für sie Einkäufe erledigte, sie zur Behandlung zu Ärzten oder zu Besuchen ins Krankenhaus fuhr, war aufgeschmissen. Denn die teuren Taxifahrten können sich aus dieser Bevölkerungsgruppe nur wenige leisten.

Umso skandalöser dann das Verhalten von Seiters, das an einen Feudalherren erinnerte, und an das von Wulf-Mathis, die den Gewerkschafter in seiner widerlichsten Form, nämlich den Klassenkämpfer, darstellte. Beide reisten lustig durch die Gegend und schwangen große Reden, statt sich zusammenzusetzen und zu verhandeln.

Wenn man dann etwa von Wulf-Mathis hörte, die Zeit für Gespräche sei vorbei, diese könnten nun nur noch bei einem entsprechend höheren Angebot der Arbeitgeber erfolgen, dann muß man sich doch fragen, wie weit hat sich diese Frau von der Basis entfernt? Sie hat es auch gut: Ein Chauffeur fährt sie wohin sie will, die Streiks werden so koordiniert, daß sie hiervon nicht betroffen ist, für die Einkäufe hat sie wohl eine Haushaltshilfe. Hat diese Frau auch nur die geringste Ahnung, was mit den Armen und Kranken, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, in diesen Tagen geschah? Hat sie sich auch nur eine Sekunde lang hierüber Gedanken

gemacht? Aber kann man dies von einer Frau erwarten, die nie an der Basis stand, sondern nach ihrem Studium direkt ins Bundeswirtschaftsministerium überwechselte, von Anfang also die Funktionärs-Laufbahn einschlug?

Gefragt ist ein Gesetz für Streiks

Zwar hieß es von der ÖTV immer wieder, man wolle in erster Linie die Arbeitgeber treffen, traf aber in Wirklichkeit die schwächste Bevölkerungsgruppe. Hätte es nicht vollkommen ausgereicht, den Nahverkehr in den Morgen- und Nachmittagsstunden, wo also der Berufsverkehr herrscht, zu bestreiken und zum Beispiel zwischen 11.00 und 14.00 Uhr normal zu fahren. Dann wäre der eigentliche Zweck erreicht worden, besonders die alten Leute, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, hätten in den drei Stunden ihre Arztbesuche, auf die sie viel öfter angewiesen sind als junge, und ihre Einkäufe erledigen können. Warum war ein derartiges flexibles Verhalten seitens der ÖTV nicht möglich?
Alles in allem gesehen, muß sicherlich der Ansicht des CDU-Rechtsexperten Rupert Scholz rechtgegeben werden, der eine gesetzliche Regelung von Streiks forderte, selbst auf die Gefahr hin, daß wieder vom deutschen Michel die Rede ist, der nichts ohne Verordnungen kann. Dabei würde sich folgendes Modell anbieten, was in Gesprächen auch von führenden Gewerkschaftern – zumindest inoffiziell – als »durchaus vernünftig« angesehen wird:

Große Töne aber keine Lösung

Sobald eine der beiden Tarifparteien den Spruch des Schlichters nicht annimmt oder ohne vorher den Schlichter anzurufen die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt und bei der anschließenden Urabstimmung sich die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für Streik ausspricht, tritt das, nennen wir es mal so, »Streikgesetz« automatisch in Kraft. Dieses sollte dann folgendes vorsehen:
Nach Bekanntgabe des Urabstimmungsergebnisses gilt für eine weitere Woche die Friedenspflicht. Spätestens drei Tage nach Bekanntgabe des Urabstimmungsergebnisses müssen sich die beiden Tarifparteien wieder so lange zusammensetzen bis sie zu einer Einigung gekommen sind. Überspitzt ausgedrückt: Selbst wenn sie sich nach zwei Wochen noch nicht geeinigt haben, bleiben sie weiter in Klausur, bis die Einigung eben da ist. Damit würde man also ausschließen, daß die Verhandlungsführer, so wie bei diesem ÖTV-Streik, durch die Lande reisen und große Töne spucken anstatt nach einer Lösung zu suchen.

Kein Eingriff in die Tarifautonomie

Nach einer Woche dürfen dann aber die Streiks beginnen. Weigert sich eine der beiden Parteien an diesen Gesprächen teilzunehmen, dann erfolgt ein Zwangsabschluß auf Basis des letzten Angebots/Forderung der Gegenpartei. Weigern sich beide Parteien, dann gilt der Schlichterspruch. Gab es zuvor keine Schlichtung, wird ein unabhängiger Schiedsmann festgesetzt, der dann quasi den Schlichtungsspruch ausspricht, der für beide Tarifparteien bindend ist.

Dieses also könnte in etwa der Rahmen sein, um den dann sicherlich noch flankierende Vorschriften gesetzt werden müssen, etwa, daß der öffentliche Nahverkehr jeden Tag auch weiterhin zwischen 11.00 und 14.00 Uhr weiterbetrieben werden muß, höchstens jede zweite Fernzugverbindung bestreikt werden darf, die Post wenigstens einmal in der Woche ausgetragen und der Müll mindestens einmal die Woche abgeholt werden muß. Bei Druckereien etwa dürften nur maximal drei Zeitungen pro Woche ausfallen, wobei nicht alle Zeitungen an einem Tag bestreikt werden dürfen.

Durch diese Regelung wäre sichergestellt, daß die Kampfkraft also noch immer recht hoch wäre, auf der anderen Seite aber nicht die schwächsten der Schwachen die Auswirkungen am stärksten zu spüren bekommen. Auch wäre dies kein Eingriff in die Tarifautonomie, sondern höchstens die Beseitigung von Schwachstellen derselben. Und das Allgemeinwohl geht nun einmal über das Interesse einzelner Gruppen! □

Deutschland

Umstellung auf Mehrheitswahlrecht wünschenswert

Xaver Rüttly

Die Feststellung ist nicht neu, daß bei den zahlreichen Herrschafts- und Regierungsformen, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt und dargestellt haben, keine ohne Mängel sind, die Demokratie aber wohl noch am erträglichsten sein soll. Daß diese »Volksherrschaft« vielfältig sinnverkehrt wurde, konnten wir am »weißen Schimmel« der »Volks-Demokratie« unserer Tage erleben; wissen aber auch, daß es mit der »Gewaltenteilung« in Bonn zwischen Exekutive und Legislative ebenfalls nicht ganz stimmt, über die Köpfe der Bürger zudem »hinweg regiert« wird und die Justiz als Kontrollorgan personell vom Parteienproporz befallen ist.

Der Einfluß des Volkes als Souverän, von dem nach Artikel 20 Grundgesetz alle Staatsgewalt ausgeht, auf das politische Einzelgeschehen ist in der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise gering. Nur in Wahlen wird der Eindruck erweckt, der Bürger sei der eigentliche Souverän. Spötter haben gesagt, wenn Wahlen wirklich »schädlich« wären, wären sie längst abgeschafft worden.

Das Wahlrecht wird »notfalls« geändert

Daß auch mit Wahlen »operiert« wird, ist nicht ganz unbekannt. Selbst das Wahlrecht wird »notfalls« geändert, um »Entscheidungen« zu beinflussen. Hierbei geht es um die Frage, ob für bestimmte »Lagen« das Mehrheits- oder Persönlichkeitswahlrecht oder Varianten des Verhältniswahlrechts in Anwendung gebracht werden sollen.
Als es im Herbst 1966 zu einer ersten schweren Regierungskrise seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland kam, die dann zu einer »Großen Koalition« hinführte, wurden auch Überlegungen angestellt, das seit dem Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 eingeführte, mit Elementen der Personenwahl (Mehrheitswahl) durchsetzte Verhältniswahlrecht – jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine für die direkte Wahl eines Abgeordneten, die andere für die Wahl einer parteigebundenen Liste – zum Mehrheitswahlrecht hin zu verändern.

In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezemberr 1966 sagte damals Bundeskanzler Kiesinger: »Während dieser Zusammenarbeit soll nach Auffassung der Bundesregierung ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werden, das für künftige Wahlen zum Deutschen Bundestag nach 1969 klare Mehrheiten ermöglicht.«

Dr. Barzel erklärte am 15. Dezember 1966 in der Aussprache für die CDU/CSU: »Wir wollen diese Koalition auf Zeit. Der Zwang zum Ende muß auch durch ein Übergangswahlrecht für 1969 verstärkt werden.«

Deutschland

Umstellung auf Mehrheitswahlrecht wünschenswert

Für die SPD erklärte Helmut Schmidt: »Wir werden die Wahlrechtsvorschläge, die die Regierung angekündigt hat, prüfen; aber wir sind nicht darauf festgelegt. Für meinen Freund Fritz Erler und mich persönlich will ich an dieser Stelle allerdings bekennen, daß wir für ein relatives Mehrheitswahlrecht eintreten, weil es ein Verantwortung erzwingendes Wahlrecht ist, und weil es den Zwang zu Koalitionen aufhebt.«

Die Furcht um die Pfründe

Schließlich kam es doch nicht dazu! Heute stecken alle Parteien wieder in der Krise, die sich sowohl in der Regierung als auch in der Opposition widerspiegelt. Sie sind mit ihrer Kunst am Ende, werden vom Souverän mißtrauisch beobachtet und kaum noch ernst genommen, sehen sich von ungefähr 51 Prozent Protestwählern – über 30 Prozent Nichtwähler, 11 Prozent Rechtswähler, 10 Prozent Grünwähler – bedrängt, fürchten um ihre Pfründe, Sitze und Mehrheiten und reden daher »testweise« von der Großen Koalition und auch davon, wie man im Videotext am 10. Mai 1992 lesen konnte, über eine eventuelle Änderung des Wahlrechts in Richtung Mehrheitswahlrecht; solche Gedanken werden zumindest in den beiden noch großen Parteien angestellt.

Nach den Berliner Bezirkswahlen, die noch im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg gesehen werden müssen, tritt nun die große, zweijährige »Wahlpause vor dem Sturm« ein, der 1994 zum schicksalhaften Wahljahr für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa werden läßt.
Wie sehr die Bonner Parteien am Ende sind, manipulieren sie auch noch mit einer die Wähler täuschenden Bekanntgabe der Wahlergebnisse. Ihre Prozentrechnung, die ja normalerweise »von Hundert« ausgehen müßte, läßt die Nichtwähler einfach weg und damit ihre Parteienergebnisse hochschnellen.

Auf »100« bezogen, würden die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg wie folgt aussehen:

Schleswig-Holstein	
Nichtwähler	28,2 Prozent
SPD	32,9 Prozent
CDU	24,1 Prozent
FDP	4 Prozent
Grüne	3,5 Prozent
DVU	4,5 Prozent
Übrige	2,8 Prozent

Baden-Württemberg	
Nichtwähler	29,8 Prozent
SPD	20,4 Prozent
CDU	27,4 Prozent
FDP	4 Prozent
Grüne	6,5 Prozent
Republikaner	7,5 Prozent
Übrige	4,3 Prozent

Kopfgeld für die Parteien

Die in Schleswig-Holstein mit »absoluter Mehrheit« regierende SPD kann sich etwa nur auf ein Drittel der Wählerschaft stützen, die CDU in Baden-Württemberg wurde nur von gut einem Viertel der Bevölkerung gewählt.

Mit der aufgezeigten »Verrechnungsmethode« können selbst bei einer Wahlbeteiligung von zum Beispiel nur 25 Prozent der Wahlberechtigten immer noch »demokratische Mehrheiten« herbei gezaubert werden. Natürlich haben die Parteien das Wahlgesetz wegen der Zunahme der Nichtwähler auch längst geändert, denn das »Kopfgeld«, das sie früher pro »stimmabgebenden Wähler« für ihre Wahlkampfkostenerstattung erhielten, bekommen sie nun nach Änderung prozentual von der Anzahl der »Wahlberechtigten« berechnet.

Es ist also gleichgültig, wieviel Wähler bei dieser »Wahlmanipulation« zur Wahl gehen: Die »demokratischen Mehrheiten« und »die Kasse« stimmen immer. Hinzu kommt, daß mit dem »Mischwahlsystem« oder auch mit der Verhältniswahl ein »Gemischtwahlkandidaten-Lager« an Mittelmäßigkeit in die Parlamente eingezogen ist, denen der Bürger mit vollem Recht nicht mehr zutraut, die wichtigen und dringenden Probleme unseres Staates im Lande, in Europa und in der Welt überhaupt noch lösen zu können. Wirklich armes Deutschland!

Für die Wende in Bonn spätestens 1994 wäre es daher nicht ohne Bedeutung, wenn tatsächlich im Wahlgesetz das Verhältniswahlrecht mit dem Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrecht ausgewechselt würde. Denn, so könnte man es verkürzt ausdrükken, 1994 wählt man nicht mehr »Parteien«, sondern wohl in Anbetracht der verzweifelten Lage nur noch »Persönlichkeiten«, »Köpfe«, »Deutsche«. Und zwar nicht aus der kleinen Bevölkerungsgruppe der drei Prozent von Parteimitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland, sondern aus der großen Gruppe der 97 Prozent der bisher Nicht-Parteimitglieder. Schließlich will man ja 1994 zur Lösung der Schicksalsfragen unseres Volkes und Vaterlandes endlich eine wirklich »Deutsche Bundesregierung« wählen.

Förderung einer stabilen Parlamentsmehrheit

Denn: Das Mehrheitswahlrecht führt zur Persönlichkeitswahl. Der Wähler entscheidet sich für den »besten Mann« oder für die »beste Frau«, nicht für die »beste Partei«. Der gewählte Abgeordnete kann sich so als Repräsentant des ganzen Wahlkreises betrachten, nicht als Exponent seiner Partei.

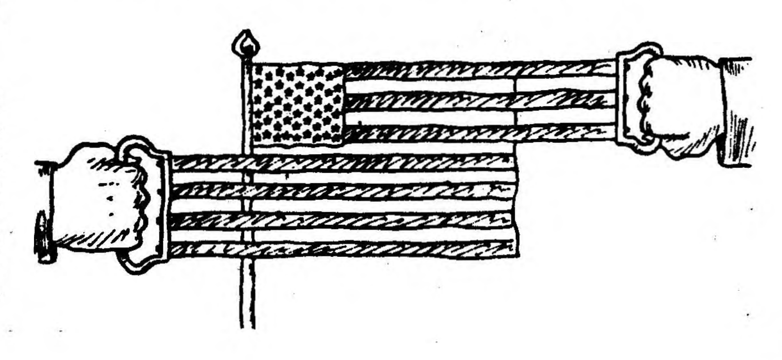
Das Mehrheitswahlrecht fördert die Bildung einer stabilen Parlamentsmehrheit, verhindert Parteizersplitterung. Das Mehrheitswahlrecht ermöglicht leichter einen Machtwechsel von einer Partei zur anderen. Das Mehrheitswahlrecht schafft bei Entscheidungen auch klare Mehrheiten. Die leidige Fünf-Prozent-Klausel entfällt.
Das Mehrheitswahlrecht entspricht mehr der unmittelbaren Demokratie, weil Wahlentscheidung und Wählerauftrag sich näher sind. Im Mehrheitswahlsystem ist die Verantwortung ungeteilt – in Regierung und in Opposition. Im Mehrheitswahlsystem werden die Positionen, die Unterschiede der Parteien und Fraktionen deutlicher.
Die kleineren Parteien wären dabei nicht chancenlos, wenn sie Persönlichkeiten aufstellen können. Die Auswahl der »besten Kandidaten« innerhalb der Parteien bekäme eine große Chance. Schon Goethe stellte fest: »Nicht die Talente, nicht das Geschick zu diesem oder jenem machen eigentlich den Mann der Tat; die Persönlichkeit ist's, von der alles abhängt!« (Divan, Noten und Abhandlungen).

»Biertischpolitiker«, »Möchte-Gern-Politiker«, kleinkarierte »Wadenbeißer«, reine »Parteistrategen«, die über Listen Eingang und Zugang zu Mandaten und Ämter fanden, hätten keine Chancen mehr.

Dabei kann es auch bei dem Mehrheitswahlsystem Modifizierungen zu Dreier- oder Vierer-Wahlkreisen geben – sogenannte Großwahlkreise, in denen die mit den besten Einzelergebnissen gewählt werden können –.

Alle in diesem Beitrag gegebenen »Denkanstöße« dienen der großen Aufgabe, für 1994 eine klare Linie für eine wirkliche Volksvertretung der Deutschen zu finden, die der Geschichte, der Würde, der Wahrheit und der politischen Kultur dieses großen Volkes in der Mitte Europas entspricht. Wir werden es schon schaffen! □

(Es wird fortgesetzt.)



Deutschland

So kommt in Bonn die politische Wende

Xaver Rüttly

In der letzten Ausgabe veröffentlichte CODE den ersten Artikel einer Reihe von Beiträgen zum Thema Wahlen zum Europa-Parlament und zum Deutschen Bundestag im Jahr 1994. Die Resonanz auf den ersten Artikel ist überwältigend. Da öffentliche Parteigründungs- und Parteiaufbauarbeit in unserem Land nicht mehr ungestört und ungehindert betrieben werden kann, läuft die Vorbereitung weitgehend über Veröffentlichungen in CODE.



Aus der Fülle der Zuschriften zu dem Beitrag »So kommt in Bonn die politische Wende« hier der Brief von Ernst A.F. Straka aus Frankfurt am Main: »Auch mir ist klar, daß weder ein Herr Schönhuber noch ein Herr Dr. Frey als Lichtgestalten anzusehen sind. Daher möchte ich doch den Herrn Rüttly fragen, wo denn die Intelligenzbestien und Edelmenschen stecken, die im Jahr 1994 – viel zu spät – angeblich erscheinen werden? Was werden sie gründen? Es kann nur eine rechte und konservative Alternative zu den Bonner Lizenz-Parteien sein, die eine Chance hätte. Aber wo sind diese Retter der Nation? Einer der kommt um die heillos zerstrittene Rechte in Deutschland wieder zu einen. Wo ist der oder sind die Männer?«

Die Frage eines Umerzogenen?

Es ist schon ein wichtiger Erkenntnisschritt, von den Herren Schönhuber und Dr. Frey nicht die »Errettung Deutschland« zu erwarten. Wer solchen Träumen noch nachhängt, hat sich für den kommenden Wiederaufbau Deutschlands bereits abgemeldet.

Die Frage, »wo denn die Intelligenzbestien und Edelmenschen stecken, die im Jahr 1994 – viel zu spät – angeblich erscheinen werden?«, kann eigentlich nur jemand stellen, den die Umerziehung stark erwischt hat, weil er sich nicht vorstellen kann, daß trotz allen Medienrummels in den 96 Prozent Wahlbürgern, die eigentlichen Erbauer, Träger und Erretter der Demokratie in Deutschland, die Bewahrer des deutschen Volkes und Vaterlandes enthalten sind.

Die vier Prozent Parteimitglieder und deren Trauer- oder Dauerpolitiker hatten und haben Deutschland doch längst abgeschrieben, wollen das deutsche Volk per staatlich finanzierter Abtreibung und durch multikulturelle europäische Gefangenschaft abschaffen, erhalten dafür die höchsten Orden der Welt, die Ehrendoktortitel der gleichgeschalteten Universitäten und durch Abschaffung der Gewaltenteilung die selbst bewilligten Wohlstands- und Ruhegehälter. Diese Trittbrettfahrer des deutschen Volkes werden 1994 noch rechtzeitig genug vom deutschen Volk vom Brett getreten.

Die »Gesäßeinteilung« in »Links« und »Rechts«

Im übrigen sind die überwiegend konservativ Denkenden nicht »heillos« zerstritten«, es sind lediglich ihre Möchte-gern-Spitzenpolitiker! Parteien, die diese Typen nicht abzuwählen in der Lage sind, verdienen kein Vertrauen. Die »Gesäßeinteilung« in »Links« und »Rechts« sollten wir von den Parteien und Medien nicht übernehmen. 1994 stellt sich diese Frage nicht mehr. Eine vom deutschen Volk mehrheitlich getragene Partei wird die Besten aus ihren Reihen kandidieren lassen. Die Bonner und die sogenannten rechten Parteien sind dann wegen des Mangels »an vorzeigbaren Persönlichkeiten« müllhaldenreif.

Die »vorzeigbaren Persönlichkeiten« müssen keine »Intelligenzbestien oder »Edelmenschen« sein, sondern Charakter haben, Klugheit besitzen, die durch Erfahrung die Intelligenz erst »veredelt« hat.

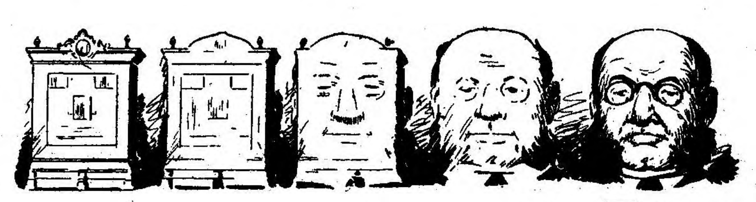
Wer solche Menschen sucht oder nachfragt, findet sie nicht an Biertischen, Schickimicki-Partys oder in Geheimbünden, die alle Ministerposten unter sich bereits verteilt haben, aber dafür keine Mehrheitswähler finden. Diese Persönlichkeiten stehen aktiv im Leben, tragen große Verantwortung im beruflichen Umfeld, sind bekannt, geachtet und beliebt.

Man darf nicht zu spät sein, aber schon gar nicht zu früh

Wollen Sie jetzt etwa Namen hören? In einem Land, das voll kontrolliert, bespitzelt und abgehört wird, das sich mangels politischer Kultur nicht scheut, alle illegalen Mittel zur Zerschlagung alternativer Kräfte einzusetzen! Wer nur redet, hört nichts! Wer wirklich am Aufbau hart mitarbeitet, dem gehen die Augen auf!

Man darf nicht zu spät, aber schon gar nicht zu früh sein! Dann wäre alles vorbei »in diesem unserem Lande«. Vorerst halten wir uns an Nietzsche:

»Wer einstmals viel zu künden hat,
schweigt viel in sich hinein,
wer einst den Blitz zu zünden hat,
muß lange Wolke sein!« □



Die Melkkuh für die Polen

Alfred König

Die Politik der Bundesregierung zeichnet sich derzeit durch eine Polenfreundlichkeit aus, die angesichts des tatsächlichen Verhältnisses der beiden Länder untereinander nur noch als irrational zu bezeichnen ist. Bislang hat es nämlich seitens des östlichen Nachbarn keinerlei angemessene Antwort auf die vielen Vorgaben Deutschlands gegeben. Vielmehr sind die der »deutschen Minderheit« in ihrem ureigensten Gebiet zugestandenen Rechte viel geringer als in vergleichbaren Fällen, etwa in der CSFR. Dabei hat sich gerade beim jüngsten Staatsbesuch des polnischen Präsidenten Lech Walesa gezeigt, als was die Polen Deutschland hauptsächlich betrachten – nämlich als Melkkuh.

Wörtlich hat der frühere Bergbauarbeiter einmal gesagt, er halte Deutschland für die »Lokomotive, die uns zu dem reicheren und wohlhabenderen Teil des Kontinents zieht«. Dies versteht er dahingehend, daß Deutschland und der Westen allgemein Geld, sehr viel Geld nach Polen schicken soll. Wie und ob sich das rentiert, darüber hört man von ihm nur sehr schwammige Bemerkungen, dafür aber viel konkretere Drohungen für den Fall, daß der Westen nicht den Goldesel spielt.

Der Westen soll zahlen

Konkret sagte Walesa in einem Interview mit der »Welt« folgendes: »Wir müssen hart arbeiten, die doppelte Stundenzahl sogar, aber wir können uns nicht auf Arbeitslosigkeit einlassen. Wie ist das aber zu machen? Der Westen sollte Arbeit für uns ermöglichen, damit wir ihm folgen und den unterschiedlichen Lebensstandard ausgleichen können. Mit Betriebsschließungen werden wir dem Westen aber nicht folgen können. Bei einigen wenigen Fabriken kann man es machen, aber nicht in der Größenordnung von 70 Prozent, wie es bei uns durch den Zerfall des RGW fast geschehen ist.« Frage der Welt: »Soll sich der Westen also raushalten und nur das Geld und die Kredite geben?« Antwort Walesas: »Der Westen soll verstehen, daß wir keine Wahl haben, daß wir Partner werden sollten. Wir sollten bei uns Waren herstellen, damit der Westen bei uns verdient, wir dagegen verschiedene Mängel beseitigen und zugleich unseren technischen Standard erhöhen können, um uns Europa und der Welt anzupassen.«

An anderer Stelle warnt Walesa in der GUS den gleichen Fehler zu wiederholen, den der Westen in Polen gemacht habe. Dies würde dort zu 40 Millionen Arbeitslosen führen, »die keine andere Wahl haben, als gen Europa zu ziehen«. Bereits zuvor hatte Walesa ja angedroht, für ausreisewillige Russen ein Spalier zu bilden und diese an die Bundesrepublik weiterzuleiten. Mit keinem Wort sagt der Pole aber, aus welchem Grunde der Westen gerade in Polen investieren sollte, in einem Land, das es noch nicht einmal geschafft hat, mehrere Jahre nach der sogenannten »Revolution« für geordnete Verhältnisse zu sorgen.

»Ich bin dafür und auch dagegen!«

So gibt es zum Beispiel noch immer sehr viel Ungereimtheiten in der polnischen Verfassung, die demokratischen Strukturen noch immer nicht angepaßt ist. Vielmehr stammt diese wesentlich noch immer aus kommunistischen Zeiten. So ist Walesa etwa laut Verfassung auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte sowie verantwortlich für die Außen- und Sicherheitspolitik Polens. Nicht dargelegt ist aber in der Verfassung, wie er dies in die tägliche Praxis umsetzen kann. Damit ist er aber de facto nichts anderes als ein Papiertiger. Warum sollte auch nur ein Unternehmen einen Pfennig in einem Land investieren, in dem offensichtlich die Armee bemüht ist, die Demokratie abzuschaffen und wo, allen Dementis zum Trotz, ein Militärputsch nicht ausgeschlossen werden kann!

Dafür redet Walesa gerne und vor allem auch viel von der sogenannten »Basisdemokratie«, die er schaffen will – nur daß keiner weiß, wie diese aussieht. Bezeichnend dafür war seine Äußerung: »Ich bin dafür und auch dagegen!« Als der Internationale Währungsfonds (IWF) Polen vor wenigen Monaten ermahnte, den Reformkurs und die Anti-Inflationspolitik einzuhalten, versprach der polnische Präsident dies auch. Nur wenige Tage später tönte er dann im altbekannten chauvinistischen polnischen Größenwahn: »Wenn wir schon die Revolution gemacht und die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht haben, dann wissen wir wohl selber am besten, was zu tun ist. Und kein Europa wird uns dabei hineinpfuschen.«

Das Land ist auf den Westen angewiesen

Grundsätzlich ist ihm sogar recht zu geben. Jeder Staat sollte den Weg gehen, der ihm am besten für sein Volk erscheint. Wenn Walesa Polen aber schon an den Westen anbinden will, sind wirtschaftliche Reformen und ein Sieg gegen die galoppierende Inflation aber unbedingt vonnöten – selbst bei einem eigenständigen Weg ist dies unumgänglich –. Angesichts der altbekannten polnischen Arbeitsdisziplin, die eher zu einer Vernichtung, denn Vermehrung führt – wer dies anzweifelt, braucht sich bloß anzuschauen, wie die Polen die deutschen Ostgebiete heruntergewirtschaftet haben; in den Orten ist heute noch beim bloßen Vorbeifahren zu erkennen, in welchen Häusern Deutsche und in welchen Polen wohnen –, ist das Land aber auf den Westen angewiesen. Ihn dann so vor das Schienbein zu treten, läßt erkennen, welch Geistes Kind dort herrscht!

Auch sind die wirtschaftlichen Fortschritte, die Polen in den vergangenen Jahren gemacht hat, angesichts der Vorgaben doch als äußerst spärlich zu bezeichnen.

So sind den Polen bereits vor einigen Jahren viele Milliarden Mark (umgerechnet) an Schulden erlassen worden, zurückgezahlt wurde von ihnen ohnehin so gut wie nichts und wenn, dann Minibeträge. Erst kürzlich haben alle Gläubigerstaaten Polen erneut die Hälfte seiner Schulden erlassen, darunter Deutschland rund 4,55 Milliarden Mark. Die Restschulden müssen zum Marktzins verzinst und in 18 Jahren zurückgezahlt werden. Und dies zu einem Zeitpunkt, da hierzulande jede müde Mark gebraucht wird, um die Kosten der deutschen (Teil-)Einheit zu zahlen!

Deutschland schwächt also seine eigene Wirtschaft, um der polnischen zu helfen. Und was ist der Dank: Polen hat lediglich die in der KSZE und anderen völkerrechtlichen Verträgen festgeschriebenen Menschenrechte, insbesondere für die Minderheiten, anerkannt, diese aber nicht in der Verfassung verankert, diese damit für die in Polen lebenden Deutschen nicht einklagbar gemacht, besteht aber auf der anderen Seite auf viel weitergehende Minderheitenrechte für die in den baltischen Staaten lebenden Polen. Deutschland sollte die Vergangenheit nicht vergessen: Die Polen haben es nur Deutschland zu verdanken, daß ihr Land heute überhaupt noch existiert und nicht schon von den Russen einverleibt wurde. Gedankt haben sie es Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs damit, daß sie versucht haben, bereits damals Schlesien gegen jedes Völkerrecht mit Militärgewalt zu vereinnahmen!

Bonner Abstinenz in puncto Ostpreußen

Doch nicht nur, daß Deutschland jetzt schon durch den Grenzvertrag, die Schulden- und Wirtschaftshilfe sowie durch andere Hilfen die Polen in einem nicht mehr hinzunehmenden Maße unterstützt, jetzt droht sogar die ohne jede Gegenwehr erfolgende Überlassung Nordostpreußens und damit Königsbergs den Polen!

Bei einem in Hamburg erfolgten Treffen mit dem Sprecher der Landsmannschaft der Ostpreußen, Harry Poley, beklagte sich der russische Präsident der wiedereröffneten Königsberger Börse, Viktor Prokopiew, über das mangelnde deutsche Engagement in Nordostpreußen. Hierzu schrieb das »Ostpreußenblatt«: »Laut Professor Prokopiew sind derzeit nur zehn deutsch-russische Gemeinschaftsunternehmen und zwei rein deutsche in Königsberg aktiv. Polen stünden demgegenüber bereits mit fünf Dutzend Firmen am Pregel. Auch Schweden und sogar Griechen hätten die Ostprovinz für sich entdeckt. Polnische Unternehmen profitierten vor allem von der politischen Rückendekkung, die ihnen im Gegensatz zu den Deutschen von ihrer Regierung zuteil würde.« Weiter sagte Prokopiew: »Ab Mai wird es in Königsberg sogar ein polnisches Konsulat geben. Ein deutsches ist noch nicht in Sicht.« Lediglich die Industrie- und Handelskammer Lübeck wolle mit Königsberg eine gemeinsame IHK gründen.

Prokopiew wies auch darauf hin, daß die Polen alles versuchten, deutsche Anstrengungen soweit wie möglich zu behindern. Das »Ostpreußenblatt« wörtlich: »Während Prokopiew diese umfangreichen polnischen Aktivitäten aufzählte, wies er noch mehrfach auf seine Enttäuschung über die Bonner Abstinenz hin.«

Ist dieses Verhalten der Bundesregierung schon skandalös zu nennen, so verschlägt es einem bei folgendem fast die Worte: Der russische Regierungspräsident des nördlichen Ostpreußens, Juri Matotschkin, hatte kürzlich um die Ansiedlung Deutscher in Königsberg und Umgebung geworben. Seine Pläne sahen vor, daß zunächst einmal etwa 200000 Rußlanddeutsche in diese Region kommen sollten. Hierzu nahm er auch Kontakt mit der Bundesregierung auf. Die Antwort lautete aber, daß Bonn es lieber sähe, daß die Rußlanddeutschen in Kasachstan, an der Wolga oder in der Ukraine bleiben. Ja, man soll ihn sogar auf den Vorschlag des argentinischen Präsidenten Menem verwiesen haben, gemäß dem die Rußlanddeutschen für 20000 Mark pro Kopf – natürlich zahlbar aus der deutschen Steuerkasse – im menschenleeren Patagonien angesiedelt werden und das dortige Gebiet fruchtbar machen sollen!

Deutsch-feindliches Verhalten der Bundesregierung

Dabei ist das nördliche Ostpreußen ein Gebiet, das wegen seiner immensen Bodenschätze und Millionen Hektar fruchtbarsten Gebiets ohne finanziellen Mehraufwand zu erschließen ist. Es gibt Finanzierungsmodelle, nach denen die hierfür notwendigen Milliardenbeträge durch Anleihen aufgenommen und die anfallenden Zinsen problemlos durch die erwirtschafteten Erträge beglichen werden können. Dies könnte auch unschädlich für den deutschen Zinsmarkt bewirkt werden.
Man muß sich angesichts des oben geschilderten wirklich fragen, welch Geistes Kind die Bundesregierung eigentlich ist. Für alles und jeden sind Milliardenbeträge da, für den Golfkrieg, für die Unterstützung Israels, für den Schuldenerlaß Polens usw. Geht es aber um deutsche Belange, dann ist angeblich kein Geld da. Die erste Quittung hierfür gab es bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Kiel. Bleibt nur zu hoffen, daß dem noch viele weitere folgen! □

Establishment

Das Kartell der Mächtigen siegt vor Gericht

Klaus Waldner

Vor dem Gesetz sind alle gleich! So heißt es zumindest. Daß einige aber gleicher sind als andere zeigt der Fall des Sohn des letzten italienischen Königs, Prinz Viktor Emanuel von Savoyen. Obwohl die Beweislast gegen den Prinzen, im August 1978 – wenn auch unabsichtlich – den Sohn des von der deutschen Schulmedizin verfolgten Krebsarztes Ryke Geerd Hamer, den 19jährigen Dirk, durch einen Schuß so schwer verletzt zu haben, daß er wenige Monate darauf an den Folgen der Verletzung starb, wurde der Adlige im Dezember 1991 von einem Pariser Gericht freigesprochen. CODE stützt sich im folgenden auf die von Dr. Hamer erstellte Dokumentation zu diesem Fall und übernimmt die dort aufgeführten Punkte kommentarlos.

Dirk war im Urlaub von Sardinien aus mit einer Gruppe junger Leute mit drei Booten zu einem Kurztrip auf die Insel Cavallo gefahren, die zu Korsika gehört. Statt mit seinen Freunden ins Luxus-Restaurant Les Pêcheurs zu gehen, hatte er sich schon früh abends auf dem Boot Mapagia schlafen gelegt. Zu den jungen Leuten gehörte auch Dr. Nikolas Pende, der Sohn des Hausarztes der Familie Savoyen, Professor Pende. Die Gruppe saß nur durch eine Scheibe getrennt neben dem Tisch des Prinzen. Es wurde dort viel gelacht. Aus irgendwelchen Gründen dachte der Adelige – der zu den engsten Freunden von Schah Reza Pahlevi gehörte, viele Monate eines Jahres in dessen Palast in Persien lebte und hauptberuflich Waffenhändler war –, man mache sich über ihn lustig.

Der Beginn einer Tragödie

Als das Restaurant um drei Uhr nachts schloß, verließen beide Gruppen die Nobelgaststätte und fuhren zum Hafen. Dort lagen vom Strand aus gesehen in folgender Reihenfolge die Boote Cook, Master, Mapagia und etwas entfernt die Yacht des Prinzen. Nachdem Viktor Emanuel gesehen hatte, daß Nikolas Pende sich zur Cook hinüberrudern ließ, holte er einen schweren Kriegskarabiner und fuhr zum Strand zurück, wo sein Freundeskreis noch auf ihn wartete.

Wenig später hörte Pende ein »ziemlich lautes Geräusch« und ging ans Deck seines Bootes. In seiner amtlichen Zeugenaussage heißt es weiter: »›Du hast mein Boot gestohlen, ich werde dir das heimzahlen!‹ Als ich den Kopf hob, sah ich den Prinzen in einem Schlauchboot stehen, praktisch Bord an Bord mit unserem Schiff. Ich habe ihn genau erkannt, denn der Mond schien hell, er stand mit einem Gewehr, das er mit beiden Händen an der Hüfte hielt, und zielte in meine Richtung, sein Gesicht war wutverzerrt, und an seiner Haltung sah ich, daß er schießen würde. In diesem Augenblick legte er das Gewehr blitzschnell an die Schulter in Anschlag und zielte auf mich. Ich warf mich nach vorne auf den Boden des Schiffes, im selben Moment, wo zwei Schüsse fielen, und fast gleichzeitig ver-

Das Kartell der Mächtigen siegt vor Gericht

setzte mir der Prinz einen Schlag auf den Kopf, dem ich teilweise entgehen konnte, indem ich mich umdrehte. Als ich den Kopf zu ihm drehte, hat er sein Gewehr wieder in Anschlag genommen beziehungsweise tat er eine Bewegung, als ob er mich erneut anvisieren würde.

In diesem Augenblick stürzte ich mich auf ihn, in der Absicht, die Waffe wegzudrücken. Ich habe mich gegen seinen Körper geschmissen, und wir sind beide ins Wasser gefallen, und ich bin unter den Schiffen hergeschwommen, um auf diese Weise eine möglichst große Entfernung zwischen mich und den Prinzen zu bringen . . . Als ich in der Nähe des Schiffes schwamm, hörte ich den Jungen ›Ajuto, ajuto‹ (ich bin getroffen) schreien, als er aus der Kabine kam. Ich bin an Bord geklettert, um mich um ihn zu kümmern. In diesem Moment war der Prinz auf sein Zodiak zurückgeklettert und steuerte Richtung Strand, und dabei drohte er mir immer weiter. Als ich mich um den jungen Mann kümmerte, drehte ein Wagen die gelben Fernlichtscheinwerfer an und beleuchtete die Schiffe. Ich fürchtete, daß der Prinz noch schießen würde, und sagte meinen Freunden, sie sollten sich flach auf den Boden des Bootes legen, denn ich muß hinzufügen, daß ich neben dem Wagen die Silhouette des Prinzen erkannt hatte.«

Die Kanäle der PZ

Obwohl aus der Umgebung des Prinzen direkt nach den Schüssen verlautete, er würde den jungen Leuten seinen ihm stets zur Verfügung stehenden Hubschrauber überlassen, um Dirk schneller ins Krankenhaus zu transportieren, geschah zwei Stunden nichts. Danach wurde er dann mit einem Boot ins Krankenhaus nach Porto Vecchio gebracht, wo er nach zwei weiteren Stunden klinisch tot ankam. Der 19jährige konnte aber erfolgreich wiederbelebt werden. Danach wurde er operiert, da er in die Bauchhöhle verblutete. Von Porto Vecchio aus flog man Dirk am nächsten Tag nach Marseille, wo das rechte Bein amputiert wurde. Wenig später wurde er nach Heidelberg geflogen, wo er nach 19 Operationen am 7. Dezember 1978 starb.

Im amtlichen Polizeibericht hieß es: »Die Schußbahnrekonstruktion von dem Durchschuß und dem Einschuß (die Kugel hatte ein Fenster der Master durchschlagen, war weiter durch das Fenster auf der Mapagia geflogen und hatte den auf der Backbordseite schlafenden Dirk in den Unterbauch getroffen; die Redaktion) und der angenommenen Position des Opfers scheint zu ergeben, daß die Kugel diagonal von dem hinteren Bereich der Cook abgefeuert worden ist und mußte eine ungefähr horizontale Flugbahn gehabt haben.« Aus einem späteren Polizeibericht geht hervor, daß man an der Steuerbordseite der Cook sowohl das Munitionsmagazin des Prinzen als auch die bei dem Kampf zerrissene Unterhose des Prinzen (Marke »King Kong«) im Sand in drei Meter Tiefe gefunden hatte.

Nun ging es Schlag auf Schlag

In den ersten Monaten war die Täterschaft des Prinzen, der auch sechs Wochen in Untersuchungshaft saß, völlig unstrittig. Selbst Umberto von Italien entschuldigte sich in einem Telegramm an die Eltern Dirks für die unsinnige Tat seines Sohnes. Des weiteren unterschrieb der Prinz eine Schuldanerkenntnis, und es wurde ein Vertrag aufgesetzt, der eine Rente von pauschal eine Million Dollar für Dirk vorsah. Dieser Vertrag wurde auch unterschrieben.

Danach fingen dann die Kanäle des Prinzen, der auch Mitglied der einflußreichen Freimaurerloge P 2 ist, an, für ihn zu arbeiten. Hamers Anwalt unterschlug plötzlich nach Aussagen Ryke Geerd Hamers das Original der Schuldanerkenntnis-Urkunde und die Rentenverträge. Gleichwohl hieß es in einem Artikel der »Süddeutschen Zeitung« vom 11. Dezember 1978: »Pressesprecher der wohlhabenden Königsfamilie hatten gleich nach dem Tod Dirk Hamers die Nachricht verbreiten lassen, die Familie des Toten habe bisher eine Entschädigung von 700 Millionen Lire erhalten (rund 1,7 Millionen Mark). Die Eltern Dirk Hamers legen wert auf die Feststellung, daß bisher nur die Arztrechnungen vom Königshaus beglichen wurden.«

Nun ging es Schlag auf Schlag: Das Boot Mapagia verschwand mit Erlaubnis der korsischen Behörden und wurde bis heute nicht mehr gesehen. Der Bleikern des Geschosses, der aus Hamers Körper herausoperiert wurde, wurde entgegen allen Usancen weder in Heidelberg bei der Kriminalpolizei noch in Wiesbaden beim Bundeskriminalamt fotografiert und untersucht, und zwar auf Bitten hochrangiger deutscher Politiker. Der Karabiner des Prinzen wurde, wie die Staatsanwaltschaft von Ajaccio erst 1987 feststellte, schon im August 1983, offenbar mit ausdrücklicher Genehmigung des Justizministers Badinter, aus der Waffenkammer des Polizeipräsidiums in Ajaccio entwendet, das Siegel erbrochen. 1990 tauchte dann plötzlich ein »Ersatzkarabiner« dieses Typs wieder auf.

Der belgische König Baudouin stellte seinem Vetter Emanuel, der seinen Paß beim Gericht in Ajaccio hatte abgeben müssen und sich nicht außerhalb von Korsika bewegen durfte, am 1. Dezember 1978 einen Diplomatenpaß (LA 025367) aus. Ein oder zwei Tage vor Dirks Tod, die Familie Savoyen wurde täglich über seinen Gesundheitszustand informiert, flüchtete der Prinz nach Mexiko. Das Gericht in Korsika wußte sich nicht anders zu helfen, als ihm nach Dirks Tod, rückdatiert auf den 6. Dezember, die Erlaubnis nach Hause nachzuschicken, sich wieder frei bewegen zu dürfen. Es gibt ein Revers des Prinzen in der Akte, daß er beabsichtige, wiederzukommen, falls ein Prozeß stattfinden wird.

Am 18. Mai 1982 entschied das oberste französische Gericht, die Cour de Cassation, daß der Prinz vor einem Schwurgericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge anzuklagen sei. Nichts dergleichen geschah jedoch. Der Staatsanwalt Garci von Bastia bestätigte Dr. Hamer nach eigenen Angaben im Februar 1983 bei einem persönlichen Gespräch in Gegenwart der Übersetzerin (aktenkundig): »Herr Dr. Hamer, der Fall Dirk ist von der ersten Stunde an korrumpiert auf allen Ebenen. Sie haben keine Chance!«

Eine beispiellose Hetzkampagne gegen den Vater

Dr. Hamer erkrankte wenig später an Hodenkrebs. Als er schwerkrank in Rom im Krankenhaus lag, wurde er laut seiner Dokumentation vom Chefredakteur einer großen deutschen Illustrierten, Pütz Siedel, besucht. Dieser »überbrachte im Auftrag der Savoyen-Familie folgende Bedingungen und Drohungen«, für den Fall, daß er nicht auf seine Zivilklage verzichten würde: »1. Die Familie würde aus Rom vertrieben werden. 2. Dr. Hamers Ruf würde vollständig ruiniert werden. 3. Die Familie Hamer würde finanziell vollständig ruiniert werden. 4. Wenn Dr. Hamer dann immer noch halsstarrig blieb, würde man ihn mit Hilfe eines Verkehrsunfalles ums Leben bringen.« Dem seien dann einige finanzielle Angebote gefolgt, die die Familie Hamer jedoch ablehnte.

Danach setzte dann eine beispiellose Hetzkampagne gegen Dr. Hamer ein, an der auch der deutsche Anwalt des Prinzen, Gaub, ein persönlicher Freund von Franz-Josef Strauß, beteiligt gewesen sein soll. Zu der Kampagne gehörte eine Klage gegen Hamer wegen angeblicher Beleidigung des Prinzen – Hamer hatte bloß wörtlich aus der Gerichtsakte zitiert –, eine Interpolfahndung gegen Hamer, eine Hausdurchsuchung, bei der alle privaten und beruflichen Sachen Hamers entwendet wurden, die Aufforderung der in den Unterlagen gefundenen Personen und Banken, nicht weiter mit der Familie Hamer private und/oder geschäftliche Beziehungen zu haben.

Dr. Hamer hat bekanntlich die »Eiserne Regel des Krebs« entwickelt, der zufolge jeder Krebs auf einem schweren psychischen Schock basiert. 1981 gelang ihm als internistischer Oberarzt einer der Münchener Universität angeschlossenen Krebsklinik sogar der Nachweis der Richtigkeit seiner Theorie (zumindest ist die

Übereinstimmung frappierend; CODE hatte in der Vergangenheit mehrfach hierüber berichtet). Dennoch wurde ihm die ärztliche Zulassung entzogen und wurde gerichtlich gegen ihn vorgegangen. Inzwischen mußten aber selbst die britischen Gesundheitsbehörden zugeben, daß eine Entstehungsursache für Krebs ein schwerer psychischer Schock sei. An der Ablehnung Hamers seitens der Schulmedizin hat sich aber nichts geändert.

Ende 1991 kam es dann überraschend doch noch zu einem Gerichtsverfahren gegen den Prinzen. Wie aber nicht anders zu erwarten war, wurde dieser am 18. November in allen Anklagepunkten freigesprochen. Nach Ansicht des Gerichtes könne nicht ausgeschlossen werden, daß genau im Moment der beiden Schüsse des Prinzen ein weiterer Schütze mit einer überkalibrigen Pistole in Richtung des Bootes Mapagia schoß. Komisch ist nur, daß keiner der Zeugen diese Person gesehen hat, auch nichts derartiges damals gesagt oder von der Polizei untersucht wurde.

Extrem absurde Unwahrscheinlichkeit

Dr. Hamer kommentierte diese Entscheidung wie folgt: »Der imaginäre Schütze hätte mit dem Rücken zum Prinzen, und zwar auf dem mittleren Boot, gelegen haben müssen und hätte dann durch die Backbordwand des mittleren Bootes und das Steuerbordfenster des linken Bootes auf Dirk gezielt haben müssen ... Wenn eine so extrem absurde Unwahrscheinlichkeit rein hypothetischer Art als Basis für einen Freispruch gelten darf, dann darf in Zukunft kein einziger Mörder mehr in Frankreich verurteilt werden!«

Hamer führt einige Seltsamkeiten in diesem Prozeß auf. »1. Präsident Colomb, der die Verhandlung führte, war nach Meinung aller objektiven Beobachter, von einem extremen Haß und einer Parteilichkeit gegen die partie civile erfüllt. Jede Stellungnahme der partie civile wurde schon im ersten Satz unterbrochen. So hatte während der ersten zwei Tage Dr. Hamer nur etwa sieben Minuten Redezeit, dagegen die Verteidigung sieben Stunden Gelegenheit, jede Frage an die Zeugen zu einem Plädoyer auszubauen. Am letzten und entscheidenden Tag kam nur die Verteidigung mit einem sechsstündigen Plädoyer zu Wort.«

Danach habe der Richter dann Dr. Hamer durch die Verbreitung falscher medizinischer Tatsachen bei der Jury diskreditieren wollen. »3. Betreffend der medizinischen und ballistischen Gutachten haben die vom Gericht bestellten amtlichen Gutachter, Professor Schmidt und Professor Ceccaldi, eindeutig begutachtet. Die Cour de Cassation hatte ausdrücklich verboten, daß weitere private Parteigutachten angefertigt werden dürften, zum Zwecke der Vernebelung und Verwirrung der Tatbestände. Trotzdem wurden diese mit viel Geld eingeholten und verbotenen ›Gutachten‹ vom Gerichtspräsidenten gegen den ausdrücklichen Einspruch der partie civile zugelassen!

4. Wichtige Schlüsselzeugen, die zum Teil auf eigene Rechnung zum Prozeß gekommen waren, wurden von Präsident Colomb nicht zur Aussage zugelassen!« Auch sonst habe es viele »Zufälle« gegeben, bemängelt Dr. Hamer. So sei der Prozeß durch Streik des Gefängnispersonals – der Prinz mußte einen Tag vor vorgesehenem Prozeßbeginn erneut in Untersuchungshaft – übers Wochenende hinausgeschoben. Ein beisitzender Richter mußte nach einem Unfall ausgewechselt werden. Ein Geschworener wurde ebenfalls ausgewechselt. Die vorgesehenen Geschworen sollen der Verteidigung schon vor Prozeßbeginn bekannt gewesen und überprüft worden sein, da auf einer Liste des Verteidigers des Prinzen die abzulehnenden Geschworenen schon markiert waren.

CODE möchte noch einmal betonen, daß dieser Artikel die von Dr. Hamer in seiner Dokumentation erstellten Punkte wiedergibt. Diese klingen aber in sich schlüssig, außerdem sprechen das Vorgehen der Justiz und die objektiven, amtlich protokollierten Merkwürdigkeiten für sich. Dieses zeigt, wie schnell heute jemand von einflußreichen Gruppen kaputt gemacht werden kann, bloß weil das einzige »Verbrechen« desjenigen darin bestand, zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort gewesen zu sein. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. Juli 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Banker-Journal

USA genehmigen Kauf eines russischen Reaktors

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat zugestimmt, Moskaus Atomreaktor Topaz II, eine kleine Vorrichtung, die zum Gebrauch im Weltraum geeignet ist, zu importieren, berichtete die »Washington Post«. US-Senator Pete Domenici gab den Plan bekannt, und es wird erwartet, daß andere Regierungsstellen, die ihn überprüfen, ebenfalls ihre Zustimmung geben werden.

Der Kauf in der Größenordnung von 7,5 Millionen Dollar wäre der erste Kauf von Raumfahrt- und Atomtechnologie durch die Vereinigten Staaten, die Rußland dem Westen in der »Nach-Golfkriegs-Umwelt« angeboten hat, stellt die »Washington Post« fest. Viele Spezialisten haben der Bush-Regierung dringend empfohlen, hochtechnische Ausrüstung von den Republiken der ehemaligen Sowjetrepubliken zu kaufen, da dies eine Möglichkeit zur Förderung der dortigen Volkswirtschaften sei.

Topaz ist eine rund vier Meter große Vorrichtung, die sechs Kilowatt elektrischen Strom für entfernt im Raum befindliche Instrumente erzeugen kann. □

Walesa warnt Rußland vor »Schocktherapie«

Der polnische Staatspräsident Lech Walesa benutzte ein Exklusiv-Interview mit der Tageszeitung »Die Welt« dazu, Rußland und die anderen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) davor zu warnen, die polnische »Schocktherapie« – den plötzlichen Übergang zu einer unregulierten Marktwirtschaft – zu übernehmen. Walesa sagte: »Die polnischen Fehler müssen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nicht wiederholt werden . . . , weil dies eine Bedrohung für Polen hervorrufen würde. Denn, sollte der polnische Weg eingeschlagen werden, wird es 40 Millionen Arbeitslose geben, und wenn die Wirtschaftslage noch schlechter wird, werden sie keine andere Wahl haben, als nach Europa auszuwandern.«

Walesa setzte hinzu, daß der Rückgang in der Industrieproduktion, den Polen erlitten habe, fast 70 Prozent, unter den zusammengenommenen Auswirkungen der Schocktherapie und des Zusammenbruchs des ehemaligen osteuropäischen Handelssystems nicht irgendwo anders im Osten wiederholt werden dürfe.

Die »Konditionalitäten« des Internationalen Währungsfonds sind für die östlichen Wirtschaften ungeeignet, sagte Walesa. □

Russische Wissenschaftler schlagen »Raum-Schild« vor

Die russischen Akademiker E. P. Welikhow und Andrej Kokoshin sprachen in einem in Moskau veröffentlichten Interview über ihren Vorschlag, zu dem, was in dem Artikel »Space Shield: Made in Russia und USA« genannt wird. Unter Bezugnahme auf Boris Jelzins Vorschlag vor den Vereinten Nationen, stellte Kokoshin fest, daß dies durch »politische Erwägungen« motiviert werde, die die neue russische »Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten« demonstriere, und »eine Absichtserklärung, kein Aufruf zur Unterzeichnung eines Vertrages in naher Zukunft« sei.

Befragt, ob es Gegner gegen ein solches gemeinsames System in Rußland gebe, antwortet Welikhow: »Es gibt praktisch keine, weder unter den Planern noch innerhalb des Militärs. Die Kritiker dieses Vorschlags, in Rußland wie auch in den USA, sind vielmehr Wahnsinnige, die von verstaubten Ideen besessen sind und keinerlei Einfluß haben.« □

Norwegens Brundtland will eine Weltherrschaft

Die Welt müsse »neue Elemente der übernationalen Herrschaft« entwickeln, um die weltweite Politik zu koordinieren, um »den Globus vor weiteren Umweltschäden zu schützen und den vorhandenen Schlamassel aufzuräumen«, äußerte Norwegens Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland.

Frau Brundtland, eine langjährige Promoterin der »Eine-Welt«-Sache, sprach vor dem International Congress of Free Trade Unions, der in Caracas, Venezuela, zusammentrat. »Praktisch alle Umweltschutzmaßnahmen werden wirksamer sein, wenn sie international in Einklang gebracht werden«, sagte sie. »Wenn die Nationen zusammen handeln, wird es möglich sein, schneller voranzukommen«.

Die Geschichte habe bewiesen, daß der freie Markt allein nicht genug ist, sagte sie, denn was benötigt wird, »ist ein gesetzliches und regulatives Rahmenwerk, das nur Regierungen zustandebringen ... Der Markt allein kann uns nicht helfen, die Weltarmut zu lindern, mehr Gleichheit in wirtschaftlichen Beziehungen zu gewährleisten, oder die Umweltverschmutzung zu verringern.«

Frau Brundtland hob jedoch hervor, daß sie nicht vorschlage, den freien Markt aufzugeben. »Was wir wirklich anstreben sollten, ist die richtige Einstellung der Marktmechanismen, um umweltmäßig gesunde Operationen zu ermutigen«, meinte Frau Brundtland.

Sie sagte, mehr als 1,2 Milliarden der 5,4 Milliarden Menschen des Globus leben in absoluter Armut, was sie als eine der führenden Ursachen für die Umweltzerstörung bezeichnete. Es war nicht ganz offensichtlich, ob sie zur Beseitigung der Armut oder der 1,2 Milliarden Menschen aufrief, um »die Umwelt zu retten«. □

China leidet unter Kriminalität und Korruption

Der Vorsitzende des Obersten Gerichts des kommunistischen Chinas, Ren Jianxin, und der Leitende Staatsanwalt, Liu Fuzhi, sagten beide vor dem Nationalen Volkskongreß, daß das Verbrechen in China schwerwiegend geworden sei und den Staat untergrabe, berichtete die BBC. Die gesellschaftliche Ordnung werde durch das »um sich greifende Verbrechen«, das Mord, Raubüberfälle, Vergewaltigung, Korruption von Beamten beinhalte und »Explosionen verursacht«, bedroht, berichteten beide.

Liu berichtete, die Zahl der Schwerverbrechen sei nicht zurückgegangen, und es gebe auch eine »kleine Anzahl von Personen, die immer noch ungesetzliche Tätigkeiten ausüben, um die Diktatur des Volkes zu beenden« – das heißt aktive Dissidenten. Ren stellte auch fest, daß das mit Drogen in Zusammenhang stehende Verbrechen immer weiter um sich greife, besonders in der Provinz, die zu der Opium produzierenden Region des Goldenen Dreiecks gehört.

Offizielle in China haben den Stand der Kriminalität mit dem Reformprozeß, vor allem mit Korruption unter Beamten in Verbindung gebracht, und aus dem amtlichen Bericht geht hervor, daß, wenn China die Art der Veränderung verhindern will, die die ehemalige UdSSR und Osteuropa überrollt hat, es hart gegen die Korruption einschreiten müsse. □

Harvads Sachs lobt den IWF

Harvards Jeffry Sachs, der Architekt der Politik der »Schockthera-

pie« des Internationalen Währungsfond (IWF) in Polen und anderswo, ist voll des Lobes für den IWF und die wirtschaftliche Verwüstung, die er verursacht hat.
In einem Interview mit der sowjetischen Zeitschrift »New Times« sagte Sachs: »Der IWF sagt die Wahrheit, die darin besteht, daß, wenn ein Land versucht, über seine Verhältnisse zu leben, es bei einer hohen Instabilität landen wird. Um der Unstabilität ein Ende zu bereiten, muß es im allgemeinen politisch schwierig durchzusetzende Sparmaßnahmen ergreifen. Die Grundbotschaft ist einfach, geradeheraus und korrekt.«
Er sagte später: »In Polen haben einige Politiker vor kurzem gesagt: Warum sollen wir uns zu den Bedingungen, die wir haben, mit dem IWF befassen, Wir sollten uns zu gleichen Bedingungen mit dem IWF auseinandersetzen! Das ist schöne Rhetorik, aber illusorisch. Polen gewährt dem IWF kein Darlehen. Polen befindet sich in Schwierigkeiten. Es benötigt Hilfe. Also gibt es dort etwas, was man ›ungleich‹ nennen kann. Der IWF hat sich Polen nicht aufgedrängt. Was ich wirklich verabscheue, ist die weißglühende, populistische Rhetorik, die auf den Tisch haut und sagt: ›Wir sollten uns nicht mit dem IWF befassen!« Das ist einfach dumm. Das sind Leute die die grundlegenden Gesetze der Wirtschaft nicht einhalten wollen.«

In einer Rede an der Rice University in Houston vor dem Wirtschaftsgipfeltreffen der Gruppe der Sieben, sagte Sachs: »Warum haben wir ein Handelsdefizit? Weil Amerikaner zu viel verbrauchen. Wir sagen, wir können uns keine Hilfe an die UdSSR mehr leisten, aber schauen Sie, was wir bezahlen für das, was wir haben, für das, was wir bereits verbraucht haben... Es gibt zuviele Geldverleihungen, zuviele Darlehnsaufnahmen, zuviel Verbrauch, zuviel Spekulation.« □

Chiles Pinochet reiste durch Lateinamerika

Der ehemalige chilenische Diktator General Augusto Pinochet suchte auf einer Rundreise durch die Region nach Kontakten bei den Militärs anderer lateinamerikanischer Länder. Nach einer EFE-Kabelmeldung, die in Lima, Peru, veröffentlicht wurde, erklärte der chilenische Senator Sergio Onofre Jarpa von der Nationalen Erneuerungs-Partei (RN), daß »Pinochet versucht, sich gegen die Vorherrschaft der USA zu stellen«. Senator Onofre meinte, daß »er Kontakte mit militärischen Oberkommandos anstrebt«, berichtete EFE. Onofre sagte der Zweck der Reise von Pinochet sei nicht Tourismus, »sondern Aufnahme von Verbindungen mit anderen militärischen Führern zu suchen, um sich der von den USA nach dem Golfkrieg allein übernommenen Vorherrschaft entgegenzustellen«.

Pinochets Besuch in Ecuador verursachte einen derartigen Aufruhr, daß der sozialdemokratische Präsident Rodrigo Borja sagte, er sei in diesem Land nicht willkommen. Die chilenische Presse schreibt, daß Pinochet auch plant, nach Brasilien, den Bahamas, Honduras und Argentinien zu reisen.
Senator Onofre: »Es ist möglich, daß noch andere Reisen stattfinden werden, auf Grund der Haltung der USA, die völlige Militärgewalt über Lateinamerika und andere Regionen in der Welt ausüben zu wollen.« Er fügte hinzu, daß die bewaffneten Streitkräfte ein »sehr wichtiger Faktor in der Außenpolitik der Länder... im Zusammenhang mit dem Recht auf Souveränität und der Nichteinmischung fremder Regierungen in innere Angelegenheiten eines anderen Landes« sind. Seit dem Golfkrieg, sagte er, haben die USA »sehr ungünstige Standpunkte für gute Beziehungen in der Zukunft vertreten, da sie für sich in Anspruch nehmen, eine dominierende Macht über das, was wir Lateinamerikaner zu tun haben, sein zu wollen«. □

Erschreckende Aids-Zahlen in Afrika

Offizielle Berichte über Fälle von Aids aus 164 Ländern quer über den Globus waren Ende des ersten Quartals 1992 um 37.467 auf 484. 148 gestiegen, berichtete die World Health Organization (WHO). Weitaus der höchste Anstieg sei in Afrika zu verzeichnen. Das verhältnismäßig am stärksten betroffene Land sei Uganda in Zentralafrika, wo die Gesamtziffer der amtlich gemeldeten Fälle über den einjährigen Zeitraum hinweg, seitdem es der in Genf ansässigen Weltgesundheitsorganisation letztmals Erhebungen mitgeteilt hatte, um fast ein Drittel auf 30.190 gestiegen sei. Aids-Fälle in Zimbabwe steigen annähernd um ein Drittel, die amtliche Gesamtziffer belief sich am 1. April 1992 auf 10.551 Fälle.
Die weitgehend moslemischen Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens blieben verhältnismäßig von der Seuche verschont, mit einer Gesamtziffer von 1.191 Fällen nach amtlichen Erhebungen. Viele Länder, darunter die am meisten betroffenen in Afrika sowie Haiti in der Karibik, haben lange Zeit keine auf den neuesten Stand gebrachten Zahlen mehr mitgeteilt, und eine ungenannte Anzahl von Opfern sterben, ohne daß die Seuche erkannt wird. □

Bonn

Kohls ECU – ein kalter Staatsstreich

Rudolf Seufert

Ohne sich um verfassungsrechtliche Bestimmungen zu kümmern, ohne das Placet des Deutschen Bundestages eingeholt zu haben und insbesondere ohne ausdrückliche Legitimation des Staatsvolkes hat der Bundeskanzler in buchstäblich letzter Minute, und ohne daß dies ursprünglich so vorgesehen gewesen wäre, die Abschaffung der nationalen Währung als »irreversibel« in die Maastrichter Protokolle aufnehmen lassen – freilich auch hinter dem Rücken der Deutschen Bundesbank.

Ein derartiges Vorgehen eines Deutschen Kanzlers hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Prädikat der konformistischen Politiker: »Wertvoll«. Prädikat des Staatsvolkes, des entmachteten Parlamentes, der in Maastricht ausgeschlossenen Bundesbank: »Ein kalter Staatsstreich«.

Das Ende der Bundesbank

Die Entmachtung der Deutschen Bundesbank war bekanntlich von langer Hand geplant. Zunächst mußte deren Präsident Pöhl abgeschafft werden, was noch die leichteste aller Übungen war. Der »Meister aller politischen Tricks«, der Kanzler, ging dabei mit aller Raffinesse vor: Um nicht die Bundesbank frontal angehen zu müssen, verstand er es, den Bundesbankpräsidenten noch vor seinem Abgang dazu zu bewegen, auch gleich noch an der Abschaffung der Bundesbank selbst mitzuwirken und diese Aufgabe auch seinem Nachfolger Schlesinger zu übertragen.

Für Pöhl waren die Voraussetzungen einer Währungsunion zweifellos nicht gegeben – eine elegante Art eines eleganten Bundesbankers. Und von einer »Irreversibilität« war ohnehin in der technischen Vorbereitungsphase der Kunstwährung nie die Rede, sie wurde erst in letzter Minute und völlig überraschend in die Protokolle von Maastricht eingefügt.



Bundeskanzler Kohls Alleingang in Maastricht ist ein eklatanter Verstoß gegen das Bonner Grundgesetz.

Wie kam es zu dieser überraschenden Wendung, zur Abschaffung der Mark, die durch keine Legitimation des Volkes gedeckt ist? Den Franzosen paßte offenbar das bisherige stille Arrangement nicht mehr, demzufolge Frankreich die Brüsseler EG-Kommission dominieren durfte, während Deutschland auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik das Sagen hatte.

War nämlich noch die gesamte EG-Agrarpolitik auf französische Bedürfnisse zugeschnitten, mußte Frankreich auf dem währungspolitischen Gebiet die »zweite Geige spielen«, weil die harte Mark die faktische Leitfunktion in der gesamten europäischen Währungspolitik übernommen hatte. Daß dies den Franzosen nicht recht gefallen konnte, versteht jeder, der beispielsweise deren Stolz auf das »Blaue Band der Schiene« kannte – bis dieser 1985 durch die Geschwindigkeitsrekorde des deutschen ICE erheblich angekratzt wurde.

Mehr Ansehen als die Regierung

Dickster Dorn im Auge der Franzosen, namentlich solcher Herren wie Delors – ein Sozialist mit Kohlscher Unterstützung –, aber auch des Kanzlers selbst war im Maastrichter Vorfeld die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit der Bundesbank, die als juristische Person des öffentlichen Rechts weder der Richtlinienkompetenz des Kanzlers noch der Aufsicht eines Bundesministers unterworfen ist, sondern ausschließlich den Bestimmungen des Bundesbankgesetzes.

Eine weitere Hürde, die es zu überwinden galt, ist die Tatsache, daß die Bundesbank beim Volke weitaus mehr Ansehen genießt als die Bundesregierung mit ihrer maßlosen Schuldenpolitik. Schließlich liefert die Bundesbank alljährlich ansehnliche Milliardengewinne in Bonn ab, während die dortigen Politiker Milliardenbeträge wahllos in alle Welt verschleuderten. Ergo vermutete man in Frankfurt weitaus mehr finanz- und währungspolitische Kompetenzen als in Bonn, wo darüber hinaus auch noch Selbstbedienung und Korruption auf der Tagesordnung stehen.

Was lag also näher als die Bundesbank einfach dadurch auszutricksen, daß sie gar nicht erst in Maastricht an den Tisch gebeten wurde? Kohl hat nämlich im Alleingang und somit ohne jegliche Legitimation den Artikel 88 des Grundgesetzes an die EG geopfert, was zweifellos als »kalter Staatsstreich« zu qualifizieren ist. Vor Maastricht wünschte die Bundesregierung keine Diskussion über die Abschaffung der Mark. In Maastricht handelte Kohl eigenmächtig. Nach Maastricht stellte Kohl das Parlament vor vollendete Tatsachen, insbesondere hinsichtlich der »Irreversibilität«. Die Bundesländer hatten nichts zu melden. Machte gar einer aus den eigenen Reihen wie beispielsweise der Bayerische Staatssekretär Dr. Gauweiler zu recht seinen Mund auf – »Esperanto-Geld«, soll heißen: Micky-Maus-ECU –, wurde ihm dieser vom Parteifreund und Bundesfinanzminister Waigel verboten. Artikel 88 des Grundgesetzes bestimmt: »Der Bund errichtet eine

Währungs- und Notenbank als Bundesbank.« Der Kohlsche währungspolitische Alleingang, insbesondere hinsichtlich der Abschaffung der nationalen Währung als irreversibel und folglich auch der Bundesbank als Hüterin dieser nationalen Währung, dürfte zweifellos einen Verstoß gegen die Verfassung der Bundesrepublik darstellen. Der Deutsche Bundestag, der vorher nicht informiert und gehört wurde, darf daran nichts mehr ändern, so daß ihm bloß die Möglichkeit der Zustimmung zu Kohls Alleingang bleibt. Sowohl der Bundestag als auch der Souverän selbst, das Volk, haben still zu sein. Hierzu der Präsident der Landeszentralbank in Hamburg, Nölling: »Unser Volk wurde nicht gefragt, und das Repräsentationsorgan, nämlich der Bundestag ebenfalls nicht... Daß sich ein Parlament wie das deutsche so in die Ecke manövrieren läßt, übersteigt ganz schlicht unser normales, demokratisch fundiertes Fassungsvermögen.«

Währungsunion ist verfassungswidrig

Darauf hat Kohl wohl spekuliert. Rudolf Augstein, der »Spiegel« Herausgeber, fragte daher: Sind Kohl und Waigel naiv oder tückisch? Haben sie wirklich nicht erkannt, was auf dem Spiele steht, oder sind sie Verräter an den deutschen Interessen? Wahrscheinlich trifft beides zu.

Dr. Hans A. Stöcker vom Bundesjustizministerium in Bonn kam in einer Studie zu der Erkenntnis, daß der Vertrag von Maastricht, insbesondere die Abschaffung der Mark, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Bundesrepublik verstoße. Ein Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht sei zwar nicht ausgeschlossen, jedoch seien hierfür nicht die Parlamente zuständig, vielmehr könne ein Verzicht nur durch Volksabstimmung bezogen werden, die auf Bundesebene im Grundgesetz aber nicht vorgesehen sei.

Dr. Stöcker dazu: »Das Selbstbestimmungsrecht ist Leitgedanke des Völkerrechts der UNO-Weltfriedensordnung... Der letzlich entscheidende Einfluß auf den politischen Status sowie die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines Volkes muß der nationalen Entscheidungszuständigkeit vorbehalten bleiben, soll das grundlegendste aller Menschenrechte nicht preisgegeben werden... Die Maastrichter Währungsunion wird dem nicht gerecht. Die Währungshoheit spielt für die wirtschaftliche Selbstbestimmung eines Volkes eine Schlüsselrolle. Auch die geplante Unumkehrbarkeit

Das Volk soll Mündel sein

Die Aufgabe der deutschen Währungshoheit zeigt an, daß ein wesentliches Element des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen verschwinden soll.«

Dr. Stöcker weist weiter darauf hin, daß sich Kohl & Co nicht auf den Europagedanken berufen können, der im Grundgesetz manifestiert ist, weil das »vereinte Europa in der Grundgesetzpräambel zweifellos seinerzeit nicht ein Europa der abgeschafften Nationen, also eine Zwangseuropäisierung gemeint haben konnte. Von einer Zwangskopulation, wie sie fanatische Europäer mit »ihren« Völkern im Sinne haben, ist in der Grundgesetzpräambel freilich keine Rede, so daß Dr. Stöcker folgerichtig zum Schluß gelangt, daß sich die Bonner Politik eindeutig gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes richtet und außerdem verfassungswidrig ist.

Nunmehr stehen Bundestag und Bundesrat vor der unangenehmen Alternative, entweder den Maastrichter Vertrag abzulehnen und damit gleichzeitig eine schwere europäische Krise heraufzubeschwören – einschließlich der Möglichkeit des »Zerreißens« der EG, was freilich Deutschland als größten Nettozahler befreien und täglich 50 deutsche Bauernhöfe vor dem Untergang retten würde – oder aber, ohne Wenn und Aber, nachträglich zuzustimmen und die Entmündigung letztendlich zu billigen.

Eine gigantische Schröpfung der Deutschen

Besonders pikant hieran ist ferner der Umstand, daß Kohl in Maastricht auch noch das von ihm selbst geschaffene Junktim zwischen politischer und monetärer Union aufgab – somit die von Deutschland geforderte politische Union Europa. Die absolute Währungskatastrophe ist damit vorprogrammiert – einschließlich des Untergangs des deutschen Wohlstandes und der Mark.

Noch in diesem Jahrzehnt werden also Millionen Deutsche ihre in Mark hart erarbeiteten und ersparten Pensionen, Renten, Lebensversicherungen, Bausparverträge, Sparkonten und Investmentanteile nicht mehr in Mark ausgeben können. Selbst der Schweizer Franken soll mit der Souveränität der Schweiz aufgegeben werden.

Der »erste Schlag« wird mehr als eine Halbierung sämtlicher auf Mark lautender Wertschriften sein, also jedes Mark-Guthaben auf weniger als 50 Pfennige schrumpfen lassen. Der »zweite Schlag« lautet »Kohäsionsfonds« und bedeutet nichts anderes, als daß sich die ärmeren Südländer ihre Zustimmung zu den Maastrichter Verträgen in einer Weise abkaufen ließen, die Deutschland zum dauernden Zahlmeister macht, ein Vorgang, der geschichtlich in seinen finanziellen Auswirkungen nur mit den gigantischen Reparationsforderungen aus früheren Zeiten dieses Jahrhunderts vergleichbar erscheint.

So sind denn auch an die 300 Milliarden Mark bis zum Ende dieses Jahrzehnts schon aus letztjähriger Sicht – also noch vor Maastricht – zugunsten der EG von uns aufzubringen. Immerhin haben wir Deutsche schon nach der ersten Stufe der Währungsunion das zweifelhafte Vergnügen gehabt, rund 20 Prozent des Goldbestandes der Bundesbank an die EG-Sozialisten zu überstellen.

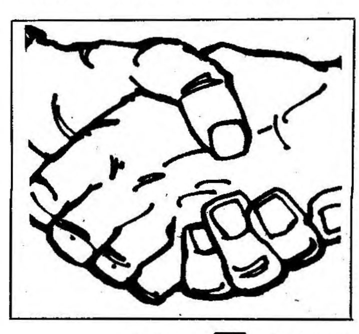
Kohls Dreistigkeit den Deutschen gegenüber

»Die Ironie dieses Vorganges ist unüberbietbar«, äußerte sich hierzu Dr. Bruno Bandulet, einer der großen Kenner der Geld- und Währungspolitik und weltweit anerkannter Finanzfachmann.

Unüberbietbar ist aber auch ein anderer Vorgang. Die Bonner, allen voran Kohl & Co., waren erschreckt über die Reaktion des Volkes und die wachsenden Proteste gegen die geplante DM-Abschaffung. So ließ der Bonner Finanz-Staatssekretär Horst Köhler am 13. März 1992 führende – »handverlesene« – Wirtschaftsjournalisten teils zweifelhafter Reputation zu sich kommen, um ihnen die Leviten zu lesen und das »niedrige Niveau« der Diskussion um die ECU-Währung zu beanstanden.

Was diese Wirtschaftsjournalisten nicht berichteten, war am 6. April 1992 in einem Hamburger Nachrichtenmagazin zu lesen. Gefragt von dessen Herausgeber antwortete Köhler auf die Frage, wer darauf achte und sicherstelle, daß der Kohäsionsfonds nicht zweckentfremdet würde – »Wer sagt Ihnen, wer 1999 in Europa regiert und in Brüssel bestimmt? Was gibt Ihnen die Sicherheit, daß mit Ihren schönen Verträgen nicht Schindluder getrieben wird?« –: »Wissen Sie, absolute Sicherheit gibt es nie.« Und zum Thema, wie man das Volk auch weiterhin für dumm verkaufen kann, fiel Köhler noch einiges mehr ein, etwa zum Sitz der europäischen Zentralbank: »Ich denke, daß der Bundeskanzler gar nicht anders kann, als hier sein ganzes Prestige und politisches Gewicht für Frankfurt einzusetzen. Wir brauchen offensichtlich auch Symbole. Der Sitz in Frankfurt wird unsere Bürger vielleicht ein bißchen beruhigen. Diese Bank wäre das Stabilitätskonzept zum Anschauen...«

Es wird sich noch zeigen, ob und wie das deutsche Volk dereinst zu beruhigen sein wird. Jedenfalls wird das Volk, dem durch die unumkehrbaren Maastrichter Beschlüsse Geld und Gut im großen Stil weggenommen werden sollen, sich dies am Tag X nicht so ohne weiteres gefallen lassen – zumindest wäre dies gut denkbar. Und es wird wohl in Zukunft darauf beharren und verstärkt darauf achten, daß niemand, der nur vorübergehend ein Amt hat, bleibenden Schaden anrichtet. □



Europa

Der Vertrag von Maastricht

Roberto de Mattei

Es geht um den Vertrag von Maastricht, der am 11. Dezember 1991 von den Staats- und Regierungs-Oberhäuptern der zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in dem niederländischen Städtchen abgefaßt wurde, um die neue, internationale Organisation der »Europäischen Union« in die Wege zu leiten. Dieser Vertrag, der am 7. Februar 1992 offiziell unterzeichnet wurde und nunmehr bis zum 31. Dezember dieses Jahres von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muß, um in Kraft treten zu können, ruft überall wachsende Zweifel und reges Mißtrauen hervor: Wird Europa durch diesen Vertrag wirklich geeint und gestärkt, oder dem Zerfall anheim gegeben und ins Chaos gestürzt? Die nachfolgenden Ausführungen möchten zu einer Beleuchtung und Klärung dieser Fragestellung beitragen.

Das Jahr 1992 mit seinem 500jährigen Gedenken der Entdeckung und der Zivilisation Amerikas durch die Europäer wurde zum Anlaß, die europäische und christliche Kultur einem Angriff ohnegleichen auszusetzen.

Der nihilistische Traum von der Zerstörung Europas

Europa ist angeklagt, der Welt die eigene Kultur aufgezwungen zu haben, anstatt sich »dem Anderen zu öffnen« – »dem, was Europa nicht ist, nie gewesen ist und nie sein wird«. Europa soll sich folglich selbst verleugnen, um endlich das »Andere Sein« zu gewinnen, dem es sich bisher verweigert hatte: Barbaren, Indios und Moslems als Träger einer nicht verstandenen »Botschaft der Kultur«. Europa soll daher »auf sein Jahrhunderte altes Ideal als Mittelpunkt der Geschichte, für das Columbus symbolhaft steht«, verzichten, die eigene Kultur aufgeben und ins Urtümliche zurücksinken.

Aus der historischen Sicht dieser »Theoretiker des Chaos« wäre die erstrebenswerte Basis für Europa »der Verlust der Grundlagen« und das Kennzeichen Europas bestünde darin, »mit sich selbst nicht identisch zu sein«.



Mitterrand und Kohl sprechen von der Unwiderruflichkeit der Maastrichter Verträge, die das Ende der Nationalstaaten in Europa bedeuten.

Nach dieser Vision verdient keinerlei historische und kulturelle Identität zu überleben, weil es in der Welt nichts Festgefügtes und Dauerhaftes gibt, und alles ohne Ordnung und Sinn ist: Die einzige Wirklichkeit, die sich in der Geschichte und in der Gesellschaft durchsetzen muß, ist das Nichts: »Wir müssen die geschichtlich positive Rolle des Nichts anerkennen... Wir sind aufgerufen, unser Leben als Europäer in ein Verhältnis zum Nichts zu setzen.«

Diese nihilistischen Vorstellungen von Europa, die in Zeitschriften, Büchern und Tagungen dargelegt, von den Massenmedien verbreitet und von den Politikern reichlich übernommen und weitergegeben werden, dürfen angesichts der Debatte eines so ehrgeizigen politischen Abkommens, wie es der Vertrag von Maastricht ist, weder übersehen noch vergessen werden.

Es geht nicht darum, grundsätzlich für oder gegen Europa zu sein, sondern um die Kernfrage: Was für ein Europa schwebt uns vor und wie sieht das Europa aus, das durch den Vertrag von Maastricht vorgezeichnet wird? Bekanntlich sind internationale politische Verträge nicht nur technische Formeln. Sie sind Ausdruck von politischen Konzepten, Weltanschauungen und Idealen. Welche sind das in diesem Fall?

Für den Mann auf der Straße ist die Europäische Union nichts mehr als ein großer Markt ohne Grenzen, das heißt ein einziger, europäischer »Binnenmarkt«, der durch den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr geschaffen wird.

Dieser einfache Europäer, der Diskussionen und Möglichkeiten der Mitverantwortung flieht, und dessen Leben sich im Alltagskampf erschöpft, mißtraut den Politikern, schenkt aber dem mehr pragmatischen Ansatz der Wirtschaftler noch ein gewisses Vertrauen. Daß das vereinte Europa heute von den Wirtschafts-»Experten« gepriesen wird, beruhigt ihn, und er ist geradezu versucht, in der Wirtschaft die mögliche Lösung der inzwischen chronisch gewordenen, schwerwiegenden Übel der westlichen Welt zu sehen.

Es geht nicht nur um einen Binnenmarkt

Folglich liegt das erste, grundlegende – und auszuräumende – Mißverständnis in der Annahme, daß sich die in Maastricht vorgezeichnete internationale Organisation auf eine rein wirtschaftliche Union beschränkt, die ihren Mitgliedern größere Vorteile und Annehmlichkeiten gewährleisten soll.

Deutlich wird dieses Mißverständnis gleich auf den ersten Seiten des Vertrages, wo Titel II, Art. G A1 auf die Neuigkeit hinweist, daß die Bezeichnung »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« nunmehr durch die Bezeichnung »Europäische Gemeinschaft« ersetzt wird.

Was besagt diese veränderte Bezeichnung? Sie zeigt den schrittweisen Übergang von einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer vor allem politischen Union. Der wirtschaftliche Zusammenschluß ist das Mittel, die politische Einheit der Zweck.

Es geht um einen politischen und kulturellen Prozess

Als erstes Kennzeichen des Vertrages von Maastricht fällt die schrittweise Gestaltung ins Auge. Das Abkommen sieht ab 1. Januar 1993 eine Reihe von verschiedenen, fest miteinander verknüpften Phasen vor und setzt den »unwiderruflichen Charakter« des Übergangs in die letzte Phase fest, der am 1. Januar 1999 zu erfolgen hat.

Erst im Blick auf das Endziel erschließen sich die einzelnen Phasen in ihrer wegbereitenden Bedeutung. Am Anfang geht es um Wirtschaft, aber am Ende findet ein tiefgreifender, politischer

Wandlungsprozess seinen Abschluß. Worauf läuft dieser Wandlungsprozess hinaus? Unsere Überzeugung, die wir in einer offenen, geistigen Auseinandersetzung jederzeit gern vertreten und begründen, ohne fürchten zu müssen, Lügen gestraft zu werden, ist diese:

Der Vertragsentwurf von Maastricht leitet nicht einen europäischen Einigungsprozess, sondern die Auflösung der Nationalstaaten ein. Und da Europa ohne seine Grundstruktur, die Nationalstaaten, undenkbar ist, kommt die Abschaffung dieser Staaten einer Zerstörung Europas gleich, die auch noch im Namen eben dieses Europas vollzogen wird!

Gehen wir auf das wirtschaftliche Chaos zu?

Die erste Phase des Einheitsprozesses von Maastricht sieht ab 1. Januar 1993 die Abschaffung der politischen und wirtschaftlichen Grenzen innerhalb der Gemeinschaft und die Schaffung eines einzigen, großen, europäischen Binnenmarktes vor. Aber welche Folgen hat diese eindeutig wirtschaftliche Entscheidung unseres Kontinentes?

Fast alle europäischen Nationen produzieren erstklassige Waren, angefangen bei den Weinen bis zu den Stoffen. Im allgemeinen ist jede Nation aus offensichtlichen, wirtschaftlichen Gründen, die von den Zollschutzmaßnahmen der einzelnen Länder unterstützt werden, auch die Hauptkonsumentin der eigenen Erzeugnisse. Wenn die Zollschranken einmal gefallen sind, ist es unvermeidlich, daß die dem Menschen eigene Neugier die Verbraucher in den einzelnen Mitgliedstaaten dazu treiben wird, die Waren anderer Länder kennenzulernen. Mit der Abschaffung der Zollgrenzen werden überall in Europa Wirtschaftserzeugnisse aus ganz Europa verfügbar sein und verbraucht werden. Auf diese Weise wird keine Industrie mehr die Sicherheit einer wirtschaftlichen Basis in dem Land ihrer Niederlassung haben. Entsprechend werden die Industrieunternehmen aller Mitgliedstaaten gegeneinander mit Hilfe der Werbung um die Eroberung neuer Märkte oder die Verteidigung der bisherigen kämpfen.

Der französische Käse, das deutsche Bier und die italienischen Nudeln sind nicht nur Handelserzeugnisse, sondern ein Symbol für unterschiedliche Kultur und Tradition: Der mit den Mitteln der Werbetechnik geführte Wirtschaftskampf wird im Endeffekt ein psychologischer und politischer Kampf werden, und der gemeinsame Markt wird eher einem Kriegsschauplatz als einem Zusammenspiel der Kräfte gleichen.

Die schwächeren Märkte werden von ausländischem Kapital, von ausländischen Waren und Dienstleistungen überschwemmt, die sehr viel konkurrenzfähiger sind. Nur die größten Unternehmen, die multinationale Größenordnungen erreichen können, werden überleben können. Den Kleineren bleibt nur die Möglichkeit, in untergeordneter Position in die großen einzugehen oder bankrott zu machen. Schon, als wir das »Projekt Delors« besprachen, sahen wir diese Zukunft voraus: »Was die Situation noch besorgnis-erregender macht, ist die Tatsache, daß diese Katastrophe künstlich und sehr kurzfristig von oben über uns verhängt werden wird, jede Vorbereitung fehlt und die Schwächeren entsprechend besonders überrascht werden. Leicht läßt sich jedoch voraussehen, daß jedenfalls eine wilde Konkurrenz ausbrechen wird, die in der europäischen Wirtschaft zum Chaos führen muß. Im gemeinsamen Markt wird ein schonungsloser Kampf ausgefochten werden. Ohne seine bisherigen Bezugspunkte, die nationalen Grenzen und Zollschranken, könnte Europa das Opfer eines allgemeinen, zerstörerischen Chaos werden.«

Die Enteignung der Währungshoheit

Der Vertrag von Maastricht sieht sodann folgende weitere Phasen vor: Zweite Phase (ab 1. Juli 1994), die durch die Errichtung eines aus den nationalen Zentralbanken zusammengesetzten Europäischen Währungsinstitutes (EWI) vollzogen werden soll, und ihrerseits die Überleitung zur dritten Phase darstellt (möglichst ab 1997 und spätestens ab 1. Januar 1999), die folgende Schritte vorsieht:

Erstens, die Schaffung eines Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), das die nationalen Zentralbanken und eine Europäische Zentralbank (EZB) umfaßt, und dem die ausschließliche Haltung und Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten obliegt (Titel II, Art. 105 2).

Zweitens, die Einführung einer einheitlichen Währung, der ECU (Titel II, Art. 3 A), welche die nationalen Währungen ersetzen soll. Die EZB wäre dann als einzige Institution befugt, ein so ausgesprochenes Vorrecht des Staates, wie es die Geldemission ist, auszuüben.

Aufgrund des Vertrages wird im übrigen auch die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten in ihrer Grundausrichtung nicht mehr von den Regierungen und Parlamenten, sondern über die Europäische Zentralbank von der Kommission bestimmt (Titel II, Art. 103). Denn Die EZB hat nicht nur das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten zu genehmigen (Titel II, Art. 105 A). Der Rat kann sogar in Form von Auflagen, von Geldbußen oder Verpflichtungen zu einer unverzinslichen Einlage Strafen verhängen und die Europäische Investitionsbank auffordern, ihre Darlehenspolitik gegenüber dem einen oder anderen Land zu überprüfen (Titel II, Art. 104 C).

Der Verlust der Wirtschafts- und Währungs-Hoheit bedeutet für die europäischen Staaten nichts weniger als den Verzicht auf einen wesentlichen Bestandteil der politischen Souveränität. Ein Schritt, der dem ehemaligen Premierminister Großbritanniens Margaret Thatcher offensichtlich zu weit ging. Mehrfach erklärte sie: »Wenn die Währungs- und Haushalts-Hoheit verloren ist, bleibt nicht viel Souveränität übrig«.

Die Enteignung der politischen Souveränität

Die ernst zu nehmende, gewichtige Bundesbank hat kürzlich darauf hingewiesen, daß die Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung durch Entscheidung von oben leicht, die Gewährleistung einer Währungsstabilität in Europa dagegen sehr viel schwieriger ist; es bedarf dazu einer Vielzahl von wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Voraussetzungen.

Wie kann es eine funktionsfähige Wirtschafts- und Währungs-Einheit in Europa geben, wenn ein gemeinsamer Rahmen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften fehlt, der allein es ermöglichen würde, die Probleme der Einwanderung, der Drogen und der organisierten Kriminalität zu lösen, und damit erst die notwendigen Voraussetzungen für Wirtschafts- und Währungs-Stabilität zu gewährleisten?

Zur Schaffung dieser rechtlichen und politischen Voraussetzungen ist laut Vertrag »die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften« vorgesehen, »soweit dies für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist« (Titel II, Art. G 3H). Eine solche Harmonie in Politik und Gesetzgebung ist an sich gewiß erstrebenswert, soweit das Naturrecht unangetastet bleibt, jedoch kann sie nicht von einem bürokratischen Gipfel unter dem Vorwand aufgezwungen werden, der gemeinsame Markt müsse funktionsfähig gemacht werden. Damit wird den nationalen Staaten ihr Recht genommen, die Gemeinschaft ihrer Bürger zu regieren.

Die Souveränität ist das wesentliche Merkmal eines Staates. Sie ist die höchste Autorität, über die der Staat im Rahmen seiner Aufgaben verfügen muß, um seinen Auftrag – das öffentliche Wohl seiner Bürger, das heißt ihr untadeliges Leben in der Gemeinschaft – erfüllen zu können.

Der Staat kann nach dem Grundsatz der Subsidiarität einige Kompetenzen abtreten, aber er kann seine eigene Souveränität nicht mit der Wurzel ausreißen, wie es am Ende des Einigungsprozesses von Maastricht der Fall wäre. Das käme einem Verschwinden der Nationalstaaten gleich.

Das Ziel: Europäischer Mega-Staat und regionale Mikro-Staaten

Die Übertragung von Vollmachten und Kompetenzen, die bisher den nationalen Regierungen und Parlamenten zugeordnet waren, soll in zweierlei Richtung erfol-

Europa

Der Vertrag von Maastricht

gen: einerseits auf die überstaatlichen Institutionen, das heißt den europäischen Mega-Staat, und andererseits auf die Regional- und Kommunal-Ebene, wo eine Vielzahl von Mikro-Staaten entstehen soll. An ihrer Spitze wird ein »Ausschuß der Regionen« eingerichtet (Titel II, Art. 198A), der dem Rat und der Kommission – der »Super-Regierung« des »Mega-Staates« – zur Seite gestellt ist. Wie der Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors am 5. Oktober 1989 vor dem Wissenschaftszentrum in Bonn ausführte, soll auf diese Weise eine Kompetenzteilung zwischen der Zentralregierung und den territorialen Körperschaften verwirklicht werden.

Dieses Konzept ist die Verwirklichung des Planes, den der Sozialist Peter Glotz vor einigen Jahren in dem »Manifest für eine neue europäische Linke« vorlegte. Er sprach sich für eine »Überwindung des Nationalstaats in Europa... nicht nur durch transnationale Einigung, sondern auch durch Regionalisierung und Dezentralisierung« aus, wobei auch die »Schaffung einer Europäischen Union« als »langfristige Perspektive der europäischen Einigung« erwähnt wurde.

Eine Zeitbombe: Die europäische Staatsbürgerschaft

Was wir vor uns haben, ist das auf heutige Verhältnisse zugeschnittene große Ziel der Linken: Es war immer die Anarchie und wird es immer bleiben; die »neue Welt«, die – wie Bakunin sagt – »aus den Trümmern aller Kirchen und aller Staaten« hervorgehen wird. Aus diesem Grunde – sagt Bakunin weiter – »schließen sich die revolutionären Sozialisten in Erwartung der Zerstörung (oder freundlicher gesagt: der Abschaffung) der Staaten zusammen«, »um aus ihren Trümmern freie, von unten her organisierte Zusammenschlüsse entstehen zu lassen, indem Gemeinden sich frei zu Provinzen, Provinzen zu Nationen und die Nationen sich zu den vereinigten Staaten von Europa zusammenschließen«.

In dieses Bild des Zerfalls fügt sich ein Kapitel des Vertrages von Maastricht ein, das eine wahre Zeitbombe im Herzen unseres Kontinentes darstellt: Die vorgesehene »europäische Staatsbürgerschaft« für alle, die die Staatsbürgerschaft eines der zur Auflösung bestimmten Nationalstaaten haben oder erwerben.

Das Problem der nationalen oder europäischen Staatsbürgerschaft muß im Lichte der Gegenwartsgeschichte beleuchtet werden. Das Scheitern des Kommunismus im Osten und der ebenso kolossale Fehlschlag der Entkolonialisierung im Süden hat eine Massenwanderung nach Europa in Bewegung gesetzt. Wirklich zuverlässige, statistische Angaben über den tatsächlichen Umfang dieser Einwanderung fehlen. Sicher ist, daß dieses Phänomen weiter zunimmt, und mit einem besorgniserregenden Bevölkerungsrückgang auf unserem Kontinent Hand in Hand geht; und offensichtlich geht es um kein zweitrangiges Problem, wenn die Minister von 27 europäischen Ländern es im November 1991 für notwendig erachteten, in Berlin zusammenzukommen, um darüber zu beraten.

Durch den Vertrag wird für jeden, der »die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt«, »eine Unionsbürgerschaft eingeführt« (Titel II, Art. 8 1). Innerhalb der Mitgliedstaaten der Union besteht jedoch im Hinblick auf die Gewährung der Staatsbürgerschaft für Einwanderer aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft derzeit keinerlei gesetzliche Übereinstimmung: Es gibt zu dieser Frage offenere und einschränkendere Gesetzesnormen. Leicht vorstellbar ist es daher, daß die Einwanderungsströme jenen Staaten zufließen, in denen die Staatsbürgerschaft am leichtesten gewährt wird, um dann über die »Innengrenzen« der Gemeinschaft in jene Länder überzuwechseln, deren »Außengrenzen« weniger elastisch sind.

Man wird nun sagen, daß dieser Punkt in der Tat bei der im Vertrag vorgesehenen Annäherung der nationalen Gesetzgebungen vorangig zu behandeln ist. Aber wenn man so sicher ist, daß diese Annäherung zügig vollzogen wird: Warum kann dann die Unionsbürgerschaft nicht warten, bis die Gesetzesnormen innerhalb der Staaten vereinheitlicht sind?

Die Eroberung der politischen Strukturen durch die Immigranten

Gemäß Art. 8A des Vertrages hat jeder Bürger der Union »das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten... frei zu bewegen und aufzuhalten«. Die ganze Tragweite dieses Artikels wird erst im Lichte des nachfolgenden deutlich, demzufolge »jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen hat, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats« (Titel II, Art. 8B1). Ebenso hat er »das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament« (Titel II, Art. 8B2), wobei die näheren Einzelheiten vom Rat im ersten Fall bis zum 31. Dezember 1994 und im zweiten Fall bis zum 31. Dezember 1993 festzulegen sind.

Die Folgen sind voraussehbar: Erstens Ziel des Immigranten aus einem Land außerhalb der Gemeinschaft wird es sein, die Unionsbürgerschaft zu erlangen. In Ermanglung einer streng vereinheitlichten Gesetzgebung wird er in das Land einwandern, das ihm den leichtesten Zugang zu einer Staatsbürgerschaft dieses Landes ermöglicht, womit er automatisch die europäische Staatsbürgerschaft besitzt.

Zweitens, im Besitze der europäischen Staatsbürgerschaft wird er aufgrund des unbeschränkten Rechtes auf Freizügigkeit als Nächstes an den Wohnsitz seiner Wahl im Hoheitsgebiet der Union übersiedeln, um dort dann die politischen Rechte wahrzunehmen.

Drittens: Das aktive und passive Wahlrecht, das ihm an seinem Wohnsitz gewährt wird, wird es dem Einwanderer erlauben, sich in die europäischen Strukturen des politischen Lebens auf lokaler und übernationaler Ebene, den einzigen beiden Ebenen der Politik, die nach der Auflösung der Nationalstaaten von Bedeutung sind, einzugliedern.

Soll der Islam in Europa die Vorherrschaft übernehmen?

Es läßt sich nicht übersehen, daß ein Großteil der Einwanderer aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft der Religion des Islam angehören. Der Islam kennt bekanntlich nicht die christliche Unterscheidung zwischen natürlicher und übernatürlicher Ordnung, zwischen bürgerlichem und religiösem Leben, sondern verschmelzt Sakrales und Profanes in einer einzigen, alles umfassenden Sicht der Dinge.

Die Exponenten des Islam in Europa fordern bereits jetzt für ihre Religion den gleichen Schutz, den die nationalen Gesetzgebungen anderen religiösen Gemeinschaften gewähren. Das bedeutet: staatliche Anerkennung der Polygamie, islamischer Religionsunterricht in den Schulen, Freistellung von der Arbeit an den mohammedanischen Feiertagen. Sobald Millionen von Mohammedanern die Europäische Unionsbürgerschaft erwerben, werden sie logischerweise eine politische Bewegung bilden, die ihre Kandidaten bei den Kommunalwahlen und im Europäischen Parlament einbringen wird.

Laut Vertrag ist es Aufgabe der europäischen politischen Parteien, »den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen« (Titel II, Art. 138A); Eine »Europäische Islamische Partei« könnte dank ihrer breit gestreuten Präsenz auf dem gesamten Hoheitsgebiet der Union, ihres starken, sowohl politischen als auch religiösen Zusammenhaltes, ihrer finanziellen Mittel und ihrer internationalen Verbindungen die führende Partei des Europäischen Parlamentes werden. Das wäre dann die friedlich eroberte beziehungsweise friedlich von den Europäern selbst abgetretene politische Vorherrschaft des Islam in Europa.

Wie soll überdies auf kommunaler Ebene vermieden werden, daß sich umfangreiche Einwanderergruppen in der einen oder anderen europäischen Stadt oder Region konzentrieren? Wer

könnte diese europäischen Staatsbürger, die ein Recht auf Freizügigkeit, auf Aufenhalt und auf Beteiligung an den Wahlen haben, daran hindern, sich eine der geschichtsträchtigsten oder charakteristischsten europäischen Städte auszusuchen, um sie zu einer »islamische Insel« zu machen und ihre Minarette dort zu errichten?

Ein Ausweg aus dem Chaos: Die Rettung der Nationalstaaten

Diese Zukunftsbilder stehen vor einem bereits durch und durch beunruhigenden Hintergrund.

Die westliche Wirtschaft, die – wie kürzlich der französische Nobelpreisträger Maurice Allais schrieb – »auf einer riesengroßen Schuldenpyramide steht«, zeigt täglich stärker ihre äußerste Verwundbarkeit; soziale Probleme wie Kriminalität und Drogen offenbaren die große kulturelle und moralische Leere unserer Gesellschaft; von Osten her kommt als Folge der Selbstauflösung des Kommunismus eine übermächtige Welle des Zerfalls auf den Westen zu und verbreitet den Keim der Auflösung; der Islam wirft einen besorgniserregenden Schatten auf Europa; das Chaos bedroht heute unseren Kontinent wie nie zuvor in der Geschichte seit der Völkerwanderung...

Ist es sinnvoll, in dieser Lage die Abschaffung der Nationalstaaten zu planen, um einer Europäischen Union mit derart nebelhaften und unklaren Konturen entgegenzugehen? Die Nationalstaaten sind zur Zeit der einzige Ordnungs- und Stabilitätsfaktor in dem Zerfallsprozess, der Europa erfaßt hat. Sie gerade im derzeitigen Augenblick auflösen zu wollen, stellt einen politischen Selbstmord dar, der an den Selbstmord der Monarchie und des Adels in Frankreich im Jahre 1789 erinnert.

Europa am Scheideweg: Selbstmord oder christliche Wiedergeburt?

Europa steht heute an einem Scheideweg seiner Geschichte. Die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht würde eine schnelle Auflösung der Nationalstaaten zur Folge haben. Dies würde den Zerfall Europas und seinen Sturz in Anarchie und urtümliche Lebensweise bedeuten. Ein vorgezeichneter Weg zum Selbstmord, wie ihn die Theoretiker der Neuen Linken folgerichtig fordern.

Die Ablehnung des Zersetzungsprozesses von Maastricht ist daher die notwendige Voraussetzung für eine Wiedergeburt Europas. Wenn das Wort Europa uns heute so viel bedeutet, dann liegt das daran, daß Europa unser aller Wirklichkeit ist: Eine Wirklichkeit, die nicht 1991 in Maastricht erfunden werden mußte, sondern die in der Weihnachtsnacht des Jahres 800 in Rom mit dem Heiligen Kaiserreich Karls des Großen, und noch früher in Subiaco und Montecassino entstand, von wo die religiöse Erneuerung des heiligen Benedikt von Norcia ihren Ausgang nahm und ihre große Ausstrahlung entwickelte.

In Anlehnung an die Worte des Hl. Papstes Pius X. in seinem berühmten apostolischen Sendschreiben »Notre Charge Apostolique« und des Papstes Leo XIII. in seiner ebenso berühmten Enzyklika »Immortale Dei« könnten wir sagen, daß Europa »nicht erfunden werden braucht, sondern längst da war und weiterhin da ist«. Es ist die christliche Kultur, die seinerzeit bei aller Unterschiedlichkeit der Nationen und aller Vielfalt seiner Bräuche und Traditionen durch eine einzige, gemeinsame Lebenshaltung, den Geist des Evangeliums, verbunden war. »Europa – so betont Papst Johannes Paul II. – ist in seinen Wurzeln christlich... In den verschiedenen Kulturräumen der europäischen Nation, sowohl im Osten als auch im Westen... fließt ein einziger, gemeinsamer Lebensstrom, der aus einer einzigen Quelle geschöpft wird«. Die Rettung unserer abendländischen und christlichen Kultur ist nur möglich, wenn die europäischen Nationen und ihre Kulturen verteidigt werden. In der Vielfalt der europäischen Nationalstaaten liegt der kulturelle Reichtum Europas und seine historische und moralische Identität.
Der Revolutionsprozeß, der die christliche Welt seit über fünf Jahrhunderten ergriffen hat, ist getragen von der radikalen Verneinung dieses Europas, seiner Identität und seiner Geschichte: Sein letztes, konsequentes Ziel ist der anarchistische un kulturlose Nihilismus der Neuen Linken.

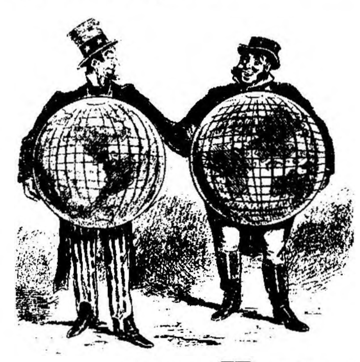
Ein unantastbarer Vertrag?

Der Vertrag von Maastricht ist ebenso wenig »unantastbar«, wie der derzeitige europäische Einigungsprozess als unwiderruflich angesehen werden kann und darf. Er ist es ja auch bereits heute schon nicht mehr, nachdem Großbritannien und Dänemark sich das Recht vorbehalten haben, die dritte Phase nicht mitzumachen.
Wichtig scheint uns vielmehr folgende Klarstellung: Wenn irgendein Mythos heute dahin ist, dann gewiß der von der »geschichtlichen Unwiderruflichkeit«, das heißt einer angeblichen Aufeinanderfolge der Ereignisse, deren Sinn sich nur einigen Wenigen erschließt, die ihrer Zeit voraus sind. Wenn ein Sozialist von der »geschichtlichen Unwiderruflichkeit« spricht, kommt sofort die unendliche Reihe von nicht eingetroffenen Prophezeiungen in den Sinn, welche die Geschichte der europäischen Linken in den letzten beiden Jahrhunderten gekennzeichnet haben. Dennoch treten die Sozialisten, Erben der Illuministen und Erben Hegels, weiterhin als unbeirrte Interpreten des »Sinnes der Geschichte« auf. So prophezeite Willy Brandt, als von deutscher Wiedervereinigung gesprochen wurde, daß diese nicht vor dem Ende des Jahrhunderts zustande kommen werde. Heute, da von europäischer Vereinigung gesprochen wird, prophezeit Mitterrand, daß diese unvermeidlich bis zur Jahrhundertwende verwirklicht werde.

Gestützt sind diese Prophezeiungen immer auf dasselbe: das Nichts. In Wirklichkeit kann nur eine einzige ernsthafte Voraussicht für dieses ausklingende Jahrhundert angestellt werden: Daß die falschen sozialistischen Prophezeiungen ein Ende finden und die – allerdings tatsächlich unwiderrufliche – Wahrheit siegen wird.
Im Angesicht der europäischen öffentlichen Meinung bitten wir um Mitarbeit, und bieten die Unsere in der festen Überzeugung an, daß sich angesichts der schweren Bedrohung durch Nihilismus und Chaos heute alle nur möglichen Kräfte in der Verteidigung der Nationalstaaten, Europas und der christlichen Kultur zusammenschließen müssen. Ebenso fest überzeugt sind wir davon, daß dieser Kampf auf keine andere Kraft gestützt werden kann als auf Den, ohne Den wir nichts vermögen (Gv. 15,5), mit Dessen Hilfe hingegen alles möglich ist (Fil. 4,13): Auch die Auferstehung einer strahlenden Kultur, wie Europa es war – und im XXI. Jahrhundert sein wird. □

Roberto de Mattei ist Vorsitzender des Kulturzentrums Lepanto. Das Kulturzentrum Lepanto ist eine für das Wohl der Bürger engagierte Vereinigung, die im April 1982 in Rom mit dem Ziel gegründet wurde, die Grundlagen der christlichen Welt zu verteidigen und zu verbreiten.
Als Bewegung katholischer Laien ist das Lepanto-Zentrum parteipolitisch ganz und gar unabhängig. In seinem Denken und Handeln (Vortragsreisen, Seminare, Veröffentlichungen, Kampagnen, Demonstrationen) richtet es sich nach dem unveränderliche Lehramt der katholischen Kirche. Zur Erhaltung und Pflege des Kontaktes mit der wachsenden Anzahl von Gleichgesinnten, Sympathisanten und sonstigen Lesern erscheint regelmäßig die vom Zentrum herausgegebene Veröffentlichung »Lepanto«. Für deutschsprachige Interessenten ist der periodisch veröffentlichte »Lepanto-Bote« erhältlich.

Die Vereinigung wird geleitet von ihrem Präsidenten, Professor Roberto de Mattei (Lehrstuhl für moderne Geschichte – Universität Cassino). Er ist der Autor zahlreicher Bücher und Schriften, zum Beispiel einer umfassenden Analyse des neuen Konkordates zwischen dem italienischen Staat und der Kirche, die vom Kulturzentrum Lepanto veröffentlicht und verbreitet werden. Mit seinem letzten Buch: »1900 – 2000. Due sogni si succedono: la Costruzione, la Distruzione« (»Zwei Träume folgen einander: der Aufbau, die Zerstörung«) distanzierte sich das Lepanto-Zentrum öffentlich von dem europäischen Einigungsprozess, der in Maastricht seinen Höhepunkt fand. Dieses Buch stützt sich auf eine überaus umfangreiche Dokumentation und stellt in Italien und wahrscheinlich in Europa das erste gründliche, wissentliche Werk über das Europa von 1993 und seine Auswirkungen dar.



Bundesbank

Die Konjunktur im Würgegriff

Klaus Baader

Die Aufgabe der Deutschen Bundesbank ist es eigentlich, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bestmöglichst zu fördern und diese durch eine entsprechende Geldpolitik zu begleiten beziehungsweise bei konjunkturellen Risiken entgegenzusteuern. Was die obersten deutschen Währungshüter aber derzeit machen, scheint das genaue Gegenteil hiervon zu sein. Statt alles zu tun, der Wirtschaft den derzeit fehlenden neuen Schwung zu einem anhaltenden Wachstum zu geben, bindet sie ihr immer mehr Fesseln an.

Neuestes Beispiel hierfür ist das Wachstum der Geldmenge M 3 – dazu zählen Bargeld, Sichteinlagen, Termineinlagen bis vier Jahren und Spareinlagen –, das im März um 9,75 Prozent nach 8,5 Prozent im Februar stieg. »Damit hat sich die Geldmenge im März weiter von der Obergrenze des diesjährigen Zielkorridors von 3,5 bis 5,5 Prozent entfernt«, heißt es in einer Mitteilung der Bundesbank.

Steigende statt sinkende Zinsen?

Diese »Mitteilung« sorgte dann aber für einen massiven Anstieg der Durchschnittsrendite von 8,15 auf 8,26 Prozent und löste in Kapitalmarktkreisen die Befürchtung aus, daß die für spätestens Mitte des Jahres erwartete Zinswende doch noch länger als erwartet auf sich warten lassen könnte. Einige glaubten sogar, aus der »Mitteilung« eine verklausulierte Warnung herauslesen zu können, daß die Bundesbank gegebenfalls sogar dazu bereit ist, den derzeit bei acht Prozent liegenden Diskontsatz und den bei 9,75 Prozent liegenden Lombardsatz nochmals zu erhöhen.

Dabei ist diese durch die Bundesbank ausgelöste Panikmache unnötig wie ein Kropf, wurde aber erst durch eben diese falsche Politik überhaupt erst ausgelöst. Denn das Geldmengenwachstum ist auf nichts anderes als auf die hohen Zinsen zurückzuführen. Für kurzfristige Einlagen kann man heute bei Beträgen von mehreren Millionen Mark, also der Größenordnung, wo sich institutionelle Anleger bewegen, Zinsen von knapp unter zehn Prozent erzielen. In den USA und den anderen seriösen Kapitalmarktstaaten liegen diese Zinssätze aber um etliche Prozent niedriger, so etwa in den Vereinigten Staaten bei etwa 3,5 Prozent. Damit lockt man aber doch Anlagekapitel nach Deutschland, mit der Folge, daß die Geldmenge stark zunimmt. Sinken die Zinsen, wird dieses Geld so schnell, wie es kam, auch wieder abgezogen und entlastet damit die Geldmenge. Von daher besteht also überhaupt kein Grund zur Panik.

Der zweite Punkt, warum die Geldmenge verhältnismäßig stark anzog, liegt in der großen Nachfrage ostdeutscher Unternehmen nach bereit gestellten Sonderkrediten. Dies ist aber etwas, was geradezu im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt. Denn je schneller die mitteldeutschen Unternehmen die Umstrukturierung auf ein marktwirtschafltisches System bewerkstelligen können, umso schneller geht es auch mit der Gesamtwirtschaft wieder bergauf und werden die Kosten der (Teil-)Einheit niedriger.

Konzerne »investieren« in Termingeld

Die hohen Zinsen haben aber auch einen weiteren Nachteil. Viele Konzerne haben auf ihren Konten Milliardenbeträge liegen. Statt diese aber nun zu investieren und dabei vielleicht eine Rendite von drei oder vier Prozent zu erzielen, wird dieses Geld lieber als Termingeld angelegt und hierfür 9,5 Prozent Zins erzielt. Umgekehrt können es sich die kleinen mittelständischen Unternehmen nicht erlauben, für Betriebsmittelkredite vielleicht 13, 14 oder 15 Prozent Zinsen zu zahlen. Also rationalisieren sie, entlassen Leute oder ähnliches. Alleiniger Grund für das eigentlich völlig widersinnige Geschehen ist die als schon fast fanatisch zu bezeichnende Absicht der Bundesbank, die Inflation von dem für dieses Jahr erwarteten Durchschnittssatz von 3,8 bis 3,9 Prozent wieder auf zwei Prozent herunterzufahren. Begründet wird dies damit, daß eine niedrige Inflation die für alle Bevölkerungsgruppen beste Politik ist und sich auch in Heller und Pfennig niederschlägt.

Steuerausfall in Milliardenhöhe

Dieses ist zwar grundsätzlich richtig, aber muß doch auch das Umfeld betrachtet werden. Und sieht man sich dies an, denn ergibt sich nur eine Feststellung: Die Politik der Bundesbank ist so schwachsinnig, wie sie es nur sein kann!

Eine Inflation von zwei Prozent kann nur dann angepeilt werden, wenn die Wirtschaft ansonsten völlig gesund ist und sich auf einem starken und vor allem stetigen Wachtumspfad befindet. Dies ist aber derzeit nicht gegeben, selbst wenn die wirtschaftliche Lage weitaus negativer dargestellt wird als sie in Wirklichkeit ist!

Tatsache ist aber, daß auf die Bundesrepublik gerade durch die (Teil-)Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland sehr hohe Kosten zukommen. Erschwert wird dies noch durch eine labile Weltkonjunktur, was besonders die deutschen Exporte trifft, und viele Milliarden Mark anfallender Nebenbeträge, wie etwa der Golfkrieg und die Zahlungen für den Abzug der Roten Armee. Dieses alles war nur durch eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu finanzieren, was die Zinsen ebenfalls nach oben trieb. Um die hieraus entstehenden inflationären Tendenzen zu stoppen, versucht die Bundesbank mit hohen Leitzinsen entgegenzusteuern.

Das ist aber in der jetzigen Gesamtsituation genau das Falsche. Jeder Prozentsatz mehr in der Durchschnittsrendite bedeutet nämlich für den Staat zusätzliche

500 Milliarden DM, die mit zwei, drei Prozent verzinst werden, liegen derzeit auf Sparbücher der deutschen Banken.

Zinszahlungen in Milliardenhöhe für die Staatsverschuldung. Wenn aber für die Konzerne die Geldanlage und nicht die Kapitalinvestition höhere Gewinne verspricht, die kleinen und mittelständischen Betriebe aber durch zu hohe Zinsen zu Entlassungen oder Kurzarbeit gezwungen werden, dann bedeutet dies nicht nur einen Steuerausfall in Milliardenhöhe, sondern gleichzeitig auf den Staat zukommende Beträge ebenfalls in Milliardenhöhe, etwa für die Zahlung von Arbeitslosengeld.

Niedrige Zinsen entlasten Bonn

Gleichzeitig wird durch die hohen Nebenkosten der Industriestandort Deutschland noch negativer gemacht als er ohnehin schon ist. Hierbei spielt dann noch der Gemeinsame Binnmarkt ab 1993 eine besondere Rolle, da er die Unternehmen doch geradezu dazu verführt, die hohen Zinsen hierzulande zu umgehen und in anderen Staaten grenznah zu produzieren.

Deutschland liegt mit seiner Inflationsrate von derzeit 4,5 Prozent EG-weit im Mittelfeld und wird durch die im zweiten Halbjahr 1992 nachgebende Inflationsrate zwischen 3,2 und 3,6 Prozent ins vordere Feld der Länder mit den niedrigsten Inflationsraten steigen. Betrachtet man die Gesamtsituation dann kann dieses nur als absolut ausreichend bezeichnet werden; für einen weiteren Abbau der Inflation besteht derzeit kein zwingender Grund.

Vielmehr wäre es jetzt absolut notwendig, die Leitzinsen im Laufe der kommenden Monate um mindestens ein, eher aber um zwei Prozent zu senken. Das hätte viele positive Aspekte. So würde sich alleine durch diese Maßnahme die Geldmenge deutlich reduzieren. Gleichzeitig würde für viele Unternehmen der Anreiz, zu investieren, wieder größer, da mit der Senkung der Leitzinsen auch ein Rückgang der Kapitalmarktzinsen verbunden ist. Die klein- und mittelfristigen Betriebe könnten leichter Kredite finanzieren, was besonders in Mitteldeutschland zu einem Wachstumsschub führen könnte, da dort bislang hauptsächlich die großen Konzerne tätig sind, der Mittelstand aber noch viel zu wenig investiert hat. Nicht zu vergessen, daß durch niedrigere Zinsen auch der Staat entlastet wird.

500 Milliarden liegen auf Sparbüchern

Zwei Dinge sprechen gegen eine Zinssenkung, die aber wie wir sehen werden, vernachlässigt werden können. Da ist zum einen die Tatsache, daß viel Kapital zur Finanzierung der (Teil-)Einheitskosten benötigt wird. Niedrigere Zinsen könnten viele Anleger aber dazu veranlassen, ins Ausland zu gehen, sagen Gegner einer Leitzinssenkung.
Dem ist folgendes entgegenzuhalten: Auf Sparbüchern liegen derzeit etwa 500 Milliarden Mark, die mit zwei, drei Prozent verzinst werden. Mit einer gezielten Aufklärungskampagne der Banken und des Staates – mit persönlichen Anschreiben dieser Anleger – müßte es aber möglich sein, einen Teil dieser Gelder auf längerfristige, aber jederzeit verfügbare Anlagen umzuschichten. Sollte dies nur bei einem Drittel gelingen, würde dies aber alleine 150 Milliarden Mark für den Aufbau bringen. Allen wäre gedient: Die Anleger erhalten mehr Zinsen als auf dem Sparbuch, die niedrigen Leitzinsen würgen die Konjunktur nicht ab.
Ein zweiter Gefahrenpunkt sind die möglichen inflationären Tendenzen, die von einer Leitzinssenkung ausgehen könnten; diese sind auf 0,5 bis maximal ein Prozent anzusetzen. Diesem könnte aber durch einen dann möglichen Abbau der Staatsverschuldung entgegengewirkt werden, so daß unter dem Strich plus minus Null herauskommen könnte. Selbst ein geringer Anstieg der Inflation könnte angesichts der Besonderheiten in Kauf genommen werden. Denn seien wir doch mal ehrlich: Sind vier Prozent Inflation nicht immer noch besser, als auf einmal mehrere hunderttausend neue Arbeitslose, eine noch langsamer werdende Wirtschaftsentwicklung oder gar eine Rezession hinzunehmen? □



BCCI-Bank

Die Spur führt ins Weiße Haus

Mike Blair

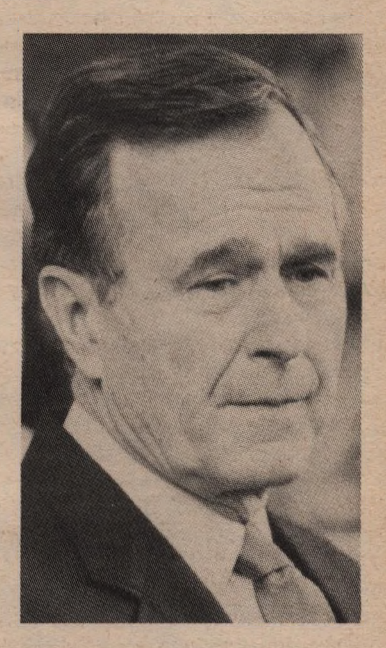
Der Bankenskandal um die BCCI wird jetzt auseinandergepflückt, und die Liste mit Namen bedeutender und mächtiger Politiker sowie leitender Geschäftsleute wächst ständig an. Die Papierspur führt direkt zur Hintertür des Weißen Hauses.

Untersuchungsbeamte des schnell größer werdenden Skandals um die Bank of Credit und Commerce International (BCCI) untersuchen zur Zeit, welche Rolle der amerikanischer Botschafter für Bahrain, Charles Hoestler, bei der Hereinholung eines möglicherweise lukrativen Öl-Bohrvertrags vor der Küste gespielt haben könnte. Der Vertrag mit dem arabischen Scheichtum ist für eine Ölgesellschaft, die mit der Familie von US-Präsident George Bush verbunden ist.

Der größte Betrug der Bankgeschichte

Abgesehen von dieser Tatsache wurde Hoestler, ein Immobilien-Geldanleger aus San Diego, von Bush zum Botschafter für Bahrain gewählt, nachdem er für den Wahlkampf von Bush im Jahr 1988 100000 Dollar gespendet hatte. Er wurde von einem Freund von Bush, der mit dem Deal in Verbindung gebracht wird, in seinen Job eingewiesen. Und mittlerweile untersuchen die Fahnder, welche Rolle der anscheinend blitzsaubere Orrin Hatsch bei dem BCCI-Fiasko gespielt haben könnte.

Der District Attorney (Staatsanwalt) aus Manhatten (New York), Robert Morgenthau, dessen Dienststelle in der BCCI-Affäre ermittelt hat, nennt diese den »größten Bankbetrug in der Weltfinanzgeschichte«. Sieben Jahre lang haben sich Morgenthau und andere Fahnder in die von der BCCI, die über 20 Milliarden Dollar an Einlagen verfügte und



US-Präsident Bush muß sich den Vorwurf gefallen lassen, seine Familie sei in Geschäfte der BCCI verwickelt.

Zweigstellen in 69 Ländern unterhielt, begangenen Verbrechen vertieft.

Die Fahnder interessieren sich jetzt besonders dafür, wie es einer kleinen texanischen Ölfirma, Harken Energy, die George Herbert Walker Bush jun. als Berater und Vorstandmitglied hat, gelang, mit Bahrain einen der potentiell lukrativsten Ölbohrverträge seit Jahren abzuschließen. Dieser ließ viele riesige Ölgesellschaften staunend draußen in der Kälte stehen.

Der Sohn des Präsidenten erhielt 1989 – 90 von Harkens als Bera-

BCCI

Die Spur führt ins Weiße Haus

ter 120000 Dollar pro Jahr – später auf 50000 Dollar reduziert –, und wenige Monate nachdem der Bahrain-Harken-Deal abgeschlossen wurde, der den Wert seines Aktienkapitals in die Höhe trieb, verkaufte er 212000 seiner Harken-Anteile für 848000 Dollar. Zu dem Verkauf Stellung nehmend, sagte er: »Ich bin kein wohlhabender Mann. Wenn ich Geld brauche, verkaufe ich Vermögenswerte.« Er behielt 105000 Anteile.

Die Geschäfte von Bush jun.

In jüngster Zeit ist George Bush jun. als bedeutende Figur in der Politik des Weißen Hauses aufgetaucht und war, wie berichtet wird, ein beherrschender Mitspieler beim Sturz des ehemaligen Gouverneurs von New Hampshire, John Sununu, als Stabschef. Bush jun. wurde von seinem Vater als zu denjenigen gehörend genannt, die »bei meinen Bemühungen zur Wiederwahl Schlüsselrollen« spielen.

Harken behauptet, man habe den Bahrain-Auftrag lediglich nach Leistung hereingeholt, und der Sohn des Präsidenten habe dabei keine Rolle gespielt.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Harkens – und derzeit der zweitgrößte Aktionär, nach einem Anlagefonds der Harvard University –, Alan Quasha, meinte: »Man muß schon ein Idiot sein, nicht zu sagen, daß es eindrucksvoll ist«, Bush jun. im Vorstand der Ölfirma zu haben.

Der spendable Mann für Clinton

Er verdiente sich seine 120000 Dollar pro Jahr als Berater, der nach »Beteiligungen am Gesellschaftskapital« suchte, zusammen mit den Offiziellen von Harkens und Stephens Inc., eine Kapitalanlagegesellschaft aus Little Rock, Arkansas, und eine der größten amerikanischen Emissionsbanken für Effekten.

Stephens Co. wird von Jackson Stephens geleitet, eine etwas verschlossene Figur, die einer der Männer hinter der Gründung der BCCI war und derzeit der spendable Mann ist, der den Wahlkampf der Hoffnung der Demokraten, des Gouverneurs von Arkansas, Bill Clinton, finanziert.

Bush und Stephens waren kaum Fremde für einander. Stephens Frau Mary Anne war 1988 Mit-Vorsitzende der Kammer »Bush zum Präsidenten«, während Stephens dem Team 100, eine republikanische Gruppe, die große Gelder für den Bush Wahlkampf zum US-Präsidenten hereinholte. Stephens Inc. spendete im vergangenen Mai weitere 100000 Dollar an Bush.

Stephens, der es offensichtlich liebt, auf beiden Seiten des Feldes zu spielen, hat auch intensiv zum Wahlfeldzug Clintons beigetragen und leitete für den Gouverneur aus Arkansas einen Kredit von zwei Millionen Dollar in die Wege, um dessen Wahlkampf am Rollen zu halten.
Vor dem Bahrain-Deal und der Stephens Connection, ging es Harken gar nicht so gut, und daher arrangierte Stephens Inc., daß die Union Bank of Switzerland im Austausch gegen Aktienanteile 25 Millionen Dollar in die Firma hineinpumpte.

Die Union Bank of Switzerland, die im allgemeinen nicht die Gewohnheit hatte, in kleine amerikanische Firmen zu investieren, wurde zu der Zeit, als der Deal abgeschlossen wurde, zum Partner eines Gemeinschaftsunternehmens mit der BCCI in einer anderen Schweizer Bank gemacht.

Die verschlungenen Verbindungen

An der Ausarbeitung des Deals mit Bahrain und Harken entscheidend beteiligt war Michael Ameen, ein Öl-Berater aus Houston, der vorher für solche Giganten wie Mobil Oil und Arabian American Oil (Aramco) gearbeitet hatte.

Ameen hat zugegeben, daß er enge Bindungen zu Kamal Adham, ein Großaktionär in der BCCI und ehemaliger Chef des saudi-arabischen Geheimdienstes, und Abdullah Taha Bakhsh, ein saudischer Geldanleger, der etwa 17 Prozent des Aktienkapital von Harken besitzt und umfangreiche Geschäfte in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Staaten betreibt, unterhält.

Als er an dem Deal zwischen Bahrain und Harken arbeitete, wies Ameen, der als Berater auf der Gehaltsliste des amerikanischen Außenministeriums stand, den neuen US-Botschafter für Bahrain, Charles Hoestler, ein.

Hoestler, der behauptet, bei dem Harken-Deal mit Bahrain keine Rolle gespielt zu haben, gibt jedoch zu, Finanzberater für Mohammad Hammoud gewesen zu sein, der in einer Zeugenaussage vor dem amerikanischen Senat als »flexible Fassade für BCCI« bezeichnet wurde. Hammoud war Großaktionär bei BCCI.

Reiche und Mächtige werden geschont

Hammoud bringt diejenigen, die an der BCCI-Krake interessiert sind, zu Hatch. Der Senator aus Utah stand Hammoud nahe, der, wie Untersuchungsbeamte des Kongresses behaupteten, ein erstrangiger Geldbeweger für die vom Iran unterstützte terroristische Gruppe Hisbollah war. Hammoud war der Finanzier, der die Anteile an der amerikanischen Bank der BCCI, First American Bankshares, von Clark Clifford, Verteidigungsminister in der Regierung von US-Präsident Lyndon Johnson, und dem Anwalt Robert Altmann zu stark aufgeblasenen Kosten kaufte.

Hammoud starb angeblich im vergangenen Jahr unter mysteriösen Umständen in Genf. Aus einem Bericht ging hervor, daß die Leiche in seinem Sarg vier Zoll kleiner war als Hammoud.

Hatch erhob sich am 22. Februar 1990 im Senat, um eine Ansprache zur Verteidigung der BCCI zu halten. Er verteidigte auch den damaligen Generalstaatsanwalt Richard Thornburgh, weil dieser Anklagen wegen der Geldwäsche gegen die Bank erhoben hat, ein Deal mit Teilgeständnissen, der, wie sich einige Untersuchungsbeamte beschweren, nur eine Taktik war, um die Untersuchung einzustellen und die in die Bank-Affäre verwickelten Reichen und Mächtigen zu schützen.

Hatch war voll des Lobes über das »obere Management, die Direktoren und Aktionäre der BCCI... für die verantwortliche Weise, in der die Firma auf die Anklagen reagiert hat«.

Es ist bemerkenswert, daß dies die gleichen Leute sind, die zwei Jahre später jetzt Verbrechen bezichtigt werden und bei den sich ausbreitenden Verschwörungen, die mit der BCCI zusammenhängen, als Verdächtige genannt werden.

Hatch hat inzwischen zugegeben, daß seine Rede in Wirklichkeit von Altmann, dem Washingtoner Anwalt von BCCI, geschrieben wurde. Kurz nach seiner Rede vor dem US-Senat im Jahre 1990 rief Hatch den Generaldirektor der BCCI, Swaleh Naqvi, an, der jetzt in den Vereinigten Staaten unter Anklage steht und gegen seine Ausweisung kämpft, und bat um ein Darlehen für Monzer Hourani, einen Immobilien-Abwickler aus Houston, der zufällig enge Bindungen zu Hatch unterhält.

Washington verteilt »Persilschein«

Im vergangenen November, als einige der Verbindungsleute von Hatch zur BCCI in den Nachrichtenmedien auftauchten, überreichte das US-Justizministerium ein Schreiben, in dem ihm versichert wurde, daß er nicht das Ziel einer Untersuchung sei.

In Wirklichkeit hielt das amerikanische Justizministerium bei der Untersuchung des BCCI-Skandals die Hände im Schoß, während ein Großteil der Ermittlungen durch den begrenzten Mitarbeiterstab des District Attorney von Manhatten, Morgenthau, durchgeführt wurde. □



Internationalismus

Die neue Weltordnung

Erster Teil

Andreas R. Wesserle

»Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die abgefeuert wird, ist letztendlich ein Diebstahl an denen, die hungern und nicht ernährt werden, an denen die frieren und keine Kleidung haben. Diese Welt unter Waffen gibt nicht nur Geld aus. Sie vergeudet den Schweiß ihrer Arbeiter, den Genius ihrer Wissenschaftler, die Hoffnung ihrer Kinder« (US-Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede).

So wie ein durch den sich verdunkelnden Himmel schießender Blitz sowohl von dem sich herannahenden Gewitter als auch von der unerträglichen Spannung, die es gebärt, kündet, haben auch die Feuer des Golfkrieges ein gespenstisches Licht auf die drohende Wiederkehr eines kritischen Ungleichgewichts in der Weltpolitik und auf das tief verwurzelte Unbehagen – politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur – im heutigen Amerika geworfen. Was den Schauspieler betrifft, der die internationale und nationale Hälfte unseres Globuses zusammenhält, US-Präsident George Bush, so scheint dessen Sorge um das eigene Image, weniger um die bestehende Realität, kaum geringer geworden zu sein.

Eine moderne Ausrottungs-Expedition

Ungeachtet seines Antrittsgelöbnisses von 1989, bei dem von einem »freundlicheren, sanftmütigeren« Land die Rede war, sind die einzigen »tausend Lichtpunkte«, die der amerikanische Präsident entflammt hat, die zivilen und militärischen Ziele, die seine Luftwaffe und Kriegsmarine sowie die von ihm abhängigen Staaten mit einer seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gekannten Heftigkeit vernichteten.

George Bush's Worte – daß es nicht »unser Ziel sei, das Land Irak zu zerstören« – sind durch seine Taten, durch die totale, erbarmungslose Kriegsführung des Kolosses unter den heutigen »militärisch-industriellen Komplexen« gegen ein kleines Dritte-Welt-Land und durch seine unablässigen Bemühungen, das Land durch Weiterschürung der Flammen des dort herrschenden Bürgerkriegs auszuradieren, ad absurdum geführt worden. Der Irak wurde »in das Steinzeitalter zurückgebombt«. Jetzt nach Kriegsende soll er auch noch die wahnwitzigen Kosten und Reparationen eines totalen Krieges, den er nicht einmal die Fähigkeit hatte zu beginnnen, auf sich nehmen.

Der Golfkrieg war »neo-kolonial« oder hinterhältig. Seiner äußeren »High-tech«-Merkmale des 21. Jahrhundert entkleidet, erinnert er in beschämender Weise an die imperialen Ausrottungs-Expeditionen vergangener Zeiten, wie zum Beispiel an diejenige, die – mit Hilfe der eingeborenen Askari – von Lord Kitchener 1898 gegen Abd Allahs Sudan geführt wurde. Bezeichnenderweise bewegte sich der Krieg auch in der durch die Zeit geheiligten Tradition politischer Kreuzzüge, besonders der von der puritanisch-calvinistischen Sorte, die nach dem Manifest Destiny – die Doktrin des 19. Jahrhunderts, mit der die fortlaufende territoriale Expansion der USA als deren offenkundiges Schicksal postuliert wurde – riecht.

Eine neue Facette des psychologischen Krieges

Hier waren die Bemühungen der Führungskräfte Amerikas, die gesamte zivile Bevölkerung zum permanenten Krieg zu mobilisieren – durch Aufstachelung eines jeden einzelnen und aller Bürger zu einem propagandistischen Massenaufstand, »Heimatfront« genannt –, mindestens ebenso bedeutsam wie die militärische Offensive jenseits der Landesgrenzen. Bushs Versprechen in seiner Rede zur Lage der Union, »hundert Jahre Frieden« herbeiführen zu wollen, sollte daher ganz einfach als weitere Facette seiner »psy-war operations« (psychologischen Kriegsführung) verstanden werden. Welch eine verzweifelte Art und Weise, sein Volk auf die vor ihm liegenden Opfer vorzubereiten!

Genauer gesagt, die Mißachtung für diplomatische Kompromisse und die zielstrebige Konzentration auf offensive Wege und Mittel – gegen militärisch unterlegene Länder –, die für die Regierungen unter Reagan und Bush charakteristisch waren, haben es außerdem wahrscheinlich gemacht, daß das zwanzigste Jahrhundert noch blutiger enden wird, als es begann: Mit Kolonialkriegen und Kriegen wegen Kolonien, die zu kontinentalen Konflikten eskalieren könnten, und, wenn sie nicht eingedämmt werden, mit Ausbrüchen weltweiter Großbrände, im Inland und international.

Aus der globalen Vogelschau gesehen, sind die Dinge klar. In dem herannahenden Gewitter zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken: die Amerikas, vom Dollar beherrscht; die indopazifischen Randländer, be-

Geführt von dem Engländer T.E. Lawrence – bei den Bannern –, formieren sich Beduinen im Ersten Weltkrieg zur Schlacht gegen die ottomanischen Herrscher.



Internationalismus

Die neue Weltordnung

herrscht vom Yen – ein Gebiet, das einst als das Dai To-A Kyo-eken oder die »great East Asian Co-Prosperity Sphere« bekannt war –; und das unter dem undichten Schirm der Deutschen Mark versammelte Europa, – hat Amerikas Establishment, aufgestachelt durch eine immer schlimmer werdende Inlandskrise, die Welt jetzt wissen lassen, daß es vor nichts Halt machen wird, um seine Vorherrschaft in einer »Neuen Weltordnung« durch Ausschöpfung der vernichtenden Kapazität des Militär- und Propaganda-Apparats bis zur Neige abzusichern. Daher, um die Worte des ersten rückhaltlos imperialistischen Präsidenten Amerikas, Teddy Roosevelt, zu umschreiben – »werden wir laut reden und dabei einen dicken Knüppel in der Faust halten«.

Wiederholung der Revolution von 1917?

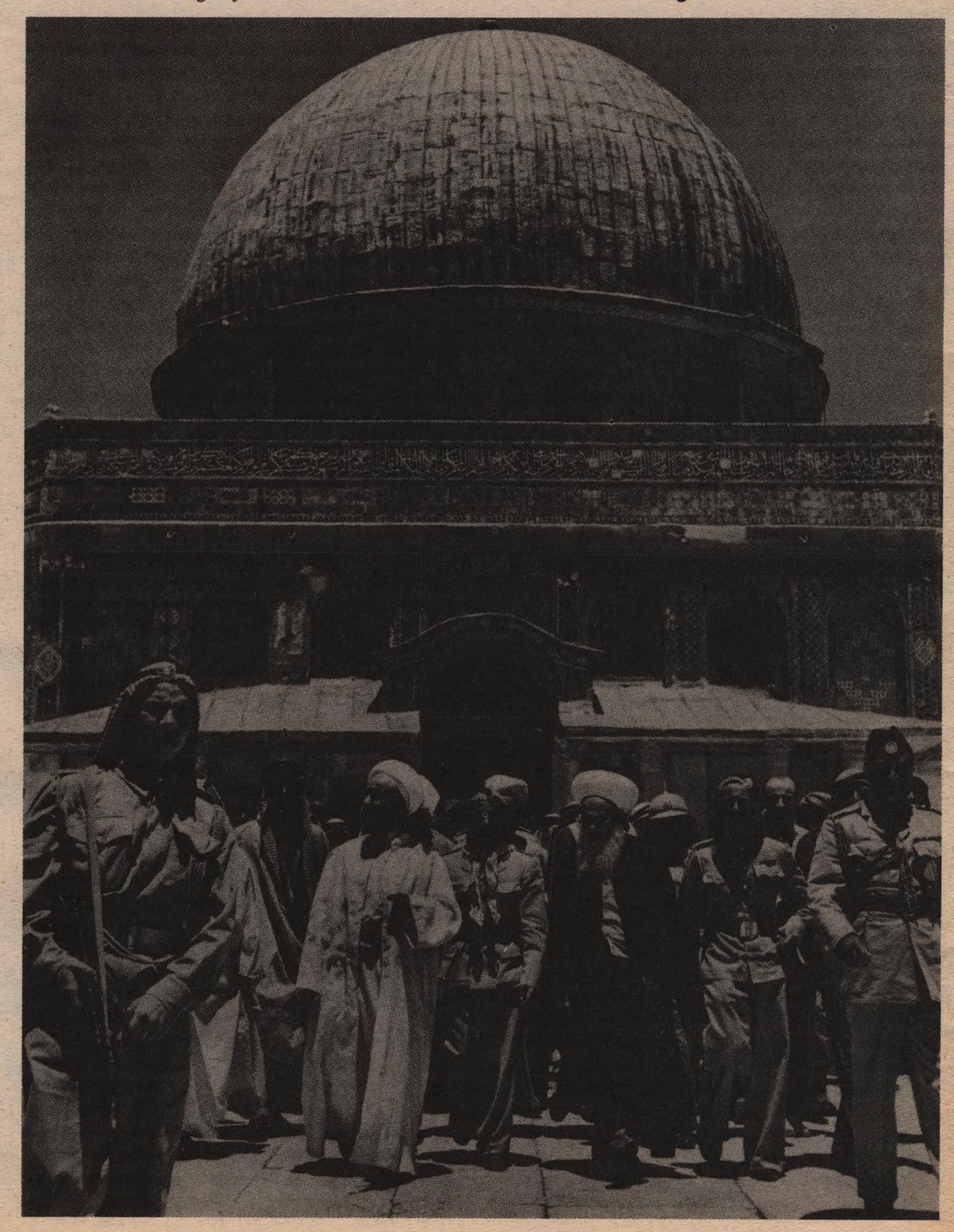
Die ehemalige Sowjetunion andererseits wird die Rolle einer »Global Gadfly« (Global Bremse) spielen, möglicherweise als Reaktion auf die Zustände der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beinahe-Anarchie, in die sie sich seit 1991 – 92 gestürzt hat. Nach dem gescheiterten Staatsstreich der Reaktionäre des Kremls – bei dem Präsident Gorbatschow eine undurchsichtige Rolle spielte – scheinen russische und die sie umgebenden Republiken die Revolution vom März 1917 noch einmal durchspielen zu wollen. Wie damals bilden die Führer und Frontmänner eine unbeständige Mischung, die sich aus dem ancien régime (Gorbatschow), den Sozial-Revolutionären (Jelzin) und verschiedenen Manchaster Liberale zusammensetzt, die anscheinend so eben Adam Smith wiederentdeckt haben.

Wird sich Jelzin als neuer Kerenskij erweisen, der dazu bestimmt ist, Rußland in eine sogar noch radikalere Umwälzung zu führen, die entweder in einem neugeschaffenen proletarischen Maoismus oder – mit Rückendeckung der Pamjat (»Erinnerung, Tradition«) – in einer Rückkehr zum großrussischen Nationalismus oder zu damit verwandten Bewegungen (Panslawismus) ihren Höhepunkt findet?

Was auch immer der Ausgang sein wird, wir werden nicht lange darauf zu warten brauchen. Das Endergebnis wird auch von dem Zustand der Politik und Wirtschaft in Amerika abhängen. Einige westliche Beobachter, besonders in Polen, mögen sich Rußlands völlige Auflösung herbeiwünschen. Vielleicht sehnen sie sich nach den Tagen jenes anderen Boris (Zar Boris Gudunow) und des falschen Demetrius des Zeitalters der Wirren gegen Ende der Rurikiden-Dynastie Anfang des 17. Jahrhunderts zurück. Aber ein derart negativer Handlungsverlauf wäre unklug.

Ja, den unterworfenen Völkern von der Ostsee und Ukraine bis zu den Grenzen Chinas muß und wird Unabhängigkeit und Souveränität zugestanden werden. Aber aus wirtschaftlichen Gründen und als ausgleichende Kraft gegen ein übermäßig dominierendes China sollten wir eine dennoch äußerlich starke eurasische Konföderation unterstützen, die Rußlands Stelle einnimmt. Zweifelt jemand heute daran – schon vor dem Staatsbesuch des amerikanischen Außenministers Baker Mitte November 1991 in Peking –, daß ein starker und stabiler Staat China auf diplomatischem Wege oder mit Gewalt das Millionen Quadratmei-

Ein britischer Protegé war der ehemalige König Abdullah, der hier den Felsendom während der arabisch-israelischen Feindseligkeiten 1948 besichtigt.



len große Territorium, das während des 19. Jahrhunderts und davor an Rußland verloren ging, zurückfordern wird?

China wartet nur auf den rechten Zeitpunkt und auf folgende Bedingungen: Chaos in Rußland, das ausreicht, um eine chinesische Invasion erfolgversprechend zu machen – wenn diplomatische Initiativen fehlschlagen; starke Ausbreitung der Vereinigten Staaten im Ausland, gepaart mit wirtschaftlich-sozialer Umwälzung im Inland; die gewaltlose Vereinigung des Festlands China mit Taiwan und Hongkong. Die Welt steht an der Schwelle eines Stadiums in der Geschichte, in dem diese Bedingungen erfüllt werden.

Die verheerenden Folgen von Versailles

Gewalttätigkeiten werden weiterhin das soziale Gewebe Ost-Mitteleuropas zerreißen, so wie sich der Krieg unter Volksgruppen und der Wirtschaftskrieg weiter ausbreiten und aufblähen wird. Jene durch das Diktat von Versailles von 1919 künstlich zusammengeschusterten Staaten werden am meisten zu leiden haben. Es waren Gewalt- und Vernunftehen zwischen völlig verschiedenen Völkern, aus einem Mosaik von Minderheiten erwachsen, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs mit erschreckender Gewalt erneut geschlossen wurden.

Jetzt und in den kommenden Jahren, werden im sogenannten Jugoslawien (»Südslawien«) die alten Völker Kroatien, Slowenien, Makedonien, das islamische Bosnien, die Türken, die Albaner und Ungarn zu den Waffen greifen, um die Armeen der herrischen Serben zu überwältigen; in Rumänien werden Millionen der Unterprivilegierten, die Ungarn, die Bulgaren, die siebenbürgischen Deutschen, die Griechen, Armenier und andere um ihre Freiheit ringen; in der Tschecho-Slowakei, dem traurigen Schauplatz einer Geschichte der Gewalt und Brutalität, die von der herrschenden Minderheit gegen eine Mehrheit von Deutschen, Slowaken, Ungarn und Ukrainern, ausgeübt wird, streben die Slowaken und ihre Nachbarn, die Morawen, verzweifelt nach völkischer Selbstbestimmung.

Zweifellos könnten diese und andere heftige Freiheitskämpfe einem abenteuerlustigen Rußland mehr als eine günstige Gelegenheit zum Eingreifen, wie gehabt, bieten. Ohne Zweifel könnten sich die großen Völker Mitteleuropas zweckmäßig zu einer Rhein-Elbe-Donau-Föderation zusammenschließen, wie sie es vor 1806 für 1006 Jahre getan haben.

Der Totalitarismus in Reinkultur

Im Nahen Osten und Südasien könnte der Krieg gegen den Irak, weit davon entfernt, die Aggression zu besiegen, dem brodelnden Kessel der zwischenstaatlichen und für alle Seiten vernichtenden Gewalt dieses Gebietes sogar noch den letzten Anstoß gegeben haben. Vom Atlantik bis zum Ägäischen Meer, und vom Jordan bis zum Indus, vor allem an der Nahtstelle der Grenzen von Pakistan, Kaschmir, Indien und China, muß sich die Welt auf immer weiter eskalierende Runden des Massenkonflikts vorbereiten. Auch hat die moslemische Welt, von Mauretanien über Indonesien bis nach Washington, noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Aber wie zum Teufel sind wir in diesen Schlamassel hineingestolpert? Und was noch wichtiger ist, wie kommen wir wieder da raus? Der Versuch, diese Fragen zu beantworten, wird uns hier beschäftigen, indem wir die machtpolitischen, militärischen, historischen und moral-ökonomischen Dimensionen einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Es kann keine einfache Anwort darauf geben.

Aber es gibt eine Zielrichtung: die traditionalistische oder teilweise traditionalistische Mehrheit der Gesellschaften dieser Erde wird verzweifelt um ihr Überleben kämpfen, ihre höchsten Werte zu retten, während sie in den immer fester werdenden Griff der Weltindustrie und des Welthandels, der Weltpolitik und der »modernisierenden« Ideologien hineingerät. Zu diesem Zweck übernehmen sie die mächtigsten Merkmale der sogenannten Muster- oder entwickelten Gesellschaft: Waffen, Industrie und vor allem, einen erzwungenen sozial-politischen Zusammenhang. Dies nicht zu tun bedeutet den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit, soziales und wirtschaftliches Chaos, technologischer und unbegrenzter Massenmord, der von den Starken an den Schwachen begangen wird und, für jene misérables, die es schaffen, körperlich zu überleben, die gründlichste und am stärksten dehumanisierendste Versklavung, die in den letzten 5.500 Jahren der Menschheitsgeschichte entwickelt wurde – letztenendes den Totalitarismus in Reinkultur.

A caveat: Es kann uns auch passieren. Ist uns vielleicht schon passiert.

Die Schwächen des Irak und der USA

Ein Schlüsselwort ist »Schwäche«. Im vorliegenden Fall sind sowohl der Irak als auch die USA schwach, wenn auch auf verschiedene Art und Weise. Saddam Hussein und sein »arabisch-sozialistisches« Ba'ath-Regime waren 1990 entgegen allen gegenteiligen Behauptungen immer noch durch den achtjährigen Krieg mit dem Iran erschöpft, trotz sorgfältig ausgewählter Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und China. Es war nämlich diese Schwäche, zusammen mit soliden historischen Ansprüchen, die die irakische Führung dazu anstachelte, immer aktivere Schritte gegen das ölreiche Kuwait zu unternehmen, mit offizieller Ermunterung durch die USA.

Und was noch grundlegender ist, die Ba'athisten hatten einen Irak geerbt, der sich aus völlig unterschiedlichen völkischen und religiösen Schichten zusammensetzt, niedergedrückt durch Armut und Ungleichheit, von Analphabetentum durchsetzt und mit der Bürde eines hohen Bevölkerungswachstums belastet – Merkmale, die peinlich genau auch auf Amerika zutreffen! –.

In einer klassischen Situation der Unterentwicklung verstrickt, entschlossen sich die Ba'athisten, die nach der Kassemitischen Revolution von 1958 an die Macht kamen, dazu, den Irak durch eine sozial-wirtschaftliche Reform, durchgeführt durch ein autokratisches Regime, zu modernisieren – Maßnahmen, die sie mit Sicherheit auf Jahrzehnte hinaus beschäftigt, und militärisch und wirtschaftlich im Vergleich zu ihrem Rivalen Saudi-Arabien und ihrem Feind Israel unterlegen halten werden.

Im Gegensatz zu einem Irak, der vor der schweren Entscheidung zwischen Modernisierung und Tod stand, schienen die Vereinigten Staaten unter den Präsidenten Reagan und Bush darauf bedacht zu sein, selbst den bescheidendsten Sozialreformen, die in den fünf Jahrzehnten vor 1981 durchgeführt und institutionalisiert wurden, den Rücken zu kehren, mit ihrem erklärten Programm, angeblich die einfacheren Werte eines vom Kapitalismus des Laissez-faire und vom klassischen Liberalismus geprägten 19. Jahrhundert »wiedererobern« zu wollen.

In Wirklichkeit sind die Vereinigten Staaten jedoch der klassische Fall einer Gesellschaft, die unter Über- und Unterentwicklung leidet. Die immer stärker werdende Bereitschaft des Establishments, nicht erklärte Kriege zu führen und seine kompromißlose Verpflichtung zu weltweitem Handel und Entwicklung haben das Amerika des 20. Jahrhunderts in zwei Lager gespalten. Eine immer breiter werdende gesellschaftliche Kluft tut sich zwischen den obersten Cliquen auf der einen Seite, und der schrumpfenden Mittelklasse und sprießenden Unterklasse auf der anderen Seite auf.

Das Futter für Proletarier

Das alte Lied wird wahr: »Die Reichen werden immer reicher, und die Armen werden immer ärmer.« Den ersteren, international engagiert, steht es frei, ihre Finanz- und Wirtschaftsherrschaft im Inland zu sichern und weiter auszubauen, und sie durch politische Überlegenheit im Ausland voll auszunutzen. Die Mittleren und die Unteren, die durch wuchernde Lebensunterhaltskosten, durch chronische Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit geplagt werden, deren Leben durch eine wild aus den Fugen geratene Kriminalität unmittelbar bedroht wird, und deren soziale Sorgen sich vielfach sturzartig in selbstentfremdende Ängste verwandeln, haben es schon so gut

Die neue Weltordnung

wie aufgegeben, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, geschweige denn, sie selbst in die Hand zu nehmen.

Mit einer Ausnahme: Sie plappern die Formeln, die ihnen von »oben« vorgegeben und von den elektronischen und gedruckten Medien dargeboten werden, kritiklos nach, ein Verbrauchsgut, das in Orwells »1984« als »prolefeed« (Futter des Proletariers) bezeichnet wird.

In den Reagan-Bush-Jahren haben wir eine unbewegliche Verstärkung, eine Verknöcherung des bereits gewaltigen und streng bürokratisierten militärisch-körperschaftlichen Kolosses erlebt. Ruft dieses Bild der gerinnenden sozialen Schichtung, der galoppierenden Verarmung und des beschleunigten Wachstums einer übermächtigen Oligarchie nicht das kaiserliche Rom des dritten und vierten Jahrhundertss vor der Zeitrechnung ins Gedächtnis zurück?

Sicherlich, es bestehen offensichtliche Unterschiede im Stil. Aber ist der nominell freie Bürger von heute – als »moralisch autonomer« Mensch – wirklich besser dran als seine Vorfahren, die »Glebae adscripti« des älteren, größeren Imperiums? (Anmerkung des Übersetzers: Glebae adscripti, die der Erdscholle Zugeteilten. So hießen seit dem 4. Jahrhundert nach Christi im Römischen Reiche die Arbeiter auf Gütern, die persönlich frei, aber an den Boden des betreffenden Gutes in der Art gebunden waren, daß sie, auch wenn dieses in andere Hände überging, mit demselben verbunden blieben).

Es paßt dazu, daß die Regierung einer Plutokratie von einem – um eine gelungene Formulierung von 1928 zu entleihen – »Kabinett von Milliardären«, angeführt von Bush, Quayle, Baker und Brady, und in Rußland gekonnt von dem Texas-Trickster Robert Strauss vertreten, angeführt wird. Hauptgrund für die Ernennung dieses Öl- und Benzin-Wheeler-dealers (Mauschlers) eines ehemaligen Landesvorsitzenden der Democratic Party, auf den Posten des Botschafters der Vereinigten Staaten im heutigen Rußland, ist der Spielraum, der ihm und seinem Zirkel zur Plünderung der natürlichen Reichtümer dieses Riesenreiches dadurch eingeräumt wird.

Die Gründe für Amerikas Golfkrieg

Fragen: Werden sich Jelzin und seine Berater als stark genug erweisen, um der vom Weißen Haus unter Bush-Baker-Bobby Strauss ausgeübten wirtschaftlich-politischen-militärischen Erpressung standzuhalten? Wird Mütterchen Rußland von heute sich als stark genug erweisen, um seine natürliche Hilfsmittel in diplomatischen Vorteil umzusetzen? Oder werden die bevorstehenden Unstabilitäten der Weltwirtschaft – wenn der Aufschrei ertönt: »Rette sich wer kann!« – die russisch-amerikanischen Beziehungen in neue Tiefen stürzen?

Nun will es das traditionelle Gefühl so, daß solche Unternehmer mit großer Umsicht handeln – oder handeln sollten. Risiken, Gemeinkosten und vernünftige Chancen gewinnbringend gegeneinander abwägend und vielleicht sogar auf ein unbestimmtes Rechtsgut reflektierend, das vergangenen Generationen als »das Gemeinwohl« (Gott behüte!), ohne Haß, bekannt war.

Quatsch. Ein Blick auf einige der Beweggründe, die Präsident Bush in das Kriegsgemetzel gegen den Irak stürzten, wird dem unbefangenen Beobachter die Tatsachen des Lebens, das heißt des Todes, nahe bringen.

Einige spezifische Gründe für Amerikas Krieg mit dem Irak: Erstens, Abenteuerlust im Ausland. Um die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von der Heimat abzulenken und es gegen einen fremden Teufel zu mobilisieren.

Zweitens, ein alarmierender Verfall der Popularität von Präsident Bush vor dem August 1990, mit entsetzlichen Folgen für 1992. Die Gefühle gegen ihn hätte man mit dem Satz zusammenfassen können: »All show, no go« (»Alles Schau, nichts geht mehr«).
Drittens, ein Anreiz für die rückläufige amerikanische Wirtschaft.
Viertens, die engen Bindungen Bushs und des Außenministers Baker zur Ölindustrie in Texas und im Nahen Osten.
Fünftens, ihre Allianz mit den reaktionären Cliquen in Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein und den anderen Scheichtümern am Golf. Diese waren mehr und mehr über den Erfolg der internen Reformen von Saddam Hussein beunruhigt, der ein schlechtes Licht auf die fehlende politische und soziale Reform der Reaktionäre – besonders hervorstechend in bezug auf hunderttausende von palästinensischen, ägyptischen, persischen, pakistanischen »Gastarbeitern« und Geschäftsleuten die in diesen Staaten lebten – warf.

Das Fenster der günstigen Gelegenheiten

Sechstens, die goldene Gelegenheit, die Vorherrschaft über das Golfgebiet und ganz Südwestasien, vom Bosperus bis zum Indus auf Jahrzehnte hinaus zu etablieren, was die Beseitigung einer Keimzelle für zukünftige nahöstliche Unabhängigkeit bedeutet, wie ja auch tatsächlich die ehemaligen Keimzellen für einen Volksaufstand, siehe Mossadeghs Bewegung im Iran und später das Khomeni-Regime, durch amerikanische Einmischung überwältigt oder gelähmt wurden.
Siebtens, nachdem Bushs Entscheidung, Saddam zu vernichten, in oder vor den ersten Tagen des August 1990 getroffen wurden, als Unterstützung für die parallel laufenden Absichten des von Amerika abhängigen Staates Israel; bedeutet dies heute auch Unterstützung für die expansionistischen Ziele der Zionisten: Vorherrschaft über den Nahen Osten vom Persischen Golf bis zur Mündung des Nils – »Er herrsche von Meer zu Meer, vom Euphrat bis an die Enden der Erde. Vor ihm mögen sich die Steppenvölker bücken und seine Feinde in den Staub fallen...« Psalm 72, 8–9.

Achtens, die Panik, jetzt schon fast vergessen, die im Weißen Haus durch den Erfolg der außenpolitischen Initiativen Gorbatschows in Westeuropa ausgelöst wurde, die Sorge über die Befreiung Mitteleuropas von der Elbe bis zum Bug, einst zuverlässig von den Sowjets besetzt, und, umgekehrt, die freudige Erregung über die Unordnung in der UdSSR. Ein Imperialer Imperativ wurde wahrgenommen: Das »Fenster der günstigen Gelegenheit« aufstoßen und das Zepter der Weltherrschaft ergreifen!

Dies alles für die anderen Völker – mit Ausnahme der Russen – tarnen, indem man es als con-dominium ausgibt; so etwas nennt man dann die Neue Weltordnung.

Der Plan funktionierte 1990–91 auf brilliante Weise, hauptsächlich deswegen, weil die Sowjetunion zu sehr mit ihren eigenen Krisen im Inland vollbeschäftigt war, um erfolgreich im Irak eingreifen zu können. Widerstrebende, oftmals finanziell angespannte Länder wie die Staaten Südamerikas, die afrikanischen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, ebenso wie Ägypten, Syrien, Türkei, ganz zu schweigen von Israel und der Sowjetunion, wurden auch auf Amerikas Seite gedrängt und gelockt, indem sie kollektiv mit Zusagen von hunderten von Milliarden Dollar an Hilfsgeldern und »Schuldenerlaß« überschüttet wurden.

In der Tat eine sprunghafte Politik, für eine nahezu bankrotte amerikanische Regierung, deren Bürgern zugemutet wurde, immer drückendere Belastungen für ein immer kleineres, immer erbärmlicheres Stück vom Kuchen auf sich zu nehmen, während sie die weltimperialistische Voreingenommenheit der amerikanischen Macht-Elite unterstützt.

»Quo usque tandem, Catalina...?« Wie lange wird diese Mischung aus inländischer Schrumpfung und internationaler Ausdehnung noch zusammenkleben?

Die politische Geschichte des Irak

Niemand weiß das. Wenn wir die oben dargelegten Erwägungen bedenken und uns nützliche Anstöße aus den Gebieten der Politik, des Militärwesens und der humanen Ökonomie zunutze ma-

chen, werden wir zu einigen Anregungen kommen können.

Irakische Ansprüche auf das ganze oder einen Teil von Kuwait – die Inseln Warba und Bubiyan – die Verärgerung über die Schrägbohrung der Kuwaitis in das Ölfeld von Rumailah hinein, und der eigentliche Ursprung und das Überleben des Staates Irak sind wesentliche Bestandteile der oft gewalttätigen Prozesse der Staatsbildung, der Modernisierung, das Legat des zwanzigsten Jahrhunderts für die Völker Lateinamerikas, einen Großteil Europas, Afrikas und Asiens. Der Irak war oft das Opfer sowohl zentrifugaler als auch zentripetaler Tendenzen, die erzeugt und gesteigert wurden durch seine heterogene Gesellschaft, die sich unter anderen Gruppen, aus den Indo-europäisch sprechenden Kurden und den Volkstürken, beide sunnitische Moslems, im Norden, den moslemischen Arabern, viele davon Schiiten, des Südens, und den enggestrickten nestorianischen, chaldeanischen und armenischen christlichen Gemeinden zusammensetzt; ebenfalls spielten aufeinanderfolgende Wellen von Eroberern eine Rolle. Die »arabische« Mehrheitskultur des Irak hat widersprüchliche Schwünge der Enttäuschung, Reaktion und Anpassung an diese Tendenzen durchlaufen.

Vom Beginn der aufgezeichneten Zeit an, seit über fünftausend Jahren, hatten das jetzt als Irak bekannte Land und das Kuwait genannte Scheichtum ein gemeinsames Schicksal. Zusammengenommen bilden sie die zentralen und südlichen Teile des antiken Mesopotamiens, das von Norden nach Süden etwa 1000 km groß ist, das »Land zwischen den Flüssen« Tigris, dem Euphrat und deren Zusammenfluß, das Schatt-el Arab.

Irak, was annähernd »die Wurzeln, der Verwurzelte« bedeutet, kann als Wiege der Kultur, der Politik und der Zivilisation um die Ehre wetteifern, und Kuwait war eine der Grenzmarschen, die ihre Flanken gegen das Eindringen aus »Arabia Deserta« schützten. Das Gebiet ist durch gewaltige Gegensätze gekennzeichnet und verzerrt worden: des Klimas, des unsagbaren Reichtums und zermürbender Armut, der Herrscher und der Beherrschten, und es liegt quer zu den produktivsten und umstrittensten Verbindungs- und Handelswegen auf Erden.

Der britische Imperialismus

Vor dem Ersten Weltkrieg, als der größte Teil des Nahen Ostens unter der Herrschaft des Ottomanischen Reiches stand, wurde Mesopotamien, einschließlich Kuwait, jahrhundertelang durch das »vilayet« (Regierungsbezirk) Basra, der größten Stadt im südlichen Irak, verwaltet. Im Verlaufe dieses Krieges wurde die türkische Herrschaft durch den britischen Imperialismus abgelöst. Dann, 1919 und 1920, teilte Großbritannien in den sogenannten Friedensabkommen von Paris, Sèvres und San Remo das ganze, riesige Reich, das sich von Nil zum Bosperus bis zum Khyberpaß und dem Golf von Oman erstreckte, nach geheimen Verträgen, die zwischen den Regierungen Seiner Majestät, Frankreichs und des zaristischen Rußlands – letzteres wurde 1917 von der Beuteaufteilung ausgeschlossen – abgeschlossen wurden, auf. Diese Vereinbarungen, die brilliantesten des Verhandlungspakets, das kollektiv als die Sykes-Picot-Verträge von 1915 – 1916 bekannt war, lief anderen von den Briten abgeschlossenen Pakten, wie zum Beispiel der Balfour-Erklärung von 1917, die ein »nationales Heimatland für die Juden« in Palästina schuf, und, sogar noch gleißender, den zwischen dem Verwalter der moslemischen Heiligen Länder, Sherif Hussein von Mekka, erzielten Verständigung zuwider. Letzterer war durch die Aussicht auf ein vereintes Arabien, das sich vom Roten Meer bis zu den oberen Abschnitten des Tigris erstrecken sollte, veranlaßt worden, gegen die ottomanische Herrschaft zu rebellieren (Lawrence of Arabia).

Sherif Hussein ist der Vorfahr sowohl des Königs Hussein von Jordanien als auch des verstorbenen Königs Feisal II. von Irak, der während der von General Abdul Karim el-Kassem angeführten englandfeindlichen Revolution 1958 getötet wurde.

Großbritannien riß sich den Löwenanteil selbst unter den Nagel. Nachdem die Pläne, Mesopotamien – wegen dessen Nachkriegsrolle als Gegengewicht zum Einfluß der Franzosen in Syrien, dem Libanon und der Türkei, als Barriere gegen die Ausbreitung eines erfolgreichen Nationalismus über die Grenzen der Türkei und des Irans hinaus und nicht zuletzt bis zu den reichen Ölvorkommen des nördlichen Mesopotamiens – aufzuteilen, 1920 zu den Akten gelegt wurden, wurde das meiste davon als »Irak«, eine britische Dependanz, der nominell König Feisal I., ein Sohn des Sherif von Mekka, vorstand, konstituiert. Es wurde als »Mandat Klasse A« getarnt, das dem Vereinigten Königreich durch den Völkerbund zuerkannt wurde.

Macht schafft Recht

Es sei darauf hingewiesen, daß die einheimischen Araber von Anfang an völlige Unabhängigkeit verlangten, wie die von US-Präsident Wilson in den Nahen Osten entsandte amerikanische King-Crane-Kommission pflichtgemäß berichtete, und daß sie sich nicht einen Augenblick von den britischen Manövern hinters Licht führen ließen.

Es ist in der Tat sehr zu bedauern, daß es ein anderer amerikanischer Präsident – unter gewaltsamer Verletzung des von Präsident Wilson eingehaltenen Selbstbestimmungsrechts der Völker – 1990–91 für angemessen erachtete, die Vereinten Nationen, die Nachfolgeorganisation des Völkerbunds, so zu manipulieren, daß sie im Kielwasser seiner Versuche, den Irak zu zerschlagen oder zu zerstückeln, mitzogen. »Macht schafft Recht«, aber »Gewalt gebärt auch Gewalt«, und wir dürfen bestenfalls damit rechnen, daß die Täuschungsmanöver von 1991 die Unordnung im Nahen Osten und um den Globus herum nur noch verschlimmern werden.

In der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg waren die Briten nicht in der Lage, eine scheinbare Sympathie mit beharrlichen arabischen und irakischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit mit schnellem Zugriff auf bewaffnete Macht, darunter viele Einsätze, die von der Royal Air Force gegen die Zivilbevölkerungen geflogen wurden, zu kombinieren. Britische »Berater« leiteten die Stammes-Scheichtümer längs des Golfs, einschließlich Kuwait.

Die feierliche Übernahme solcher Dokumente wie das Organic Law of 1924 – (die Verfassung), der Vertrag von 1930 mit dem Vereinigten Königreich – der eine 25jährige »Allianz« zwischen Irak und Britannien vorsah, dann der von den USA angeführte Bagdad-Pakt von 1955 folgte – und die Aufnahme des Iraks in den Völkerbund im Jahre 1932 änderten nichts an den zugrundeliegenden Realitäten. Die Beziehungen dauerten durch eine Reihe von internen Machtkämpfen im Irak hindurch – die Führer der verschiedenen Parteiungen wurden dabei gewöhnlich von den Briten großzügig subventioniert – bis April 1941 an, als Raschid Ali al-Gailani eine deutschfreundliche Regierung einsetzte, die unverzüglich von den Briten zerschlagen wurde.

Interesse an Chaos und Bürgerkrieg

Die Politiker, die die irakische Gesellschaft bis zum Staatsstreich von 1958 dominierten – und die britische Herrschaft die durch sie ermächtigt wurde, – waren von folgenden Merkmalen gekennzeichnet: Die »gradualistische« Annäherung an die Emanzipation vom Kolonialismus aus; eine gelinde gesagt konservative Einstellung zu einer sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Reform; die Gründung einer »Arabischen Föderation«, die den Irak und Jordanien umfaßt; Entfremdung vom modernistischen arabischen Gedankengut, damals durch das Kairo von Gamal Abdel Nasser dominiert; weitverbreitete Korruption; Unterdrückungsherrschaft.
General Nrui es-Said war der repräsentativste Politiker dieser Epoche. Ohne zu versuchen, zu viel zugunsten des Sturzes jenes ancien régime, oder zugunsten der »nationalistisch-modernisierenden« Regierungen, die seitdem zur Macht gekommen – viele von ihnen durch coups d'état – zu verlangen, hat sich für die Mehrheit der Irakis eine scharfgeschnittene Auswahl herausgeschält: Zwischen einem korrupten, unterdrückenden Kolonialregime oder einem solchen, das stark, nationalistisch, reformistisch, verhältnismäßig sauber und, gewöhnlich diktatorisch ist.

Internationalismus

Die neue Weltordnung

Man könnte noch von einer dritten Auswahl sprechen, eine, die von solchen interessierten Außenseitern wie Israel, Türkei, die Vereinigten Staaten und, früher, die UdSSR – jedes dieser Länder aus eigenen Gründen – favorisiert wird: nationale Schwäche, Bürgerkrieg, Chaos und Zerstükkelung.

Wenn Amerika ehrlich für regionale und weltweite Stabilität eintritt, für eine »Ordnung«, in der kollektive Lasten (Unterentwicklung) und Vermögenswerte (menschliche und natürliche Ressourcen) bis zu einem gewissen Ausmaß miteinander geteilt werden können, dann sind die erste Wahl – Kolonialismus – und die dritte – Zerstückelung – ausgeschlossen.

Atomkanonenboot – Diplomatie im Weltdorf

Im zwanzigsten Jahrhundert, schlimm genug, scheinen die mächtigsten Nationalstaaten Clausewitzs Diktum, daß »Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« sei, auf den Kopf gestellt zu haben. Sicherlich scheint Uncle Sams internationales Verhalten sich nach einem »Gesetz des umgekehrten Verhältnisses« zu verändern: Je »totaler« die angewendeten Mittel, desto weniger Interesse an Verhandlung durch Diplomatie.

Ein zweites Verhältnis bestimmt die Totalität der Mittel: Je schwächer sich ein amerikanischer Präsident unter dem Aspekt der Wirtschafts- und der Innenpolitik vorkommt, um so stärker neigt er dazu, sich für Krieg zu entscheiden. Letztere Formel scheint sich auf den Zweiten Weltkrieg – und auf den Ersten, mit Abwandlungen –, auf die Korea- und Indochina-Zwischenfälle und auf Amerikas Golfkrieg zu beziehen.

So wie die psychischen Abstände in den Bereichen der Wirtschaft und der Politik schrumpfen – das Globale Village oder Weltdorf –, und Amerikas finanzielle und innenpolitische Lage immer heikler wird, drängen die Führer der USA die Amerikaner und die übrige Welt weiter den Pfad zur totalen Kriegslust hinab. Im Stil wird Uncle Sam das irakische Modell, oder das der »expandierten Kanonenboot-Diplomatie Lateinamerikas« bevorzugen, nämlich Eingreifen, das in Stadien sich verstärkender Gewalt vor sich geht; Vom Embargo über Blockade zur völligen Gewalt in drei leichten Schritten, wonach ein Land oder eine Region mehrerer Länder zur internationalen Impotenz, Reibereien und Chaos im Inland und somit zur leichten Beherrschbarkeit durch Washington und Wall Street herabgewürdigt werden kann.

Dieses dreistufige Muster der Intervention ist gänzlich oder teilweise schon unter den Reagan- und Bush-Regierungen in Erscheinung getreten, die sich eine Aufeinanderfolge von Ländern und Regime, ob »linkslastig« oder »rechtslastig«, zum Ziel genommen hatten, die es wagten, Washingtons Wünschen zu widerstehen: Nicaragua, Südafrika, Grenada, Libyen, Panama, die Philippinen und in jüngster Zeit Irak. Was auch immer deren Regierungssysteme waren, diese und andere Länder werden als »demokratisch« bezeichnet, wenn sie sich den Wünschen von Amerikas imperial-gesinnter Macht-Elite beugen, als »tyrannisch« oder als »Aggressor« werden sie beschimpft, wenn sie sich dieser widersetzen.

Unter dem Aspekt der uneingeschränkten Machtpolitik mag es für Amerika »logisch« erscheinen, sich auf die immer erbarmungslosere Anwendung amerikanischer ABC-(atomare-bakteriologische-chemische) Waffen und der Public Relations-Fähigkeiten zu versteifen. Bald könnte die zum Himmel schreiende Notwendigkeit zur Reform von Amerikas inländischen und internationalen Beziehungen Washington jedoch zu klügeren Optionen führen: Die Modelle des alten Roms, des alten Ägyptens, des alten Chinas, die, aus ihren Fehlern lernend, vorsichtig wählten, um zum dauerhaften Wohle der Menschheit und ihrer selbst ihre Stärke zu bewahren und sich einer Politik der permanenten Expansion zu enthalten.

Wer kann den USA noch trauen?

Professor Abbas Hamdani, der der Fakultät für Geschichte der University of Wisconsin-Milwaukee angehört, hat diplomatische Schritte, die vor und nach dem August 1990 in bezug auf das Problem Kuwait unternommen wurden, sorgfältig in Einzelheiten untersucht. Aber es ist die Aufgabe dieses Referats, das völlige Nichtvorhandensein von Diplomatie, das die jüngsten Bemühungen der USA auf dem Gebiet charakterisierte, und Möglichkeiten zur Verbesserung zu dokumentieren: Den Mangel an geistiger Substanz und die Verwässerung der moralischen Integrität, das Nichtvermögen, sich einen umfassenden Überblick zu verschaffen, der Verfall von Disziplin.

Wer kann einer Regierung, in den USA und im Ausland, überhaupt noch trauen, die versucht, sich rittlings auf das Pulverfaß des Nahen Ostens zu setzen und gleichzeitg die Zündschnur des Krieges anzuzünden?




Als Vermittler zwischen Jordanien und Großbritannien besucht John Bagot Glubb, englischer Befehlshaber der Arabischen Legion, mit dem ehemaligen König Abdullah eine Militärstation.

Die Hauptstadien des Abstiegs von George Bush zur Heuchlerdiplomatie waren, grob gesehen, folgende: Erstens, seine aktive Verwicklung, als Vizepräsident der Reagan-Jahre, in den Schlamassel der Iran-Contra-Affäre, eine Reihe von zutiefst korrupten Transaktionen, zu denen geheime Waffenverkäufe während des Irak-Iran-Kriegs an Iran durch Israel und, in der westlichen Hemisphäre, illegale Waffenlieferungen an die Rebellen in Nicaragua gehörten. Viele Einzelheiten sind immer noch dicht mit dem Mantel der Geheimhaltung umhüllt, aber Untersuchungsbeamte auf amerikanischer Kongreßebene haben ermittelt, daß Vizepräsident Bush geheime, offizielle Reisen nach Honduras, Costa Rica und Panama unternahm.

Höhepunkt dieser schäbigen Manöver, die letztenendes nur den Machenschaften der Zionisten zum Vorteil gereichten, war der Versand einer persönlich von US-Präsident Reagan mit einer Widmung versehenen Bibel an Ayatollah Khomeini.

Zweitens: Im Verlauf des Dezembers 1989 Einmarsch in den souveränen Staat Panama durch Präsident Bush, ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und Schädigung des guten Einvernehmens zwischen Staaten, was eintrat, als US-Truppen die exterritorialen Grundstücke der Botschaften von Peru und Nicaragua stürmten und damit drohten, das Gleiche mit der Botschaft des Vatikans zu tun.

Die grauenhafte Rhetorik von George Bush

Drittens: Die aufschlußreichen Übungen – entweder aus Falschheit oder aus abgrundtiefer Dummheit heraus –, die stattfanden, als der Botschafter der Vereinigten Staaten für Irak, April Glaspie, Präsident Saddam Hussein im Juli 1990 davon in Kenntnis setzte, daß die USA die Beziehungen zwischen Irak und Kuwait als reine »innerarabische« Angelegenheit erachteten, und

als die offiziellen Sprecher für die amerikanische Regierung, Kelly und Tutwiler, offen und wiederholt erklärten, daß die Vereinigten Staaten keine »Sicherheitsvereinbarungen« mit oder Sicherheitsbelange in bezug auf Kuwait hätten. Im Lichte der Tatsache, daß der Irak niemals die Unabhängigkeit Kuwaits anerkannt hat, daß er 1961 und 1973 versuchte, sich Kuwait einzuverleiben, und daß es im Juli 1990 deutliche Anzeichen dafür gab, daß sich der Irak anschickte, es zu besetzen, müssen solche offiziellen Verkündigungen jetzt als »grünes Licht« oder zumindest als »gelbes Licht« zur Handlung für Präsident Saddam Hussein angesehen werden.

Viertens: George Bush grauenerregende Rhetorik im Verlauf des Herbstes und Winters 1990 – 1991, Tod und Verderben über den Irak bringen zu wollen, seine Methode des Zuckerbrots und Peitsche, um die ständigen und nicht ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu »überreden«, die Resolution 660 und die nachfolgenden zwölf Resolutionen zu verabschieden, mit denen der »sofortige und bedingungslose« Rückzug des Iraks aus Kuwait und die bedingungslose Rückgabe der »Souveränität« an Kuwait verlangt wurde, und die Tatsache, daß Versuchen einer langen Reihe von interessierten Parteien – die sich von wiederholten Versuchen der Sowjetunion, der Europäischen Gemeinschaft, der Außenminister und Regierungen von Italien, Deutschland, Frankreich, über den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale und ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt bis zu den Regierungen von Algerien, Iran, Pakistan und sogar zum Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez y Cuellar, erstreckten –, um den Golfdisput zu einem schnellen Ende zu bringen, sowohl als auch um eine Nahost-Konferenz zur Gesamtlösung der Krisen in diesem Gebiet einzuberufen, abgewimmelt wurden.

Ein Gebräu aus Verwirrung und Dummheit

Fünftens: Mißachtung für die anscheinende Bereitschaft der irakischen Regierung bei Friedensbemühungen, die nicht unbedingt



Ein bedrohter Herrscher, König Feisal II., hält Audienz, während sein pro-britischer Onkel, Emir Abdul Ilah (Mitte), der eigentliche Regent, zuhört. Sie wurden beide 1958 getötet.

»bedingungslose Kapitulation« bedeuten, wie zum Beispiel die Freilassung von Geiseln, Konferenz des Außenministers Tariq Aziz mit US-Außenminister Baker in Genf. Azizs erneuter Vorschlag, eine allumfassende Nahost-Konferenz einzuberufen, und Azizs Flüge nach Moskau, wo er sich vor dem Beginn der gewalttätigen Phase des Bodenkrieges noch einmal um sowjetische Vermittlung bemühte.

Sechstens: Präsident Bushs Beharren auf Ultimaten zur bedingungslosen Kapitulation, gefolgt von der Anwendung roher Gewalt.

Vielleicht am schwerwiegendsten von allen: Siebtens, Präsident Bushs Außerachtlassung, mit Stillschweigen übergehen des umfassenden Friedensplanes, den sein eigener Außenminister, James Baker III, mit dem sowjetischen Außenminister Bessmertinykh ausgearbeitet hatte, und in Bushs Rede zur Lage der Union vor den versammelten Häusern des Kongresses zur Sprache kommen sollte, was aber nicht geschehen ist. Anscheinend reichte die rechtzeitige Einmischung der Regierung Israels, beunruhigt über die Aussicht, zu einer gerechten Lösung der Palästinenser-Frage kommen zu müssen, aus, um eine umfassende Behandlung der gesamten Nahost-Krise zum Stillstand zu bringen.

Damit eine weitere Diskrepanz auch nicht in Vergessenheit gerät: George Bush bemühte sich energisch darum, die Resolution 660 des Sicherheitsrats innerhalb von Wochen nach der Provokation und auf Kosten von wahrscheinlich hunderttausenden von Menschenleben, Soldaten und Zivilisten, durchzusetzen, alles angeblich wegen der Unabhängigkeit des kleinen Scheichtums Kuwait. Aber er und seine Vorgänger haben herzlich wenig unternommen, um die Resolution Nr. 242 vom 22. November 1967 durchzusetzen. Bemerkenswerterweise hebt dieses Dokument die »Unzulässigkeit« von Gebietseroberungen durch Krieg hervor, legt die Notwendigkeit für einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Region dar und ruft zu einer »gerechten Lösung des Flüchtlingproblems« auf.

Dieses außergewöhnliche Gebräu aus Verwirrung, Dummheit, grundlosen Befürchtungen, Hunger nach ungezügelter Macht und sofortiger Bereitschaft, unbegrenzte Gewalt anzuwenden, ist nicht der richtige Weg, eine Region und einen Globus, der bereits unter einem Übermaß an Gewalt leidet, zu befreien.

Sicherlich, die »Sondierungs«reisen des US-Außenministers Baker in den Nahen Osten und sein Zusammentreffen mit einer Handvoll von palästinensischen Führern verdienen Anerkennung. Aber diese Initiativen werden Charaden bleiben, die auf Fernsehzuschauer abgezielt waren, solange das Grundproblem des Expansionismus, des nicht vorhandenen Selbstbestimmungsrechts der Völker bei der Verteilung von Macht und Wohlstand nicht angepackt und korrigiert wird. Dies trifft besonders nach den Madrider Sondierungsgesprächen vom Oktober 1991 zu.

Ein aggressiver, psychologischer Krieger

Schließlich hat Bush die ihm durch die Beschlüsse der Vereinten Nationen zugestandenen Aktionsgrenzen bei weitem überschritten, auch wenn darin – unter Druck der USA – im einzelnen ausgeführt wurde, daß ». . . alle notwendigen Mittel« angewendet werden, um die irakischen Streitkräfte aus Kuwait herauszubekommen. Der Einmarsch in und die Besatzung des südlichen Irak durch die Vereinigten Staaten, die Aufstachelung zur Rebellion im Norden und Süden – wenn nicht gar eine unmittelbare Verwicklung darin –, und offenes Gerede amerikanischer Regierungsbeamter davon, eine dauerhafte Präsenz der Amerikaner und ein »friedenserhaltendes Nervenzentrum« in der Golfregion einzurichten, deuten alle auf Bushs aggressive, regionale und globale Intentionen hin.

Möglicherweise hat Bush, in die Fußstapfen solcher herrischen

Internationalismus

Die neue Weltordnung

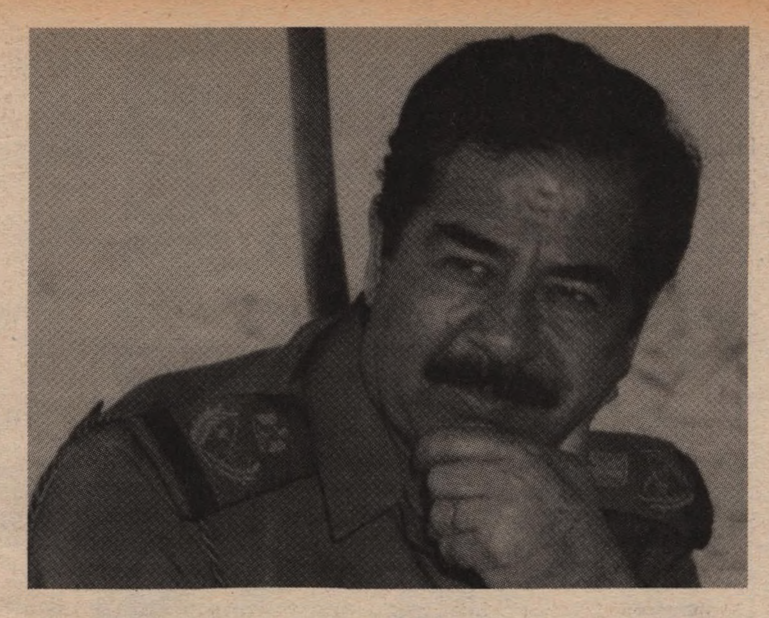
Vorgänger wie Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson und Franklin Delano Roosevelt tretend, nicht lediglich den Grundsatz der Nichteinmischung der Monroe-Doktrin hauptsächlich durch Bruch honoriert, sondern diesen auf den Kopf gestellt und die nicht mehr bestehenden europäischen Kolonialreiche durch eine einzige, neo-koloniale Weltmacht als hauptsächlicher weltweiter Interventionist, die Vereinigten Staaten von Amerika, ersetzt.

Selbst der entschlossenste »psychologische Krieger« kann rechtliche Anweisungen nur so weit biegen, ohne sie zu brechen. In der Form, der Charter der Vereinten Nationen schreiben diese vor:
Artikel 33, 1: Die Parteien . . . werden . . . eine Lösung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Versöhnung, gerichtliche Regelung, Rückgriff auf regionale Behörden oder andere friedliche Mittel ihrer Wahl anstreben.
Zweitens: Der Sicherheitsrat wird, falls er es für notwendig erachtet, alle Parteien auffordern, ihre Streitfälle mit solchen Mitteln zu regeln.

Dies ist normative Sprachregelung. Die Anwendung friedlicher Mittel ist nicht wahlweise, sondern zwingend. Kurz gesagt, George Bush hat nicht nur bloß den Territorien, den Botschaften und den Völkern souveräner Länder Gewalt angetan, er hat gegen das Einvernehmen unter den Völkern verstoßen und das Völkerrecht gebrochen, und er handelte mit offener Verachtung dieser und anderer, angeblich heiligen Formulierungen, die eigentlich die Beziehungen unter den Völkern bestimmen sollten.

Permanenter Krieg und das Militär

»Quoi! tu veux qu'on t'epargne et n'as rien épargne!« (»Was! Du willst, daß man Dich schont und doch hast Du niemanden geschont!«) Cornellie, Octave.



Saddam Hussein wird in die Geschichte eingehen, als ein Mann, der es gewagt hat, der ganzen feindlichen westlichen Welt zu trotzen.

»There'll be no doubt that it's started. It will be massive. It'll be violent. It'll be fast. It'll be everything you ever wanted in a war and never got.« (»Es wird keinen Zweifel geben, daß er begonnen hat. Er wird massiv sein. Er wird schnell sein. Er wird alles das sein, was sie jemals in einem Krieg wollten und niemals bekamen«). General Norman Schwarzkopf.

Rechtfertigen die Ziele, ungeachtet dessen, wie erhaben sie auch immer sein mögen, die Anwendung jeder Mittel im Verlauf eines Krieges? Nein, das tun sie nicht, nicht wenn der Oberkommandierende und seine Generale die Absicht haben, einen »zivilisierten« Krieg zu führen, wie er im 20. Jahrhundert durch die Haager und Genfer Konventionen über Kriegführung und die Rollen der Kombattanten und Nichtkombattanten im Kriege kodifiziert wurde. Leider Gottes scheint es sicher zu sein, zu sagen, daß im Krieg gegen den Irak die Kommandeure keine derartige Absicht hegten, und daß jene Bestimmungen hauptsächlich durch deren Bruch honoriert wurden.

Eine Orgie der Massentötung

Nach der Reportage der pentagonisierten US-»Nachrichten«-Medien zu urteilen, stürzten sich alle amerikanischen und alliierte Krieger, von oben bis unten, mit freudiger Selbstaufgabe in den Kampf. Einem zahlenmäßig und technologisch weit unterlegenen Feind gegenüberstehend, schwelgten sie in einer Orgie der organisierten Massentötung und Zerstörung.

Am Samstag, den 23. Februar 1991 – der offizielle Beginn des Bodenkrieges – standen 801.030 amerikanische und alliierte Soldaten 45.000 irakische Soldaten, die meisten von ihnen Eingezogene, gegenüber. Zu Beginn des Luftfeldzuges, berichtete NBC-Television, daß Saddam Hussein lediglich 70 Flugzeuge habe, die für Nachteinsätze geeignet sind; anscheinend flohen die meisten davon in den Iran und überließen es tausenden von amerikanischen und alliierten Flugzeugen, von F-16- bis B-52-Maschinen, hunderte von Einsätzen pro Tag zu fliegen.

Hinweise von Piloten auf ein »Abschießen von Truthähnen« auf »Daytona Beach in einer Frühjahrspause«, gab es in Hülle und Fülle, während unabhängige Journalisten düster die Straße des Rückzuges der irakischen Divisionen aus Kuwait hinaus als »apokalyptische Verwüstung« beschrieben. Das nördliche Kuwait und der südliche Irak waren ein »Abschußgebiet« (killing ground), in dem irakische Soldaten, anscheinend den widersprüchlichen Befehlen und mörderischen Luftangriffen ausgesetzt, zu Dutzenden, möglicherweise zu Hunderten, zu Tausenden niedergemetzelt wurden. Genaue Zahlen sind nicht zu erhalten.

Der totale Krieg der Alliierten

Der Zivilbevölkerung des Iraks erging es kaum besser. Im Verfolg einer Politik des totalen Krieges und der bedingungslosen Kapitulation, die an Franklin Roosevelts Bemühungen im Zweiten Weltkrieg erinnert sowie Winston Churchills und Prof. Lindemanns Vorbeschäftigung mit der Auslöschung Deutschlands mittels einer strategischen Bomben-Offensive, die von 10.000 schweren Bombern durchgeführt wurde, hat eine technologisch fortschrittlicher Raumfahrt-, Raketen-, Luft- und Schlachtschiff-Feldzug gegen ein unterentwickeltes Land von 18 Millionen Einwohnern – die Hälfte von ihnen unter 16 Jahre alt – Iraks Infrastruktur und Aufbau, nämlich: Schulen, moslemische Moscheen und christliche Kirchen – einige von ihnen die ältesten und größten auf Erden – Kraftwerke, Telefonvermittlungen, Wasser- und Abwassereinrichtungen, Brücken und Massentransit, Rundfunk und Fernsehen, sowie die meisten anderen organisierten Mittel zum Überleben ausgelöscht.

Bis spätestens März 1991, ohne fließendes Wasser, Abwasserbehandlung oder elektrischen Strom – auch nicht für Krankenhäuser – hatten es Großstädte, wie Bagdad mit vier Millionen Menschen, Basra, Mosul und Kirkuk mit weitverbreiteter Hungersnot und epidemischen Krankheiten wie Cholera zu tun, mit möglicherweise tausenden oder Millionen von Opfern.

Die Sanktionen – das heißt die totale Blockade –, die die Vereinten Nationen unter Druck der Amerikaner und Briten, immer noch gegen den Irak, trotz des Waffenstillstandes, erzwangen, mußten etwas erleichtert werden, um die Lieferung einer geringen Menge von Medikamenten ins Land zu ermöglichen.

Was nun die Luftangriffe mit »chirurgischer Genauigkeit« anbetrifft: Allein in Tikrit, einer Kleinstadt mit rund 25.000 Einwohnern im nördlichen Irak,

wurde, wie berichtet, die Hälfte der Bevölkerung getötet, als die Stadt durch Bombardierung dem Erdboden gleichgemacht wurde. Mußte Tikrit leiden, weil es Saddam Husseins Heimatstadt ist?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zu Beginn der Luftoffensive Anfang 1991 die restriktive Sprachregelung der Resolution Nr. 660 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mindestens zeitweilig durch viel weitreichendere Ziele ersetzt wurde: Erstens, die Entfernung Saddam Husseins aus dem Amt und aus dem Leben. Zweitens, die Beseitigung des Iraks als irgendeine Art wirtschaftlicher oder militärischer Faktor im Nahen Osten; und daher drittens, die Besetzung einer Sicherheitszone« im südlichen Irak durch die Alliierten, wodurch der Hafen von Basra vom Zugang zum Meer abgeschnitten wird; viertens, die buchstäbliche Vernichtung der bewaffneten Streitkräfte des Iraks als wirksames Ganzes, wodurch dieser jeder Verteidigungsmöglichkeit gegen seine Nachbarn, angrenzend oder weiter entfernt, beraubt wird; und fünftens, Sanktionen der Vereinten Nationen, um den Irak auf Jahre oder Jahrzehnte hinaus schwach oder reif zur Zerstücklung zu halten.

Alle Araber sind für die USA Sündenböcke

Ein besonderer Faktor muß auch noch erwähnt werden: Der des negativen »Image« des »typischen Arabers«, der durch die gesteuerten amerikanischen »Nachrichten«-Medien erzeugt wird. Besonders in Zeiten des anscheinenden Notstands wird dieser als bösartiger »Terrorist« dargestellt, das genaue Gegenteil der Wirklichkeit, denn die meisten der vielfältigen Staaten und Gruppen der arabischen Welt sind Opfer, wiederholt Opfer, des Expansionismus, Imperialismus, Massenmords und Massenterrorismus gewesen.
Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Nachrichtenmedien und ihr unfreiwilliges Publikum alle Moslems, seien es arabische, pakistanische, indische oder amerikanische, stereotyp zu Sündenböcken stempeln.

Einer der vielen bezeichnenden Fälle, über den während der öffentlichen Hysterie des Golfkrieges berichtet wurde, bezog sich auf den Fahrer eines Flughafenbusses auf Chicagos O'Hare Field, der sich weigerte, einen algerischen Geschäftsmann abzuholen, weil dieser »arabisch aussah«. Das FBI war sogar noch geschäftiger als gewöhnlich bei der Untersuchung von Arabisch-Amerikanern – man erinnnere sich daran, daß vor mehreren Jahren eine Anzahl von Fremden mit Wohnsitz in Los Angeles zur Deportation vorgesehen wurden, weil sie eine PLO-freundliche Zeitschrift abonnierten –.

Der vielen bezeichnenden Fazetten der militärischen Leistung und Propaganda im Golfkrieg kann innerhalb dieser Seiten kaum Genüge getan werden. Selbst die rein taktischen Fragen des Krieges sind schwer zu bewerten, da alle betroffenen Seiten die Nachrichten zensiert haben, nicht zuletzt das US-Verteidigungsministerium. Und dennoch, nach dem begrenzten Beweismaterial zu urteilen, hat es den Anschein, daß die irakischen Streitkräfte völlig deklassiert wurden, nicht nur durch die Überlegenheit der Amerikaner im Raum, in der Luft und auf See – trotz Husseins Handvoll veralteter Scud-Raketen mit eingeschränkter Reichweite –, sondern sogar auf dem Boden, wo die Mehrheit der zurückgelassenen Panzer 35 Jahre alte sowjetische T-55 und 25 Jahre alte T-62 zu sein schienen. Ein Vermächtnis sorgfältig ausgewählter Waffenlieferungen, Schwäche, die auf den brutalen Iran-Irak-Krieg zurückzuführen ist, oder beides? Auf jeden Fall war Präsident Saddam Hussein ein militärischer Strohmann, über den das US-Verteidigungsministerium, alles genau im Voraus wissend, straflos herfallen konnte.

Saddam Hussein wollte keine weiteren Eroberungen

Allen Anzeichen nach ritt Saddam, im Gegensatz zu seinem westlichen Medien-Image als ausländischer und fremder Teufel, eine streng begrenzte Kampagne mit einem begrenzten Ziel, hauptsächlich durch politische Mittel: Die Eingliederung Kuwaits oder falls das nicht gelingen sollte, ein stufenweiser Rückzug unter gesichtsbewahrenden, aber legitimen Bedingungen, wie zum Beispiel die Einberufung einer Konferenz zur Lösung der Probleme des Nahen Ostens, mit der Vorbedingung, die Palästinenser von der israelischen Unterdrückung zu befreien.

Sowohl der US-Verteidigungsminister Dick Cheney als auch General Schwarzkopf sind sich nämlich darüber einig, daß die irakischen, bewaffneten Streitkräfte in den ersten Tagen des August 1990 ohne weiteres die längs des Persischen Golfs, ein paar hundert Meilen südlich von Kuwait gelegenen, saudischen Nachschubbasen, wie zum Beispiel Dharan, Djubail, Ras Tannura und das Inselscheichtum Bahrein selbst, in das der amerikanische Nachschub mit halsbrecherischem Tempo hineinströmte, hätten erobern können und, impliziert, hätten erobern sollen. In jenen Tagen hätten die Irakis das selbst mit ihrer veralteten Ausrüstung tun können, da die amerikanischen und alliierten Streitkräfte noch zahlenmäßig gering waren.

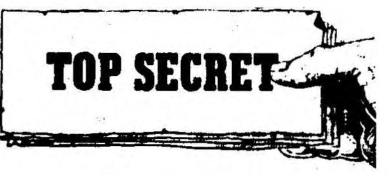
Für diese Zurückhaltung revanchierten sich Iraks Feinde allerdings nicht. Die Amerikaner, die Briten und ihre Golf-Protektorate sowie deren Alliierten warteten den rechten Augenblick ab, bis sie eine zahlenmäßig und technisch überwältigende Überlegenheit erreicht hatten, und begannen dann nicht etwa einen begrenzten Blitzkrieg mit ein paar hundert taktischen Flugzeugen sondern einen lähmenden, totalen Vernichtungskrieg gegen Saddam Hussein, seine Verwaltung – die Armee und den öffentlichen Dienst –, den Nationalstaat Irak – oder dessen Lebensfähigkeit als solchen – und, durch Erweiterung, gegen Selbstbestimmung irgendwo im Nahen Osten. Abgesehen von dem quasi-politischen Endziel der bedingungslosen Kapitulation, traten Politik oder traditionelle Diplomatie dabei völlig in den Hintergrund – also wiederum eine sehr rooseveltische, totale, aber letztenendes selbstbesiegende Pseudo-Lösung.

Zweifellos haben Strategen überall die offensichtlichen Schlüsse daraus gezogen:
Erstens, vergiß die herkömmliche Diplomatie, außer zu dem Zweck, dein eigenes Volk gegenüber deinen wahren Zielen blind zu machen und den Gegner, den du bereits als nächstes Opfer auf dem Weg zur internationalistischen Herrschaft ausgewählt hast, zum Narren zu halten (»Wir haben globale Verantwortlichkeiten«); zweitens, bereite das Feld für den totalen Krieg durch totale Propaganda vor, sorge dafür, daß dein Gegner zum »Satan« abgestempelt wird; drittens, wenn, nach dem erzielten Überraschungseffekt, die Zeit reif ist, zerstöre das Land oder die Region deines augenblicklichen Feindes durch massive Feuerkraft der Medien und des Militärs, verschone nichts und niemanden; viertens, wenn dort auch nur der Geist einer Chance zum entschlossenen Widerstand vorhanden ist, pulverisiere diese Chance vorzeitig und, falls notwendig, die ganze zivile Infrastruktur und den Aufbau des Landes gleich mit.

Die Kriegspolitik der US-Regierung

Der Geist und die logische, realistische Entwicklung, die aus dem Krieg gegen den Irak gezogenen Lehren, führen direkt zu der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges gegen Länder, die weit stärker im Wettstreit mit vorgefaßten amerikanischen Interessen liegen als der Irak. Die »klugen« Bomben, die Raketen und Laser-Todesstrahlen, die am Golf Berühmtheit erlangten, haben die Nachkriegsjahre beendet – jetzt wo wir, der heutigen Mode folgend, sehnsüchtig auf den Zweiten Weltkrieg zurückschauen – und haben zumindest die Vorkriegsjahre eingeläutet, die zum letzten Weltkrieg führen, mit ihrer begleitenden sowohl inländischen als auch weltweiten Verzweigung.

Um dem weiter oben umrissenen Vier-Punkte-Programm noch zwei weitere Punkte hinzuzufügen: Fünftens, die Zerstörung der Rationalität in Washington selbst – das sich in jüngster Zeit nicht gerade durch Vernunft und Verantwortlichkeit ausgezeichnet hat; sechstens, die totale Unterwanderung der amerikanischen politischen Wirtschaft. □



Europa-Journal

Wurde Emilio Castro dank KGB Generalsekretär des Weltkirchenrates?

Internationale ökumenische Dachorganisationen und Veranstaltungen waren Ziel von Geheimdienstoperationen der DDR und der UdSSR. Wie die russische Nachrichtenagentur TASS meldete, habe der KGB erreicht, daß der aus Uruguay stammende methodistische Theologe Emilio Castro 1984 zum Generalsekretär des Weltkirchenrates gewählt worden sei. Bereits 1969 sei es dem Geheimdienst gelungen, seinem Agenten »Kusnezow« einen Führungsposten im Weltkirchenrat zu verschaffen. Vom DDR-Sicherheitsdienst bespitzelt und beeinflußt wurde offenbar auch die Europäische Ökumenische Versammlung im Mai 1989 in Basel.

Dem Evangelischen Pressedienst liegt nach eigenen Angaben ein Stasi-Bericht vor, dem zufolge durch gezielte Beeinflussung der DDR-Delegierten Kritik an der DDR verhindert worden sei. In dem vom Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, unterzeichneten Dokument werde berichtet, daß die Grundaussagen der Ökumenischen Versammlung »weitestgehend mit den politischen Positionen der sozialistischen Länder« übereinstimmten. Die Stasi wertete es als Erfolg, daß Bemühungen der Delegierten Christof Ziemer und Joachim Garstecki, die Forderung nach einer Demokratisierung im Osten in die Baseler Dokumente aufzunehmen, erfolglos geblieben seien.

Die Konferenz Europäischer Kirchen (Genf) wies solche Behauptungen zurück. An dem Baseler Treffen hatten 635 Delegierte, darunter 27 aus der DDR teilgenommen. In dem Stasi-Papier wird unter anderem über die Rede der Theologin Annemarie Schönherr (Berlin), berichtet. Sie forderte einen Verzicht auf die Wiedervereinigung, weil viele Nachbarn Angst vor einer »deutsch-deutschen Wohngemeinschaft« hätten. Zum Sozialismus sagte sie, er habe »die Sicherung der sozialen Menschenrechte durchgehalten«.

Auch aus einem weiteren Stasi-Dokument geht hervor, daß die Ökumenische Versammlung Ziel der Stasi war. Der Leiter der Kirchenabteilung der Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit erklärte in seinem Jahresplan 1989: »Angesichts operativ zu beachtender Wirkungsmöglichkeiten im Ausland ist die Einflußnahme auf kirchliche Reisekader und deren Mitarbeit in internationalen Gremien zu erhöhen. Schwerpunkt bildet die Einflußnahme auf die Auswahl geeigneter Vertreter der Kirchen der DDR für die Europäische Versammlung der Konferenz Europäischer Kirchen.« Das Zitat wird in dem Buch »Pfarrer, Christen und Katholiken« (Neukirchener Verlag) über die Verflechtung von Kirche und Stasi dokumentiert.

Dem Baseler Treffen waren zwei internationale Foren für »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« in Königstein und Stuttgart vorausgegangen. Veranstalter war die westdeutsche Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK). Geschäftsführer Athanasios Basdekis (Frankfurt/Main) erklärte, es gebe keine Anhaltspunkte, daß diese Treffen von der Stasi bespitzelt worden seien. □

Organisiertes Verbrechen in Israel im Anstieg begriffen

»Wird Israel zu einem Eldorado der jüdischen Unterwelt werden?«, fragt die deutschsprachige, linksliberale jüdische Monatszeitschrift »Semit«. Sie berichtet, daß der Frankfurter Immobilien-Hai und Gangster Josef »Joschi« Buchmann, der wie berichtet wird, als Fassade des inzwischen verstorbenen Angelpunktes des organisierten Verbrechens Meyer Lansky in Frankfurt diente, bekanntgegeben habe, daß er Deutschland verlassen und nach Israel gehen werde, weil er Behauptungen in der Öffentlichkeit über seine Bindungen zum organisierten Verbrechen als ein Zeichen »steigender antisemitischer Tendenzen« im Lande erachte.

Da Buchmanns Kumpel, Hersh Beker, Frankfurt auch halsüberkopf verlassen hat und nach Israel gegangen ist, weil ein Haftbefehl gegen ihn vorlag, fragt die Zeitschrift, ob »Israel jetzt zum Eldorado, der jüdischen Unterwelt aus aller Welt wird...Jedenfalls wurde Mayer Lansky von den israelischen Behörden in die USA ausgewiesen. Werden sie Juden auch nach Deutschland ausweisen? Wir sind gespannt darauf, das zu erfahren.« □

Prinz Philip auf der Suche nach orthodoxen Wurzeln

Britanniens Prinz Philip »ist darauf bedacht, seine griechisch-orthodoxen Wurzeln wiederzuentdecken«, und zwar aus ökologischen wie aus anderen Gründen, schreibt die Londoner Wochenzeitung »Spectator«. »Er hat persönlich eine Reihe von Auslandsreisen geplant, die ihn auf eine Pilgerfahrt zur heiligen Halbinsel Mount Athos und zu Zusammenkünften mit Patriarchen der östlichen orthodoxen Kirche führen wird.«

Im Mai vergangenen Jahres hatte er ein privates Zusammentreffen mit dem russisch-othodoxen Bischof in Britannien, Metropolitan Anthony Bloom, und er beabsichtigt, Rußland 1993 zu besuchen, um dort mit Patriarch Aleksi II. zusammenzutreffen, »das erste Mal, daß ein hochstehendes Mitglied der königlichen Familie seit dem Mord an den Romanows im Jahre 1917 besucht«. Im Juni traf er mit dem neuen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomeos I. zusammen und sprach vor einer orthodoxen Konferenz in der Türkei. Abgesehen davon, daß er von der »hierarchischen Struktur« der orthodoxen Kirche angezogen wird, zieht das persönliche Interesse des Prinzgemahls an Ökologie »ihn natürlich eher zur orthodoxen Kirche als zur Church of England hin«, schreibt die Zeitschrift. »Als Präsident des World Wildlife Fund kann Prinz Philip sich leicht mit der mehr erdverbundenen orthodoxen Einstellung identifizieren und hat sich bereits bereiterklärt, an einer zukünftigen Serie von sechs Rundfunkprogrammen über Orthoxie und Ökologie für den World Service der BBC teilzunehmen.«

Im vergangenen November sprach Prinz Philip vor einer panorthodoxen Konferenz auf Kreta darüber, warum er glaube, daß Religion den Schlüssel zur Zukunft der Umwelt besitze. »Die Herausforderung«, sagte er, »besteht darin, daß alle orthodoxen Kirchen ihr Gewissen erforschen und die Heilige Schrift zu Rate ziehen, so daß alle Mitglieder eine entsprechende Antwort auf die Krise geben können, vor der Gottes Schöpfung jetzt steht.«

Der »Spectator« weist darauf hin, daß »Buckingham Palace, wo man sich darüber im klaren ist, daß die Position der Königin als Oberhaupt der Kirche von England diese Reisen besonders heikel machen, sehr darauf bedacht ist, jede Publizität zu vermeiden.« □

55 Millionen Arme in der Europäischen Gemeinschaft

Noch vor zwei Jahren wurde ihre Zahl mit 44 Millionen angegeben. Nach neuesten Schätzungen gibt es 55 Millionen Menschen in der EG, »die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist«. Zu dieser so von der Europäischen Gemeinschaft definierten Gruppe gehören rund 16 Prozent der EG-Bevölkerung: Fast jeder sechste Bürger der Gemeinschaft lebt in Armut.

Zum Abschluß einer zweitägigen Konferenz, die von der EG-Kom-

mission zum Thema »Kampf der sozialen Ausgrenzung, Förderung der Integration» organisiert worden war, sprach sich der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, für ein verstärktes Vorgehen gegen die Armut aus.

Mit wenigen Mitteln hat die EG bereits drei aufeinanderfolgende Programme zur Bekämpfung der Armut lanciert. Sie sollen über die Initiativen in den verschiedenen Mitgliedstaaten informieren und Aktionen finanziell unterstützen, die Beispielcharakter für die gesamte Zwölfergemeinschaft haben können. Eine von vielen Aufgaben des Sozialfonds ist es, den am meisten Benachteiligten zu einer Ausbildung zu verhelfen und den Einstieg oder Wiedereinstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen.

Während der Konferenz zogen zahlreiche Verantwortliche Bilanz der EG-weit durchgeführten Aktionen: Leiter öffentlicher und privater Einrichtungen, die sich auf Hilfe für die Ärmsten spezialisiert haben, Bürgermeister von Großstädten wie Bologna (Italien), Porto (Portugal), Sevilla (Spanien) und Stuttgart (Deutschland), Gewerkschaftler, Verantwortliche der EG-Kommission und die Präsidentin der Republik Irland.

Präsident Delors hält die drei Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene im Kampf gegen die Armut für unerläßlich: Die Vergrößerung der Reichweite des Sozial- und des Regionalfonds, eine verstärkte Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Sondereinrichtungen – viele von ihnen sind im Europäischen Netz zur Bekämpfung der Armut zusammengeschlossen – und schließlich das Aufzeigen der Bedürfnisse und Rechte der Armen, um anschließend eine Charta oder eine Erklärung ihrer Rechte auszuarbeiten. □

Französische Juristen lehnen Recht auf Gewalt ab

Im Zusammenhang mit Drohungen eines militärischen Eingriffs gegen Libyen und Irak riefen französische Juristen in Paris eine Pressekonferenz über »Das Recht der Länder gegen das Recht auf Gewalt« ein. Teilnehmer waren Maître Coutant-Peyre, Maître Pernet, Professor Robert Charvin aus Nizza und der Genetiker Albert Jacquart, Mitglied des Staatlichen Ausschusses für Medizinische Ethik.

Coutant-Peyre erläuterte die Gründe hinter ihrer Entscheidung, einen Verband zu gründen: »Wir sind derzeit Zeugen einer Verbiegung der Grundsätze des Gesetzes und der grundlegenden Formulierungen durch diejenigen, deren Absicht es ist, Gewalt anzuwenden«, – und die, wie der Golfkrieg bewiesen hat, durch rassistische und fremdenfeindliche Überzeugungen motiviert werden.

»Als Berufsanwälte befassen wir uns mit Präzision und von daher gesehen mit Gleichheit vor dem Gesetz«, sagten sie. »Aber man will uns dazu zwingen, einen Grundsatz der Souveränität mit zwei Geschwindigkeiten zu schlucken: Einen, den unberührbaren, für die einzige verbleibende Supermacht und deren Alliierten in der westlichen Welt, und die andere, kontigentiert und begrenzt, für die Länder der Dritten Welt. Wir erleben das Auftauchen einer wahrhaft internationalen Polizeimacht, angeführt von den Großmächten.«

Charvin, ein Spezialist für Völkerrecht, der von einer Mission nach Libyen zurückgekehrt war, erklärte, daß Libyen völlig im Recht sei, wenn es sich weigere, zwei seiner Landsleute, die des Terrorismus beschuldigt werden, auszuweisen und darauf bestehe, ihnen im Rahmen seines eigenen Rechtssystems den Prozeß zu machen. »Der Mittelmeerraum ist dabei, zu einer neuen Berliner Mauer zu werden«, sagte er, »wo die auf der anderen Seite überhaupt keine Rechte haben.«

Die Juristen gelobten, »die unmögliche Aufgabe zu unternehmen, diesem Ansturm Einhalt zu gebieten«. Sie verkündeten die Gründung eines Blattes mit dem Titel: »Das Recht der Länder gegen das Recht der Gewalt«, und sagten, ihre Gruppe werde Tatsachenfeststellungs-Missionen überall dort hinschicken, wo gegen das Völkerrecht verstoßen wird. □

Trilaterale Kommission tagte in Lissabon

Die Trilaterale Kommission hielt in diesem Jahr in Lissabon ihre Jahreshauptversammlung ab. Die Hauptredner waren Henry Kissinger und Otto Graf Lambsdorff, der neue Präsident des europäischen Zweiges der Kommission. Das Thema lautete: »Die neue Geopolitik«.

Zu den weiteren Themen gehörten »Regionalismus und Globalismus«, wobei der Insider des britischen Außenministeriums, Sir Michael Palliser, und der ehemalige Beamte der Carter-Regierung, C. Fred Bergsten, ihren großen Auftritt hatten; »Geschäftspraktiken und Geo-Geschäft« mit Italiens Umberto Agnelli, Japans Akio Morita und dem ehemaligen Chef der Federal Reserve Bank, Paul A. Volkker, der kürzlich David Rockefeller als nordamerikanischer Vorsitzender der Kommission ablöste; »Gemeinsame Sicherheits-Verantwortlichkeiten«, das Thema bezog sich auf Nichtverbreitung von Atomwaffen, mit Schwerpunkt auf europäische Reaktionen und Optionen angesichts der wachsenden »Wanderungswelle«. □

Opposition in Georgien gegen Schewardnaze wächst

Antikommunistische Politiker in Georgien mobilisieren gegen die Ernennung von Eduard Schewardnaze zum Präsidenten des neugebildeten georgianischen Staatsrats, berichtet die französische Tageszeitung »Libération«.

Nana Kakabadze, eine bekannte Dissidentin, die 1983, während der Amtszeit Schewardnazes als Chef der Georgianischen Kommunistischen Partei, vom KGB unter der Anklage des »Randalismus« ins Gefängnis geworfen wurde, sagte, sie »leide Seelenqual« durch die Ernennung Schewardnazes und bezeichnete sie als »unmoralisch und ohne Grundlage ... 1983 leitete er die Erschießung von vier Männern in die Wege, die durch Umleitung eines Flugzeuges in die Türkei aus der Sowjetunion zu fliehen versuchten. Heute tritt er als großer Verteidiger des georgianischen Volkes hervor, aber er hat niemals etwas anderes getan als dem Kreml zu gehorchen. Er hat stets die zentrale Macht und die Unterdrückung repräsentiert; er wurde gehaßt«.

Führende Persönlichkeiten der Ilya Tschawtschawadze-Gesellschaft, der an erster Stelle stehenden nationalistischen Organisation, haben zu verstehen gegeben, daß sie »politische Aktionen« gegen Schewardnaze vorbereiten.

»Libération« schreibt, daß immer mehr Georgianer fürchten, daß eine neue Diktatur unter Schewardnaze jetzt ins Leben gerufen wird. Die Zeitung schreibt auch, daß in den letzten Tagen, mehr oder weniger zeitgleich mit Schewardnazes Rückkehr nach Georgien, wieder etwas Obst, Käse und Fleisch in den Läden zu haben ist. Es geht das Gerücht umher, daß Schewardnaze »seinen Einfluß in der örtlichen Mafia geltend macht«, um die Knappheiten zu einem günstigen Zeitpunkt zu lindern. □

Spanien fürchtet Zeitbombe in Maghreb-Ländern

Eine »Zeitbombe« tickt in den Maghreb-Ländern, die die Stabilität Südeuropas bedroht, warnte der spanische Außenminister Francisco Fernández Ordóñez.

In einem Bericht an die Konferenz der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel über das Thema »Europa und der Maghreb« rief Fernández Ordóñez die Vereinten Nationen dazu auf, eine aktivere Politik zu betreiben, um eine mögliche wirtschaftliche und soziale Explosion in den nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen zu entschärfen. □

Vatikan

War der CIA Auftraggeber für das Papst-Attentat?

Klaus Herzog

Genau elf Jahre nach dem Attentat auf Papst Johannes Paul II., für das seinerzeit der KGB und der bulgarische Geheimdienst DIOGOS verantwortlich gemacht wurden, mehren sich die Anzeichen, daß in Wirklichkeit der amerikanische Geheimdienst CIA Auftraggeber des Anschlags war. Hinweise hierzu hat der Kircheninformationsdienst »Kirche Intern« (KI) in seiner diesjährigen April-Ausgabe veröffentlicht. Sollten die dortig aufgestellten Vermutungen zutreffen, dann würde dies die unehrenhafte »Tradition« des CIA fortsetzen, mit schmutzigen Mitteln in die Weltpolitik einzugreifen.

Eine führende Rolle spielt hierbei KI zufolge der neue CIA-Direktor Robert Gates. Dieser sei es gewesen, der seinerzeit zur Untermauerung der »Weltverschwörung durch die Sowjets« das Papstattentat im Mai 1981 dem KGB in die Schuhe schob. Auch »Readers Digest« sowie der damalige Assistent von US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, Paul Henze, stellten die Sowjets als Übeltäter hin und verwiesen auf den Kampf zweier – angeblich – entgegengesetzter Mächte: dem Kreml und dem Vatikan.

Die Wahrheit sieht anders aus

Aus dem Vatikan selber waren allerdings niemals offizielle Verlautbarungen zu dem Anschlag zu hören; lediglich daß der Papst dem Attentäter vor laufenden Kameras verzieh. Nur Staatssekretär Kardinal Agostino Casaroli machte im gleichen Jahr eine rätselhafte Andeutung: »Ein feindlich gesinntes Herz bewaffnete eine feindliche Hand, um den Papst zu treffen, und welch ein Papst!« Später hieß es dann immer wieder, der Moslem Ali Agca wollte als Mörder des irdischen Statthalters des Christentums, des Heiligen Vaters, ins heilige Buch der Moslems eingehen. Die Wahrheit sieht aber vielleicht ganz anders aus! Den entscheidenden Hinweis hierzu könnte der italienische Regierungschef Giulio Andreotti im November des vergangenen Jahres gegeben haben. Bei der Buchpräsentation von Luca de Schiena »Karol Wojtyla« – so der wirkliche Name des polnischen Papstes – hielt er eine kurze Rede und beklagte so nebenbei einen »schweren Fehler«, den der Richter Ilario Martella im Prozeß gegen Agca begangen habe. Andreotti kam dabei gerade von der Senatssitzung, bei der die Geheimdienste auf der Tagesordnung gestanden hatten. Im Prozeßverlauf, so Andreotti, heißt es in KI weiter, sei Agca aufgefordert worden, die römische Wohnung vom Sergei Antonov, dem Direktor der staatlich bulgarischen Fluggesellschaft Bulgarien Air, der ihm die letzten Instruktionen erteilt haben soll, aufzuzeichnen, was dieser dann auch getan habe.

Die von Agca gezeichnete Skizze zeigte dann aber nicht die Wohnung Antonovs, sondern eine Wohnung einen Stock tiefer. Andreotti wörtlich: »Darin lebte ein Ausländer, dessen Papiere in den Archiven eines nicht-östlichen Geheimdienstes zu finden sind.« Über den Namen dieses geheimnisvollen Ausländers schwieg sich der italienische Regierungschef aber aus.

Laut KI war es »P. Félix Morlion, ein belgischer Dominikaner, wohlbekannt als CIA-Agent. Der Pater ist ein Mann mit Vergangenheit. 1962 spielte er bei der Lösung der Kubakrise eine wichtige Rolle. 1969 übergab Monsignore Carlo de Angelis dem Gericht einen Aktenkoffer mit Dokumenten über den 1979 ermordeten Enthüllungs-Journalisten Mino Pecorelli. Daraus ging hervor, daß das Institut ›Pro Deo‹, das Morlion leitete, eine Schule für antisowjetische Spione war.

Zurück zu Ali Agcas Skizze: Er zeichnete den Eingang und den Korridor an einen falschen Platz. Noch mehr: Ali Agca behauptete, daß Rossica, die Frau von Antonov, anwesend war und die zehnjährige Tochter Ani Tee servierte.

Eine Machenschaft des kalten Krieges

Diese Behauptung war falsch! Drei Monate zuvor schon war Ani nach Sofia in die Schule zurückgebracht worden. Und zwei Tage vor dem Treffen hatte Rossica Rom mit dem Auto verlassen.

Antonov war verwundbar. Er war nämlich auch der Kopf des bulgarischen Drogenrings. Es wird berichtet, daß Antonov, als er am 25. November 1982 vor Gericht gestellt wurde, äußerst nervös war. Erst als er erfuhr, daß es sich um das Papstattentat handelte, atmete er erleichtert auf. Er war aus dem Schneider.

Andreotti ist für seine Beziehungen zum Vatikan bekannt. Mit Kardinal Casaroli verbindet ihn tiefe Freundschaft. Es gilt als sicher, daß sie ihre Informationen austauschten. Sicher ist auch, daß es beim Papstattentat keine bulgarisch sowjetische ›Verwicklung‹ gab. Was bleibt, ist eine Machenschaft des Kalten Krieges. Antonov war ›erpreßbar‹, und Ali Agca wurde von einem anderen Geheimdienst ›ge-coached‹.

DIOGOS, der bulgarische Geheimdienst, und der KGB, der sowjetische, haben immer behauptet, mit der Sache nichts zu tun zu haben. Sie haben die Wahrheit gesagt.«
Ob die KI-Veröffentlichung nun hundertprozentig stimmt oder nicht, mag dahinstehen. Auf jeden Fall scheint es aber auch hier an der »offiziellen Geschichtsschreibung« erhebliche Zweifel zu geben. Dazu sind die Widersprüche einfach zu groß.

Die Mord AG CIA

Man sollte auch eines nicht außer acht lassen. Wojtyla war immer ein überzeugter Anti-Kommunist. Das Ziel der Internationalisten war es aber nie, die UdSSR beziehungsweise den Ostblock allgemein zu einer »Insel der nationalen Gesinnung« werden zu lassen, sondern vielmehr durch eine Art demokratischen Sozialismus die Kontrolle über alles zu behalten – siehe hierzu auch die schon fast peinlichen Angriffe Gorbatschows gegen Jelzin –.

Eine weitere Tatsache ist, daß der CIA in der Vergangenheit schon öfter Morde begangen hat, wenn die Amerikaner es politisch für vertretbar hielten. Neuestes Beispiel ist die sich verstärkende Diskussion über die wahren Hintermänner der Ermordung John F. Kennedys, die wohl auch im CIA zu suchen sind. Weitere Beispiele: Der Vietnamkrieg ist aus einem privaten Krieg des CIA gegen die Bevölkerung Indonesiens hervorgegangen. Das bekannte Kriegsverbrechen von My Lai war nur ein kleiner Teil der laufenden »Operation Phoenix« des CIA. Ebenso hat der CIA den »Watergate-Skandal«, durch den 1972 der damalige US-Präsident Richard Nixon gestürzt wurde, ausgelöst. Dies sind nur wenige Beispiele, der viele weitere folgen könnten, wie etwa die Infiltration von CIA-Agenten in führende Positionen anderer Länder. □



Rumänien

Die Schlacht tobt weiter – Sanktionen

Dan Roman

Die Regierung, die Rumänien nach der Revolte von 1989 übernahm, wurde von den Medien des Establishments als demokratisch und die Mehrheit des Volkes repräsentierend dargestellt. Das ist sie jedoch nicht, sagt der rumänische Autor Dan Roman. Deswegen gab es eine weitere Veränderung. Das rumänische Volk weiß, wo die Kommunisten sitzen, selbst wenn westliche Regierungen dies nicht zu wissen scheinen.

Wir schreiben den 22. Dezember 1989. Auf den Straßen von Bukarest, Timisoara und anderen Städten fließt ein Strom von Blut. Es ist junges rumänisches Blut, das von Terroristen der Securitate vergossen wird, die dem Diktator Nicolas Ceausescu und den Kommunisten treu ergeben sind.

Der Verrat am Volk

Mengen des Volkes auf dem Platz vor dem königlichen Palast rufen »Freiheit«. Das rumänische Volk hat schließlich von einem totalitären Regime die Nase voll. Es will Freiheit und Demokratie. Beides hat es aber nicht bekommen. Stattdessen trat ein neokommunistisches Regime, das sich die »Nationale Rettungsfront« nennt und von einem Ausländer geführt wird, der den Namen »Roman« annahm, als neue Regierung in Erscheinung. »Sie haben unsere Revolution gestohlen«, rufen die Menschen, die sich täglich auf den Straßen versammelten, nachdem ihnen klargeworden ist, daß sie verraten wurden.

Das von Peitre (Neulander) Roman angeführte Regime war gierig nach Geld und Macht. Der Vater des neuen Führers war Russe und ein Freund von Josef Stalin. Seine Mutter war Spanierin. Er verbrachte den größten Teil seines Lebens in Frankreich, wo er das Ingenieurwesen studierte und für den sowjetischen KGB spionierte. Als Neulander, der sich dann Roman nannte, nach Rumänien zurückkehrte, wurde er Führer von Ceausecsus kommunistischer Jugendorganisation. Als er zur Macht kam, brachte er einen inneren Kreis von Ausländern mit sich, darunter den Vorsitzenden des Parlaments und eine Mehrheit der Minister des neuen Kabinetts.

Was der Westen nicht sah oder sehen wollte, war für das rumänische Volk allzu offensichtlich.

Dan Roman (links) im Gespräch mit dem rumänischen Staatspräsidenten Ion Iliescu.

Untergrundschriften, die das Ceausescu-Regime kritisiert hatten, erschienen wieder und beschuldigten diesmal die neue Regierung, nur dürftig maskierte Kommunisten und aus Ausländern zusammengesetzt zu sein. Wie aus einigen dieser illegalen Schriften verlautet, riß Roman Neulander sich alle verfügbaren Vermögenswerte des Ceausescu-Regimes, darunter 2,7 Milliarden Dollar in bar, 3,5 Milliarden Dollar an Außenständen, 110 Milliarden Lei (rumänische Währung) in bar und die Differenz, bis zu 14 Milliarden Dollar, in russischen Rubeln unter den Nagel.

Überschwengliche Partys für Diplomaten

Was tat Roman/Neulander in weniger als zwei Jahren als Führer mit den 14 Milliarden Dollar? Er kaufte von seinen westlichen Freunden drei Düsenflugzeuge und reiste mit einem Schwarm von anderen Freunden um die Welt. Er gab überschwengliche Partys für westliche Diplomaten.

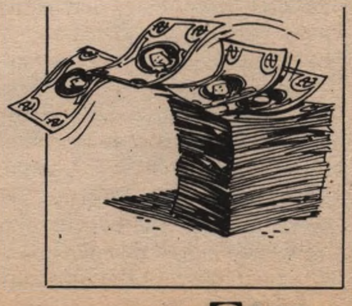
Das Ergebnis? Rumänien hat kein Geld um die Bevölkerung zu ernähren. Rumänien hat nicht den Status der meistbegünstigsten Nation mit den Vereinigten Staaten – wie es das Land unter dem kommunistischen Diktator Ceausescu hatte – und kann seine Produkte nicht nach Amerika ausführen. Rumänien hungert. Viele sehnen sich nach einer Rückkehr zur Diktatur, wo sie zwar keine Freiheit hatten, aber »wir hatten Brot auf dem Tisch«, sagen sie.

Ist dies die Rache der Vereinigten Staaten dafür, daß zunächst der – in den Medien des Establishments – hochgelobte Ceausescu entfernt wurde, und man dann die Dreistigkeit hatte, den neuen kommunistischen Diktator Roman/Neulander zum Teufel zu schicken? Viele Rumänen können nicht umhin, sich diese Frage zu stellen.

Viele Neokommunisten in der Regierung

Im September 1991 wurde Roman/Neulander nämlich zum Rücktritt gezwungen. Seitdem führt er einen erbitterten Kampf gegen den neuen Präsidenten Ion Iliescu, den Mann, der seinen Rücktritt annahm. Interessanterweise war Iliescu lange Zeit mit den Kommunisten der alten Schule verbunden. Aber ihm gefiel nicht was Roman/Neulander tat. Ihm widerstrebte der verschwenderische Lebensstil der selbsternannten Retter des Landes.

Und die Schlacht tobt weiter. Es sind viele Neokommunisten in der neuen Regierung verankert. Rumänien hat immer noch nicht den Status der meistbegünstigten Nation von den Vereinigten Staaten erhalten. Antikommunisten fragen, warum die Bush-Regierung so sehr darauf bedacht ist, dem mörderischen Regime in Rotchina den Status der meistbegünstigten Nation zu gewähren, den Antikommunisten Rumäniens aber so widerwillig eine Überlebens-Chance einzuräumen. Sie finden keine Antwort darauf. □



John Demjanjuk

Jüdische Aspekte zur Wahrheitsfindung

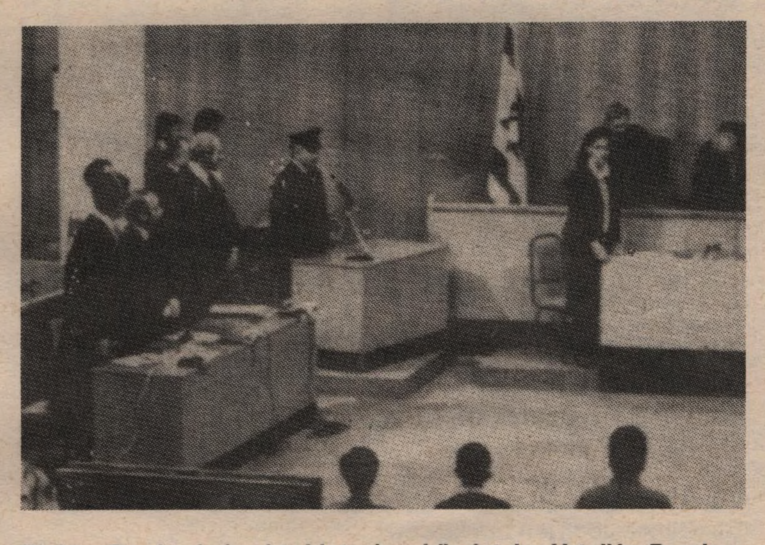
Arnulf Neumaier

Was mag gewisse jüdische Kreise bewogen haben, den Fall John Demjanjuk als einen Justizskandal zu entlarven und dies in einer so deutlichen und ungeschminkten Form, daß man an der Frage an den Triebkräften hierzu nicht vorbeigehen kann? Ob der respektablen Handlungsweise jener Kreise, moralische, rationale oder praktische Motive zugrunde liegen, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis; jedenfalls ist das Bemühen, der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen, sehr zu begrüßen. Einen besonders verdienstvollen und dankenswerten Beitrag zur Wahrheitsfindung hat der Chefredakteur von Semittimes, Abraham Melzer, mit dem im April erschienenen Sonderheft über »Iwan den Schrecklichen« geleistet. (Semit-Verlag, Buchschläger Allee 28, D-6072 Dreieich 3)

Chefredakteur Melzer hat all die Umstände des Demjanjuk-Prozesses und auch die, die dazu führten, in schonungsloser Weise aufgegriffen, so daß kein Zweifel mehr über die seitens Israels mit dem Prozeß verfolgten Absichten besteht.

Auf der Suche nach einem zweiten Eichmann-Prozeß

Im Laufe der Zeit war die für Israel so wichtige »Shoa«, das ist der Holocaust, als Integrationsfaktor bei den Juden bewußtseinsmäßig im Schwinden begriffen und mußte von neuem belebt werden. Zeitlich kam außerdem der weltweite Ansehensverlust Israels durch den Aggressionskrieg gegen den Libanon und das mörderische Vorgehen gegen die Palästinenser hinzu. Dies war der Hintergrund, vor dem der damalige Justizminister Mosche Nissim, meinte, »ein zweiter Eichmann-Prozeß würde uns guttun«. Melzer schriebt hierzu: »Wohl deshalb wurde vor dem Bezirksgericht in Jerusalem nicht der Fall Demjanjuk verhandelt, sondern stellvertretend die totale Vernichtung der Juden in Europa dargestellt. Die ›Auschwitz-Keule‹ mußte wieder aus der Rumpelkammer der Geschichte, wo sie in Vergessenheit zu geraten drohte, ans Licht der Weltöffentlichkeit... Schulklassen aus dem ganzen Land wurden durch den Prozeß geschleust und man sprach häufig über den ›erzieherischen Wert‹ des Demjanjuk-Prozesses...«.



Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem Kino.

Da es einem Nicht-Juden nicht leicht gemacht wird, Dinge zu sagen, die zwar der Wahrheit entsprechen, aber der Verfolgung durch die Justiz ausgesetzt sind, ist es vorteilhaft, jüdische Kenner der Situation zitieren zu dürfen. Melzer ist der Ansicht, daß das Jerusalemer Gericht wegen all der gegebenen Umstände meinte, Demjanjuk schuldig sprechen zu müssen, weil es glaubte, ein Freispruch hätte den Antisemitismus und Antizionismus weltweit gefördert, wobei sich aber ironischerweise genau das Gegenteil davon ergab, was beabsichtigt war.

Melzer schreibt: »Diejenigen, die schon immer gesagt haben, daß ›Auschwitz eine Erfindung der Amerikaner sei‹, werden sich ins Fäustchen lachen angesichts der heraufdämmernden Erkenntnis, daß das Todesurteil gegen Demjanjuk nicht allein ein Justizirrtum war, sondern viel mehr das Ergebnis einer möglicherweise von Anfang an geplanten Inszenierung«.

An der Richtigkeit dieser Erkenntnis kann bei Würdigung der Vorgänge, die zum Fall Demjanjuk führten, wohl nicht gezweifelt werden, weil Demjanjuk bereits in den siebziger Jahren systematisch als Iwan der Schreckliche aufgebaut worden ist. Das Ende der Instrumentalisierung des Holocaust auf verschiedenen Gebieten und zu verschiedenen Zwekken ist offensichtlich und unwiderruflich geworden. Die »Auschwitz-Keule« wird zum Bumerang, wie Abraham Melzer es dankenswerterweise sagte.

Die wahren Hintergründe des Falles

Die langfristige Planung und die wahren Hintergründe des Demjanjuk-Schauprozesses hat Melzer überzeugend dargelegt. Somit stellt sich zugleich für den Wahrheitsuchenden die Frage des Holocaust schlechthin unter jenen Aspekten, die offenbar gewissen jüdischen Kreisen – um es vulgär auszudrücken – selbst nicht mehr ganz koscher erscheinen. Ist dies ein heimliches diskretes Signal, den Weg zur historischen Wahrheit ausfindig zu machen? Es wäre nicht das erste.

Willkommen hierzu ist die Hilfe jüdischer Kreise, die selbst vom Zweifel an der Moralität des bisher verordneten Geschichtsbildes befallen sind und die Folgen eines irreparablen Schadens für die Judenheit erkennen, wenn die Wahrheit nicht bald an das Licht kommt.

In diesem Zusammenhang führt Melzer aus: »Die Richter stellen keine moralischen Fragen und sind bereit, ihr Amt der Staatsmaschinierie zur Unterdrückung der Menschenrechte zur Verfügung zu stellen.«

Faustschlag gegen jedes Rechtsempfinden

Voraussetzung für die Holocaustgeschichte war das Londoner Statut vom 8. August 1945, worin es unter Artikel 19 heißt: »Der Gerichtshof ist an Beweisregeln nicht gebunden, er soll in weitem Ausmaß ein schnelles und nicht formelles Verfahren anwenden und jedes Beweismaterial, das ihm Beweiswert zu haben scheint, zulassen«.

Und im Artikel 21 steht zu lesen: »Der Gerichtshof soll nicht Beweis für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern soll sie von Amts wegen zur Kenntnis nehmen...«.

Diese Festschreibungen sind ein Faustschlag gegen jedes Rechtsempfinden und seit 47 Jahren Fundament einer unendlichen Flut von Unrichtigkeiten. Diese Artikel sind Freibrief für Rechtsbeugungen jeglicher Art im Zusammenhang mit der deutschen



John Demjanjuk wird nach der Verkündigung des Todesurteils aus dem Gerichtssaal in Jerusalem geführt.

Vergangenheit. Das Vorgehen der Justiz in manchen Ländern gegen laut gewordene Zweifel am Holocaust ist weltweit das gleiche und kann als gesteuert gemäß den Londoner Statuten angesehen werden: Beweismittel und Gutachten von Sachverständigen, die Zweifel am Holocaust untermauern, werden von den Gerichten grundsätzlich zurückgewiesen, gleichgültig ob in Toronto, Paris, Frankfurt, München oder Wien. Und nirgends sind die gleichen Gerichte in der Lage, unwiderlegbare Beweise technischer und naturwissenschaftlicher Art für die dubiosen »Zeugenaussagen« zu erbringen.

Im Falle Demjanjuk versuchte man, die Beschuldigungen des auserkorenen Opfers mit Hilfe einer beim KGB in Auftrag gegebenen Fälschung des Dienstausweises Nr. 1393 auf den Namen Demjanjuk zu erhärten.

Von der Unschuld Demjanjuks sind viele überzeugt und nicht wenige seiner Freunde haben sich für ihn selbstlos eingesetzt.

Manches mag zur Wiederaufnahme des Verfahrens in Jerusalem beigetragen haben, den entscheidenden Beitrag aber für die Unschuld des Angeklagten war die minitiöse Entlarvung des Ausweises als Fälschung, die der Sachverständige der Verteidigung, Dieter Lehner, in glänzender und unwiderlegbarer Weise erarbeitete. Zur Charakterisierung der moralischen Qualitäten der Jerusalemer Richter sei nochmals erwähnt, daß die Ausweisfälschung auch dort bereits vor Prozeßbeginn bekannt war.

Eine Versöhnung suchende Aktion

Dieter Lehner hat mit seinem umfangreichen Beitrag in Semittimes unter der Überschrift »Das Spiel mit der gezinkten Karte« nicht nur die Gelegenheit erhalten, Zusammenhänge, Hintergründe und Prozeßeindrücke darzulegen, sondern auch noch die Möglichkeit gehabt, in seinem Beitrag »Anatomie eines Beweismittels« die Totalfälschung des Demjanjuk-Ausweises einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser unwiderlegbaren Beweisführung ist es zu verdanken, daß rechtlich denkende jüdische Kreise den Mut schöpften, der Weltöffentlichkeit den Fall Demjanjuk in ungeschminkter Form vorzutragen.

Demjanjuk, ein grausam auserwähltes Opfer zur Auffrischung der Holocaust-Religion, das seit Jahren völlig unschuldig in einem israelischen Kerker sitzt, hat die Hoffnung auf Wahrheitsfindung und die Hilfe seiner Freunde nicht aufgegeben. Auch wir Deutsche haben in aller Welt viele Freunde, die mit und in Sachen Holocaust auf dem Wege sind, der Wahrheit zu dienen.

Neu ist, daß sich darunter gewisse jüdische Kreise befinden, die weiterzudenken in der Lage sind als zionistische Fanatiker.

In Zeiten, in denen fast nur noch philosemitische Gesinnung und Haltung gutgeheißen und kritische Gedanken als Rassismus gebrandmarkt werden, haben die Wahrheit und Versöhnung suchenden Aktionen von Melzer und seinen Freunden ein besonderes Gewicht. In Verbindung damit soll nicht vergessen werden, daß die Welt in Bewegung geraten ist und die Sowjetunion, eine zionistische Schöpfung nach Ideologie und Praxis, erbärmlich unterging. Könnte es sein, daß der Fall Demjanjuk zum Menetekel für Hellhörige geworden ist? □

Afrika

Das Schicksal Zimbabwes – ein Lehrstück

Mike Blair

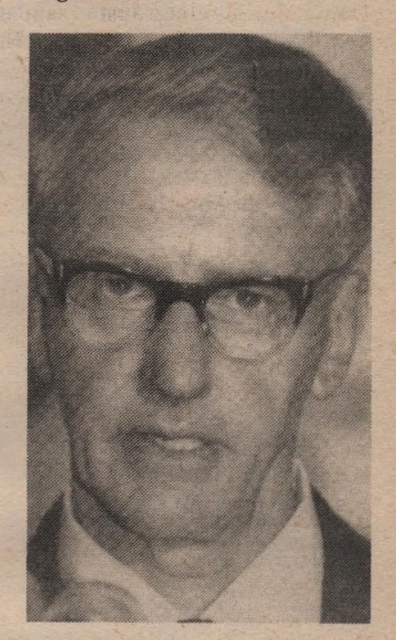
Jetzt, wo sich die südafrikanische Regierung von Präsident W. de Klerk der Mehrheitsherrschaft der Schwarzen immer weiter nähert, weisen Ereignisse in Zimbabwe – ehemals die Republik Rhodesien – auf eine düstere Zukunft in Südafrika hin. Vor 12 Jahren wurde die Macht in dem bis dahin von Weißen regierten Rhodesien an eine schwarze marxistische Regierung übergeben.

Schon bevor die weiße Bevölkerung Südafrikas mit knapper Mehrheit der schwarzen Mehrheitsregierung ein Stück näher rückte – die weitgehend von dem marxistischen African National Congress (ANC) dominiert wird – leitete der marxistische Präsident Robert G. Mugabe von Zimbabwe ein Programm in die Wege, um das Land weißer Farmer zu konfiskatorischen Preisen zu »kaufen«, das dann an Schwarze verteilt werden soll. Die weißen Landbesitzer produzieren den Löwenanteil der Nahrungsmittel des Landes.

So wird es auch in Südafrika laufen

Im ersten Jahrzehnt seiner Macht konnte Mugabe unter den Bedingungen einer Unabhängigkeitsvereinbarung, die der Regierung von Britannien mit amerikanischer Rückendeckung aufgezwungen wurde, Land, das Weißen gehörte, nicht ohne weiteres nationalisieren. Diese Vereinbarung war 1980 unterzeichnet worden. Mugabe ist nun jedoch von den für zehn Jahre festgelegten Begrenzungen befreit, und seine Regierung schreitet mit dem Landerwerbsplan munter voran.

Zimbabwe ist wie Südafrika reich an strategischen Metallen. Die Vereinigten Staaten sind wegen ihrer Quelle für solche Metalle von den beiden Ländern abhängig. Zu diesen Metallen gehören Chrom, Platin, Antimon, Vanadium usw.



Ian Smith, ehemaliger Premierminister von Rhodesien: »Die Kommunisten machen in Südafrika das gleiche, was sie damals mit meinem Land machten.«

Das unabhängige Rhodesien wurde 1923 gebildet, als ein als Südrhodesien bekanntes Gebiet von der British South Africa Co. in Besitz genommen wurde. Es war ein von Cecil Rhodes 1897 erobertes Gebiet. Es erhielt unter einer Verfassung von 1961 von Großbritannien seine Selbständigkeit.

Das Zimbabwe und Zambia umfassende Territorium hieß 1895 Rhodesien. 1923 wurde Rhodesien aufgeteilt. Nordrhodesien

Das Schicksal Zimbabwes – ein Lehrstück

wurde 1924 zu einer britischen Kolonie, während Südrhodesien, das die Vereinigung mit Südafrika ablehnte, 1923 ein selbstregierter und von Weißen beherrschter Staat unter dem Namen Rhodesien wurde. Nordrhodesien ist jetzt als Zambia bekannt. Es wurde am 24. Oktober 1964 unabhängig. Viele weiße Siedler flohen aus dem Land Zambia, und die Ländereien der Weißen wurden »umverteilt«.

Am 11. November 1965 verkündete der rhodesische Premierminister Ian D. Smith einer britischen Forderung, daß den Schwarzen des Landes schließlich die Mehrheitsherrschaft zugestanden werden sollte, zum Trotz die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Landes vom britischen Commonwealth.

Die Smith-Regierung hielt sich die marxistische Herrschaft durch den United African National Council und den schwarzen Terrorismus, der das Land heimsuchte, unter anderem die Niedermetzelung sowohl von schwarzen als auch von weißen Bürgern, die gegen die Marxisten opponierten, eine Zeitlang so gut wie möglich vom Leibe. Schließlich stimmte die Smith-Regierung 1978 unter Druck von Britannien und USA und unter der Bedrohung mit Sanktionen seitens der Vereinten Nationen, einschließlich eines Embargos, einer »internen Regelung zu, nach der Smith und drei populäre schwarze Führer sich die Führung des Landes teilen sollten, bis die Macht an die schwarze Mehrheitsregierung übergeben werden konnte.

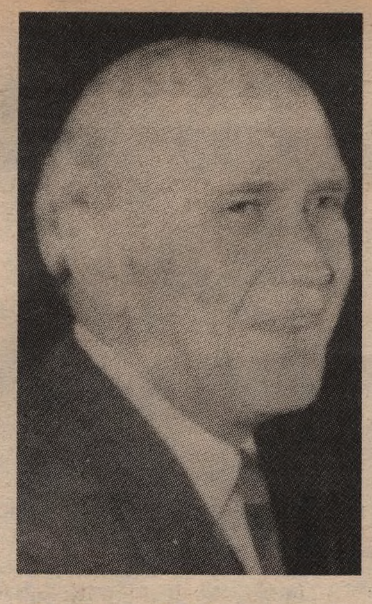
Die marxistischen Terroristen wiesen den Plan zurück, und die Briten erzwangen die Bildung einer Mehrheitsregierung, angeführt von Mugabe. Das war 1980. Eine der ersten Handlungen der Regierung bestand darin, den Namen des afrikanischen Staates in Zimbabwe abzuändern.

Zimbabwes 4000 weiße Farmer und westliche Geldgeber, darunter die Weltbank, haben Mugabe zu verstehen gegeben, daß sie im Grundsatz mit der Problemlösung der Beschaffung von Land für schwarze Farmer übereinstimmen. Sie wenden sich jedoch gegen den Plan der Mugabe-Regierung, willkürlich Land zum Erwerb zu bestimmen und gegen ihren Versuch, weniger als den Marktpreis für das Land zu bezahlen, von dem das meiste seit Generationen im Besitz von weißen Farmern war.

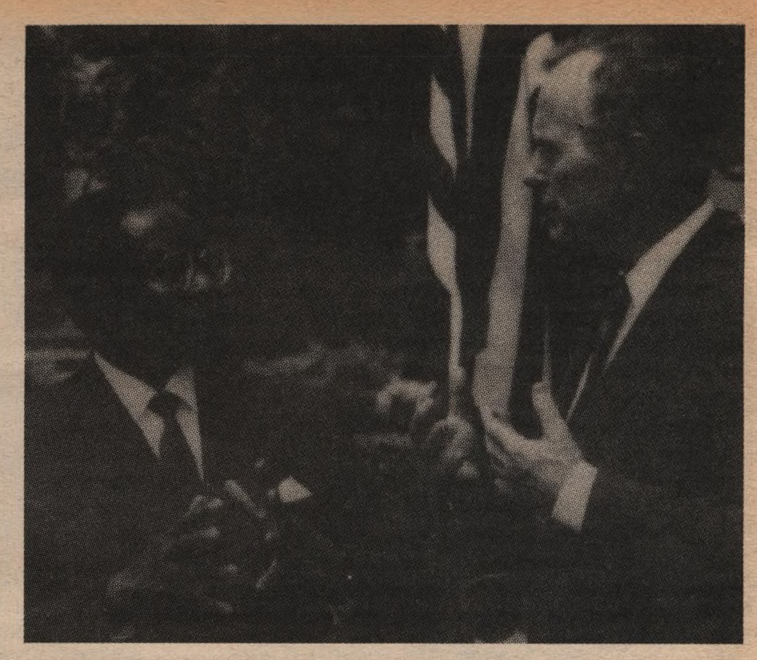
Der Mugabe Plan schließt auch Regreßansprüche vor den Gerichten für die willkürliche Beschlagnahme von Land aus. Mugabe weist darauf hin, daß seine Regierung den Erwerb von 20 Millionen englischen Morgen Land plant.

Der Mugabe-Plan kommt zu einer Zeit, in der das Land unter der schlimmsten Trockenheit seiner Geschichte leidet, und es gab finstere Warnungen dahingehend, daß, wenn das Land beschlagnahmt wird, dies zu Nahrungsmittelknappheit und zu einer Wirtschaftsflaute führen werde.

Zimbabwe realisiert eine sehr günstige Handelsbilanz, mit Ausfuhren von 1,4 Milliarden Dollar, im Vergleich von 1,2 Milliarden Dollar an Einfuhren.



Südafrikas Präsident Willem de Klerk wird von den Internationalisten als anpassungsfähig beurteilt.



Zimbabwes Präsident Robert Mugabe (links) bei einem Treffen mit seinem guten Freund George Bush.



Nelson Mandela, Revolutionär, Terrorist und Kommunist bestimmt heute die Politik in Südafrika.

Etwa ein Drittel der Ausfuhren werden durch Tabak, der auf Ländereien, die Weißen gehören, angebaut wird, realisiert.

Michael M. Taggert, Präsident der Zimbabwe Tobacco Association, ist der Meinung, daß es ausreichend unterbenutztes fruchtbares Land gibt, das an schwarze Farmer vergeben werden kann, ohne auf den Mugabe-Plan des zwangsweisen Erwerbs von Land, das Weißen gehört, zurückzugreifen.

Mugabe ist jedoch fest entschlossen, mit der Beschlagnahme des sich in Besitz von Weißen befindlichen Land massiv fortzufahren.

Es wird damit gerechnet, daß der Mugabe-Plan einen Massen-Exodus weißer Rhodesier nach sich ziehen wird, der wiederum zu einer chaotischen Lage im Land führen wird. Die Leitung der Landwirtschaft sowie des Bergbaus und der Industrie wird dann weitgehend unausgebildeten und unerfahrenen Schwarzen überlassen. Dies wird zur Zerstörung von Zimbabwes Wirtschaft und deren Rückgang zu den Zuständen der Verarmung anderer mehrheitsbeherrschter afrikanischer Länder führen, wo ähnliche erzwungene Landerwerbungen, Nationalisierung von Eigentum und Verfolgung von Weißen zum Massen-Exodus der jeweiligen weißen Bevölkerung geführt haben. □

Noriegas Verurteilung ist sinnlos

Lawrence Wilmot

Der Einmarsch in Panama, die Festnahme von General Manuel Noriega und sein Prozeß, Schuldspruch und Verurteilung sollten dem illegalen Drogenhandel und der Geldwäsche in Panama ein Ende bereiten. Aber diese ungesetzlichen Tätigkeiten haben sich stattdessen weiter verstärkt, seit dem Noriega im Gefängnis in den USA sitzt.

Ungeachtet offizieller Voraussagen verzeichnet der panamaische Drogenhandel eine »Konjunktur« – und hat sich in der Tat »nach einigen Schätzungen sogar verdoppelt« –, seitdem General Manuel Noriega im Dezember 1989 von amerikanischen Einsatzgruppen gefangengenommen und das dortige Regime von einem durch die Bush-Regierung sorgfältig ausgewähltes Regime abgelöst wurde.

Die Bedrohung ist größer geworden

Dies sind die wie eine Bombe wirkenden Erkenntnisse einer maßgebenden Studie des General Accounting Office (GAO), des amerikanischen Bundesrechnungshofes. Die Studie wurde am gleichen Tag freigeben, an dem Noriega durch ein widerwilliges Geschworenengericht in acht von zehn Anklagepunkten der Anklageschrift des Bundesgerichts in Miami wegen Drogenhandel und Schiebereien für schuldig befunden wurde.

US-Präsident George Bush, der das Urteil als »großen Sieg gegen die Drogenlords« feierte, wurde von der GAO-Studie schroff zurückgewiesen. Ihre Schlußfolgerungen wurden durch einen Bericht über Drogenbekämpfung des eigenen Außenministeriums der amerikanischen Regierung bestätigt, in dem warnend darauf hingewiesen wird, daß der panamaische Drogenhandel mehr als je zuvor »eine große Bedrohung« für die amerikanische Gesellschaft darstelle.

Darüber hinaus hat die Aussicht, Noriega ins Gefängnis zu schikken, keinerlei Hoffnung unter den Experten der Gesetzesvollstreckung hervorgerufen. »Die Steuerzahler geben bereits mehr als 22 Milliarden Dollar aus, um Gesetzesübertreter einzusperren«, sagt Dr. Ronald Marston, ein ehemaliger Berater des amerikanischen Justizministeriums für den Strafvollzug.

»In den Reagan-Jahren hat sich die Zahl der Inhaftierten in den USA auf gerade über eine Million Insassen verdoppelt. Mehr als die Hälfte von ihnen sitzen Strafen wegen Drogenverstößen ab. Bis 1994 wird dieser Anteil 70 Prozent erreichen«.

Die Experten sind beunruhigt

Was die Experten beunruhigt, ist die Tatsache, daß unter der Strategie der zwingenden Verurteilung – der US-Kongreß verabschiedete in den achtziger Jahren 64 Statuten über zwingende Verurteilungen – nicht gewalttätigen Ersttäter, die zum Drogenhandel verführt oder durch Tricks hineingezogen wurden, am Ende die längsten Haftstrafen bekommen können.

»Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß Prügelknaben – oft Mädchen – der Anklage keine Informationen im Austausch für milde Bestrafungen anzubieten haben«, erläuterte Marston. »Es sind die unglücklich Dupierten, und sie können nicht mit Teilgeständnissen operieren, um gewisse Zugeständnisse zu erhalten; sie haben nichts anzubieten«.

Drogengroßhändler oder gerissene illegale Straßenhändler andererseits können oft mit der Regierung ein Abkommen treffen. »Um eine Anklage gegen Noriega erheben zu können, bot die Staatsanwaltschaft mindestens 15 hartgesottenen Drogenverbrechern, deren Vorstrafenregister schlimmer war als das von Noriega, Immunität gegen Strafverfolgung oder andere Verlockungen, einschließlich riesige Geldsummen, an«, sagt der in Miami ansässige Anwalt Michael O'Kane, der zu der Verteidigungsmannschaft gehört, die sich für Noriega und seine Mitangeklagten zusammengeschlossen hat.
In Privatgesprächen machten sich lateinamerikanische Beamte – die sich in der zweiten Aprilwoche versammelten, um über die kürzliche Krise in Peru zu konferieren – über die Behauptung des Weißen Hauses, im Krieg gegen Drogen einen »Sieg« errungen zu haben, lustig.

Der Drogenhandel wird zur Institution

»Das Kokain-Kartell ist nicht beseitigt oder unterdrückt worden« versicherte ein erfahrener kolumbianischer Diplomat. »Im Gegenteil, es ist institutionalisiert worden.«

»Die großspurigen Revolverhelden der alten Zeiten wie Noriega, oder in meinem Land Carlos Rodriguez Gacha, sind verschwunden«, setzte er hinzu. »Jetzt wird der Drogenhandel von illegalen Händlern, die wie leitende Herren von Firmen auftreten – und von großen internationalen Banken – geschäftsmäßig betrieben«.

In Peru, wo rund 88 Prozent des in die Vereinigten Staaten versandten Kokains geerntet und produziert werden, »ist die Armee diesem organisierten Drogen-Konsortium hinzuzurechnen«. Dies sagt ein peruanischer Anwalt am Hauptsitz der Organization of American States in Washington.

»Nach 15 Jahren amerikanischer Militärhilfe und israelischer Waffenverkäufe sind die peruanischen bewaffneten Streitkräfte völlig korrupt«, setzte er hinzu. »Sie beschützen die Kokainanbauer und die Luftwege des Dschungels, wo unraffiniertes Kokain mit kleinen Flugzeugen nach Kolumbien eingeflogen wird.«

»Seit Präsident Ronald Reagan vor 11 Jahren seinen ›Krieg gegen Drogen‹ verkündete, ist kein einziger großer Kokainanbauer oder illegaler Drogenhändler in meinem Land festgenommen oder verurteilt worden«, sagte der peruanische Anwalt.

Voller Verachtung für den US-Präsidenten

Aber die verachtungsvollste Zurückweisung der überheblichen Vorwände der Bush-Regierung kam von dem panamaischen Journalisten Arturo Rios Herrera, der sagte: »Sie können mich zitieren: Ich bin zu wütend, so daß es mir nichts ausmacht. Nach dem Noriega-Prozeß beschwerte sich einer der Verteidigungsanwälte darüber, daß Bush den Weltpolizisten spielt. Aber die Realität ist weit schlimmer.

Schauen sie sich an, was in Panama geschah. Bush setzte dort eine Regierung von Drogen-Bankern und Drogen-Anwälten ein. Unser Präsident und Vizepräsident haben eine lange Vorgeschichte, sie haben dem Drogenkartell als Fassade gedient. Das Regime ist so korrupt, daß seine eigene Polizei im vergangenen Jahr rebellierte. Jetzt regiert sie unter dem Schutz der amerikanischen Truppen. Als Weltpolizist hat Bush ganz einfach Noriegas Stelle eingenommen. Er ist nichts anderes als ein gaunerischer Bulle.« □



Nahost-Journal

Syriens Assad ändert seine Haltung gegenüber den USA

Der syrische Staatspräsident Hafez al-Assad tritt eine überraschend scharfe Attacke gegen die Vereinigten Staaten, während einer Ansprache zur Eröffnung seiner unangefochtenen neuen Amtszeit.

Sich auf den Druck der Amerikaner in der Sache der nordkoreanischen Schiffe, die Scud-Raketen nach Syrien und Iran lieferten, beziehend und noch einmal auf Syriens Entschlossenheit, noch mehr Boden-Boden-Raketen »entsprechend unseren Bedürfnissen« erwerben zu wollen hinweisend, fragte Assad: »Wie könnte Amerika ein Gleichgewicht zwischen seiner neuen Weltordnung der Gerechtigkeit und der internationalen Legitimität, für Syrien bestimmte Raketen abzufangen, aufrecht erhalten? Wie konnte für Israel das Tor geöffnet werden, alle Arten von Waffen herzustellen, ohne jede Beschränkung, und Syrien gleichzeitig belagert und an der Einführung von Waffen gehindert werden? Wieso konnte Amerika an Friedensgesprächen im Nahen Osten teilnehmen, die auf seiner eigenen Initiative und auf Resolutionen der Vereinten Nationen beruhen, und Syrien und anderen arabischen Staaten aber gleichzeitig eine Blockade auferlegen? Wie konnte dies überhaupt mit der neuen Weltordnung in Einklang gebracht werden, die eine Welt der internationalen Legitimität sein soll? Dies ist die Legitimität des Dschungels, die Legitimität der wilden Tiere.«

Assad, der Syrien im vergangenen Jahr völlig in die irakfeindliche Golfkrieg-Koaliton hineingebracht hatte, erhob auch den Vorwurf, daß nur Israel vom Krieg profitiert habe. Er sagte, der Konflikt sei arabischen Interessen so abträglich, daß es manchmal den Anschein habe, als ob »das, was geschehen ist, für die Interessen Israels willkürlich geplant und ausgeführt wurde«.

Nach Berichten im Londoner »Independent« hat Syrien seine irakfeindliche Propaganda in aller Stille eingestellt, während es sich der Drohung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, militärische Aktionen gegen den Irak durchführen zu wollen, energisch widersetzt. Dies soll nicht nur eine Reaktion auf den derzeitigen Stillstand bei den Friedensgesprächen sein, sondern auch auf das wachsende Bewußtsein, daß die Vereinigten Staaten den Nahen Osten in eine »amerikanische Sicherheitszone« verwandeln wollen. Wie berichtet wird, wächst in Syrien das Gefühl, daß Damaskus als Gegenleistung für seine Unterstützung im Golfkrieg von Washington betrogen wurde. □

Sephardim werden von sowjetischen Einwanderern verdrängt

Die inländische politische Lage in Israel hat in den letzten Wochen eine besonders böse Wende erfahren. Die Sephardim, oder Juden aus arabischen Ländern, die sich im zionistischen Staat auf der untersten Sprosse der sozialwirtschaftlichen Leiter befinden, werden anscheinend zugunsten der Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion beiseite gedrängt. Letztere, die Aschkenazim sind, werden intensiv kultiviert – auf Kosten der Sephardim – von beiden großen politischen Parteien Israels.

Eine kürzliche Kritik an dieser ethnischen – einige würden sagen rassischen – Parteilichkeit war die erstaunliche Niederlage des Außenministers David Levy und seiner Verbündeten bei den internen Wahlen des Likud-Blocks in der vergangenen Woche. Levy stand nur an 18. Stelle von 50 auf der Popularitätsskala des Likuds. Seine sephardischen Verbündeten fielen sogar noch tiefer, einige bis fast nach unten auf der Kandidatenliste. Auf der offiziellen Wahlliste der Partei gelang es Levy jedoch, den vierten Platz zu erreichen. Dies ist die Liste, die verwendet wird, um Parteimitglieder für die Knesset zu wählen, und um die Hackordnung für das Kabinett festzulegen.

So schockierend war Levys Niederlage, schrieb die »Jerusalem Post«, daß einige seiner Anhänger offen zum Verlassen des Likuds und zur Gründung ihrer eigenen Partei aufriefen. Der erstaunliche Rückschlag wurde durch die Kollaboration zwischen Premierminister Yitzhak Shamir und seines Thronfolgers, Verteidigungsminister Moshe Arens sowie Wohnungsbauminister Ariel Sharon inszeniert. Alle drei standen höher als Levy auf der Kandidatenliste, der vor der Wahl immerhin der Mann Nummer Zwei in der Partei hinter Shamir war.

Levy beschuldigte Shamir, »in der Verschwörung gegen mich eine Hand im Spiel gehabt zu haben«. Levys Verbündete formulierten es schärfer und sagten, der Schritt gegen Levy sei ein Beispiel ethnischer Diskriminierung seitens der »Aschkenazim-Bosse«, die Israel seit Gründung des Judenstaats beherrschen.

Als er kürzlich zu seinen Anhängern sprach, warf Levy, der wie berichtet wird einen Bruch mit dem Likud in Erwägung zieht, die Frage des Vorurteils der Aschkenazim gegen die Sephardim nicht auf. Aber seine Anhänger taten dies und wiesen nachdrücklich darauf hin, daß seine Niederlage in der Tat die Folge der »antisephardischen« Mentalität des Likuds sei.

Beobachter am Ort sagten, die Feindseligkeit gegenüber Levy, der kritisiert wurde, weil er in bezug auf die Palästinenser und die derzeitigen Friedensgespräche zu nachgiebig sei, war so stark, daß sie die Leute um Shamir und Arens sowie Sharons Anhänger in die Lage versetzte, zumindest eine vorübergehende Allianz zu bilden.

Levys Niederlage wird weitgehend als Schlag gegen Israels Juden nahöstlicher oder nordafrikanischer Herkunft verstanden, die etwa 60 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, und die früher die Hauptquelle der Stärke des Likuds war. Jetzt wird die Partei mehr als je zuvor von Juden europäischer Abstammung dominiert – so wie es bei der Arbeiter-Partei seit jeher der Fall ist. Jetzt, wo die allgemeinen Wahlen kurz bevorstehen, hat sich die Führung des Likuds augenscheinlich dazu entschlossen, die Sephardim zugunsten der Stimmen der sowjetischen Juden im Stich zu lassen. Diese neuen europäischen Israelis sollen acht oder neun Sitze in der Knesset holen. □

Malaysia will irakische Kinder retten

Die erste größere Zusammenkunft in Malaysia zum Beginn einer Kampagne zur Rettung der Kinder im Irak fand in Kuala Lumpur, statt, berichtete die in Malaysia erscheinende Tageszeitung »The Star«. Die Kampagne wurde von der Malaysian Medical Association organisiert und von Datuk Seri Dr. Siti Hasmah, der Arzt ist, und von der Gattin des Premierministers von Malaysia, Dr. Mahatir Mohamad, gestartet.

Laut »The Star« besteht der Zweck der Kampagne darin, Geldspenden, Arzneimittel und medizinische Geräte für die Kinder im Irak aufzutreiben.

»Die Kampagne ist ein unabhängiger (unparteischer) humanitärer Aufruf, und wir appellieren an alle Malaysianer, hierzu großzügig beizutragen«, sagte der Vorsitzende des Organisations-Ausschusses Datuk Dr. R. S. McCoy. Dr. McCoy rief auch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu auf, die Wirtschaftssanktionen sofort aufzuheben. Er meinte, die Sanktionen hätten den Wideraufbau der Wasser- und Eneergieversorgung des Landes behindert und einen akuten Mangel an Nahrungsmitteln, Arzneimittel und medizinischen Geräten hervorgerufen. »Als Folge davon sterben jeden Tag 500 irakische Kinder an Unterernährung und vermeidbaren Seuchen wie Cholera, Typhus und Magen-Darmentzündung«.

Die Kampagne erbrachte 10000 Dollar an Zusagen und 4500 Dollar auf der Sitzung. □

Rote Khmer verstoßen gegen Abmachungen in Kambodscha

Der Leiter der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Kambodscha gab seiner »wachsenden Enttäuschung« über die Behinderung des im vergangenen Jahr in Paris unterzeichneten Friedensabkommens durch die Roten Khmer Ausdruck, berichtete die British Broadcasting Corporation (BBC). Die Roten Khmer töteten während ihrer Herrschaft von 1975 bis 1979 schätzungsweise drei Millionen Kambodschaner. Jetzt verwehren sie den Vereinten Nationen Zugang zu Territorien unter ihrer Gewalt und verletzen fortlaufend das Waffenstillstandsabkommen, sagte der Vertreter der Vereinten Nationen Yasuki Akashi und setzte hinzu, er werde seine Beschwerden notfalls dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vortragen.

Der Leiter der Roten Khmer, Khien Samphan, besteht hartnäckig darauf, daß die UNO zuerst sicherstellen müsse, daß alle vietnamesische Soldaten Kambodscha verlassen haben, bevor er sich den Forderungen der UNO beuge, Zugang zu allen Gebieten unter seiner Herrschaft zu gewähren – ein Punkt der, wie Akashi meint, nicht dazu herhalten sollte, das Abkommen mit den Vereinten Nationen zu beenden. □

Israel vor der schlimmsten Wirtschaftskrise

Aus einer ernstzunehmenden Quelle in Tel Aviv erfuhr CODE, daß Israel derzeit eine dramatische Wirtschaftskrise durchläuft. »Die meisten Parteien haben in diesem Wahlkampf keine Zeit für Wirtschaftsprobleme, sie sind nur an jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten interessiert. Dabei bleibt kein Geld für die Eingliederung neuer Einwanderer aus Rußland übrig.«
Wie aus dieser Quelle verlautet, haben über 50 Prozent der kürzlich eingewanderten russischen Juden zwischen 18 und 65 Jahren keine Arbeitsplätze, während die Arbeitslosigkeit sich insgesamt auf 11,6 Prozent beläuft, »ziemlich hoch für ein kleines Land wie Israel«.

Es heißt, daß als Folge der Wirtschaftskrise weniger Einwanderer dazu bereit seien, aus Rußland hierherzukommen. »Israel sollte in diesem Jahr 200000 Neueinwanderer aufnehmen, aber bislang kommen tatsächlich nur 6000 pro Monat, weit unter den 15000 pro Monat des vergangenen Jahres. Russische Juden, die sich noch in Rußland befinden, erhalten Briefe von ihren Angehörigen, die ihnen schreiben, daß es keinen Zweck habe, zu kommen. Im Augenblick leben russische Einwanderer weitgehend von Geldern der Regierung, aber diese reichen nur für 18 Monate.«

Unser Informant vertrat die Meinung, daß »die besetzten Gebiete nicht so wichtig sind wie die Wirtschaftsprobleme, mit denen Israel es zu tun hat, aber die Ideologen begreifen dies entweder nicht, oder es kümmert sie nicht. Im ersten Quartal dieses Jahres ist die Wirtschaft zusammengeschrumpft. Die Exporte stagnieren, es werden keine nennenswerten Gelder in die Landwirtschaft und Industrie investiert. Die direkten Investitionen belief en sich im letzten Jahr auf lediglich 163 Millionen Dollar, war wie ein Tropfen in einem großen See. Indessen subventioniert die Regierung in den besetzten Gebieten einfach alles, was es kurzfristig vorteilhafter erscheinen läßt, dort zu leben.« □

Ägypten kritisiert Rassismus der westlichen Mächte

Die Kampagne zur militärischen Intervention in der arabischen Welt riecht nach Rassismus, klagte die ägyptische Tageszeitung »Al Ahram« in einem Leitartikel. Dies war die erste Salve in einem Sperrfeuer von Angriffen in der ägyptischen Presse gegen die westliche Politik.

Die Tatsache, daß die Westmächte sich arabische Länder zur militärischen Intervention aussuchen, schrieb »Al Ahram«, enthülle eine Doktrin des Rassismus, an die sich die arabische Welt aus der Kolonialzeit erinnere.

Die gleiche Zeitung schrieb in einem anderen Leitartikel, daß »Präsident Bush sich in seinem Wahlkampf nach einer anderen Sache umsehen sollte, als arabische Länder anzugreifen. Die Zeitung beschuldigte auch die Vereinigten Staaten und Britannien des »kodifizierten internationalen Piratentums« hinsichtlich der Lockerbie-Affäre, und warnte davor, daß das letztendliche Ziel der Anglo-Amerikaner darin bestehe, die arabische Welt zu einer »Masse von auf einander eindreschenden Kleinstaaten« zu reduzieren, so daß Israel die Region wirksam beherrschen kann.

Unter Bezugnahme auf diese Stellungnahmen berichtete David Hirsch vom Londoner »Guardian«, daß alle arabischen Länder, mit Ausnahme einiger der kleineren Golfstaaten, die Kampagnen des Westens gegen Libyen und Irak als »Affront gegen alle« ansehen. Der Westen sei darauf aus, dem Irak und Libyen »eins auszuwischen«, nicht wirklich weil eines der beiden Länder schlecht ist, sondern weil es Araber sind. □

Faules Spiel bei Arafats Flugzeugabsturz

Der Führer der Palestine Liberation Organization (PLO), Jassir Arafat, kam am 7. April 1992 bei einem Flugzeugabsturz in der südlichen Wüste Libyens, bei dem drei Besatzungsmitglieder starben, nur leicht verletzt davon. Aus PLO-Kreisen verlautet, daß das Flugzeug in einen Sandsturm geraten sei und eine Notlandung machen mußte; 12 Stunden lang war Arafat vermißt.

Obwohl keine Anschuldigungen erhoben wurden, daß hier ein faules Spiel getrieben wurde und Sandstürme in der Gegend häufig vorkommen, ist es doch bemerkenswert, daß der Zwischenfall einem Interview, das Arafat einem russischen Journalisten gewährt hatte, und in dem er über seine Besorgnis um seine persönliche Sicherheit sprach, auf den Fersen folgte.

In einem Interview mit dem Sonderkorrespondenten der »Komsomolskaja Prawda«, Dimitri Kulik, sagte Arafat: »Ich würde mein Sicherheitssystem nicht das beste der Welt nennen, aber ich glaube, es liegt an mir und niemanden anders, mich um meine Sicherheit zu kümmern. Zum Beispiel weiß niemand hierherum, wo genau ich heute Nacht schlafen werde. Ich werde meinem Fahrer die Adresse nennen, wenn ich in meinem Wagen sitze. Dies ist kein Verfolgungswahn: Sie wissen vielleicht, daß beinahe alle meine Freunde und Kollegen von unseren Feinden ermordet worden sind. Ich nenne nur Abu Iyad, Abu Jihad...«

»Israels Ariel Sharon persönlich hat 13mal versucht, mich zu töten, ganz zu schweigen von den Versuchen, die von anderen Feinden unternommen wurden... Sie erinnern sich vielleicht daran, daß mein Wohnsitz in Tunis in die Luft gesprengt wurde. Jeden Augenblick muß ich damit rechnen, daß ich vergiftet oder das Ziel eines plötzlichen Anschlags werde – jedes Sicherheitssystem wäre in dem Fall hilflos. Aber ich bin stolz darauf, daß nichts dergleichen jemals von den Leuten versucht wurde, denen ich vertraue.« □



Naher Osten

Die Zündschnur am Pulverfaß

Tom Valentine

Der Archäologe Bill Baker gab unserem Mitarbeiter Tom Valentine ein Interview, in dem er über Einzelheiten berichtete, die eine Folge des Krieges am Persischen Golf sind. Er skizzierte auch erschrekkende Entwicklungen, die er auf seinen Reisen in diese Region feststellte. Valentines Fragen sind fett gedruckt, Bakers Antworten in Normaldruck wiedergegeben.

Nach Ihren Informationen wurde Prinz Bandar bin Sultan, der saudische Botschafter für die Vereinigten Staaten, kürzlich angeschossen und verwundet. Dies wurde nirgendwo in den Medien des Establishments berichtet.

Baker: Das ist richtig. Ich erhielt ein Kommunique, in dem festgestellt wurde, daß Bandar Ende März angeschossen wurde. Er war nach Riad, der Hauptstadt von Saudi-Arabien, beordert worden, um seine Aktivitäten in Washington, über die viele saudische Führungspersönlichkeiten verärgert waren, zu erörtern. Bandar hatte sich in Washington insgeheim mit dem Abgeordneten Stepen Solarz und dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und anderen Kräften innerhalb der Israel-Lobby getroffen (CODE berichtete darüber). Dies brachte viele saudische Führer in Rage.

Der Machtkampf in Saudi-Arabien

In Verbindung mit der Israel-Lobby stellte Bandar das sogenannte Committee for Peace and Security in the Gulf auf die Beine. Ferner daran beteiligt waren der ehemalige Staatssekretär des US-Verteidigungsministeriums Richard Perle, die ehemalige Botschafterin bei den Vereinten Nationen Jeane Kirkpatrick, Ann Lewis, eine Offizielle der Democratic Party, und Hyman Bookbinder vom American Jewish Committee. Bandar traf sich auch mit Vertretern des Simon Wiesenthal-Center.

Gemeinsam stellten sie diese unechte Fassade auf, um den Völkermord am Irak zu unterstützen. Dies brachte König Fahd und das Regime in peinliche Verlegenheit, weil dies alles an die Öffentlichkeit kam.

Als Konsequenz daraus wurde Bandar dann nach Saudi-Arabien zurückberufen, um diese Angelegenheiten zu erörtern.

Baker: Ja. Nun hat Bandar zunächst einmal den Ruf, ein Playboy in Washington zu sein. So braute sich dies alles zusammen, und er wurde nach Hause zurückberufen. Als er dort war, wurde er angeschossen. Er wurde nicht lebensgefährlich verwundet. Er wurde nämlich in die Vereinigten Staaten zurückgeflogen und erholte sich dort in einem der großen Lazarette im Raume Washington.

Die Parole, die in Saudi-Arabien in Umlauf gebracht wird, lautet, er sei von einem der Heerführer seines Onkels (Kronprinz Abdullah) angeschossen worden, der mit Bandars Vater (Kronprinz Sultan) um die Nachfolge König Fahds rivalisiert. Sie ringen bereits um Nachfolgerechte.

Sie alle, darunter sein eigener Vater, waren über Bandar verärgert, weil er seine geheimen Treffen an die Öffentlichkeit durchsickern ließ.

Prinz Bandar, saudischer Botschafter in den USA, bei einem freundschaftlichen Gespräch mit US-Präsident George Bush.

Gleichzeitig hat König Fahd massive Festnahmen islamischer Führer und Lehrer angeordnet, von denen viele gegen das Eingreifen der USA im Irak waren.

Libyen rechnet mit Bombenangriffen

Die Parole lautet auch, daß die Kollegen des Kronprinzen Sultan das Heft in die Hand nehmen und Kronprinz Abdullah, der als amerikafeindlich bekannt ist, beiseite schieben wollen.

Baker: Dies ist der Machtkampf der zur Zeit vor sich geht. Der dabei zu berücksichtigende Faktor ist die islamische fundamentalistische Bewegung, die vor langer Zeit in Saudi-Arabien entstand. Dies ist einer der Gründe warum Saudi-Arabien jetzt Israel unterstützt. Man will einen Puffer gegen Iran und Libyen haben.

Wie aus Ihren Quellen verlautet, sind die Libyer davon überzeugt, daß sie bald wieder von den Vereinigten Staaten bombardiert werden.

Baker: Ja, einer der höchsten Sprecher Libyens sagte zu mir, daß man mit einer Gewaltanwendung der Amerikaner rechne. Der letzte Angriff erfolgte, als US-Streitkräfte 1986 die sechsjährige Tochter des libyschen Führers Muhammar el-Gaddafi und viele andere töteten. Bislang hat niemand – weder die britische noch die amerikanische Regierung – in der Öffentlichkeit Beweise dafür erhoben, daß die Libyer den Bombenanschlag auf die Pan Am 103 über Lockerbie, Schottland, verübt haben.

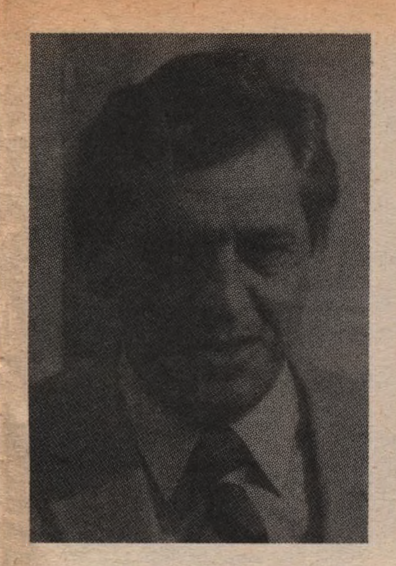
Die Informationen von Scotland Yard, dem Mossad und dem CIA machen Ahmed Jabril von der Democratic Front for the Liberation of Palestine (DFLP), die ursprünglich ihren Hauptsitz in Damaskus, Syrien, hatte, dafür verantwortlich.

Wir haben jedoch Beweise dafür gesehen, daß er 30 Millionen Dollar erhalten hat, um Pan Am 103 durch Iraner in die Luft sprengen zu lassen. Es war Rache dafür, daß wir eine iranische Luftverkehrsmaschine abgeschossen haben.

Jabril, mit dem ich zusammengetroffen bin, war ein Gegner von Jassir Arafat und seiner Palestine Liberation Organization (PLO). Es ist eine Ironie, daß Jabril vor etwa zwei Monaten alle seine Ausbildungslager für die DFLP in drei Lager auf iranischem Boden verlegt hat, geschützt vom Iran. Er hat einige Dienststellen in Syrien zurückgelassen, aber seine Hauptstreitkräfte befinden sich jetzt im Iran.

Die Syrer sind natürlich Amerikas neugewonnene Partner; daher darf er seine Kräfte dort nicht haben.

Was genau ist Libyens Position im Nahen Osten? Libyen sympathisiert nicht mit den Maklern der Macht, nicht wahr?



Bill Baker berichtet über seine Eindrücke und Erlebnisse, die er während seiner Nahost-Reisen erhalten hat.



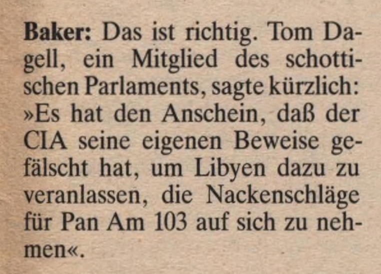
Jeane Kirkpatrick ist eine einflußreiche Politikerin in Washington, die die Interessen Israel unterstützt.



Richard Perle, ehemaliger Staatssekretär im US-Außenministerium, fördert die Bemühungen von Prinz Bandar.



Steven Solarz gehört zur Israel Lobby in den USA und hat sich heimlich immer wieder mit Prinz Bandar getroffen.



Baker: Das ist richtig. Tom Dagell, ein Mitglied des schottischen Parlaments, sagte kürzlich: »Es hat den Anschein, daß der CIA seine eigenen Beweise gefälscht hat, um Libyen dazu zu veranlassen, die Nackenschläge für Pan Am 103 auf sich zu nehmen«.

Die Fälschungen von Beweisen

Sehen Sie wie die Presse jetzt die ganze alte Propaganda über Libyen, wie zum Beispiel der Bombenanschlag auf eine deutsche Diskothek, wo ein amerikanischer Soldat starb, wiederkaut. Was die Presse jedoch verschweigt, ist die Tatsache, daß die Deutschen zwei Mitglieder der örtlichen Bader-Meinhof-Bande, eine terroristische Bande, festgenommen haben. Es waren nicht Libyen oder irgendwelche anderen Araber, die jene Disko bombten.

Die »Washington Post« und die »Los Angeles Times« wärmen diese alten Stories jedoch als Tatsache wieder auf.

Warum wollen die Vereinigten Staaten Libyen angreifen?

Baker: George Bush braucht diesen Angriff – diesen »Sieg« –, um sein Ansehen beim amerikanischen Volk zu verbessern. Libyen kann sich nicht wehren und wird somit zum idealen Angriffsziel für die Vereinigten Staaten.

Zweitens, die Propaganda gegen Libyen hat so viele Jahre behauptet, Gaddafi sei in den Augen vieler Menschen ein »Verrückter«.

Drittens, Gaddafi ist gegen den amerikanisch-europäischen Plan, ein sogenanntes Mittelmeer-Forum, eine Art arabische NATO, ins Leben zu rufen. Dies ist die typische Denkweise Washingtons und Britanniens. Der ägyptische Präsident Hosni Mubarek hielt am 20. November 1991 in Straßburg die erste Rede zugunsten des Mittelmeer-Forums. Der Plan geht dahin, daß Ägypten und Saudi-Arabien die Dinge als Fassaden für die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich regeln sollen.

Es geht um Libyens Öl

Angenommen dieses Mittelmeer-Forum würde die Sicherheits- und Umweltschutzpolitik in die Tat umsetzen. Die wirkliche Tagesordnung lautet, daß der Kolonialismus ganz Nordafrika und dem Nahen Osten erneut auferlegt werden soll.

Wie machen sie das? Den Irak und die libyschen Ölfelder demontieren und besetzen. Die OPEC wird ebenfalls demontiert.

In etwa vier Jahren wird Libyen einen von Menschen geschaffenen Fluß – eine Ingenieur-Glanzleistung – vollenden, und es wird Selbstversorger und in der Lage sein, sein eigenes Volk zu ernähren, ohne irgendetwas vom Westen einführen zu müssen. Das können die Kolonialisten nicht zulassen.

Darüber hinaus haben die Libyer im Januar eine nagelneue Art von Öl entdeckt, das nicht einmal die Saudis haben. Diese neue Art befindet sich in Libyens Ölvorkommen.

Alle diese Punkte deuten auf einen bevorstehenden Angriff auf Libyen und eine Besetzung seiner Ölfelder hin. Außerdem können wir dabei Gaddafi töten und ihn aus dem Weg schaffen.

Wollen sie damit sagen, daß es nicht im Interesse des Establishments in Amerika und Britannien liegt, einen selbstversorgenden, sich selbst unterstützenden arabischen Staat wie Libyen zu haben, der Vorbild für die übrige arabische Welt sein könnte?

Baker: Ich kann Ihnen das beweisen. Ich besitze ein Dokument vom US-Außenministerium, das besagt, daß amerikanische Experten herausgefunden haben – und ich zitiere –, »daß, wenn wir militärische Gewalt anwenden müssen, allen anderen Staaten im Nahen Osten, vor allem Ländern der Dritten Welt untersagt wird, Fortschritte zu machen oder mit den Vereinigten Staaten auf irgendeine gegebene Art und Weise in Wettbewerb zu treten«.

Dies gehört mit zur Neuen Weltordnung. Ein Dritte-Welt-Land wie Irak oder Libyen oder ein anderes Land, das unabhängig von den Vereinigten Staaten Nationalismus, Entschlossenheit oder Fortschritt zur Schau trägt, wird von der US-Regierung nicht geduldet, und die Vereinigten Staaten werden militärische Gewalt einsetzen, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

Mit Waffen gegen alle Rivalen

Ist es möglich, daß die Leute, die dies sagen, nur darum besorgt sind, daß ein starkes Dritte-Welt-Land sich mit den Rotchinesen zusammenschließen könnte, und daß sie dies verhindern wollen?

Baker: Das ist Unsinn. Die neue Strategie, nach den Planern der Neuen Weltordnung im US-Verteidigungsministerium und im Außenministerium, besagt, und ich zitiere:

»Die Vereinigten Staaten müssen Strategien verfolgen, die potentielle Wettbewerber – nicht Feinden – Wettbewerber – davon überzeugen, daß sie keine größere Rolle als ihr derzeitiges Niveau zur Verteidigung ihrer eigenen legitimen Interessen anzustreben brauchen. Wir werden sie davon abhalten, unsere Führung in Frage zu stellen oder danach zu streben, die etablierte politische Wirtschaftsordnung auf den Kopf zu stellen«.

Naher Osten

Die Zündschnur am Pulverfaß

Bei einer kürzlich vor dem Kongreß gemachten Zeugenaussage wurde der US-Army Chief of Staff, Gordon Sullivan, über die Neuorganisation der Armee und deren Rolle in der Neuen Weltordnung befragt. Er sagte: »Wir unterstützen die Rolle der Vereinigten Staaten als vorrangige Macht unseres Zeitalters«. Er fuhr fort: »Wir werden das Militär jetzt gegen alles einsetzen, was wir als wirtschaftliche Bedrohung, unlautere Handelspraktiken erachten. Diese wird eine potentielle Ursache für den Militäreinsatz sein. Unser Kommando ist auf alle Eventualitäten vorbereitet.«

Das Defense Planning Guidance System (Leitsystem für militärische Planung), eines unserer eigenen Dokumente, besagt: »Wir sprechen die nachstehende fundamentale neue Situation an, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion eingetreten ist, und die ist so, daß die Vereinigten Staaten und ihr Sieg mit den Koalitionsverbündeten über einen irakischen Angreifer – der erste Konflikt nach dem Kalten Krieg – ein bestimmendes Ereignis in der Weltführung der USA ist.

Außer diesen beiden Siegen gab es einen, der weniger sichtbar ist: Die Eingliederung Deutschlands und Japans in ein von den USA angeführtes System der kollektiven Sicherheit. Es ist unser Ziel, das Wiederauftauchen neuer Rivalen, entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, die eine Bedrohung von der Art sind, wie sie die jetzt von den Vereinigten Staaten dominierte Sowjetunion einst für uns darstellte, zu verhindern.« Das ist eine ziemlich klare und erschreckende Sprache.

Das klingt sehr nach Romanik. Das klingt wie Cäser und die Pax Romana.

Baker: Der Römische Senat hätte es nicht stärker formulieren können. Sie führen die Gebiete der Welt auf, die sich die Neue Weltordnung zum Ziel genommen hat. Sie sagen, sie werden militärische Gewalt anwenden, wann und wo immer dies als notwendig erscheint, die ausreicht, um globale Macht zu erzeugen. Sie nennen Westeuropa, Ostasien, den ganzen Nahen Osten und das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Südwestasien.

China als neuer Verbündeter des Iran?

Jetzt baut die Bush-Regierung Rotchina auf und Israel liefert Waffen an China. Sie bauen China als neuen Buhmann auf, um das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß wir mehr Steuern aufbringen müssen, um unsere Verteidigung zu finanzieren. Dies wäre eine andere Situation des Kalten Krieges.

Baker: Hier ist ein Szenario. Ich habe vor mehr als einem Jahr, schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, vorausgesagt, daß China die neu in Erscheinung tretende Macht sein wird. Wir wollen die Religion hier nicht vergessen. China, sieht sich, ebenso wie die sowjetischen Republiken, einem ungeheuren Wachstum des fundamentalistischen Islam gegenüber. Ich sage voraus, daß es eine Koalition zwischen Rotchina und Iran geben wird. Die Dinge sind bereits in der Mache.

Was ist Marxismus? Das Wort »Kommunismus« paßt nicht einmal mehr auf China. Das utopische Konzept des Marxismus gehört in China der Vergangenheit an, und sie wissen es. Was ich damit sagen will, ist, daß wir eine Hochzeit, in Wort und Absicht, zwischen Iran und anderen fundamentalistischen Ländern und Rotchina, ihrem neuen Partner, erleben werden.

Profite und Arbeitsplätze durch Kriege

Dies würde alle moslemischen Staaten einschließen, die sich aus der Asche der Sowjetunion erheben werden, ebenso wie Pakistan. Iran hat nämlich im Krieg gegen Irak eine Menge Hilfe von China erhalten.

Baker: In einer Rede in Dallas – über die nur in der »New York Times« berichtet wurde – sagte US-Präsident George Bush: »Der Krieg im Irak ist eine gute Nachricht für die amerikanische Wirtschaft.« Der Krieg sei Teil seines »Wiederaufbauplanes«. Lassen Sie mich zitieren: »Fünf Milliarden Dollar für Wiederaufbau nach dem Krieg werden uns tausende von neuen Arbeitsplätzen einbringen.
Diese gute Nachricht beweist, das mein langfristiges Programm zur Beschaffung von Arbeitsplätzen funktioniert.«

Was ist nun mit den noch andauernden Friedensverhandlungen im Nahen Osten?

Baker: Die sogenannten Friedensverhandlungen zeigen sowohl die Vereinigten Staaten als auch Israel als das, was sie wirklich sind. Sie sind überhaupt nicht an ernsthaften Verhandlungen über Gerechtigkeit und Gleichkeit für das palästinensische Volk interessiert.

Aus Verhandlungen geht stillschweigend hervor, daß jede Seite etwas aufzugeben hat, aber die Palästinenser haben nichts, was sie aufgeben können.

Das ist richtig. Den Palästinensern wird etwas angeboten, was sich »Autonomie« nennt, was aber darauf hinausläuft, daß die Palästinenser immer noch unter Besatzung leben, und daß alle ihre Entscheidungen von anderen für sie getroffen werden, und das ist keine Autonomie.
Das ist fast so wie das, was den Vereinigten Staaten vor rund 200 Jahren als Kolonie Großbritanniens von den Briten angeboten wurde.

Wenn Jassiv Arafat getötet worden wäre, als sein Flugzeug kürzlich in der libyschen Wüste herunterging, dann hätte ich die Möglichkeit, daß er in Wirklichkeit ermordet wurde, nicht ausgeschlossen.
Schließlich hatten die Israelis jeden Zugang zu amerikanischen Satelliten-Nachrichten:

Die Abrechnung mit der arabischen Welt

Sie haben damit geprahlt, daß man etwas in der Größenordnung einer Streichholzschachtel aus dem Raum heraus lesen kann. Sie sind Arafat seit vielen Jahren auf der Spur.

Als ich einmal sechs Tage bei Arafat wohnte, erzählte er mir eine ganze Menge über die Art und Weise, wie der Mossad und die US-Regierung ihn verfolgt und versucht haben, ihn bei einem Fehler zu ertappen, so daß sie etwas gegen ihn unternehmen konnten. Wir haben Leute in unserer eigenen amerikanischen Regierung, die Arafat und anderen arabischen Führern sehr feindlich gegenüberstehen.

Zum Beispiel Senator Joseph Liebermann, ein Israel-zuerst-Mensch. Er hat sich dadurch einen Ruf gemacht, indem er sagte: »Es darf keine Erleichterung der Sanktionen geben, solange Saddam in Irak regiert.

Nach Saddam werden wir mit den anderen Terroristen der arabischen Welt abrechnen«.

Dieser Kerl will soviele Araber töten, wie er kann. Liebermann rief zu Geldspenden und Waffenlieferungen auf, um die Schi'iten und die Kurden – jeden der gegen Saddam sein könnte – zu unterstützen.

Dies verstößt direkt gegen Amerikas Verfassung. Liebermann sagte: »Wir müssen innerhalb der irakischen Grenzen eine neue Regierung bilden.« Er will, daß die Vereinigten Staaten jedem, den wir finden können, Geld und Waffen geben sollen. Liebermann ruft auf, daß unsere Kampfflugzeuge über irakisches Territorium fliegen sollen. Er sagte: »Wir werden auf international Geächtete keine normale Praxis der Diplomatie anwenden.«

Schön, Mr. Liebermann. Dann wollen wir einmal mit Israel beginnen. Israel hält immer noch libanesisches Territorium besetzt. Vor einigen Wochen mähte Israel Streitkräfte der Vereinten Nationen im Libanon nieder, wobei ein Soldat getötet und fünf schwer verwundet wurden. Wenn Liebermann gegen international Geächtete ist, dann sollten er und der Abgeordnete Larry Smith und der Abgeordnete Stehpen Solarz – der sich 760 Schecks auf unsicherer Basis beschaffte – auch wirklich gegen international Geächtete vorgehen, und sie sollten mit Israel beginnen und einige Menschenrechte für Palästinenser dabei herausschinden. □

Israel

Es kommen weniger sowjetische Juden

Victor Marchetti

Die Auswanderung von Sowjets kommt langsam zum Stillstand. Sowjetische Juden werfen einen langen, starren Blick auf die harte Realität des Lebens in Israel – und bleiben lieber in der ehemaligen Sowjetunion. Einige, die bereits in den Judenstaat ausgewandert sind, kehren zurück. Andere suchen nach saftigeren Weiden im Westen. Und viele von denen, die in Israel festsitzen, sind unzufrieden und arbeitslos.

Laut Congressial Research Service (CRS) beläuft sich die Anzahl der sowjetischen Juden, die sich in Israel niedergelassen haben, seit Moskau 1988 seine Auswanderungsbeschränkungen lokkerte, auf rund 350000, aber der Strom ist im Verlauf des vergangenen Jahres auf fast ein Rinnsal zurückgegangen. Die Zahl der sowjetischen Einwanderer liegt viel niedriger als die von israelischen Offiziellen und jüdischen Gruppen in den USA bei deren Kampagne, um zehn Milliarden Dollar an Anleihegarantien aus dem amerikanischen Steuerzahler herauszuquetschen, angenommene eine Million und darüber hinaus. Die Zahlen des CRS sagen die nackte Wahrheit, daß Exodus II weit überzogen, wenn nicht gar ein direkter Fehlschlag ist.

Judenfeindliche Darstellungen »leicht übertrieben«

Es gibt viele Gründe für diesen Rückgang der Einwanderung in den Judenstaat. Erstens ist die Umgebung in der ehemaligen Sowjetunion nicht mehr feindselig gegenüber den Juden. Die meisten Berichte über judenfeindliche Zwischenfälle und Antisemitismus sind nämlich stark übertrieben. Laut CRS »geht aus Berichten hervor, daß einige der judenfeindlichen Zwischenfälle in der Sowjetunion übertrieben wurden, um im Westen Sympathie mit den Juden zu wecken. Im Februar 1990 sagte ein Beamter des israelischen Außenministeriums, daß die von einigen dargestellte judenfeindliche Krise in der Sowjetunion ›leicht übertrieben‹ sei«.

Zehntausend Dollar als Starthilfe

Das Nachlassen der Einwanderung von Juden spiegelt auch wider, daß diejenigen Sowjets mit dem größten Anreiz bereits nach Israel gegangen sind. Zu der ursprünglichen Welle von Einwanderern gehörten diejenigen, die dem Zionismus am nächsten standen und die über ihre Zukunft in der Ex-UdSSR am pessimistischsten waren. Die Unsicherheit der israelischen Wirtschaft und deren Unfähigkeit, die Neueinwanderer zu absorbieren, gepaart mit den wirtschaftlichen und politischen Reformen der neuen Führung in der ehemaligen UdSSR sprechen gegen die Umsiedlung von Juden aus der Sowjetunion in den Judenstaat. Sowjetische Juden lassen sich tatsächlich von ihren Freunden und Verwandten in Israel beraten und bleiben, wo sie sind.

Bei der ursprünglichen Einwanderungswelle benutzte die Mehrheit der sowjetischen Juden Israel lediglich als Wegstation für andere Ziele im Westen. Die meisten wollten von vornherein gar nicht nach Israel gehen, und wollen das immer noch nicht. Zu den 700000 Juden, die die ehemaligen sowjetischen Staaten noch verlassen könnten, besitzen 400000 Visa-Anträge für Amerika. Westeuropa, Südafrika und Australien sind das Endziel vieler anderer, sowie auch vieler, die bereits in Israel sind und von der zionistischen Regierung schwer enttäuscht wurden.

Wegen der Struktur des Aufnahmeprozesses wird Neueinwanderern normalerweise ein Stipendium von 10000 Dollar für eine dreiköpfige Familie gewährt. Eine sehr großzügige Starthilfe, angesichts der Tatsache, daß die meisten mit wenig Besitztümern und ohne Vermögen nach Israel kommen. Sollte jedoch ein Einwanderer Israel innerhalb von fünf Jahren wieder verlassen wollen, muß die Bewilligung zurückgezahlt werden, eine entmutigende Sache in Anbetracht dessen, daß die derzeitige Arbeitslosenquote unter sowjetischen Juden um die 50 Prozent liegt.

Das endgültige Ziel sind die USA

Gruppen von enttäuschten sowjetischen Juden sind aus Israel geflohen, aber mit wenig Erfolg. Südafrika hat die Rückführung mehrerer Gruppen durchgesetzt, und einem hartnäckigen Haufen von etwa 40 wurde das politische Asyl verwehrt und von den Niederländern deportiert. Deutschland hat solchen Juden ebenfalls den Daueraufenthalt verwehrt. Die USA nehmen jährlich mehr als 40000 Juden aus der ehemaligen sowjetischen Region auf. Einige jüdische Gruppen machen derzeit in aller Stille ihren Einfluß geltend, um diese Zahl bedeutend zu erhöhen.

Wie so viele Gesichtspunkte der zionistischen Politik, wurde Exodus II in mystischen Begriffen umschrieben, aber dies stimmte nicht mit der Wirklichkeit überein. Ebenso schienen die Bemühungen der jüdischen Interessengruppen, mehr Juden in die USA hineinzuschleusen in gleicher Weise unrealistisch zu sein. Legislative Bemühungen, die Obergrenze zu erhöhen, wurden nur lammfromm vorgetragen, nicht um neue Einwanderungsplätze zu schaffen, sondern um ungenutzte Plätze noch einmal zu verwerten. Dies steht im krassen Gegensatz zu den noch vor wenigen Monaten von einer Schar von jüdischen US-Senatoren verkündeten Absichten, die heimlich vorgeschlagen hatten, daß die Quote von 40000 um 50 Prozent erhöht werden sollte.

Operation Exodus II war ein Vorwand

Ebenfalls aktuell und Reibungen hinter den Kulissen hervorrufend ist die Meinungsverschiedenheit zwischen den amerikanischen Machern, die neues Blut für das amerikanische Judentum wollen, was durch eine rückläufige Geburtenziffer und wachsende Assimilation gehemmt wird, und den Zielen der israelischen Regierung, die unbedingt darauf bedacht ist, ein Großisrael zu schaffen.

Abgesehen vom zionistischen Mystizismus, ist die israelische Regierung bei ihrer Ausbeutung der Einwanderungssituation ziemlich pragmatisch. Die Israelis wissen sehr genau, daß der Reingewinn für Israel eine stark verbesserte Schicht von Technikern sein wird. Aber Israel hat bereits mit dem einmaligen Problem zu tun, zu viele gut gebildete Bürger zu haben. Daher wirft sogar dieser Gewinn Probleme hervor – sowjetische Juden ersetzen Israelis zu geringeren Löhnen, wodurch der unangenehme Brain-Drain (Abwanderung von Wissenschaftlern) weiter angeheizt wird.

US-Geld zur Erholung von Verschwendung und Korruption

Es gibt Leute, die glauben, die zionistische Regierung habe niemals erwartet, daß eine Million Juden nach Israel auswandern würden. »Der Hauptzweck der Operation Exodus II«, sagt ein ehemaliger Israeli, »bestand darin, Geld von den USA und der Diaspora zu bekommen, um Israels wirtschaftliche Erholung vor der Verschwendung und Korruption der zionistischen Führung abzusichern.« □

Die Lügen des Establishments

Tom Valentine

Die Wahrheit über Amerikas zerstörerischen Krieg gegen den Irak und die Realität der Nachkriegssituation in der Region war das Thema eines Interviews, das Tom Valentine mit dem Archäologen und Historiker William W. Baker führte. Baker hat sich lange Jahre im Nahen Osten aufgehalten. Er ist der Verfasser des Buches »Theft of a Nation«, einer Untersuchung des palästinensischen Problems.

Sie haben in den letzten Monaten einige Reisen in den Nahen Osten unternommen und viele Dinge gesehen, über die in den Medien des Establishments nicht berichtet wurde.

Baker: Ich habe mich im September und Oktober des vergangenen Jahres eine Zeitlang im Irak aufgehalten, fast sechs Wochen in der Gegend. Ich fuhr nach Bagdad und Basra und überall nach Jordanien und den dortigen Grenzbereich hinein.

Ich arbeitete in einem Flüchtlingslager im Irak mit einem Arzt – einem Christen namens Samir Jonah. Er war einer der Ärzte, die versuchten, 125000 Flüchtlinge in einem Lager ohne Medikamente irgendeiner Art zu versorgen.

Es war ein sehr kosmopolitanisches Lager. Dort waren Kurden, moslemische Traditionalisten; dort waren Christen, dort fanden sich Leute in westlicher Kleidung – genau das, was sie am Leibe trugen, als sie aus ihren Häusern flohen. Dort waren Palästinenser.

Alle möglichen Leute befinden sich in dem Lager. Sie waren alle dort wegen des Krieges und wegen der amerikanischen Bombenangriffe, und auch wegen der Familie Sabah, die unsere amerikanische Regierung wieder in Kuwait an die Macht brachte.

Es ist eine sehr traurige Erfahrung. Es zerbricht einem das Herz. Es kamen Menschen ins Lager mit Kindern, deren Glieder abgerissen waren, Opfer von Amerikas sogenannten schlauen Bombardierung des Iraks.

Wir haben in den Medien des Establishments gehört, daß Saddam Hussein plant, alle diese Menschen auszurotten.

Baker: Vergessen Sie diese Medienberichte. Die Stories einiger der großen Zeitungen in Europa werden von Verbündeten der amerikanischen Regierung veröffentlicht, und es handelt sich dabei um eine Verschwörung in dieser Intrige gegen den Irak und gegen die arabische Welt und, eigentlich, gegen den Islam.

Was ich gesehen habe, und was ich von Menschen gehört habe, mit denen ich sprach, und die Fotos, die ich besitze, das sind die Ergebnisse meiner Untersuchungen. Keine irakischen Sicherheitsleute hielten mich davon ab, mit irgendjemand zu sprechen. Es waren nämlich keine Sicherheitsleute dort.

Ich war ganz auf mich allein gestellt, der Sprache mächtig, und ich redete mit den Menschen. Ich sprach mit jedem – von Straßenfegern bis zu kurdischen Führern, die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren.

Was geschieht wirklich mit den Kurden? Sie waren vielfach Gesprächsthema in den Medien des Establishments.

Baker: Die Kurden sind vielfach so wie die Palästinenser, sie stehen zwischen zwei Feuern – Menschen, die kein Heimatland haben, und im Falle der Kurden auch niemals hatten.

Die Gegend, die wie wir hören mit »Kurdistan« bezeichnet wird, war niemals ein geographisches Gebilde auf der Landkarte.

Es war stets der Traum dieser Kurden, ihr eigenes unabhängiges Heimatland zu besitzen, und es gibt genug von ihnen, um dies zu rechtfertigen. Es gibt acht Millionen Kurden in der Türkei – wo die meisten von ihnen leben –, an der türkischen Grenze zum Irak.

Was den meisten von uns nicht gesagt worden ist – und das meiste wird uns verschwiegen, um uns über die wirklichen Gründe hinter der amerikanischen Außenpolitik und Aggression im unklaren zu halten – ist, daß die Türken schon seit 27 Jahren ihre eigenen kurdischen Mitbürger niedermetzeln. Die Türken wollen nicht, daß die Kurden ihre Unabhängigkeit bekommen.

Im Irak leben rund 1,5 Millionen Kurden. Die kurdischen Führer, bei denen ich zu Besuch war, kamen sowohl aus dem Irak wie aus der Türkei, und alle sagten zu mir: »Uns wurden Millionen von Dollar bar auf die Hand vom CIA angeboten, um gegen Saddam Hussein zu revoltieren. Wir sollten ihnen helfen, ihn zu überwältigen.«

Ihre wirklichen Feinde seien jedoch die Vereinigten Staaten und das türkische Regime. Sie ordneten Amerika und die Türkei in die gleiche Kategorie ein.

Sie zeigten mir Stücke von Bombenmänteln und Granatsplitter von türkischen Bomben und Granaten. Selbst heute Abend, wo wir miteinander reden, bombardiert die Türkei acht Millionen Kurden in den türkischen Gebirgen an der Grenze zum Irak und über die Grenze hinweg. Wir sollten uns die Frage stellen: »Warum gibt es keinen Aufschrei gegen die Türken wegen aller dieser Angriffe auf das kurdische Volk?« Nun, die Bombenfragmente und Granatsplitter, die ich auf diese Männer, Frauen und Kinder in Hütten in diesen kurdischen Dörfern herabfallen sah, sind amerikanischer Herstellung. Die Vereinigten Staaten unterhalten nämlich ein starkes militärisches Kontingent auf Stützpunkten in der Türkei. Die Türken gehören zu den brutalsten Menschen, die je in der Gegend gelebt haben. Das Ottomanische Reich war ein brutales Regime. Die Türken haben kein Erbarmen mit den Kurden.

Uns wird fortwährend erzählt, Saddam Hussein führe einen Krieg gegen die Kurden.

Baker: Es stimmt, daß Saddams Armee einige der Kurden getötet hat. Aber es herrscht eine Bürgerkriegssituation in dem Land. Wir haben Kurden in der Türkei, die ihr eigenes Land haben wollen, und wir haben Kurden im Irak. Sie wollen zusammenkommen, und natürlich will dies keines der beiden Länder.

Der Punkt ist, daß Saddam Hussein den Kurden Unabhängigkeit gewährt hat und ihnen erlaubt hat, ihren eigenen Teil des nördlichen Gebietes in den Gebirgen im Irak zu haben. Sie sind bewaffnet und können handeln, wie sie wollen.

Obwohl Mitglieder des amerikanischen Kongresses weiter über die Kurden jammern, die von Saddam Hussein angegriffen werden, besitze ich dokumentarische Beweise dafür, daß einige dieser kurdischen Flüchtlinge Christen getötet haben, die während des Krieges zusammen mit ihnen geflohen sind.

Die Kurden hegen keinerlei Sympathie mit dem Christentum. Es sind zum Teil sehr, sehr bösartige Luete. Jeder in dieser Region ist bösartig. Saddam Hussein hat kein Monopol auf Mord.

Also, im Gegensatz zu dem, was die Medien des Establishments uns einreden wollen, sind die Kurden aufs äußerste entschlossen, gegen die Türken, nicht aber gegen Saddam vorzugehen?

Baker: Das ist richtig.

Wir hören immer wieder darüber, daß Saddam Hussein die Kurden vergast habe. Das ist ganz einfach nicht wahr. Die Beweise sind in einer Studie des amerikanischen Militärs mit dem Titel »The Iraqi Power and U.S. Security in the Middle East« enthalten. Sie wurde weder von Saddam Hussein noch von den Kur-

den noch von William Baker verfaßt. Sie wurde von drei Experten am US-Army War College geschrieben und im Juli 1990 – kurz bevor Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte – veröffentlicht.

In diesem Bericht heißt es: »Behauptungen, daß der Irak das kurdische Volk mit gewaltigen Mengen an chemischen Waffen vergast habe, kann nur nicht untermauert werden, sondern wir sind überzeugt davon, daß dies niemals geschehen ist.«

Weiter heißt es in dem Bericht: »Wir haben keinerlei Beweise dafür, daß chemische Wafen jemals gegen die kurdische Minderheit im Irak eingesetzt wurden.«

Uns wird von George Bush und von anderen im Establishment gesagt, daß wir alle den großen Sieg im Wüstensturm feiern sollten. Was ist Ihre Reaktion auf all diese Dinge?

Baker: Ich bin so empört darüber. Es sollte »Wüstenschande« genannt werden. Wir reden über Schießereien im Vorbeifahren in Los Angeles und anderen Städten. Dies war eine Schießerei im Vorbeifliegen durch amerikanische bewaffnete Streitkräfte.

In all meinen Jahren – und besonders als Kriegsteilnehmer der US-Marines – habe ich mich niemals so für unser Land geschämt, wie zu dem Zeitpunkt, als ich durch die Straßen von Bagdad und durch die ganze Region streifte und die Verwüstung sah.

Die Propaganda kam schnell und wütend. Wir haben viel darüber gehört, daß kuwaitische Babys aus Brutkästen gezerrt und auf den Boden geworfen wurden.

Baker: Ich habe eine 50seitige Studie mit dem Titel »Deception in the Gulf« geschrieben, in der ich dokumentarisch festgelegt habe, wie oft Präsident Bush die inzwischen gründlich widerlegte Story über die von irakischen Soldaten aus den Brutkästen geworfenen Babys verzapft hat.

Bush gebrauchte diese Story 331 Mal!

Wie entstand diese Geschichte und wie kommt es, daß sie schließlich immer wiederholt wurde – insgesamt 331 Mal – von Bush? Sind unsere CIA-Leute so dumm, daß sie darauf reinfielen? Nein, keineswegs. Es war eine reine Erfindung, die darauf abzielte, das amerikanische Volk dazu zu bringen, gelbe Bänder um die Bäume zu binden und Aufkleber auf ihre Stoßstangen zu heften mit der Beschriftung: »Wir unterstützen unsere Soldaten.«

Die Leute, die darauf hereinfielen, können jetzt die gelben Bänder fressen, um die Arbeitsplätze, die sie wegen der zusammenbrechenden Wirtschaft verlieren, zu feiern.

Die Urheberin dieser Greuelgeschichten war, wie wir jetzt wissen, ein Mädchen, das vor dem Kongreß aussagte und das zufällig die Tochter des Botschafters für die Vereinigten Staaten aus Kuwait ist, der ein Mitglied der königlichen Familie al-Sabah ist.

Die wahre Identität des Mädchens wurde bis nach dem Krieg streng geheimgehalten. Ihre Geschichten entsprachen nicht der Wahrheit.

Baker: Der Botschafter ist einer jener Prinzen, die das kuwaitische Volk haßt. Es ist eine unverschämte Bande, die seit Jahren von allen Arabern gehaßt wird.

Amnesty International besitzt Dokumente über alle Formen von Greueltaten, die von der Familie al-Sabah über die Jahre hinweg begangen wurden.

Das amerikanische Volk wurde jedoch veralbert, und niemand kannte die ganze Geschichte.

Der CIA war aber nicht darauf hereingefallen, nicht wahr?

Baker: Das ist richtig. Bevor wir in den Irak einmarschierten, war klar, was wirklich vor sich ging. Wir brauchten einen Krieg, und Saddam Hussein kam gerade richtig. Wir bauten ihn auf. Wir täuschten Saddam Hussein und wir führten das amerikanische Volk hinters Licht. Unser CIA war darüber völlig im Bilde.

Was ist nun mit all den Stories über Amerikas »kluge« Bomben und das präzise Bombardement, das die US-Streitkräfte angeblich durchführten, mit wenig Verlusten an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, sehr zur Freude des amerikanischen Volkes, das die ruhmreiche Armee feiern wollte?

Baker: Das ist einfach nicht wahr. General Michael Duggan, der Stabschef der Air Force war, sagte im September 1990 vor dem Kongreß, ein gewaltiger Bombenfeldzug aus der Luft sei notwendig, um Saddam Hussein aus Kuwait herauszubekommen. Duggan sagte: »Die Schneidkante wird in der Innenstadt von Bagdad sein.«

Ein Oberst im Heeresnachrichtendienst hat mir einen Bericht zugespielt, in dem er dokumentiert, wie sich die Vereinigten Staaten Saddam Hussein zum Ziel genommen haben, um ihn zu ermorden.

Wir engagierten den CIA in einer 42tägigen Kampagne, ihn ausfindig zu machen, und ihn in seinem Motor-Home amerikanischer Fabrikation, das er, wie die CIA-Leute glaubten, benutzte, zu töten. Marschflugraketen vom Typ Tomahawk und Stealth-Bomber waren am Werk und versuchten, ihn zu töten, aber die amerikanische Regierung log und sagte, wir hätten das nicht versucht.

Aus dem Bericht des Obersten geht hervor, und ich zitiere: »Eine Schande für die USA ist die Bombardierung der gesamten Stadt Bagdad um jeden Preis, ungeachtet der tausende von bekannten Todesfällen, die dadurch verursacht wurden.«

Mit anderen Worten, Führungs-Ziele hatten eine hohe Priorität; vergessen Sie die Zahl der Menschen, die getötet wurden.

Er sagte, als er herausfinden wollte, ob es irakische Zivilisten oder irakische Führer waren, die getötet wurden, sagte ihm jemand im US-Verteidigungsministerium, das wisse man nicht.

»Verbrannte Frauen und Kinder sehen alle gleich aus, nicht wahr?«, wurde ihm gesagt.

So tief ist die amerikanische Regierung gesunken: Eine neue, niedrige Form des Mordens, der Barbarei und des Völkermords. Das ist Unrecht. Ich bin durch den Irak hindurch gefahren, und ich kann Ihnen sagen, daß 80 Prozent aller Todesfälle seit der Feuereinstellung Kinder unter sieben Jahren sind.

Ich war mit einer Studienmannschaft teilweise von der School of Publik Health an der Harvard University und teilweise von der Universität Oxford zusammen. Es befanden sich 87 Ärzte in der Mannschaft. Einmal war ich vier oder fünf Tage bei ihnen.

Im Irak sind heute nur 35 Prozent der 1990 betriebenen Stromanlagen in Betrieb. Achtundzwanzig große moderne Abwasseranlagen und 18 Wasseraufbereitungsanlagen wurden gezielt angegriffen, und sie alle wurden zerstört.

Sämtliche Trinkwasserversorgungs-Zentren wurden zerstört. Das amerikanische Embargo läßt keinen Chlor ins Land, und ohne Chlor kann das Wasser nicht gereinigt werden.

Alles in allem wird mehrere Monate lang weniger als drei Prozent des notwendigen Trinkwassers vorhanden sein, das für 18 Millionen Menschen benötigt wird.

Insgesamt 170000 Kinder sind seit dem 7. Januar an Darmkrankheiten, kompliziert durch Unterernährung, gestorben.

Ich sah Frauen in Krankenhäusern mit Babys in ihren Krippen, die verhungerten. Ich sah einige der ausgebombten Krankenhäuser. Es gab nur ein Krankenhaus im Land, das Nierenverpflanzungen und fortgeschrittene Herz-Chirurgie durchführen konnte, und unserer Streitkräfte nahmen dieses Krankenhaus gleich am ersten Tag aufs Korn.

Die Stadt Basra wurde noch vollständiger zerstört als Bagdad.

Baker: Es war furchtbar. Wir hörten immer wieder von den klugen Bomben. Nach dem Bericht des Obersten, der mir vorliegt, ist jedoch die Wahrheit, daß die Mehrzahl, der gegen den Irak eingesetzten Munitionen, keine klugen Bomben, sondern die normalen »dummen« Bomben waren.

Amerikanische Düsenbomber warfen 88500 Tonnen Bomben, und 70 Prozent von diesen Bomben verfehlten ihre Ziele.

Besonders empörend ist die fortdauernde Bombarbierung von Kraftwerken und das andauernde Embargo heute.

Ohne elektrischen Strom können

Irak

Die Lügen des Establishments

Kühlanlagen zur Lagerung von Blut, Brutkästen für Kleinkinder und alle diese Dinge nicht betrieben werden.

Die Lage war so verzweifelt, daß ich, als ich dort war, Zeuge dessen wurde, daß ein Krankenhaus Läufer losschickte, um jemanden zu suchen, der die richtige Sorte Blut spenden konnte, als eine Operation im Gange war.

Die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak sollen angeblich keine Nahrungsmittel und Arzneimittel beinhalten, aber die amerikanische Regierung setzt Sanktionen gegen Nahrungsmittel und Arzneimittel durch.

Es ist eine unglaubliche Situation.

Die Sterbeziffer für Kinder unter drei Jahren liegt jetzt um 295 Prozent höher als vor Ausbruch des Konflikts. Vorher gab es etwa 22 Todesfälle pro tausend Geburten. Jetzt sind es 87 Todesfälle pro tausend Geburten.

Laut Weltgesundheitsorganisation gibt es 3,4 Millionen Kinder unter fünf Jahren, und eine Million davon sind derzeit unterernährt. Es gab 56 amerikanische Farmer, die sagten, statt ihre Milch zu vernichten, weil sie keine anständigen Preise dafür bekommen konnten, sie sich dazu entschlossen hätten, Milchpulver für die Kleinkinder in den Irak zu liefern. Sie mußten es jedoch hineinschmuggeln, weil die Vereinigten Staaten keine Lebensmittel in den Irak hineinlassen. Wir bestrafen die Zivilbevölkerung des Irak, weil sie nicht versucht, Saddam zu stürzen. Diese ganze Farce sollte angeblich nur dazu dienen, Saddam aus Kuwait herauszubekommen, was uns ja auch gelungen ist. Der Krieg wurde angeblich nicht geführt, um Saddam aus der Macht zu verdrängen.

Wie denkt das irakische Volk über all diese Dinge? Macht es Saddam Hussein dafür verantwortlich?

Baker: Ich sprach mit einer älteren Frau, die bei den Bombenangriffen sechs Familienmitglieder verloren hatte, und ich fragte sie, ob sie Saddam Hussein dafür verantwortlich mache. Sie sagte: »Saddam Hussein war derjenige, der uns unsere Modernität gegeben hat. Er gab uns alles, was wir haben. Saddam Hussein nahm die Öl-Einkommen und verwendete sie zu unserem Wohle.

Es waren amerikanische Bomben, britische Bomben und französische Bomben, die uns auf den Kopf fielen und meinen Mann und meine Kinder töteten und mein Haus zerstörten«, sagte sie.

Das irakische Volk haßt die Vereinigten Staaten, nicht Saddam Hussein, und das ist es, was Bush und die Abgeordneten Stephen Solarz und Newt Gingrich sowie die anderen so wütend macht.

Sie sind ein christlicher Archäologe von Beruf. Sie müssen doch von dem Verlust an Antiquitäten – christliche und nichtchristliche – als Folge der Bombardierung angewidert sein.

Baker: Die amerikanischen Streitkräfte verwüsteten vier der ältesten und bedeutendsten Kulturstätten der Geschichte. Die Hängenden Gärten von Babylon, die gerade erst von den Irakis für den Tourismus restauriert worden waren, sind vernichtet. Das US-Militär behauptete, Scud-Raketen seien dort verborgen gewesen. Daran ist kein einziges Wort wahr. Wir bestraften den Irak. Dies ist der erste Schlag der »Neuen Weltordnung«. Was wird mit dem übrigen Nahen Osten geschehen?

Was geht zwischen Irak und Iran vor?

Baker: Der Iran ist jetzt die mächtigste Militärmacht im Nahen Osten. Seit dem Fiasko am Persischen Golf haben die Iraner in aller Stille ihre Streitkräfte aufgebaut. Sie kaufen alle Waffen, die sie bekommen können.
Alle islamischen Führer des Nahen Ostens sind kürzlich zusammengetroffen, und es war der Iran, der zu einem heiligen Krieg gegen Israel und gegen die Vereinigten Staaten aufrief.

Bei dem im Nahen Osten geschaffenen Vakuum gibt es ein neues Machtbündnis in der Region.

Vorher war es so, daß wir Saddam Hussein in Konflikt mit Präsident Hafez al-Assad von Syrien hatten, die miteinander rangen, um festzulegen, wer die arabische Welt führen sollte. Heute gibt es jedoch eine neue Koalition: Syrien und der Iran haben sich verbündet.

Wie schätzen Sie die derzeitige Politik der USA im Nahen Osten ein?

Baker: Die Vereinigten Staaten sind sowohl araberfeindlich als anti-islamisch eingestellt. Wir werden in der Neuen Weltordnung, von der Bush redet, niemals einen arabischen Nationalismus dulden.

Deswegen können Leute wie Ayatollah Khomeini im Iran und Präsident Gamal Abdel Nasser von Ägypten sowie König Faisal von Saudi-Arabien nicht geduldet werden. Wir lehnen jeden arabischen oder persischen nationalistischen Führer im Nahen Osten ab.

Plötzlich haben wir auch die angeblichen Bombenattentäter der Pan Am 103 – die über Lockerbie, Schottland, in die Luft gesprengt wurde – als Libyer identifiziert, obwohl Beweise darauf hindeuten, daß es ein Syrer – finanziert vom Iran – war, der für den Bombenanschlag verantwortlich ist. Jetzt beschuldigen wir Libyen.

Der Grund ist folgender: Wir tun dies, um einen weiteren militärischen Schlag gegen ein anderes arabisches Land zu rechtfertigen, das einen charismatischen Führer hat.

Das Ziel ist Libyen. Präsident Hosni Mubarak von Ägypten – ein Verbündeter der USA – rief kürzlich in einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 20.

November 1991 in Straßburg, Frankreich zur Bildung eines Mittelmeer-Forums auf. Dies ist ein amerikanisches Komplott, um eine »Arabische NATO« ins Leben zu rufen.

Dadurch würde ein System geschaffen, bei dem Ägypten und Saudi-Arabien die Dinge in der Region für die Vereinigten Staaten und für die Europäer regeln würden. Der Einzige, der sich offen gegen diesen Plan ausgesprochen hat, war Oberst Muhammar el-Gadaffi von Libyen.

Es gibt einen breit angelegten Plan zur Wiederherstellung des Kolonialismus im Nahen Osten, und dies war durch die Niederlage des Iraks erst möglich.

Wir versuchten, schon 1987, Gadaffi durch einen Bombenangriff zu töten. Er ist trotz allem, was uns erzählt wird, nicht verrückter als Saddam Hussein. Gadaffi ist schlau und seinem libyschen Volke und dem arabischen Volk sehr verbunden.

Ihnen liegt die interessante Erklärung einer wohlbekannten militärischen Persönlichkeit vor, die die erstaunlichen Konflikte in der amerikanischen Nahost-Politik erhellt. Können Sie uns etwas dazu sagen?

Baker: In einem Statement vor dem Senate Appropriations Committee (Bewilligungs-Ausschuß) am 6. März 1992 sagte der Star-Zeuge folgendes: »Der Waffenstillstand mit dem Iran hat diesem ermöglicht, seinen Versuch, innerhalb der arabischen Welt zu Einfluß zu gelangen, wiederaufzunehmen. Der Irak beendete den Krieg mit einer der größten, bestausgerüsteten Militärmacht der Welt.

Obwohl im allgemeinen mißtrauisch gegenüber den Vereinigten Staaten, würde der Irak eine maßvolle Beteiligung der USA an seiner wirtschaftlichen Entwicklung begrüßen. Derzeit machen Ölexporte den Irak zum zweitgrößten Handelsparter der Vereinigten Staaten im Nahen Osten.«

Der Zeuge fuhr fort: »Meiner Meinung nach sollten die Vereinigten Staaten weiterhin ihre Kontakte zum Iran entwickeln, indem sie selektiv auf den vorhandenen politisch-wirtschaftlichen Beziehungen aufbauen.«

Der Star-Zeuge, der gute Beziehungen zum Irak befürwortet, ist kein Geringerer als General Norman Schwarzkopf. Er sagte, der Irak sei keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten. Es ist der gleiche General Schwarzkopf, der unsere Feldtruppen gegen den Irak befehligte. □

Libyen

Sanktionen auf Grund von Desinformationen

Warren Hough

Die kürzliche Auferlegung von Sanktionen gegen Libyen durch die Vereinten Nationen ist das Endergebnis einer Kampagne der Desinformation und des Terrors des israelischen Mossads, der nach altehrwürdigen Traditionen operiert.

Gefälschte Geheimdienstberichte und direkte Desinformation vom Mossad, Israels Geheimdienst, verbreitet, haben westliche Regierungen über die Jahre hinweg zu mehr als einem politischen Fehler und strategischen Fehleinschätzungen verleitet, bevor sie eine Schlüsselrolle bei den Strafsanktionen spielten, die Libyen vor einigen Monaten auferlegt wurden. So lautet die Warnung in einer geheimen diplomatischen Denkschrift.

Denkschrift einer arabischen Krisenmannschaft

In dem Dokument ist auch davon die Rede, daß eine »pro-israelische Fraktion innerhalb des CIA, angeführt von dem inzwischen verstorbenen James J. Angleton, sich mit dem Mossad zur Fälschung von Geheimdienstnachrichten verschwor, auch als die amerikanische Regierung selbst durch das Ergebnis getäuscht wurde«, heißt es in dem streng gehüteten Bericht.

Die 48-seitige Denkschrift wurde von Experten der Arabischen Liga mit Unterstützung einer »Krisenmannschaft« aus verschiedenen Ländern – Algerien, Tunesien, Sudan, Marokko und Mauretanien – als »Maghreb-Block« bekannt, zusammengestellt.

Er wurde dem amerikanischen Außenminister James Baker und den Außenministern anderer Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zugeleitet, eine Woche bevor diese Versammlung am 15. April 1992 Libyen harte Luftverkehrs-, militärische und diplomatische Beschränkungen auferlegte.

Indem die gängige Auffassung »arabischer Terrorismus«, die inzwischen zu einem Schlagwort der Nachrichtenorganisationen des Establishments geworden ist, zurückgewiesen wird, gibt die Denkschrift einen Überblick über Jahrzehnte der Geschichte, um zu dokumentieren, daß der sogenannte Staatsterrorismus von Israel organisiert und sowohl in den Nahen Osten als auch in die westliche Welt eingeführt wurde.

Die Wahrheit verstimmte de Gaulle

Am 29. Oktober 1965, ruft der Bericht ins Gedächtnis zurück, entführte eine Mannschaft von Mossad-Agenten Mehdi Ben Barka, einen populären marokkanischen Oppositionsführer, in der Innenstadt von Paris. Das Opfer wurde anschließend in einer Vorstadtvilla ermordet. Obwohl die ganze »Terror-gegen-Anwerbung«-Operation von israelischen Schlägertruppen ausgeführt wurde, machten spätere CIA-Berichte »abtrünnige französische Sicherheitsagenten« dafür verantwortlich, was zu einer Unstimmigkeit zwischen französischen und amerikanischen Geheimdiensten führte, die jahrelang andauerte.

Als er nach und nach die Wahrheit über diesen terroristischen Skandal erfuhr, war der französische Staatspräsident Charles de Gaulle »verstimmt« und wandte sich scharf gegen den nahöstlichen Kleinstaat. Er ordnete an, jede französische Hilfe an Israel einzustellen und nannte den Mossad »einen kriminellen Staat innerhalb des Staates... mit einer Gangster-Mentalität und der Macht, zu tun, was er will«.

Um zu dokumentieren, daß der Mossad dazu bereit war, seine eigene Regierunng, den Ministerpräsidenten von Israel zu täuschen und zu manipulieren, um die Ermordung und Verstümmelung seiner vermuteten Gegner schon vor 30 Jahren zu rechtfertigen, gibt die Denkschrift einen Überblick über die sogenannte Operation Damokles von 1962 die von Isser Harel, damals als Chef des Mossads dienend, geleitet wurde.

Die Deutschen waren das Ziel

Damokles zielte auf deutsche Techniker und ihre Laborgehilfen ab. Ein Dutzend von ihnen wurden ermordet, und die doppelte Anzahl verstümmelt durch Briefbomben des Mossads oder durch Sprengstoffe, die an ihren Wagen befestigt wurden. Laut Harel waren die Opfer eine »Bedrohung«, weil sie der Regierung von Ägypten technische Ratschläge zur Herstellung von Raketen, vielleicht sogar Atomsprengköpfen, erteilt hätten.

Israels eigener Leiter des militärischen Geheimdienstes seiner Zeit, General Meir Amit, teilte dem Premierminister David Ben Gurion mit, daß die Behauptungen des Mossad bestenfalls »Übertreibungen« und zum größten Teil direkte Fälschungen seien. Als der Ministerpräsident anordnete, die Terrorkampagne gegen deutsche Techniker einzustellen, antwortete der Mossad mit einer anderen, jetzt schon vertrauten Taktik: Er fütterte die Presse mit Desinformationen über organisierte »undichte Stellen«, um öffentliche Unterstützung für die mörderische Taktik seiner Agenten zu bekommen.

Der Schuß ging nach hinten los. In dem sich daraus ergebenden Machtkampf zog Harel den Kürzeren. Er wurde gefeuert, und Amit übernahm eine Zeitlang das Kommando über den Mossad.

Kriege werden angezettelt

Aber auf lange Sicht gewann Harels terroristische Taktik, unterstützt von Desinformationskampagnen, die Oberhand, warnt die Denkschrift. Im vergangenen Vierteljahrhundert haben diese Mossad-Manöver eine Schlüsselrolle bei der Anzettelung von Kriegen gespielt – beim Einmarsch in den Libanon 1982, und dem sich lange hinziehenden, katastrophalen Iran-Irak-Krieg, um nur zwei Beispiele aus dem Bericht zu nennen –; bei der Destabilisierung von großen Staaten unter anderem Iran und Sudan; bei der Entfachung einer »Kultur des Terrorismus« im Nahen Osten; und bei anderen »schicksalhaften Ereignissen«.

»Jetzt haben zweifelhafte Beschuldigungen des ›Terrorismus‹ gegen ein anderes arabisches Land (Libyen) eine weitere Krise in unserer Region entfacht«, heißt es weiter in der Denkschrift. »Wir beobachten diese ernsthaften Entwicklungen in einem Augenblick wo Beweise auftauchen, die darauf hindeuten, daß ähnliche Anklagen, die 1986 erhoben wurden, um die Bombenangriffe auf Libyen zu rechtfertigen, Fälschungen waren.

Um den Frieden und die moralische Autorität der Vereinten Nationen zu bewahren, dürfen wir nicht noch einmal Opfer der Täuschungen und der politischen Fehltritte der Vergangenheit werden.« □



Ein neues Macht-instrument der Regierenden

Zweiter Teil und Schluß

Helmut Fasbender

Dioxine sind eine Stoffgruppe chemischer Verbindungen, etwa 140 an der Zahl, von denen die halogenierten – also mit Chlor oder Brom umgesetzten – giftiger als die nicht halogenierten sind. Als Prototyp gilt das 2,3,7,8 Tetrachlordibenzodioxin, bekannt als Seveso-Gift, dessen Giftigkeit im Vergleich zu den anderen Dioxinen gleich eins gesetzt wird und an dem sie in ihrer Toxizität gemessen werden. Das Wort Dioxin wird im Zusammenhang mit allen erdenklichen Verbrennungs- und Hochtemperaturprozessen im Munde geführt, und zwar meist von Leuten, die nicht wissen, was es ist.

Wer das Wort Dioxin ausspricht oder hört, bekreuzigt sich gewissermaßen vor dem angeblichen »Ultragift«, so daß es inzwischen ungefähr die Rolle des Teufels im Mittelalter spielt. Was in Seveso passiert ist, wissen die wenigsten – und sollen es auch gar nicht wissen. Eine Fernsehreportage im 3. Programm West Ende vergangenen Jahres erwähnte zwar korrekt die 184 Fälle amtlich beglaubigter Chlorakne – keine Toten –, von denen übrigens die meisten wieder zurückgegangen sind, verweilte aber genußvoll mit der Kamera bei Massengräbern von Tierkadavern, ohne zu erwähnen, daß diese Haustiere einer voreilig befohlenen Notschlachtungsaktion zum Opfer gefallen sind, so als seien sie alle durch Dioxin vergiftet worden. Durch direkte Dioxineinwirkung sind sechs Rinder, zwei Pferde, drei Schweine und eine Ziege eingegangen sowie ungefähr 3000 Kleintiere. Die typische Vorgehensweise unserer Medien!

Aber wie gefährlich sind »Dioxin«, wie wir vereinfachend das 2,3,7,8 Tetrachlorderivat nennen wollen, und seine »Kongenere« – verwandte Stoffe mit derselben chemischen Grundkonfiguration – nun wirklich? Die Flut der Dioxinuntersuchungen und -publikationen hat inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, daß sie nur noch von Spezialisten einigermaßen überschaut und beurteilt werden kann. Insofern wissen wir aber über diese Stoffgruppe jetzt auch sehr gut Bescheid und können zu einem fundierten Urteil kommen.

Die Vorstellung vom Ultragift relativiert

Nachdem jahrelang die Hypothese galt, ein jedes Dioxinmolekül werde in den menschlichen Zellen gespeichert und löse beim Überschreiten eines Grenzwertes Krebs aus, ist diese Annahme aufgrund neuerer Forschungsergebnisse nicht mehr haltbar. Die Vorstellung, Dioxin sei das Ultragift schlechthin, wurde von europäischen und amerikanischen Wissenschaftlern auf zwei richtungsweisenden Konferenzen, der Banbury-Konferenz im Oktober 1990 – und dem 11. Internationalen Dioxin-Symposium im September 1991 in North Carolina, endlich relativiert.

Dr. Vernon Houk, Direktor des Center for Environmental Health and Injury Control at the Centers of Disease Control, kein unbedeutender Mann also, äußerte sich dahingehend, daß »Dioxin höchstens ein schwaches (weak) Carcinogen bei hohen Dosen« sei. Hierzu muß man wissen, daß Houk als Regierungsverantwortlicher 1983 den Ort Times Beach in Montana wegen mutmaßlicher Dioxinverseuchung räumen ließ. Heute gibt er an, daß seine damalige Entscheidung, gefällt auf der Grundlage des zu der Zeit besten wissenschaftlichen Erkenntnisstandes, wohl ein Fehler war (Chemical Marketing Reporter 19.10.91 und C. & EN. 12.8.91). Ein solcher Akt bemerkenswerter Zivilcourage wäre hierzulande eher unwahrscheinlich.

Das Lieblingsspielzeug der Linken

Damit zurück nach Deutschland! Vom 11. bis 13. November 1991 fand in Augsburg unter der Regie des Lehrstuhls für Ökologische Chemie und Geochemie der Universität Bayreuth eine Dioxin-Informationsveranstaltung statt, auf der über die wichtigsten Ergebnisse des 11. Internationalen Symposiums berichtet wurde. Obwohl es sich um eine wissenschaftliche Fachtagung handelte, wurde von Mitgliedern der linken Öko-Szene, die sich ihr Lieblingsspielzeug Dioxin nicht nehmen lassen wollten, immer wieder versucht, sie zu einer politischen Veranstaltung mit Tribunalcharakter umzufunktionieren.

Insbesondere die Toxikologen Neubert und Greim, die gewissermaßen eine Kronzeugen-Funktion innehatten, wurden in den Diskussionen unqualifiziert angegriffen und persönlich unter Druck gesetzt. Anstatt präzise Fragen zu stellen, versuchten diese Leute, sich durch weitschweifige Deklamationen in Szene zu setzen.

Am besten wurde Professor Rozman, der über das 11. Symposium und besonders eingehend über die umstrittene »Fingerhut«-Studie«, so genannt nach ihrer Verfasserin, berichtete, mit seinen Angreifern fertig. Auf die Frage, ob er nicht wisse, daß bereits in einem Gerichtsurteil der Zusammenhang zwischen Dioxineinwirkung und Krebs gewissermaßen amtlich festgestellt worden sei und der Betroffene (ein ehemaliger Angehöriger der Firma Boehringer, Werk Hamburg; der Verfasser) daraufhin eine Rente von der Berufsgenossenschaft erhalte, antwortete Rozman kühl: »Es tut mir leid, meine Dame, aber ein Gerichtsurteil ist kein wissenschaftlicher Beweis.« Wie wahr!

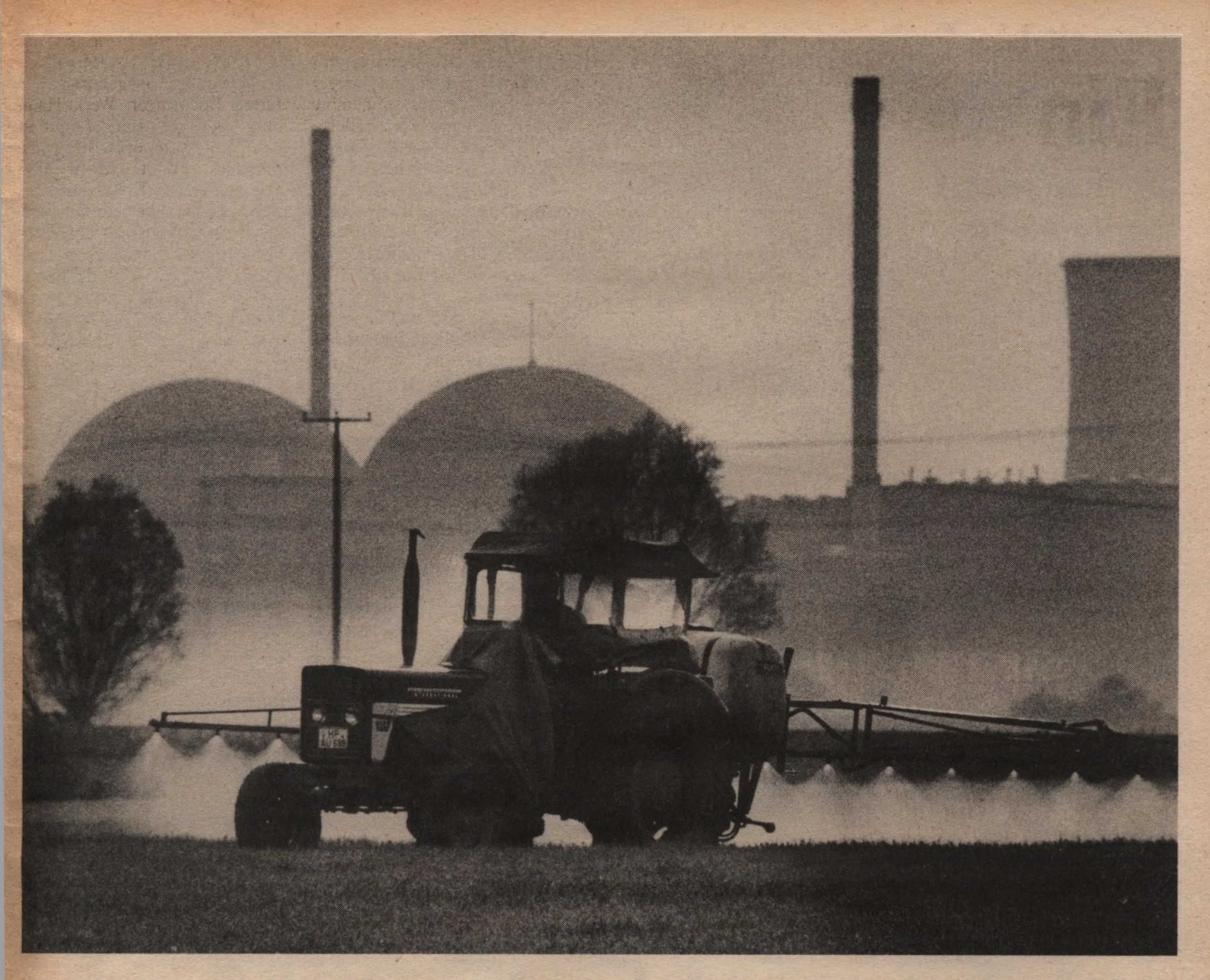
In Wirklichkeit geht es der linken Öko-Szene, die sich auf Dioxin spezialisiert hat, gar nicht um das Thema als solches. Es handelt sich um den harten Kern der ehemaligen Wackersdorf-Verhinderer, der sich nunmehr auf die Verhinderung der Müllverbrennung konzentriert, um die Wirtschaft von hinten her zum Erliegen zu bringen.

Folgerichtig bauten diese Leute im Tagungsfoyer Propagandamaterial auf, mit dem sie die Ergebnisse beider amerikanischer Kongresse anzufechten suchten. Sie behaupteten einfach, die entlastenden Gutachten seien von »der Chlorchemie« bestellt und bezahlt worden. Die Chlorchemie ist nämlich ein Lieblingsthema linker Umweltschützer, obwohl die Natur zigmal so viel chlorhaltige Chemikalien produziert wie die chemische Industrie auf der ganzen Welt.

Folge einer pseudowissenschaftlichen Kampagne

Im Grunde ist es unverantwortlich, ein wissenschaftlich so diffiziles und bezüglich seines Kenntnisstandes noch nicht abgeschlossenes Thema wie Dioxin in die Öffentlichkeit zu tragen und vor Menschen auszubreiten, die nicht nur von Chemie nichts verstehen, sondern sogar mit Mengenangaben wie Nanogramm oder Konzentrationsangaben wie ppb oder ppt nichts anfangen können. Diskussionen über solche Themen in der Öffentlichkeit, noch dazu emotional aufgeladen, bewegen sich zwangsläufig im luftleeren Raum und bewirken nur eine allgemeine Verunsicherung, was wohl auch beabsichtigt ist.

Aber Professor Töpfer, vigilant wie immer, bereitet zum Schutz der Bevölkerung eine – völlig überflüssige – Dioxinverordnung vor und hat erst einmal als Sofort-



Wo der Mensch auftaucht, muß die Natur weichen, denn er lebt von ihr und auf ihre Kosten.

maßnahme in der 17. Fassung des Bundesimmissionsschutzgesetzes den Sollwert für Dioxine und Furane im Abgas von Müllverbrennungsanlagen auf maximal 0,1 ppt (ein Zehnteltrillionstel Gramm pro Normkubikmeter) festgesetzt, was bedeutet, daß die 48 deutschen MVA's, wenn sie einmal mit immensem Aufwand umgerüstet sein werden, pro Jahr insgesamt noch vier Gramm Dioxin in die Luft ausstoßen werden.

Sinnigerweise ist aber für Großfeuerungsanlagen kein Sollwert vorgegeben – eine Schließung hätte katastrophale Folgen –, und Hausbrand wurde bisher wohlweislich auch noch nicht auf Dioxin im Abgas untersucht. Würde man nämlich fündig werden, was zu erwarten steht, müßte man konsequenterweise entweder das ganze Volk frieren lassen oder die Wirtschaft aus der Dioxinfalle befreien. Also wird lieber nicht gemessen.

Nutznießer und Hintergründe der Umweltkampagne

Die allgemeine Dioxinhysterie ist die Folge einer pseudowissenschaftlichen Kampagne, die ihren Zweck, die Verhinderung weiterer Abfallverbrennungsanlagen, bisher voll erreicht hat. Die Auswirkungen werden wir bald zu spüren bekommen.
Wir lachen über die unverschämte Prahlerei der Werbung über das dick aufgetragene Eigenlob der Werbung, weil wir ihren selbstsüchtigen Zweck unmittelbar erkennen. Dagegen ist der Tarnmantel der Umweltideologie, der aus edlen, uneigennützigen Motiven, gewissermaßen aus lauter Redlichkeit, gewoben scheint, sehr viel schwerer zu durchdringen, obwohl sie uns fast mit derselben apodiktischen Impertinenz entgegentritt. Die alte Polizeifrage »Cui bono – wem nützt es?« führt uns im Endeffekt zu folgenden Erkenntnissen:

Zunächst nützt die Ideologie denen, die von ihr leben oder zu leben beabsichtigen, also dem bereits erwähnten Heer von Beamten, Firmenangestellen, Journalisten, Politikern, Verbandsfunktionären, Angehörigen von Umweltorganisationen, Wissenschaftlern und ihren Hilfskräften sowie von Mitarbeitern der Entsorgungsbranche. Entsorgungsunternehmen und Behörden leben inzwischen in gedeihlicher Symbiose miteinander.

Bei den Wissenschaftlern, zu denen auch die Schar der Berater und Sachverständigen zu rechnen ist, handelt es sich manchmal um zweit- oder drittklassige Vertreter ihres Faches, die es hierin nicht zu der erstrebten Spitzenstellung gebracht haben und es nun auf dem Felde eines Modetrends versuchen. Ganze Karrieren werden auf die Umwelt gegründet. Alle diese Protagonisten der Bewegung stellen aber gewissermaßen nur die niedrige Geistlichkeit dar.

Umweltorganisationen wie Greenpeace leben inzwischen sehr gut von Spenden sowie von Bußgeldern, die Gerichte ihnen

Umwelt-Ideologie

Ein neues Macht-instrument der Regierenden

zuerkennen, haben ursprünglich aber eine Anschubfinanzierung aus meist obskuren Quellen erhalten.

Für die Presse als Institution, überhaupt die Jedermann-Medien, ist das Thema Umwelt das gefundene Fressen schlechthin. Schließlich sind es Institutionen, die sich die Aufdeckung von Mißständen, die »Enthüllung« von Skandalen zum Schutz und Wohl der Öffentlichkeit auf die Fahne geschrieben haben und ihre Daseinsberechtigung zum Teil daraus herleiten. Stoff zur Berichterstattung ist bei der Umwelt immer da. Auch gibt es immer jemanden anzuprangern.

Das Ziel der Stimmungsmache

Über die Art und Weise, wie hierbei zu Werke gegangen wird, nachstehend eine kleine Kostprobe:

»Verseuchter Schlamm, Dioxine (da sind sie wieder!), Schwermetalle – der Westen kippt seinen Dreck bei uns ab!« tobt die »Bild«-Zeitung, Berliner Ausgabe vom 29. Januar 1992. Was nun kommt, strotzt, wie üblich, von Fehlern, die aber nur der Insider erkennt.

So ist der angebliche Chemiegigant (Stimmungsmache gegen die Chemie!) Hüls Troisdorf AG in Wirklichkeit ein eher mittelständisches Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie. Es wird auch kein Elektronikschrott verbrannt, wie behauptet wird, sondern Reste von Hartpapier- und Hartgewebetafeln, und die Unterstellung, die zuständige Behörde (Komplizenschaft!) habe früher die Dioxin-Belastung der Abgase nicht gemessen, weil sie »jetzt endlich reagieren« und »im Februar messen« will, ist einfach nicht wahr. Die behaupteten »unterschiedlichen Gesetze zwischen den alten und neuen Bundesländern« existieren ebenfalls nicht.

Aber was nützt ein Einspruch! Das Ziel der Stimmung – und Panikmache ist erreicht, die Berichtigung, falls eine erfolgt, liest sowieso niemand mehr. Es ist verständlich, wenn ein Massenblatt seine Nachrichten reißerisch aufmacht, denn davon lebt es, aber die Informationen selbst müssen stimmen, vor allem wenn sie wichtig und von allgemeinem Interesse sind.

Der störende angeblich mündige Bürger

Der Ton sachlicher Information, ruhiger Untersuchung und gewissenhafter Abwägung des Dafür und Dawider, der gerade bei den auf Langzeitwirkung angelegten und weitgehend nur auf Hypothesen gegründeten Umweltthemen dringend geboten wäre, wird generell vertauscht gegen den der unerschütterlichen Gewißheit und marktschreierischen Selbstsicherheit, der allen Scharlatanen und Demagogen zu eigen ist. Kritische Gegenstimmen wirklicher Experten werden unterdrückt, denn sie stören nur.

Wir sehen hier eine deutlich ausgeprägte Parallele im Verhalten der Medien auf bestimmten politischen Feldern. Aber die Umweltthematik ist noch viel schöner als die Berichterstattung über gewisse historische Abläufe. Da gibt es immer noch irgendwo anderslautende Dokumente und Aussagen, die man zwar ignorieren, aber leider nicht einfach beiseite schaffen kann. In der Umwelt dagegen wird ganz bequem nur mit Theorien gearbeitet. Ob sie stimmen oder nicht, stellt sich vielleicht in fünfzig Jahren heraus oder noch später. Wen interessiert es dann noch?

Wenn wie beim sogenannten Robbensterben, das natürlich der Industrie – wem sonst? – angelastet wurde, sich mit einem Mal herausstellt, daß die Tiere eine ansteckende Krankheit, nämlich die Staupe, hatten, wird die Berichterstattung abrupt eingestellt, So einfach ist das mit der Umwelt!

Inzwischen ist auch von der Forderung nach dem »mündigen Bürger« längst nicht mehr die Rede. Zufall? Es scheint vielmehr, als ob die beiden Staatsformen unseres Zeitalters, der Totalitarismus und die parlamentarische Demokratie, beide des unmündigen Bürgers bedürfen, um existieren zu können. Jedenfalls wird durch die konsequente Handhabung der Umweltideologie das ohnehin erdrückende Übergewicht des Staates über den Einzelnen noch verstärkt. Wehe, wenn er in seinem Garten Laub und Zweige verbrennt oder einen von ihm selbst gepflanzten Baum oberhalb eines bestimmten Durchmessers abholzt, ohne vorher um Erlaubnis gefragt zu haben! Wehe, wenn er seinen Müll nicht richtig sortiert! Wehe, wenn er seine Klärgrube leeren läßt, ohne die Behörde zu informieren! Wehe, wenn er sein Auto wäscht!

Milliarden DM Steuergelder wurden in Kalkar regelrecht in den Sand gesetzt.



Was der Umweltwahn vermag, zeigt zum Beisiel eine Schülerdemonstration in Göttingen gegen Getränkedosen. Sie erklärten den 6. November 1991 zum »Tag der Dose« und zogen 3500 Mann stark mit 45000 leeren Getränkedosen unter dem Motto »Total tote Dose – mit der Dose gegen die Dose« vor das Rathaus, wo sie ein Mahnmal gegen die angeblich umweltfeindliche Einwegverpackung errichteten und forderten, daß Göttingen zur »dosenfreien Stadt« würde. Natürlich gaben viele Schulen schulfrei, und das Ganze stand auch natürlich unter der Schirmherrschaft eines Politikers, des niedersächsischen Kultusministers Wernstedt (SPD). Bei solchen gelenkten Aktionen des Volkszornes, noch dazu wegen nichts, muß es einem grausen!

Umweltwahn als Politik

Die Unternehmen trifft der Umweltwahn noch viel härter als den Privatmann. Erstens ist bei ihnen an Gebühren und Abgaben mehr zu holen, zweitens ist die gegen die Industrie gerichtete Stoßkraft dieser Ideologie gar nicht zu verkennen. Daß Grüne in Wirklichkeit verkappte Rote sind, vor allem die sogenannten Realos, die bezeichnenderweise grundsätzlich nur mit Sozialisten koalieren, liegt so klar zu Tage, daß sich eine längere Beweisführung erübrigt. Es gibt auch eine sehr instruktive Broschüre des Bundesinnenministeriums aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre über den Werdegang der wichtigsten grünen Politiker.
Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus hat die grüne Ideologie den Charakter einer Fluchtburg für ehemalige Funktionäre angenommen. Die ursprünglich als Hilfsideologie für den Sozialismus angetretene Umweltbewegung hat sich zu einer eigenständigen stattlichen Ideologie ausgewachsen, die sich aus eigener Kraft behaupten kann. Der permanente Zorn ihrer Funktionäre richtet sich hauptsächlich gegen die chemische Industrie, wahrscheinlich weil sie viele Jahre lang eine Hauptstütze unserer Wirtschaft war und gute Ergebnisse erwirtschaftet hat.

Das muß dringend geändert werden, vor allem mit bösartiger Stimmungsmache gegen die Chemiker, die Giftköche der Nation! Die Kostenbelastung der deutschen chemischen Industrie liegt infolge Umweltauflagen inzwischen rund 60 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Wenn sich das fortsetzt, ist Deutschland kein Chemiestandort mehr!

Die Einnahmequelle der Zukunft

Um den Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie gewissermaßen rechts zu überholen, hat das Haus Töpfer eine hektische Betriebsamkeit entfaltet mit Erlassen, Verordnungen und schönen Verheißungen, und siehe da, man stellt fest, daß die Regierenden allenthalben sich höchst behaglich in der grünen Ideologie festgesetzt und eingerichtet haben. Man ist längst darauf gekommen, daß der Ökologismus die Einnahmequelle der Zukunft ist. Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Abfallbeseitigungskosten, die im Hintergrund lauernde Kohlendioxidabgabe, Sondersteuer auf tropische Hölzer – welch herrliche Vorwände, uns Geld aus der Tasche zu ziehen! Über Steuern würden wir murren, über Umweltabgaben, die nur einem guten Zweck dienen, nicht.

Die unablässige Pressekampagne dient nur dem Ziel, uns dafür weichzuklopfen. Zwar protestiert die Wirtschaft gegen die unsinnige Kostenbelastung, aber das Schöne ist, daß man die Abgaben nicht erheben muß, sondern erheben kann, je nach Bedarf. Der Fiskus kann also den Zeitpunkt selbst bestimmen. Und noch schöner ist, daß man hierfür kein Gesetz braucht, die Parlamente also nicht nötig hat. Es geht alles auf dem Verordnungswege sowohl im Bund, als auch in Ländern und Gemeinden. Hierin sind sich alle Parteien einig.

Die Umweltkampagne dient den Regierenden auch dazu, uns von den wichtigen Dingen abzulenken. Daß unsere Wirtschaft den Krebsgang geht, daß unsere Finanzen ruiniert sind, daß wir mit einem Federstrich unsere Ostgebiete verloren haben, daß Mitteldeutschland nicht auf die Beine kommt, das ist alles nicht wichtig. Wichtig ist vielmehr, daß Nachbar Dingskirchen, der Umweltsünder, eine alte Farbendose in seine Mülltonne gesteckt und sein Auto gewaschen hat.

An der Umweltfront kämpft es sich eben viel leichter als an der richtigen. Die Gegner sind meist nicht aus Fleisch und Bein, sondern Phantome. Ozonloch, saurer Regen, Treibhauseffekt, Dioxin sind geduldig und lassen jede Berichterstattung ohne Protest über sich ergehen.

Die Gottesurteile der Regierenden

Und welch herrliche Erfolge lassen sich an dieser Front erringen! Wenn die Regierung sonst keine vorzuweisen hat, Töpfer und seine Kollegen haben sie. Die Taktik ist altbewährt, wie auf so vielen Gebieten: Man schaffe ein Problem und biete sich als Problemlöser an. Die Lösungen bestehen zwar meist nur aus Ankündigungen oder Drohungen, aber wer wird da so genau hingucken?

Gegen die wirklichen Gegner an dieser Front, die Umweltsünder, hat man überdies eine höchst wirksame Waffe geschmiedet: Das Verursacherprinzip in Verbindung mit der Umkehr der Beweislast. Schüttet mein Nachbar auf meinem Grundstück eine Chemikalie aus und entkommt unerkannt, so werde ich dafür vom Staat in die Haftung genommen, weil »der erste Anschein eines Tatverdachtes« gegen mich sprich. Ich muß also meine Unschuld nachweisen, – Gottesurteil im Mittelalter.

Die Unternehmen kommt dieses Prinzip teuer zu stehen, da sie alles, was Umweltrelevanz hat, dokumentieren müssen, ein unglaublich hoher Aufwand. Für die Behörden ist diese Verfahrensweise bequem, aber selbst wenn sie im allgemeinen Interesse läge, ist diese Durchlöcherung unseres allgemeinen Rechtsprinzipes doch höchst bedenklich. Sie gegen Rauschgifthändler und Mafiosi einzusetzen, hat man bisher interessanterweise nicht geschafft.

Zu recht gewaltsamen Schlußfolgerungen führt das Verursacherprinzip übrigens zum Beispiel bei der in Planung befindlichen »Elektronik-Schrott-Verordnung«. Der Hersteller des Fernsehers wird kurzerhand zum Verursacher erklärt, der nun deshalb für die Beseitigung des Altgerätes Sorge zu tragen habe. Mit derselben Logik könnte man auch den Käufer zum Verursacher erklären, denn ohne ihn wäre der Fernseher gar nicht zustande gekommen. Geräte, die man nicht kauft, werden auch nicht produziert.

Das Verursacherprinzip, das dem Verursacher gleichzeitig eine moralische Schuld zuweist, reicht sogar über die Staatsgrenzen hinweg und begründet den Ökoimperialismus, eine hochinteressante Variante des Ökologismus.

Die Riesenlobby der Umweltideologie und Dogmen

Mit Umweltthemen kann man ungestraft in andere Staaten hineinregieren und ihren Regierungen Vorschriften machen.

Schließlich bleiben der saure Regen und die Klimaveränderung nicht an den Landesgrenzen stehen, sondern stellen weitergreifende, sogar globale Probleme dar. Man wird die Vergabe von Krediten vom Wohlverhalten der Regierungen in Umweltfragen konstruieren.

Hier blickt man in die inneren Zirkel dieser Weltanschauung und sieht Interessen, deren Wahrnehmung gewissermaßen dem Papst und der Kurie vorbehalten sind, um bei unserem Bilde von vorhin zu bleiben. Leider sind die Würdenträger selbst unserem Blick verborgen, aber wir werden noch viel von ihnen hören.

Wir registrieren also eine für die Umweltideologie tätige Riesenlobby, die von Niedrig bis Hoch, von Rot bis Schwarz und von Links bis Rechts reicht und dabei die unterschiedlichsten Interessen verfolgt. Am Stammtisch dieser Ideologie treffen sich alle wieder und trinken ihr Bierchen. Die Zeche bezahlt der Bürger.

Was kann der Bürger nun gegen die mächtige Umweltphalanx ausrichten? Wie gegen alle Modetrends leider nicht viel. Die Dogmen sind schon so fest in die Köpfe gehämmert worden, daß man sagen kann, es handele sich hierbei um eine der größten Verdummungsaktionen, die je mit Erfolg gelaufen sind. □

Vertrauliches

Aids
Für neue Tbc-Epidemie verantwortlich

Der Welt steht eine Tuberkulose-Epidemie von bislang unerträumten Proportionen bevor, vor allem in der Dritten Welt, warnte Dr. Klaus Fleischer, ärztlicher Direktor der Abteilung für tropische Medizin im Missions-Krankenhaus in Würzburg.

Nach Fleischers Schätzungen wird es im Jahr 2000 28 Millionen Opfer der Tuberkulose geben. Die Epidemie, von der Fleischer spricht, ist eine neue Welle von Tuberkulose, die durch Infektion mit HIV, dem Virus, der Aids verursacht, ausgelöst wurde.

Laut World Health Organization sind drei Millionen Menschen mit dem HIV-Virus sowie mit dem Tuberkulose-Bazillus infizert, 2,4 Millionen allein in Ländern südlich der Sahara.

Der dramatische Anstieg der Anzahl der mit Aids und Tuberkulose Infizierten in Afrika bedroht auch die Lepra-Programme, sagt Fleischer. Die bestehenden Gesundheitsdienste können es sich nicht mehr leisten, sich auf ihre Arbeit zur Leprabekämpfung zu konzentrieren, da es an Personal und Geld fehlt.

Aus einer Studie geht hervor, daß die Behandlung eines Aids-Patienten in Uganda, bis zu seinem Tod 15 Dollar kostet. Dies ist aber viel mehr als die zwei bis drei Dollar, die Uganda pro Patient und pro Jahr ausgeben kann. □

Indien
Aids ist im Ansteigen begriffen

Es hat einen alarmierenden Anstieg in der Zahl der HIV-infizierten Menschen in Bombay gegeben, und die »Times of India« berichtet, daß derzeit etwa 1,8 Prozent der Patienten, die Krankenhäuser aufsuchen, den Aids-Virus tragen.

Eine kürzliche Studie über Patienten in städtischen Krankenhäusern habe ergeben, daß 17 von jeweils 1000 Frauen, die nach der Geburt Kliniken aufsuchen, mit HIV infiziert sind. Wenn dies so weitergehe, dann werde um die Jahrhundertwende jede dritte schwangere Frau in Bombay infiziert sein. Auch ein Prozent der Blutbank-Proben seien jetzt infiziert, im Vergleich zu der Hälfte dieser Zahl im vergangenen Jahr, heißt es in der Studie.

Es wird geschätzt, daß 32 Prozent der Prostituierten infiziert sind, im Vergleich zu 20 Prozent im Jahre 1990. Als 1986 erstmals Tests durchgeführt wurden, seien diese bei fünf Prozent der Prostituierten positiv gewesen, schreibt die »Times of India«, auch, daß einige Krankenhäuser in Bombay ihre Türen für solche Patienten verschließen. Bei denen festgestellt wurde, daß sie die Infektion haben oder diejenigen ohne Behandlung entlassen, deren Tests positiv verlaufen sind. □

NASA
Amerikaner studieren sowjetische Raumschiffe

Eine Mannschaft von Technikern der NASA reiste nach Moskau, um das Raumfahrzeug Soyuz zu studieren. Die NASA war vom US-Kongreß dazu aufgefordert worden, zu untersuchen, ob das russische Raumfahrzeug zur Rückführung einer Nothilfemannschaft verwendet werden kann. Es würde in der Space Station Freedom abgestellt werden.
Laut »Space News« wird die NASA-Mannschaft zehn Tage in Moskau verweilen und dort alle technischen Einzelheiten sammeln, die sie finden kann, um diese Möglichkeit auszuwerten. Weil Soyuz nur eine Mannschaft von drei Personen aufnehmen kann, und Freedom eine Mannschaft von vier Personen beherbergt, müßten zwei der Soyuz-Fahrzeuge gekauft werden.

Gleichzeitig setzte die European Space Agency (Raumfahrt-Behörde) die NASA unter Druck, das kleine Raumschiff Hermes, das sie derzeit für diesen Zweck entwickelt, zu diesem Zweck in Erwägung zu ziehen. Die Europäer hoffen, daß die NASA dem Hermes-Programm, das seitens der europäischen Teilnehmer unter Finanzierungszwängen steht, finanziell unter die Arme greifen wird.

Amerikanische Pfennigfuchser auf Kongreßebene haben erklärt, daß es nach Schätzungen der NASA zwei Milliarden Dollar kosten werde, um ein neues Fahrzeug für diesen speziellen Zweck zu entwerfen, und daß die NASA sich nach »billigeren« Alternativen umsehen müsse.

Laut »AviationWeek« hat das russische Verteidigungsministerium inzwischen für den kommenden Sommer Versuche bei dem US-Space Command als Grundlage für zukünftige gemeinsame Raketen-Verteidigungs-Initiativen angeregt. Nach dem vorgeschlagenen Programm würden die Russen ein Raumfahrzeug starten, das zwei kleine Sub-Satelliten ausschleudert. Sowohl russische Radar-Überwachungssysteme als auch solche des US-Space Command würden eingesetzt, um die beiden zu verfolgen, wenn ihre Umlaufbahnen zerfallen. Die beiden militärischen Geheimdienste würden gegenseitig Daten austauschen, die benutzt werden, um Computer-Modelle darüber, wie die obere Atmosphäre die charakteristischen Merkmale des Zerfalls der Umlaufbahn und des Wiedereintritts des Raumfahrzeuges beeinflußt, auf den neuesten Stand zu bringen. □

Somalia
Rotes Kreuz ruft zur Nahrungsmittelhilfe auf

Nur eine weltweite Nothilfeaktion kann Somalia vor der Hungersnot retten, warnt das internationale Bulletin des Roten Kreuzes. Nach Angaben des Roten Kreuzes ist die gesamte Bevölkerung bedroht.

»Die Hilfe darf nicht nur die Hauptstadt Mogadischu, sondern das ganze Land erreichen«, wird der für Afrika verantwortliche Beamte zitiert. »Das Rote Kreuz und die nicht an der Regierung beteiligten Organisationen können die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr decken.«
Ein massives Eingreifen der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen ist erforderlich, um eine allgemeine Hungersnot zu verhindern«.
Nach Schätzung des Roten Kreuzes werden monatlich 35 000 Tonnen Nahrungsmittel benötigt. □

Kanada
Kriegsverbrecherprozeß wird eingestellt

Die kanadische Regierung wurde angewiesen, Michael Pawlowski 151 000 kanadische Dollar zu zahlen für Gerichtskosten, die ihm entstanden sind, als er sich gegen Anklagen verteidigte, er habe im Zweiten Weltkrieg 400 Juden getötet, schrieb die »Southam News«. »Ich kann mir keine schlimmere Anschuldigung gegen irgendjemand vorstellen, als der Greueltaten bezichtigt zu werden, die in der Anklageschrift gegen diesen Beschuldigten behauptet werden«, sagte Richter James Chadwick des Ontario Court, der bei dem Prozeß gegen Pawlowski den Vorsitz führte.
Pawlowski ist ein im Ruhestand lebender Arbeiter aus Ontario, der 1951 aus der Gegend von Minsk in der Sowjetunion nach Kanada kam. Die Krone hat Pawlowski bereits 55 000 kanadische Dollar gezahlt. Chadwick sagte, er bestrafe die Anklage nicht wegen Fehlverhaltens, sondern verteidige Pawlowski der von einer Pension lebt. Richter Chadwick hatte zweimal Staatsanwälten das Recht verwehrt, eine Mannschaft von Untersuchungsbeamten in die ehemalige Sowjetunion und nach Deutschland zu schikken, um dort die Aussagen von 12 älteren Zeugen, die es abgelehnt hatten in Kanada auszusagen, auf Videoband aufzunehmen und die Bänder dieser Zeugenaussagen als Beweismittel vor Gericht zu verwenden. Chadwick entschied, daß dies Pawlowskis

Recht auf einen fairen Prozeß zerstören würde. Die Staatsanwaltschaft sagte, ohne dieses »Beweismaterial« entbehre ihre Sache jeder Grundlage, und hob alle ihre Anklagen gegen Pawlowski auf.
Der »Kriegsverbrechen«-Angriff auf Pawlowski ist der dritte aufeinanderfolgende Fall dieser Art, der mit einem Fehlschlag für Staatsanwälte endete, seitdem das kanadische Gesetz 1987 erstmals Kriegsverbrecherprozesse zuließ. Die Anti-Defamation League der B'nai B'rith (ADL) wird langsam ungeduldig, eine Verurteilung für Kriegsverbrechen in Kanada zu erzielen, und hat die Bundesregierung gedrängt, eine höhere Quote von Kriegsverbrecherfällen einzuhalten, als sie gegenwärtig aufgreift. □

Rußland

Vor einer Katastrophe im Gesundheitswesen

Die Weltgesundheitsorganisation und Unicef haben einen gemeinsamen Bericht herausgegeben, in dem vor einem »noch nie dagewesenen Zusammenbruch« der Gesundheits- und Sozialdienste in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion gewarnt wird.

Die beiden Organisationen warnen zusammengefaßt davor, daß falls keine 100 Millionen Dollar an Nothilfe für Gesundheits- und Sozialdienste geleistet werden, wobei sich dieser Betrag im kommenden Jahr verdreifachen werde, dann könnte eine Lage eintreten, in der beinahe 200 Millionen Menschen ohne Gesundheitsversorgung sein werden. □

Seuchen

Cholera in den USA und Malaria in Kambodscha

Die Behörden berichteten, daß außerhalb von Monterrey, der mexikanischen Industriestadt nahe der amerikanischen Grenze, Cholera aufgetaucht sei. Ärztliches Personal versuche, die Seuche einzudämmen, aber deren Weg nach Norden sei vorgegeben und werde scharf von amerikanischen Beamten des Gesundheitswesens überwacht.

Ein Beamter des Gesundheitsministeriums in Mexiko, Jesus Catano, meinte: »Es ist das erste Mal, daß wir im nördlichen Mexiko in Grenznähe Cholera entdeckt haben.« Laut José Cavazos López, Staatssekretär für das Gesundheitswesen des Staates Nuevo Leon, haben sich die Opfer Cholera zugezogen, nachdem sie Nahrungsmittel aus Südmexiko, wo die meisten Fälle des Landes aufgetreten sind, zu sich genommen hatten. Mindestens 35 Menschen seien in Mexiko an Cholera gestorben, seitdem die Seuche entdeckt wurde.

Unterdessen berichtet die Weltgesundheitsorganisation (WHO), daß eine neue Art von Malaria in Kambodscha aufgetaucht sei. Diese Art widerstehe allen herkömmlichen Arzneimitteln, die zur Heilung der Krankheit verwendet werden.

Die WHO warnte auch davor, daß die Gefahr, daß sich diese Art weltweit verbreitet, »besonders akut« ist, weil die ersten der 22000 Mitglieder einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen jetzt das betroffene Berggebiet an der Grenz zu Thailand betreten und die Seuche in ihre Heimatländer verschleppen könnten. Auch 360000 kambodschanische Flüchtlinge, die sich derzeit in Thailand befinden und die innerhalb der nächsten Wochen in ihre Wohnungen zurückkehren, seien in Gefahr. □

Haiti

Gericht weist OAS-Abkommen zurück

Das Oberste Gericht von Haiti hat beschlossen daß, solange das von der Organization of American States (OAS) beschlossene Abkommen nicht von dem amtierenden Präsidenten Joseph Nerette unterzeichnet worden ist, es dem Parlament nicht zur Genehmigung vorgelegt werden könne und daher verfassungswidrig sei.

Das OAS-Abkommen soll ein Mittel sein zur letztendlichen Rückkehr des verhaßten ehemaligen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, der im vergangenen September vom Militär gestürzt wurde, an die Macht.

Nerette ist gegen den OAS-Plan und befürwortet Wahlen für einen neuen Präsidenten. Das haitianische Parlament blockierte Ende März eine Abstimmung über das OAS-Abkommen, als rund die Hälfte der Abgeordneten die Sitzung boykottierten, so daß das Kabinett beschlußunfähig war, das heißt eine Abstimmung konnte nicht stattfinden.

Indem er sich gegen den Beschluß des Obersten Gerichts stellte, appellierte der Boß der Kommunistischen Partei, der nach der Vereinbarung an die Stelle von Nerette treten würde, an die Regierung, »zu Verstand zu kommen« und die Vereinbarung zu ratifizieren. Er klagte an, daß »eine Gruppe, die ihr eigenes Süppchen kochen will... das Land weiter in ein selbstmörderisches Unternehmen führen will«. Indessen erwägt die OAS Maßnahmen, um das Embargo gegen Haiti noch zu verschärfen. □

Brasilien

Bericht über Straßenkinder korrigiert

Die Presse in Rio de Janeiro, Brasilien, hat einen Bericht herausgegeben, in dem eine Story des Cable News Network (CNN) mit der Überschrift: »Street Kids Killed to Ready Rio for Earth Summit« (»Straßenkinder getötet, um Rio auf die Erd-Gipfelkonferenz vorzubereiten«) bestritten wird.

Unser Korrespondent berichtet, daß drei bis fünf nicht 50 bis 60 Kinder im Raume von Groß-Rio de Janeiro, der die benachbarten Gemeinden von »Baixada Fluminense«, wo die meisten Tötungen vorkommen, einschließt, getötet wurden. Die Ziffer beinhalte nicht nur obdachlose Kinder, sondern auch einige, die in illegalem Drogenhandel verwickelt sind.

Unser Korrespondent Geraldo Lino trat jeder Behauptung entgegen, daß die Tötungen in irgendeiner Weise offiziell sanktioniert werden, und sagte, eine derartige Behauptung seitens CNN sei Teil einer Verleumdungskampagne im Stile der von Amnesty International gegen Brasilien, die über die letzten Jahre hinweg geführt worden sei. □

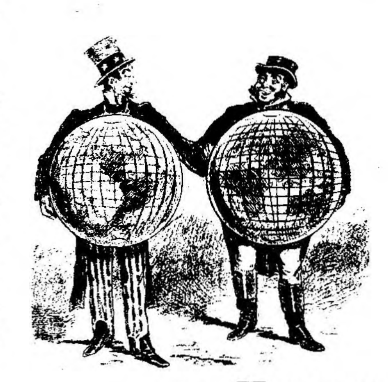
Südafrika

Die Todesstrafe wird aufgehoben

Die Republik Südafrika hat die Todesstrafe für unbestimmte Zeit aufgehoben, bis eine neue Übergangsregierung eine Entscheidung darüber trifft, berichtete der Londoner »Daily Telegraph«. Da die Übergangsregierung den African National Congress (ANC) und andere Organisationen, die gegen die Todesstrafe sind, einschließen wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie völlig abgeschafft wird, heißt es in dem Artikel.

Der Justizminister Kobie Coetsee machte die Bekanntgabe nach einem von der Entscheidung der Regierung ausgelösten Protest darüber, das Hinrichtungen, die in Südafrika vorläufig eingestellt worden waren, wieder aufgenommen würden und 17 verurteilte Mörder gehängt werden. Es befinden sich weitere 290 Menschen in der Todeszelle in Pretorias Central Prison. Die 17 sind inzwischen begnadigt worden.

Diese Entscheidung bedeutet, daß die Vereinigten Staaten jetzt einer der nur sechs Staaten in der Welt sind, die die Todesstrafe praktizieren. □



Briefe

Betr.: Richard von Weizsäcker »Eine Familie im Schußlicht der Kritik«, Nr. 5/92

Ein weiteres Beispiel der flinken Anpassungsfähigkeit der von Weizsäckers gibt auch der Bruder des Bundespräsidenten, Carl Friedrich von Weizsäcker. Nachzulesen im Buch »Unternehmen Paperclip« (S. 96) von Franz Kurowski, welches die Jagd der Alliierten nach dem Kriege auf deutsche Wissenschaftler und Patente schildert.

Ende April 1945 waren bis auf Professor Heisenberg alle namhaften Wissenschaftler der deutschen Atomforschung in alliierter Hand.

»Bei den Befragungen der festgesetzten Wissenschaftler stellte sich heraus, daß Heisenberg sie alle instruiert hatte, auf keinen Fall Unterlagen über ihre Arbeit dem Feind zu überlassen. So waren denn auch alle Geheimunterlagen aus Hechingen im Gegensatz zu jenen aus Tailfingen verschwunden.

Am Morgen des 27. 4. 1945, als die ALSOS-Mission (Engl.-amerikanische Organisation zur Ergreifung aller militärischen und wissenschaftlichen Forschungsergebnissen sowie ihrer namhaften Wissenschaftler) mit ihren festgenommenen Wissenschaftlern Prof. Otto Hahn, Prof. Max von Laue, Prof. Friedrich Carl von Weizsäcker, Dr. Karl Wirtz, Dr. Korsching und Dr. Erich Bagge Hechingen bereits verlassen wollte, war es Prof. von Weizsäcker, der das Versteck der Hechinger Geheimunterlagen preisgab. Niemals hätte man diese ohne Hilfe gefunden, denn sie waren in einem zugelöteten Kanister in der Abortgrube seiner Wohnung versteckt worden.«

Die westlichen Alliierten waren damit in Besitz aller Unterlagen der Forschungsvorhaben und Ergebnissen auf diesem Gebiet.

Dr. G. Schmedding, Bad Säckingen

Betr.: Bonn »Die Schulden-Lawine«, Nr. 5/92

In der Diskussion um unsere Staatsverschuldung muß man immer wieder feststellen, daß der Durchschnittsbürger über die Verschuldungspraxis der öffentlichen Haushalte überhaupt nicht informiert ist. Wenn von Zinsbelastungen in den Budgets die Rede ist, meint er, diese Zinsen würden auch wirklich gezahlt. Natürlich werden sie gezahlt, aber nur durch neu aufgenommene Kredite, welche im wesentlichen die sogenannte Neuverschuldung darstellen. Von den Einnahmen der Haushalte wandert keine Mark in den Schuldendienst, weder in die Tilgung, noch in die Verzinsung. Insofern kann die Bundesregierung mit Recht behaupten, den derzeitigen Schuldenstand des Bundeshaushaltes von rund 620 Milliarden DM von der sozialliberalen Koalition »geerbt« zu haben, da die damals übernommenen etwa 300 Milliarden durch die jährliche rund acht prozentige Verzinsung (Zinseszins) seit 1982 fast die heutige Summe ergeben.

So macht es nicht nur der Bund, so machen es auch Länder und Gemeinden, so machen es alle Industrienationen der westlichen Welt mit Ausnahme der Schweiz. Deshalb läßt sich die zukünftige Schuldenentwicklung, zum Beispiel der Stand im Jahre 2000, so genau vorhersagen. Daß die deutsche Einheit daran schuld sei, ist eine durchsichtige Ausrede. Die Kassen waren schon vorher leer.

Wenn man dieses einmal begriffen hat, kann man nicht mehr ruhig schlafen. Es besteht nicht die geringste Chance, von dem Schuldenberg der derzeitigen insgesamt 1,3 Billionen DM jemals herunterzukommen. Schon um ihn konstant zu halten, müßte ab sofort mindestens 100 Milliarden jährliche Zinszahlungen aus den laufenden Einnahmen bestritten werden, was utopisch ist, da es selbst in wirtschaftlich guten Zeiten nicht gelang. Diese Situation ist natürlich auch den Finanzexperten der sozialdemokratischen Opposition bekannt, welche angeblich die Interessen des kleinen Mannes besonders gut vertritt.

Bleibt also den Regierungen nur übrig, auf die Vermögen ihrer Büger zurückzugreifen und diese entweder in Raten per Inflation oder auf einen Schlag durch eine Währungsreform, zum Beispiel durch eine Umtauschaktion in ECU, zu konfiszieren. Unser sogenannter Wohlstand, der uns gern von interessierten Kreisen angedichtet wird, ist ein auf die Zukunft gezogener Wechsel, den wir im Alter bezahlen müssen – oder unsere Kinder.

Dr. Helmut Fasbender, Bergisch Gladbach

Betr.: Ozon »Eine der größten Lügen dieses Jahrhunderts«, Nr. 5/92

Die Zeitschrift CODE ist bekannt und geschätzt für ihr Nachdenken über das Aufzeigen von politischen und gesellschaftlichen Hintergründen wichtiger Geschehnisse unserer Zeit. Hintergründe, die der normale Bürger in der Regel nicht nachprüfen kann und infolge dessen darauf angewiesen ist, den Ausführungen dieser und anderer Medien entweder Glauben zu schenken oder nicht.

Daher kann der normale CODE-Leser vermutlich auch nicht sensationelle Aufdeckungen von purem Unsinn unterscheiden und ist auf sein Vertrauen in die CODE-Redaktion angewiesen.

Daher war ich ziemlich bestürzt, als ich den Artikel von Heinrich Schütz gelesen hatte, der – aus Sicht der Atmosphärenforschung – von inhaltlichem Unsinn und fachlicher Inkompetenz strotzte. Der zitierte Ausspruch des angeblich berühmten »Ozon-Forschers« de Muer – »Das Ozonloch im All wird nicht größer, sondern kleiner...« – mag nicht einmal belustigen: Zum einen die Ozonschicht – beziehungsweise das Ozonloch – von der Stratosphäre (15 – 50 km über der Erdoberfläche) in das All zu verlagern und dann auch noch Entwarnung in einer immer bedrohlicher werdenden Gefahrensituation zu geben! Dieses Zitat und der CODE-Artikel haben keine größere Qualität, als der ebenfalls zitierte »Wirtschaftswoche«-Artikel, der in Fachkreisen lediglich Erheiterung oder fassungsloses Kopfschütteln über die Dummdreistigkeit des Autors hervorgerufen hatte.

Selbstverständlich gibt es unter den Ozonforschern (unter denen mir der Name de Muer bisher leider nicht aufgefallen ist) Meinungsverschiedenheiten über viele Details. Allerdings ist es nicht üblich – und der sachgerechten Diskussion auch nicht dienlich – sich mit Halbwahrheiten und nachweislich falschen Behauptungen profilieren zu wollen.

Viele Details der Ozonchemie sind aufgrund ihrer enormen Komplexität in der Tat noch lange nicht erforscht und niemand wird von einem Laien – auch nicht von einem Journalisten – erwarten können, die Problematik detailliert zu verstehen. Jedoch die Gefährlichkeit von Chlor in der Stratosphäre ist offensichtlich und insbesondere das antarktische Ozonloch (es tritt jeweils im antarktischen Frühjahr beim Sonnenaufgang auf) ist ohne die Rolle des Chlor nicht erklärbar. Das Chlor wiederum entstammt insbesondere den Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW), die in der Stratosphäre durch die dort vorhandene energiereiche Sonnenstrahlung aufgebrochen werden, wodurch das bis zu diesem Zeitpunkt harmlose FCKW das ozonzerstörende Chlor freisetzt. Das Chlor ist jedoch nicht in jeder Form ozonzerstörend, sondern kann in sogenannten Reservoiregasen vorliegen (z. B. der chemischen Verbindung HCl).

Die Prinzipien und Details der Ozonchemie sind – auch für Journalisten – gut verständlich und fundiert dargestellt worden, beispielsweise im Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages »Schutz der Erdatmosphäre«, 1988. Daher ist es hier nicht notwendig, weiter auf den fachlichen Unsinn des Artikels einzugehen.

Es ist der Lösung des Problems der fortschreitenden Ozonzerstörung wenig dienlich, wenn inkompetente Demagogen wie Heinrich Schütz und John Springfield die FCKW-Problematik auf Firmenpolitik von DuPont herunterbagatellisieren und damit implizit allen Experten auf diesem Gebiet – natürlich ausgenommen angeblicher Koryphäen wir Professor de Muer – unterstellen, bewußt Falschinformationen zu liefern und wissenschaftliche Erkenntnisse zugunsten des DuPont-Konzerns zu verdrehen – dies ist geradezu grotesk und lächerlich!

Vielleicht sollte im Gegenzug CODE einmal klarstellen, wer eigentlich ihre Protektoren sind!

Tobias Wehr, Schwanewede

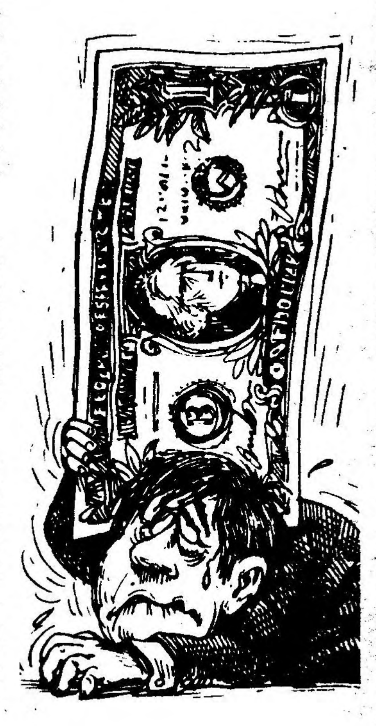
Betr.: Deutschland-Journal »Berlin will sowjetische Ehrenmale erhalten«, Nr. 6/92

In Berlin steht eine durch Bomben des Zweiten Weltkrieges teilzerstörte Kirche. Durch teilweise Wiederherstellungsmaßnahmen hat man beabsichtigt, den Deutschen vor Augen zu stellen sich bewußt zu bleiben, was für alle Zukunft zu verhindern ist.

Den Berlinern ist zu danken, daß dieses Warnzeichen erhalten worden ist. Deshalb ist es notwendig für alle Deutschen, daß die »sowjetischen Ehrenmale« auch erhalten werden. Sie müssen bleiben! Vonwegen »Millionen Mark aus dem Fenster werfen« ist kein Grund dagegen. Bilderstürmer aller Ideologien haben in der Vergangenheit in Deutschland schon zuviele geschichtliche Denkmale für Deutsche und Fremde zerstört.

Die sowjetischen Mahnmale brauchen nicht unter Ausgaben von Millionen gepflegt zu werden. Gras, Unkraut und Büsche verhindern nicht den Mahn- und Erinnerungswert.

Herbert Voß, Lemgo



Ein Volk nach dem anderen wird vom Moloch "Neue Weltordnung" geschluckt. Über das Geld soll das politische Ziel einer Weltregierung geschaffen werden. Die Gruppe, die die "Neuerschaffung der Welt" will, versteckt sich hinter vielen Namen. Das Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.

Peter Blackwood

DAS ABC DER INSIDER



Diagnosen

Peter Blackwood:
"Das ABC der Insider"
537 Seiten mit vielen Abbildungen.
DM/Sfr 40,-
ISBN 3-923864-05-1
Verlag Diagnosen,
D-7250 Leonberg.
Verlagsauslieferung:
SPS-Verlagsservice GmbH,
D-5400 Koblenz,
Telefon: 02 61/8 07 06-0,
Telefax: 02 61/8 07 06 54
Zu beziehen über den Buchhandel.